



Zukunftsreader

2. erweiterte Auflage

Mitdenken und
mitmachen:
www.zukunft-2020.de

INHALT

Vorwort von Matthias Machnig	4
Dr. Hubert A. Aulich , Vorstandsvorsitzender Solarvalley Mitteldeutschland e.V., Vorstandsvorsitzender Solarinput e.V. und Dr. Peter Frey , Geschäftsführer Solar Valley GmbH	5
Prof. Dr. Frank Barthelmä , Geschäftsführer GFE - Gesellschaft für Fertigungstechnik und Entwicklung Schmalkalden e.V.	11
Dieter Bauhaus , Präsident der Industrie- und Handelskammer Erfurt	14
Prof. Dr. Gabriele Beibst , Rektorin der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena	16
Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h.c. mult. Karlheinz Brandenburg , Institutsleiter Fraunhofer-Institut für Digitale Medientechnologie IDMT	20
Dr. Johannes Bruns , Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen	22
Prof. Dr. Mariusz Czepczyński , Universität Danzig	25
Dr. Sebastian Dette , Präsident des Thüringer Rechnungshofs	35
Prof. Dr. Klaus Dicke , Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena	38
Stephan Fauth , Hauptgeschäftsführer Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.	40
Prof. Dr. Michael Fritsch , Friedrich-Schiller-Universität Jena, Lehrstuhl für Unternehmensentwicklung, Innovation und wirtschaftlichen Wandel	47
Dr. Michaela Fuchs , Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Sachsen-Anhalt-Thüringen	51
Dr. Sigrun Fuchs , Projektleiterin Netzwerk für Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Thüringen bei der LEG Thüringen	54
Ulf Grießmann , Geschäftsführer AWO Landesverband Thüringen e.V.	57
Helmut Gumpert , Präsident Thüringer Bauernverband e.V.....	59
Dr. Viola Hahn , Oberbürgermeisterin der Stadt Gera	62
Peter Heimrich , Landrat von Schmalkalden-Meiningen.....	64

Prof. Dr.- Ing. Elmar Heinemann , Rektor der Fachhochschule Schmalkalden	66
Dr. Johannes Jaenicke , Projektleiter ThürReg: Ein Modellprojekt zur Förderung von Innovation und Beschäftigung in Thüringer Regionen am HWWI, Zweigniederlassung Thüringen	68
Birgit Keller , Landrätin von Nordhausen	73
Knut Kreuch , Oberbürgermeister der Residenzstadt Gotha	77
Andreas Krey und Frank Krätzschar , Sprecher der Geschäftsführung bzw. Geschäftsführer bei der LEG Thüringen	79
Dr. Paul Kriegelsteiner , Hauptgeschäftsführer Arbeitgeberverband Nordost-chemie e.V., Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Nordost.	83
Renate Licht , Landesvorsitzende DGB Thüringen	87
Stefan Lobenstein , Präsident der Handwerkskammer Erfurt	92
Dr. Michael Mertin , Vorstandsvorsitzender Jenoptik AG	94
Prof. Dr. rer. nat. habil. Alexander Michaelis , Institutsleiter Fraunhofer-Institut für Keramische Technologien und Systeme	97
Dr. Michael Militzer , Vorstandsvorsitzender der MITEC Automotive AG.....	99
Prof. Dr.-Ing. habil. Hans-Ulrich Mönning , Präsident der Ingenieurkammer Thüringen	101
Gudrun Münnich , Präsidentin des DEHOGA Thüringen e.V.	104
Klaus Nützel , Präsident der Handwerkskammer für Ostthüringen	106
Dr.-Ing. Ulrich Palzer , Institutsdirektor der IAB – Institut für Angewandte Bauforschung Weimar gGmbH	108
Hans Christoph Poppe , Präsident der Hauptverwaltung in Sachsen und Thüringen der Deutschen Bundesbank	110
Günther Richter , Landesgeschäftsführer Thüringen des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft e.V. (BVMW)	112
Dr.-Ing. Sabine Sändig , Geschäftsführerin Günter-Köhler-Institut für Fügetechnik und Werkstoffprüfung GmbH Jena	113
Univ.-Prof. Dr. rer. nat. habil Dr. h. c. Prof. h. c. mult. Peter Scharff , Rektor der TU Ilmenau	118

Armin Schild , Bezirksleiter Industriegewerkschaft Metall Bezirk Mitte (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen)	120
Axel Schneider , Direktor der Thüringer Verwaltungsschule	127
Martina Schweinsburg , Landrätin des Landkreises Greiz	134
Prof. Dr. Dieter Sell , Leiter der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA)	136
Kay Senius , Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Sachsen- Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit	139
Prof. Dr. Christoph Stölzl , Präsident der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar	142
Dr. Jens Triebel , Oberbürgermeister der Stadt Suhl	144
Prof. Dr. Andreas Tünnermann , Institutsleiter Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik IOF und Dr. Oliver Mauroner bzw. Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik IOF	146
Prof. Dr. Silke Übelmesser , Friedrich-Schiller Universität Jena, Lehrstuhl für Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft	151
Matthias Wierlacher , Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank	155
Katja Wolf , Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach	158
Stefan Wolf , Oberbürgermeister der Stadt Weimar	160
Harald Zanker , Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises	163
DOKUMENTATION	166
<hr/>	
Kurzfassung Zukunfts- und Innovationsprogramm Thüringen	167
Matthias Machnig : „Zukunft kommt nicht von allein - Dialog über „Thüringen 2020“ endlich beginnen“ (erschieden in Thüringische Landeszeitung, am 6. März 2013, Seite: WI 2)	175
Matthias Machnig : „Heimat ist kein Biedermeier“ (erschieden in Thüringische Landeszeitung, am 29. Mai 2013, Seite: ZCPL3)	181
Umfrageergebnisse zum „Zukunftsdiskurs Thüringen 2020“	184
DIE AUTORINNEN UND AUTOREN	186
<hr/>	

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem „Zukunfts- und Innovationsprogramm 2020“ (ZIP) haben wir vor einigen Monaten die Debatte über das Thüringen von morgen angestoßen. Dieser Zukunftsdiskurs ist eine Einladung an alle Menschen im Land, die an die Stärken des Freistaates glauben und ihn fit machen wollen für die bevorstehenden Herausforderungen.

Um den Zukunftsdiskurs voran zu treiben, haben wir zahlreiche Dinge auf den Weg gebracht. Auf einer Reihe von Regionalkonferenzen wird das ZIP themenspezifisch diskutiert und weiter entwickelt. Zusätzlich stehen eine Internetseite und eine Telefon-Hotline zur Verfügung, über die sich die Interessierten über den Verlauf des Zukunftsdiskurses informieren und ihre Ideen einbringen können. Begleitet wird der Prozess vom Zukunftssekretariat, das ich als Stabsstelle im Thüringer Wirtschaftsministerium eingerichtet habe.



Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Zukunftsdiskurses liegt in Ihren Händen. Wir haben Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, Netzwerken, Gewerkschaften, Kammern und Verbänden, aus Wissenschaft und Forschung, von Landesgesellschaften und Stiftungen sowie aus den Rathäuser und Landratsämtern Thüringens angeschrieben. Unsere Bitte: die besonderen Herausforderungen in den unterschiedlichen Organisationen, Firmen und Instituten zu benennen und Gestaltungsvorschläge zu formulieren. Diese Beiträge haben wir im vorliegenden „Zukunftsreader 2020“ zusammen geführt.

Die Resonanz war groß. In den Beiträgen geht es darum, uns selbstbewusst als lebenswerten, familienfreundlichen und wettbewerbsfähigen Ausbildungs-, Studien- und Wirtschaftsstandort zu präsentieren. Eingefordert wird die effektive Bündelung der knapper werdenden Ressourcen, die Sicherung des Fachkräftebedarfs, Maßnahmen zur Erhöhung der Wertschöpfung oder der intelligente Umbau unseres Energiesystems. Es geht darum, unsere traditionellen Wirtschaftszweige zu stärken, gleichzeitig von den Megatrends der Zukunft zu profitieren und sowohl die Stadt als auch den ländlichen Raum im Blick zu behalten. Es geht um Bildung, Beteiligung, um unsere unentdeckten Talente und gleiche Chancen und Belohnungen – egal ob alt oder jung, männlich oder weiblich, Alteingesessener oder Zugezogener, mit oder ohne Abitur. Und um vieles mehr. 50 spannende Beiträge aus unterschiedlichsten Blickwinkeln sind zusammen gekommen.

Eine erste Bilanzveranstaltung des Zukunftsdiskurses wird im November stattfinden. Darin fließen nicht nur die Konferenzergebnisse ein, sondern auch die hier vorliegenden Beiträge. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei den Autorinnen und Autoren für ihre wichtigen Impulse bedanken. Den Leserinnen und Lesern dieses „Zukunftsreaders 2020“ wiederum wünsche ich eine anregende Lektüre.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich,

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Machnig', written in a cursive style.

Matthias Machnig
(Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie)

Beitrag von Dr. Hubert A. Aulich

Vorstandsvorsitzender Solarvalley Mitteldeutschland e.V., Vorstandsvorsitzender Solarinput e.V.

und

Dr. Peter Frey

Geschäftsführer Solar Valley GmbH

Strom für Generationen: Erneuerbar und dezentral - Chancen für Thüringen

1. Zusammenfassung

Die Energiewende ist eingeläutet. Die Vision einer nachhaltigen, ökologisch vertretbaren und von der Gesellschaft akzeptierten Energieversorgung und -verwendung rückt damit in greifbare Nähe. Hiermit ist auch ein wirtschaftspolitisches Signal gesetzt für den Einsatz neuer Technologien, für das Entstehen von innovativen Dienstleistungen in Thüringen und für die Entwicklung nachhaltiger globaler Märkte. Es eröffnen sich die besten Chancen für jene Regionen, wo sich die Akteure verbünden und mit großer Dynamik und überzeugenden Strategien auf diese neuen Herausforderungen reagieren. In Thüringen haben sich Akteure unter dem Label SMART ENERGY zusammengeschlossen, um die Chancen auf Teilhabe an diesen Zukunftsmärkten zu nutzen.

Innovationen sollen auf den Weg gebracht werden, um Unternehmens- und Branchenwachstum anzuschieben und hohe Standards in Wissenschaft und Bildung zu etablieren. Es wurde ein Strategiekonzept für die Umsetzung vorbereitet, bei dem Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung und relevante Akteure der Gesellschaft eng verzahnt an der Realisierung des gemeinsamen Ziels arbeiten:

Strom für Generationen, erneuerbar und dezentral.

2. Thüringen: Agil auf turbulenten Märkten der Energiewende

Deutschland hatte schon frühzeitig die weltweite Führungsrolle bei der Entwicklung und bei dem Einsatz der erneuerbaren Energien (EE) übernommen und wurde weltweit das Vorbild bei der Markterschließung. Insbesondere konnte der Photovoltaik (PV) durch die äußerst wirksamen Rahmenbedingungen des „Erneuerbare Energien Gesetzes“ (EEG) und durch das Engagement von Forschung und Industrie weltweit zum Durchbruch verholfen werden. Damit einher ging ein in der jüngeren Technologiegeschichte beispielloser Erfolg bei der Kostendegression. Seit dem letzten Jahr kann jedermann in Deutschland seinen Solarstrom so billig herstellen, dass er durch Eigenverbrauch seine Stromkosten sogar senken kann.

In Thüringen wurden die Chancen dieser neuen Märkte aufgegriffen. Hier konnte sich die geschlossene Wertschöpfungskette der PV ansiedeln. Als wichtige Säule im „Spitzencluster Solarvalley Mitteldeutschland“ konnte sich Thüringen weltweit profilieren und beachtliche Erfolge in Wachstum und Innovation erzielen, Wissenschaft und Bildung wurden ausgebaut,

ein Netzwerk von Wissensregionen der PV wurde auf europäischer Ebene unter Thüringer Führung etabliert.

Die Entwicklungserfolge auf dem Weg in die Nutzung des Sonnenlichts als Energiequelle haben jedoch weltweit neue Akteure auf den Plan gerufen. In China fokussiert sich eine staatlich geführte Industriepolitik auf wichtige strategische Zukunftsfelder. Und hierzu zählt eben auch die PV. Innovationen brauchen neue Technologien und diese brauchen insbesondere Kapital, damit sie in die Produktion überführt werden können. Die Industrie in China hat die staatlichen Kreditprogramme genutzt, um ihre Produktion mit der Anlagentechnik der westlichen Technologieführer auszubauen, insbesondere mit Anlagen aus Deutschland. Die großen Fabriken stehen mittlerweile in China, deutsche Firmen sind unter den Top-Playern nicht mehr zu finden. Heute können mehr als doppelt so viele Module hergestellt werden, wie der Markt aufnimmt. Alle Produzenten weltweit stehen unter einem gewaltigen Kostendruck trotz weiterhin andauerndem Mengenwachstum des Marktes. Eine Wettbewerbsschlacht ist im Gange, die zu einer Marktberingung auch in Deutschland geführt hat und weiterhin führen wird.

Produkte für den Massenmarkt können bei der existierenden Markt- und Finanzstruktur in China vorteilhafter hergestellt werden. Hierbei sind nicht primär die geringeren Lohnkosten ausschlaggebend, nicht die Spitzenstellung im Technologiewettbewerb; es geht vielmehr um die Kapitalverfügbarkeit für Investitionen in Technologien, die boomende Zukunftsmärkte bedienen; es geht um eine zukunftsorientierte, nachhaltige Industriepolitik. Der Wettbewerbsvorteil liegt hier heute klar bei den chinesischen Herstellern.

In der Ausdifferenzierung der Wertschöpfungskette, der Veredelung von Produkten und der Systemintegration wird sich die nachhaltige Perspektive für deutsche Hersteller und Ausrüster eröffnen können. Dabei geht es einerseits darum, den Technologievorsprung zu nutzen, um die nächste Generation der PV zu organisieren. Das sind neuartige Konzepte mit radikalen Fortschritten hinsichtlich Wirkungsgrad, Materialeffizienz und -auswahl sowie Verfügbarkeit und Prozessierbarkeit. Weiterhin geht es um neuartige High-End-Systeme der elektrischen Energieversorgungstechnik mit hoher Wertbeständigkeit und hoher Qualität, mit denen bedarfsgerecht Strom bereitgestellt und in die Erzeugungs- und Verteilstruktur integriert werden kann.

Bei dem heute erreichten Ausbaustand der Erneuerbaren Energien (EE), muss die Wertschöpfungskette der EE neu gestaltet werden, wenn die Energiewende nicht scheitern soll. Die Wertschöpfungskette der Erneuerbaren Energien muss weiter ausdifferenziert werden vor dem Hintergrund des heute erreichten hohen Angebots an fluktuierender Leistung. Es geht künftig um das komplexe Zusammenspiel der verschiedenen regenerativen Energieerzeugungsanlagen und um die Synchronisation mit den konventionellen Kraftwerken. Unter dem Idiom „SMART ENERGY“ adressiert ein neues Konsortium in Thüringen diese ausdifferenzierte, verlängerte Wertschöpfungskette.

Die Motivation eines Konsortiums, das aus den Wurzeln im Spitzencluster Solarvalley Mitteldeutschland in diese erweiterte Welt von SMART ENERGY hineinwachsen will, speist sich aus zwei Quellen. Einerseits darf der Zubau der PV nicht abbrechen, wenn die langfristigen Ziele der Energiewende erreicht werden sollen. Hierzu soll der Sprung in die PV der nächsten Generation mit erheblich höheren Wirkungsgraden und Steigerung der Kosteneffizienz beitragen. Es liegt aber auch im ureigenen Interesse der Photovoltaik-Hersteller, dass die entsprechenden systemtechnischen Anpassungen und Marktmodelle geschaffen werden und somit das Fortbestehen eines Binnenmarktes der Photovoltaik gesichert werden kann. Andererseits werden in der genannten Systemtechnik Wertschöpfungspotentiale adressiert, die ein Vielfaches des Wertes des bisherigen Photovoltaikmoduls betragen. Systemprodukte Made in Germany, dem Pionierland der Energiewende, werden im weltweiten Wettbewerb nicht gegen Commodities der PV konkurrieren, sondern als „Systeme mit eingebauter Anwendungs kompetenz“ eine Alleinstellung beanspruchen können. Und diese Marktstellung geht dann nicht innerhalb

kürzester Frist an Nachahmer verloren, die mit Brachialgewalt in neue Produktionslinien investieren, um Märkte zu dominieren, die mit den deutschen Vorleistungen erschlossen wurden (wie dies durch das EEG in Deutschland für die chinesischen Hersteller ermöglicht wurde).

3. Die neue Wertschöpfungskette SmartEnergy

Die neuen Systemprodukte sichern die bedarfsgerechte, zuverlässige Stromversorgung, erneuerbar und dezentral, für Generationen. Das Konsortium SMART ENERGY nutzt – und sichert dabei – die Vorarbeiten des Spitzenclusters der PV in der Region Mitteldeutschland, indem der Transformationsprozess von der PV hin zu einem regenerativen Strommodell als Chance für Industrie und Region ergriffen wird. Es geht künftig um das komplexe Zusammenspiel der verschiedenen regenerativen Energieerzeugungsanlagen, um die Erweiterung der Wertschöpfungskette mit regelfähigen Wechselrichtern inklusive Speichern, um die Bereitstellung von Systemdienstleistungen für Verteil- und Übertragungsnetze, um die Synchronisation mit den weiterhin noch lange Zeit benötigten konventionellen Kraftwerken und schließlich um die dynamische Einbindung des Stromkunden und deren Verbrauchsverhalten sowie um entsprechende neue Marktmodelle. In nachfolgender Abbildung 1 wird diese Ausdifferenzierung und Verlängerung der Wertschöpfungskette dargestellt.

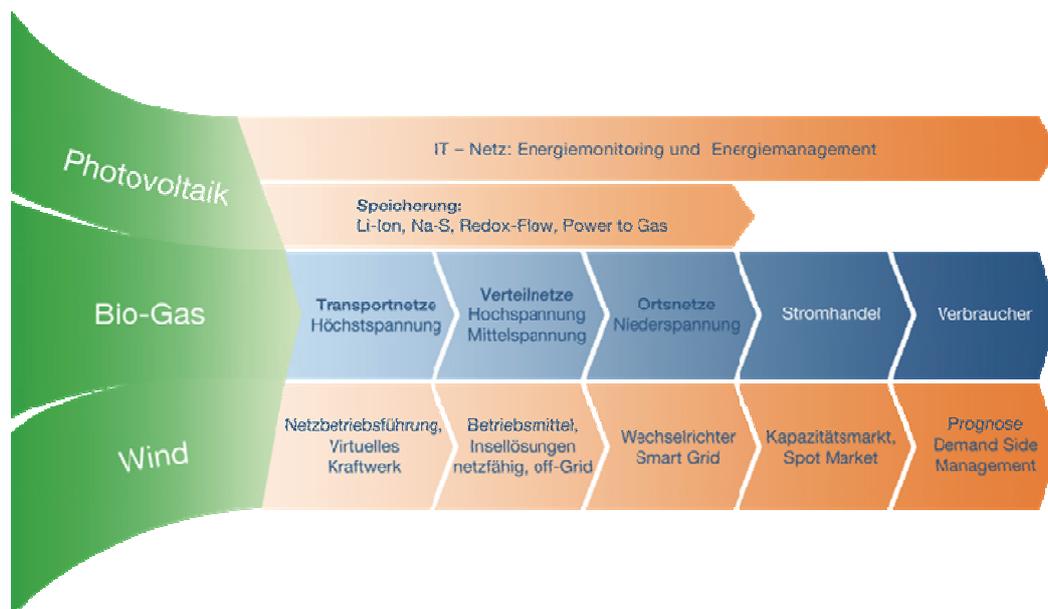


Abbildung 1: SMART ENERGY Wertschöpfungskette

4. Ein Geschäftsmodell für neue Wertschöpfung und Wachstum

Durch die Ausdifferenzierung der Wertschöpfungskette mit neuen Produkten und Technologien, durch die Veredelung von Komponenten und deren Systemintegration soll eine nachhaltige Perspektive für deutsche Hersteller und Ausrüster erschlossen werden. Es geht hierbei um neuartige Spezialbauteile wie PV-Module der nächsten Generation. Es geht um High-End-Systeme der elektrischen Energieversorgungstechnik mit hoher Wertbeständigkeit und hoher Qualität, mit denen regenerativ erzeugter Strom bedarfsgerecht in die Erzeugungs- und Verteilstruktur integriert werden kann. Produkt- und systembegleitende Dienstleistungen ergänzen das Portfolio, siehe Abbildung 2: Geschäftsmodell SMART ENERGY.

SmartEnergy Business Units



Abbildung 2: Geschäftsmodell SMART ENERGY

5. Vorschlag für ein „Strategiekonzept Smart Energy“

Deutschland entwickelte sich zum Lead Market für EE und den damit verbundenen Technologien. Durch das Zusammenspiel von hoher gesellschaftlicher Akzeptanz, kontinuierlicher regulativer Unterstützung und einem hohen Maß an Innovationsfähigkeit hat sich Deutschland weltweit zum Referenzmarkt für die Integration von EE in den Strommarkt entwickelt. Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass diese dynamische Marktentwicklung mit einem rasant ansteigenden Wettbewerbsdruck innerhalb kurzer Zeiträume einhergeht. Insbesondere asiatische Länder, wie China oder Korea, haben in einzelnen Bereichen bereits heute führende Positionen eingenommen und verfolgen die klare Zielsetzung, diese Positionen zu festigen und für den Aufbau des eigenen Binnenmarktes zu nutzen. Dieser globale Wettbewerb ist gleichzeitig Chance und Herausforderung für den Innovationsstandort Thüringen. Zum einen eröffnen sich zusätzliche Absatzchancen auf den global neu entstehenden Märkten für Produkte und Dienstleistungen „Made in Germany“. Die Entwicklung der „richtigen, marktrelevanten“ Innovationen und deren Umsetzung in die Massenfertigung schützen einen Standort sowie eine Branche am ehesten vor dem Verlust von Marktanteilen. Es gilt, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Innovationsstandortes Thüringen in den relevanten Märkten nachhaltig zu stärken, bedarf es daher eines vielschichtig konzertierten Strategieansatzes. SMART ENERGY verfolgt dazu vier miteinander verknüpfte Handlungsebenen, siehe Abbildung 3:

- Technologieentwicklung
- Wissenschaft und Bildung
- Netzwerkentwicklung
- Querschnittsaufgaben zur Sicherung des Innovationsprozesses.



Abbildung 3: Handlungsebenen SMART ENERGY

5.1 Technologieentwicklung

Die Technologieentwicklung muss im Rahmen einer langfristigen und über die jeweiligen Stufen der Wertschöpfung abgestimmten Innovationsstrategie forciert werden. Über allen Innovationen steht das übergeordnete Ziel Versorgungssicherheit und Netzstabilität und Reduktion der Stromgestehungskosten. Dies soll erreicht werden, indem der Systemwirkungsgrad erhöht wird, die Zuverlässigkeit und -lebensdauer der Komponenten verbessert und insbesondere deren Kosten drastisch reduziert werden. Das Entwicklungskonzept erstreckt sich von der Grundlagenforschung über Demonstratoren bis zur Anwendung in innovativen Produkten und Produktionstechnologien und Dienstleistungen. Ein industriegeführtes F&E-Programm muss hierzu in einem zeitlich und inhaltlich abgestimmten System von Verbundvorhaben und Einzelprojekten mit Demonstratoren realisiert werden.

5.2 Wissenschaft und Bildung

Ein integrales Bildungssystem für alle Wertschöpfungsstufen, Fachdisziplinen und Qualifikationsniveaus, länderübergreifend abgestimmt, sichert den Fachkräftebedarf. Die Wissensregion SMART ENERGY soll entstehen.

Studieninhalte in bestehenden Fachrichtungen werden weiterentwickelt, neue Stiftungsprofessuren werden errichtet, neue Studiengänge angeschoben. Die etablierten Summerschools und die bestehenden Graduiertenschulen Photovoltaik werden thematisch erweitert. Der Ausbau erfolgt gemeinsam mit den Industriepartnern. Die Universitäten werden mit ihrem Wissensangebot wichtigen Input in die Forschungsinfrastruktur der Industrie liefern. Die Industriepartner vermitteln den Universitäten relevante Themendefinitionen und unterstützen die Wissenschaft bei der Rückkopplung in die Gesellschaft.

Mit neuen Instrumenten der Kooperation soll das hohe Methodenwissen der Universitäten und externen Forschungseinrichtungen den Unternehmen zugänglich gemacht und die Forschungsressourcen für die Industrie geöffnet werden.

5.3 Netzwerk Thüringen

Industrieunternehmen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen und weitere Partner aus Politik und Verbänden gemeinsam einem Ziel verpflichtet: Strom für Generationen, erneuerbar und dezentral. Dieser Verbund soll zu einer unternehmerischen Innovationsgemeinschaft mit hohen Standards hinsichtlich regionaler und gesellschaftlicher Verantwortung entwickelt werden.

Die international etablierte Managementplattform Solar Valley GmbH mit Sitz in Erfurt ist für die anstehenden Managementaufgaben gut aufgestellt. Es geht zuvor erst um die Kommunikation nach innen und nach außen, es geht um die Initiierung, Koordination und administrative Unterstützung der Einzelprojekte im Bereich F&E und Bildung, um das Controlling bei der Umsetzung des Strategiekonzeptes und um die Weiterentwicklung der Konzeption. Das gemeinsame Auftreten bei nationalen und internationalen Branchenvertretungen, Expertengremien und politischen Instanzen wird organisiert. Die bereits bestehenden internationalen Kooperationen zum Wissenstransfer auf europäischer Ebene werden ausgebaut und entsprechend inhaltlich erweitert.

5.4 Querschnittsaufgaben zur Absicherung des Innovationsprozesses

Eine kontinuierliche Umfeldanalyse muss den Erfolg der Strategieumsetzung absichern. Damit werden die kritischen und chancenversprechenden Einflussfaktoren der Marktdurchsetzung rechtzeitig identifiziert, damit diese in das Designkonzept der Energieversorgung einfließen können. Die erfolgreiche Diffusion der Erneuerbaren Energien in Deutschland wird damit abgesichert. Unter dem zentralen Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Akzeptanz der notwendigen Veränderungsprozesse werden die Einflussfaktoren ermittelt. Hierzu sollen sowohl Projekte zur umweltpsychologischen Begleitforschung als auch Projekte für eine Lead Market Evaluierung und eine entsprechende makroökonomische Indikatorenbetrachtung gestartet werden.

6. Schlussbetrachtung

Das Konzept SMART ENERGY wird dazu beitragen, die Herausforderungen einer nachhaltigen Energieversorgung zu bewältigen. Die wirtschaftlichen Potentiale des Paradigmenwechsels in der Energiestrategie werden genutzt für Beschäftigung und Wohlfahrt in Thüringen.

Thüringen im Solarvalley Mitteldeutschland, mit seiner aktiven Forschungslandschaft und seinen innovativen Unternehmen, wird auch weiterhin den Fortschritt für den Strom für Generationen vorantreiben.

Partner und Akteure, die sich diesem Konsortium anschließen wollen, sind willkommen!

Beitrag von Prof. Dr. Frank Barthelmä

Geschäftsführer GFE - Gesellschaft für Fertigungstechnik und Entwicklung Schmalkalden e.V.

Die GFE – Gesellschaft für Fertigungstechnik und Entwicklung Schmalkalden e.V. als gemeinnützige, wirtschaftsnahe Forschungseinrichtung (WINAFO) in Thüringen begrüßt den „Zukunftsdiskurs Thüringen 2020“ und möchte sich mit diesem Statement zu einigen der in dem 8-Punkte-Plan für eine Zukunftsagenda angesprochenen Fragestellungen äußern.

Die GFE Schmalkalden unterstützt insbesondere Unternehmen der Werkzeugtechnik, der Metallbearbeitung, des Werkzeug- und Formenbaus, der Kunststofftechnik sowie des Maschinenbaus in der Umsetzung von Produkt- und Technologieinnovationen. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der material- und energieeffizienten Fertigung entsprechender Werkzeuge, Bauteile und Systemkomponenten. Zur Umsetzung solcher Innovationen verfügt die GFE Schmalkalden neben den entsprechenden Technologien, Anlagen und Know-How über ein umfangreiches Kooperationsnetzwerk. Nicht zuletzt engagiert sich die GFE Schmalkalden maßgeblich in zahlreichen Netzwerken und Clusterinitiativen zur Erfolgsgenerierung für eine große Anzahl von Unternehmen. Dieses Potential möchte die GFE in diesen Zukunftsdiskurs einbringen und mit nachfolgenden Ausführungen Anregungen und auch konkrete Vorschläge für eine zielgerichtete Ausgestaltung des Diskurses geben.

Industriepolitik 2020: Wie bereits im „Trendatlas Thüringen“ dargelegt, ist eine moderne Industriepolitik auch oder gerade für Thüringen angesichts der Kleinteiligkeit der Unternehmen eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Von ausschlaggebender Bedeutung ist dabei die Erreichung einer hohen Innovationskraft der Unternehmen, indem sie Forschung und Entwicklung betreiben. Entweder aus eigener Kraft, was bekanntermaßen bei den derzeitigen Gegebenheiten (über die Hälfte der industriellen Beschäftigten in Thüringen arbeiten in Unternehmen, die weniger als 2,5% ihres Umsatzanteils für Forschung und Entwicklung ausgeben), problematisch ist oder mit Unterstützung externer FuE – Einrichtungen wie Universitäten, Hochschulen, außeruniversitäre bzw. wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen.

Die Ergebnisse und Erfolge der Zusammenarbeit der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen mit der Industrie zeugen davon, dass gerade in dem zuletzt Genannten ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die enge Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft zu sehen ist – die Vielfalt von wirtschaftsnaher Forschung ergänzt die universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Thüringen in hervorragender Weise.

Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie hat mit seiner Förderpolitik Voraussetzungen für eine intensive Zusammenarbeit der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen und der Industrie geschaffen, indem sie sowohl die WINAFOS als auch die Unternehmen im investiven Bereich bzw. durch eine gezielte Projektförderung im Hochtechnologiebereich unterstützt. Dieser erfolgreiche Weg sollte für die Zukunft unbedingt fortgesetzt und auch „fortgeschrieben“ werden, wobei eine noch engere Vernetzung konkreter inhaltlicher Zielstellungen und Projektinhalte in der Zusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären und wirtschaftsnahen (gemeinnützigen) Forschungseinrichtungen und Unternehmen erreicht werden muss. Wege dorthin sind z.B. die Fortschreibung erfolgreicher Fördermaßnahmen wie die einzelbetriebliche Technologieförderung oder auch die Forschergruppen – letzteres durchaus auch mit einer aktiven (d.h. finanziellen) Einbeziehung der Unternehmen.

Innovationsprogramm 2020: Auch hier wird seitens der GFE vorbehaltlos die Erreichung einer hohen Innovationsdynamik durch die Fortführung und Intensivierung der Zusammenarbeit der Wirtschaft mit leistungsfähigen Hoch- und Fachschulen und anwendungsstarken Forschungseinrichtungen unterstützt.

Das im Aufbau befindliche „Thüringer Zentrum Maschinenbau“ (ThZM), zu deren fünf „Säulen“ im Wissenschaftsbereich die GFE Schmalkalden e.V. zählt, ist ein richtungsweisender Ansatz, gerade im Zukunftsfeld Maschinenbau den Freistaat Thüringen im nationalen und internationalen Maßstab weiter voran zu bringen. Für den bisher anvisierten Zeitraum bis 2017 werden gegenwärtig die Startvoraussetzungen geschaffen – Ziel muss es bereits jetzt sein, auf eine „Verstetigung“ der Existenzgrundlagen dieses (sowie durchaus auch weiterer derartiger Innovationszentren) hinzuwirken. Das beinhaltet nicht nur die Unterstützung der Forschungseinrichtungen, sondern auch der Unternehmen selbst, um so Anreize für eine kontinuierliche Mitarbeit in solchen Zentren zu schaffen. Vorschlag hierfür wäre z.B. die Einführung bestimmter Bonusregelungen für Unternehmen, die sich in Verbänden bzw. gemeinsamen Projekten unter dem „Dach“ solcher Innovationszentren engagieren.

Wir begrüßen weiterhin die Bestrebungen der Transparenzsteigerung laufender FuE-Projekte und Kooperationsnetzwerke. Hier sollte jedoch das Augenmerk nicht erst auf die Transparenz laufender FuE-Projekte gelegt werden, zur frühzeitigen Identifizierung weiterer potentieller Partner ist Transparenz auch bereits in der Projektplanungsphase angezeigt. Hierzu ist eine weitere enge Verknüpfung wissenschaftlicher und technologischer Kompetenzen in Thüringen im universitären und außeruniversitären Forschungsbereich nötig. Erste Schritte dazu bzw. Vorschläge dazu wurden bereits durch die GFE sowohl im Rahmen ihrer Mitwirkung im Industriecluster „FerMeTh – Fertigungstechnik und Metallbearbeitung Thüringen“ als auch in den Diskussionen in Verbindung mit der Gründung des ThZM eingebracht.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Vorschlag zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle, „...die bei der Identifizierung geeigneter Fördertöpfe unterstützt, die Antragsstellungen operativ begleitet sowie besonders erfolgreiche Anträge sammelt,...“. Dies wird derzeit im speziellen von der LEG, der TAB und den Kammern bereits getan und gilt es weiter zu bündeln.

Programm Zukunft Ost: Selbstverständlich sollten und müssen die Anstrengungen in „Zukunft Thüringen 2020“ zur Erreichung einer regionalen Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einhergehen mit den Aktivitäten in „Zukunft Ost“, aber auch darüber hinaus (Gesamtdeutschland, EU). Deshalb wird als ein Weg bzw. eine konkrete Maßnahme vorgeschlagen, die durchaus messbaren Erfolge Thüringens, beispielsweise in der positiven Entwicklung der WINAFOS bzw. im Zusammenwirken mit Unternehmen bei der Produkt- und Technologieentwicklung, als Vorbild- bzw. Pilotbeispiele noch aktiver zu transportieren bzw. zu propagieren als bisher. Ziel dessen muss sein, für das Klientel der WINAFOS attraktive, d.h. denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen ähnlichen und damit wettbewerbsgleichen Förderbedingungen zu schaffen und bewährte Förderprogramme, wie z.B. INNOKOM-Ost und ZIM auf Bundesebene zu verstetigen. Hierbei sehen wir Handlungsbedarf und –möglichkeiten sowohl der Verbände wie FTVT, VIU, VDMA sowie auch der Thüringer Landesregierung.

Regionalisiertes Mittelzentrumskonzept: Bei allen Notwendigkeiten, die durchaus gesehen werden, um Stärken zu stärken, sollten und dürfen die räumlichen Gegebenheiten solcher Industriestandorte, wo Wachstum und Beschäftigung in den vergangenen 20 Jahren dank ständiger Innovationen bei Produkten und Verfahren kontinuierlich positiv verliefen, nicht unberücksichtigt bleiben. Es sollte bei der „Konzentration auf Schwerpunkte“ berücksichtigt werden, dass es beispielsweise in Regionen wie Südthüringen nur durch die Koordination von Maßnahmen in Bereichen wie z.B. der Industrie- und Förderpolitik, der Infrastruktur usw. gelungen ist, erfolgreiche Unternehmensentwicklungen in den letzten

beiden Jahrzehnten weg von der „verlängerten Werkbank“ hin zu Spezialisten innerhalb der Wertschöpfungskette zu gestalten.

Auch das sind „Stärken“, die es auch ohne eine vordergründige Fokussierung auf regionale Zentren, wie z.B. entlang der A 4, weiter zu stärken gilt. Maßgebend für eine weitere Stärkung sollten dabei insbesondere technisch- technologische bzw. system- und wertschöpfungsrelevante Kriterien sein, wie dies bei erfolgreichen Unternehmen z.B. in Süd-, Ost- und Nordthüringen nachgewiesenermaßen bereits der Fall ist.

Beitrag von Dieter Bauhaus

Präsident der Industrie- und Handelskammer Erfurt

Gemeinsam und ressortübergreifend sollte sich die Landesregierung den demographischen und den finanziellen Herausforderungen stellen. Um so länger gewartet wird, um so schmerzhafter und schwieriger wird es! Vor diesem Hintergrund wird der Zukunftsdiskurs als solcher begrüßt, er darf allerdings nicht allein durch ein einzelnes Ressort geführt werden.

Bei der Beantwortung der fünf Schlüsselfragen sollte nicht außer acht gelassen werden, dass zunächst an der Verbesserung der Produktivitätsdynamik und der Erhöhung der Wertschöpfung gearbeitet werden muss, bevor auf die Lohndynamik abgestellt wird. Das vorgelegte Papier suggeriert an manchen Stellen die umgekehrte Reihenfolge, die so nicht funktionieren wird, wenn Schaden für den Freistaat Thüringen vermieden werden soll. Denn in der Regel wird das Entgelt durch Angebot und Nachfrage auf dem regionalen und branchenspezifischen Arbeitsmarkt bestimmt und in Abhängigkeit von der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gezahlt. Lohn muss erwirtschaftet werden. Liegt der Lohn über den Kosten für den jeweiligen Arbeitsplatz, droht dessen Wegfall. Daher muss der Fokus darauf gerichtet werden, dass Arbeitsplätze mit einer hohen Wertschöpfung entstehen. Dies kann einerseits durch eine entsprechende Ansiedlungs- und Förderpolitik und andererseits durch die Unterstützung und Förderung unternehmensnaher Forschung und Entwicklung beeinflusst werden. Daher sollte ein besonderer Schwerpunkt des Clustermanagements in der weiteren Vernetzung zwischen Unternehmen und Hochschulen bzw. Forschungsinstituten liegen.

Die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes ist heute mehr denn je von einer modernen, leistungsfähigen Verwaltung abhängig. Orts- und Sachnähe bei gleichzeitig straffer Verwaltungsstruktur, die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und die Dauer von Genehmigungen sind wichtige Rahmenbedingungen für unternehmerisches Wirken. Zudem haben die Verwaltungsstrukturen in ihrer Organisation aber auch in ihrer kostenseitigen Belastung unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Daher sollte vor dem Hintergrund der enormen Verschuldung des Landes Verwaltung gestrafft und damit Personal eingespart werden. Durch schnelle Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren kann der Standort weiter voran gebracht werden. Letztlich benötigen die Unternehmen klare und transparente Strukturen. Vor diesem, aber auch vor dem finanziellen Hintergrund sind Doppelstrukturen zu vermeiden. Die Vielzahl der Agenturen, Initiativen und Offensiven ist wenig transparent. Zudem sollten sich der Staat und seine landeseigenen Gesellschaften aus den Aufgaben zurückziehen, die in Selbstverwaltung bzw. durch die freie Wirtschaft erledigt werden können. Die Landesgesellschaften und Agenturen dürfen nicht als Auffangbecken für Personal des Landes genutzt werden. Es muss in allen Bereichen und auf allen Ebenen gebündelt und konzentriert werden: In den kommunalen und den Landesverwaltungen und in der technischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur des Landes.

Die IHK Erfurt steht einer Funktional- und Gebietsreform aufgeschlossen gegenüber und lässt sich dabei von folgenden Zahlen leiten:

Die Landkreise in Brandenburg haben eine durchschnittliche Größe von ca. 2.000 km², in Mecklenburg-Vorpommern sogar 3.800 km², während die Thüringer Landkreise im Durchschnitt nur 900 km² Fläche aufweisen. Der Brandenburger Landkreis Teltow-Fläming hat z.B. mit einer Fläche von 2.092 km² 7 kreiszugehörige Gemeinden und 7 Städte, in

denen am 31.12.2011 ca. 161.000 Menschen lebten. Der Thüringer Kyffhäuserkreis mit einer halb so großen Fläche von 1.035 km² und halb so vielen Einwohnern von ca. 80.000 vereint dagegen 39 kreiszugehörige Gemeinden und 10 Städte (Stand 31.12.2011). Im Landkreis Eichsfeld mit einer Größe von 940 km² und ca. 104.000 Einwohnern existieren sogar 84 Gemeinden und 3 Städte (Stand 31.12.2011). Die kleinste einer Verwaltungsgemeinschaft zugehörige Gemeinde in Thüringen hat 35 Einwohner, die kleinste im Kammerbezirk 87 (Stand 31.12.2011). Auch Gemeinden solcher Größenordnungen verursachen nicht unerheblichen Aufwand im Zusammenhang mit der Selbstverwaltung, welcher oft nicht im vertretbaren Verhältnis zur Wirksamkeit steht.

Ebenso bei den Einwohnerzahlen der kreisfreien Städte hat Thüringen mit z.B. ca. 38.500 Einwohnern in Suhl bzw. ca. 43.000 in Eisenach im bundesweiten Vergleich relativ geringe Größen vorzuweisen.

Die durchschnittliche Einwohnerzahl der kreisfreien Städte in den ostdeutschen Flächenländern beträgt 149.565 Einwohner, in Thüringen dagegen sind es nur 92.591 Einwohner.

Der Durchschnittswert für kreisangehörige Gemeinden in Ostdeutschland bewegt sich bei 3.210 Einwohnern, in Thüringen beläuft sich die Zahl auf 1.784.

Zudem zeichnet sich Thüringen durch eine inhomogene Funktionalstruktur aus. So existieren unterschiedliche Abgrenzungen von z.B. Arbeitsamts-, Registergerichts-, Verwaltungsgerichts- oder Arbeitsgerichtsbezirken sowie Planungsregionen. Das führt dazu, dass es für Unternehmer für unterschiedliche Belange jeweils andere örtliche Anlaufstellen gibt.

Das im „Zukunfts- und Innovationsprogramm Thüringen 2020“ vorgeschlagene „Regionalisierte Mittelzentrumskonzept“ wird begrüßt.

Bereits heute ist Thüringen ausgesprochen dünn besiedelt und verfügt über keine Ballungszentren bzw. Großstädte. Für Unternehmen ist allerdings das Umfeld, d.h. die Bevölkerungsdichte im Sinne eines Marktvolumens durchaus ein Entscheidungskriterium bei Ansiedlungsentscheidungen. Zudem wird die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes immer mehr an der Lebensqualität gemessen – diese ist in einer leistungsfähigen urbanen Region bekanntermaßen höher. Unternehmen benötigen solche dynamischen Lebensräume, nicht zuletzt um damit qualifizierte Arbeitskräfte und deren Familien von außen für Thüringen anzuwerben.

Die Gefahr, dass die Stärkung der urbanen Region in Mittelthüringen zu Lasten der strukturarmen ländlichen Räume gehen könnte, ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Man darf aber nicht die Augen davor verschließen, dass bereits heute diese Regionen für viele Menschen durch ausgedünnte Infrastruktur und ein fehlendes soziokulturelles Umfeld unattraktiv sind. Abwanderungen sind kaum zu verhindern, die Abstimmung erfolgt „mit den Füßen“. Daher ist es richtig, in Thüringen selbst Alternativen zu entwickeln um zu verhindern, dass die Menschen Thüringen gänzlich den Rücken kehren. Dazu gehört auch, die Mittelzentren stärker zu Ankerpunkten im ländlichen Raum zu entwickeln.

Bezogen auf die vorgeschlagene engere Zusammenarbeit in Mittelthüringen ist die Impulsregion ein guter Ausgangspunkt, wodurch sich viele, bisher noch nicht in Gänze genutzte Potentiale erschließen lassen. Allerdings sollte man noch weiter gehen und verbindliche administrative Strukturen einführen. So könnte man einen Planungsverband gründen, z.B. in Form einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dieser könnte Träger der Flächennutzungs- und Landschaftsplanung, aber auch der Schulnetzplanung oder des ÖPNV sein. Für solche Stadt-Umland-Verbände gibt es in der Bundesrepublik zahlreiche Beispiele.

Beitrag von Prof. Dr. Gabriele Beibst

Rektorin der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena

Thüringen 2020 – Herausforderungen und Chancen für die Weiterentwicklung unseres Bundeslandes

Thüringen ist für die Zukunft gut aufgestellt. Dies betrifft seine Hochschullandschaft ebenso wie das Wissenschafts- und Forschungspotenzial, und dies zeigen auch die vielen innovativen Unternehmen unseres Bundeslandes.

Die Hochschulen sind, gemeinsam mit den Forschungsinstituten, wichtige Partner für Wirtschaft und Gesellschaft: In den Hochschulen werden die zukünftigen Fachkräfte ausgebildet, aus den Hochschulen kommen viele Neugründungen junger Unternehmen. Die Forschungsprojekte der Hochschulen ermöglichen Entwicklungen, die dem Land insgesamt zugutekommen, da viele dieser Vorhaben in regionalen bzw. überregionalen Kooperationen entstehen.

Die Thüringer Hochschulen sind damit Innovationsmotoren und Impulsgeber für die mittelständische Wirtschaft.

Die Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena schärft ihr Profil insbesondere durch die Verknüpfung ihrer Studienrichtungen. Das heißt, unser Fokus liegt zunehmend auf einer interdisziplinären Zusammenarbeit der Ingenieurwissenschaften mit den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Als Hochschule für angewandte Wissenschaften verbinden wir unseren akademischen Anspruch mit einer starken Praxisorientierung.

Insgesamt kann die Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena auf hervorragende Lehr- und Forschungsergebnisse und eine stetige Erhöhung ihrer Drittmittel blicken. Kontinuierlich werden Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre entwickelt. Unser Studienangebot umfasst derzeit 22 Bachelor- und 17 Masterstudiengänge, die auch von der regionalen Wirtschaft stark nachgefragt werden.

Ingenieurwissenschaften, Wirtschaft und soziales Engagement: Mit ihren Lehr- und Forschungsfeldern unterstützt die Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena die Entwicklung von ganz Thüringen: so in der Automobilindustrie, in der Biotechnologie und Medizintechnik, in der Optik sowie in den Mikro- und Nanotechnologien. Die Lehr- und Forschungsgebiete der Hochschule umfassen aber auch Bereiche der umweltfreundlichen Energien und der Energiespeicherung, weiterhin den Maschinenbau, die Werkstofftechnik und -verarbeitung sowie nicht zuletzt den Gesundheits- und Pflegesektor.

Die Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Unternehmen und Institutionen sorgt für eine optimale Ausbildung. Die meisten Abschlussarbeiten entstehen in enger Zusammenarbeit mit den Partnern. Auch die Förderung von Unternehmensgründungen hat einen hohen Stellenwert. Die Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena zählt zu den Initiatoren des GET UP-Netzwerkes in Thüringen und realisiert zahlreiche Forschungs- und Verbundprojekte.

Die Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena hat sich als Teil eines Netzwerkes von Kooperationspartnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft positioniert, das nicht

nur auf Jena und die umliegenden Regionen ausstrahlt, sondern das Innovationen für ganz Thüringen ermöglichen und vorantreiben will.

In den nächsten Jahren kommen große Herausforderungen auf alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft zu. Die demographische Entwicklung gehört dabei wohl zu den folgenreichsten für unser Bundesland.

Bereits heute fehlen dem Land tausende Fachkräfte, insbesondere in den Pflegeberufen und bei den Ingenieuren. Viele sehr gut ausgebildete junge Menschen verlassen Thüringen, obwohl sie hier dringend gebraucht werden. Manche würden sicher bleiben, insbesondere die Pendler, wenn es bessere Bedingungen ermöglichen.

Die Fachkräftesituation im Land ist ein Problem, das nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Hochschulen betrifft. Deren Hauptaufgabe liegt auf der Gewinnung von Studienanfängern und der Sicherung ihrer Studierendenzahlen. Neben einer hervorragenden Ausbildung sind jedoch auch sehr gute Weiterbildungsmöglichkeiten in Thüringen nötig. Ein „lebenslanges Lernen“ kann dazu beitragen, die Abwanderung von Fachkräften zu stoppen und Alternativen für Rückkehrer anzubieten.

Trotz der demographischen Entwicklung müssen die Hochschulen versuchen, mehr Studienanfänger aus unserem eigenen Bundesland zu gewinnen und, dies als Schwerpunkt für Politik und Wirtschaft, sie nach dem Studium in Thüringen zu halten.

Zu den weiteren Aufgaben für die Hochschulen zählen die Gewinnung von Studierenden aus den alten Ländern und die Erhöhung des Anteils an internationalen Studentinnen und Studenten.

Thüringen muss internationaler werden. Wissenschaft und Wirtschaft sind ohne Internationalität nicht denkbar. Wir brauchen landesweit ein hierfür offenes Klima. Den Hochschulen obliegt dabei, noch mehr junge Menschen aus der ganzen Welt für ein Studium an ihre Standorte zu ziehen und damit zur kulturellen Offenheit der Thüringer Städte und Regionen beizutragen.

Steigerung der Studierendenzahlen, Optimierung der Fachkräftesituation, mehr Internationalität – aber wie? Ich sehe Herausforderungen immer auch als Chancen, und wo diese liegen, möchte ich nachfolgend erläutern:

An erster Stelle bei der Entwicklung der Zukunftsfähigkeit von Thüringen steht für mich eine Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Hier haben wir noch viel – auch politisches – Potential, und es sind langfristig viele Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Nötig ist jedoch, an dieser Stelle über die Grenzen der eigenen Institution, der eigenen Stadt und der eigenen Region hinauszusehen.

Erlauben Sie mir, zwei Beispiele aus der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena vorzustellen, die symbolisch für eine chancenreiche Entwicklung im Hochschulbereich stehen können:

Zum Wintersemester 2013/2014 wird der neue Bachelorstudiengang *E-Commerce* im Fachbereich Wirtschaftsingenieurwesen starten. Ermöglicht wird dies durch eine einzigartige Gemeinschaftsaktion: Jenaer E-Commerce-Unternehmen, Privatpersonen und die Stiftung für Technologie, Innovation und Forschung Thüringen (STIFT) finanzieren über fünf Jahre eine Stiftungsprofessur und einen Studiengang E-Commerce für die Hochschule.

Dem Kreis der Förderer gehört dabei auch ein Absolvent unserer Hochschule an. Letzteres ist ein Schritt in eine Hochschulkultur, die 24 Jahre nach der politischen Wende in den neuen Ländern erst schrittweise beginnen kann, die langfristig aber entwickelt und gepflegt werden sollte.

Wenden wir uns dem Thema Gesundheit zu: Beispielhaft ist hier ein ganz neues Gemeinschaftsvorhaben des Universitätsklinikums Jena, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, des Fachbereichs Betriebswirtschaft der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena und einer großen Anzahl von weiteren Netzwerkpartnern zum Thema *Gesundheitsregion Thüringen*. Dieses kreative Partnerschaftsprojekt erfüllt alle Voraussetzungen, um Leitbild für weitere Vorhaben dieser Art zu werden.

An dieser Stelle möchte ich auf ein Thema eingehen, das in seiner ganzen Vielfalt ebenfalls zu den Zukunfts-Chancen unseres Bundeslandes gehört: Ich spreche von der Thüringer Landwirtschaft, verbunden mit einer Entwicklung des ländlichen Raumes unter den Gesichtspunkten von Nachhaltigkeit und Ökologie.

Die einmalige Thüringer Landschaft hat nicht nur einen Nutzwert für den Tourismus und die Holzwirtschaft, sondern sie ermöglicht in besonderem Maße eine hohe Lebensqualität für viele Menschen. Sie ist ein hohes Gut und benötigt Schutz für die nachkommenden Generationen. In der Landwirtschaft, im Umweltschutz, in der Entwicklung des ländlichen Raumes und eines sanften Tourismus sind langfristig sowohl berufliche Einsatzmöglichkeiten, als auch eine hohe Umweg-Rentabilität gegeben.

Lassen Sie mich zusammenfassend drei „hohe Güter“ einer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ansprechen: Dies sind Familienfreundlichkeit, die Anerkennung von Lebenserfahrung sowie die Notwendigkeit von Lebensqualität.

Auf den ersten Blick sind dies drei Schlagworte und nicht selten drei „Problemzonen“, da mit viel Potential für schlagende Herausforderungen ausgestattet. Doch bieten sie in ihrer enormen Vielschichtigkeit große Chancen für Thüringen:

Familienfreundlichkeit ist nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und das Abhetzen junger Eltern in zwei Fulltime-Jobs. Sie fordert die tatsächliche Anerkennung vom Leben mit Kindern und damit auch dessen umfassende Unterstützung.

Die Thüringer Hochschulen fördern Studierende, die Eltern werden oder sind, durch verschiedene Maßnahmen, unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk Thüringen. Dass dies an vielen Stellen noch nicht reicht, sollte uns Ansporn für Verbesserungen sein.

Auf der Agenda aller Institutionen unseres Landes sollten aber auch familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter stehen. Die damit verbundene Zufriedenheit und Motivation der Kolleginnen und Kollegen ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine zukünftige positive Weiterentwicklung, nicht zuletzt unseres Bundeslandes.

Die Anerkennung von Lebenserfahrung bezieht sich auf die berufliche Förderung älterer Fachkräfte, aber sie umfasst ebenso die Einbeziehung von Senioren in das gesellschaftliche Leben und die Notwendigkeit eines würdigen Lebens im Alter. Dies mündet in die seit langem problematische Pflegesituation und nicht zuletzt in den Umgang mit unseren Alten und Sterbenden. Das sind Fragen der Ethik, die nicht verdrängt, sondern im theoretischen Fächerkanon wie in der Praxis der Pflegestudiengänge der Hochschulen aufgegriffen und in der angewandten Pflegepraxis zukünftig umgesetzt werden sollten.

Eine Frage der Ethik ist auch die *Notwendigkeit von Lebensqualität*. Diesem komplexen Thema, das die vorgenannten Güter, wie auch Nachhaltigkeit und Schutz für die Umwelt mit einschließt, müssen sich Gesellschaft und Politik, Wissenschaft und Wirtschaft von Thüringen verpflichtet fühlen. Das heißt in keinem Falle grenzenloses Wachstum, sondern Vernunft und Verantwortung.

Lebensumfeld und Lebensqualität waren und sind für viele hochqualifizierte Fachkräfte aus dem In- und Ausland neben dem Verdienst maßgeblich für die Annahme oder Ablehnung einer Position in Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.

Die Umsetzung der Anerkennung von Lebenserfahrung, der Notwendigkeit von Lebensqualität und von gelebter Familienfreundlichkeit sehe ich als einzige Chance für eine erfolgreiche Entwicklung Thüringens.

Die Basis hierfür wurde schon in der Vergangenheit, unter anderem von dem Thüringer Ernst Abbe (1840 - 1905), gelegt. Der in Jena tätige Wissenschaftler und Unternehmer war nicht nur Begründer der wissenschaftlichen Optik, er führte unter anderem auch den Acht-Stunden-Tag und bezahlten Urlaub für seine Arbeitnehmer ein. Die sozialpolitischen Reformen des gebürtigen Eisenachers waren seiner Zeit weit voraus. Das Motto: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden Mensch sein“ wird ihm zugeschrieben*.

Doch nicht nur Ernst Abbe begründete und vertrat einen sozial-ethischen Anspruch, den wir heute mit der Anerkennung von Lebenserfahrung, mit Lebensqualität und Familienfreundlichkeit beschreiben. Der kürzlich entwickelte Slogan zur Zukunftsentwicklung unseres Bundeslandes „In Thüringen hat Zukunft Tradition“ birgt, wenn man Thüringens Vergangenheit anschaut, sehr viel zukünftiges Potential: In jedem Jahrhundert, in jeder Generation gab es Menschen, die sich mutig für ethische Werte eingesetzt haben.

Die Zukunft von Thüringen kann erfolgreich gestaltet werden, wenn wir die hier genannten „hohen Güter“ tatsächlich gesamtgesellschaftlich als solche anerkennen, weiterentwickeln und umsetzen.

**Der Physiker Ernst Abbe wurde ein Jahr nach dem Tod von Carl Zeiss (1888) alleiniger Unternehmensleiter der Firma Carl Zeiss Jena.*

Quellen:

- Carl Zeiss AG
- Theodor Heuss: Abbe, Ernst Carl. In: Neue Deutsche Biographie (NDB), Band 1
- facetten, Hochschulzeitung der EAH Jena, Nr. 25

Beitrag von Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h.c. mult. Karlheinz Brandenburg

Institutsleiter Fraunhofer-Institut für Digitale Medientechnologie IDMT

Auf dem Weg ins digitale Zeitalter

Wenn nach den aktuell wesentlichen Entwicklungen gefragt wird, dann denken wir oft erst an Wirtschaftskrise, demografische Entwicklung, Zukunft unserer Märkte etc. Zur selben Zeit beschert uns aber die immer weiter voranschreitende Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien, getrieben durch die Fortschritte in der Mikroelektronik, echte Paradigmenwechsel in der Art und Weise, wie wir kommunizieren, wie wir lernen und lehren, neue Geschäftsmodelle entwickeln, uns unterhalten lassen, selber mit Freunden und Verwandten Verbindung halten ...

Für diese Entwicklungen wird oft der Begriff „digitales Zeitalter“ verwendet. Mit Digitaltechnik leben wir eigentlich seit Erfindung der Schrift. Ob 26 Buchstaben oder die Computersymbole 0 und 1 – für den Mathematiker ist es exakt dieselbe Grundidee. Das digitale Zeitalter meint aber mehr, es meint z. B.

- Die Möglichkeiten, jederzeit mit Menschen überall in der Welt Ideen auszutauschen, Neues zu entwickeln oder auch nur zu reden
- Die Möglichkeiten, die ganze Welt an unserem Leben teilhaben zu lassen, ob über Social Media, wie z. B. Facebook, oder durch das World Wide Web
- Die Möglichkeiten, das Wissen der Welt im direkten Zugriff zu haben, sei es über digitale Lexika, wie z. B. Wikipedia, oder über die Suche nach Veröffentlichungen

Diese und andere Entwicklungen haben in den letzten Jahren sowohl das Berufsleben wie auch den privaten Bereich verändert und sind dabei, sie noch viel weiter zu verändern. Computer sind mittlerweile überall, nicht mehr als große Maschinen, sondern als kleine Bestandteile fast aller technischen Geräte – ob es die Werkzeugmaschine im Industriebetrieb, das Redaktionssystem der Zeitung, mein Telefon, die Waschmaschine und eben fast alles ist. Daraus ergibt sich aber eine Reihe von Herausforderungen an uns und zukünftige Generationen:

- Wie schaffen wir es, die Grundideen der Technik genügend zu verstehen, um sie auch beherrschen zu können?
- Wie schaffen wir es, die besonderen Herausforderungen vor denen unser Bildungssystem steht – angefangen von den Schulen über die Universitäten bis hin zum lebenslangen Lernen – zu meistern? Wie können die „digital Natives“, also die jungen Leute, die mit digitaler Technik aufgewachsen sind, den richtigen Umgang mit neuer Technik von den „digital immigrants“ erlernen, also den Leuten, die eben nicht über lebenslange Erfahrungen mit dieser Technik verfügen? Dieser Widerspruch ist noch nicht aufgehoben.
- Wie schaffen wir es, dass es eben doch kein „Digital Divide“ gibt, keinen tiefen Graben zwischen den Experten und denen – insbesondere in meiner Generation 55+ – die all dieser Technik mit Unverständnis gegenüberstehen?

- Wie schaffen wir es in Zeiten der sinkenden Bevölkerungszahlen, attraktiv genug zu sein für junge Leute aus aller Welt, die mit uns an unserer Zukunft bauen und Thüringen lebenswert gestalten?
- Wie schaffen wir es, dass gute Ideen zu neuen Produkten werden, neue Geschäftsmodelle, und neuartige Dienstleistungen eine echte Chance bekommen? Wir brauchen sie.

Politische Folgerungen für Thüringen:

Wie in seiner Tradition muss Thüringen weiterhin ein Land bleiben, von dem Impulse auf die Welt ausgehen. Dazu müssen wir

- weltoffen sein. Leute aus aller Welt sollen sich in Thüringen wohl fühlen können und gerne bei und mit uns arbeiten. Dies bedeutet den steten Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.
- nie aufhören zu lernen. Thüringen will das „Kindermedienland“ sein. Diesen Anspruch müssen wir auch mit weiteren Aktivitäten in Taten umsetzen: Im Schulbereich wird die Einführung neuer Technologien sehr viel verändern. Wir müssen uns diesen Änderungen stellen und sie aktiv mitgestalten. Das elektronische Schulbuch, der computerunterstützte Unterricht, die fortlaufende Änderung des Schulbetriebs vom „Wissen anhäufen“ zum „Lernen, wie ich etwas tun kann“ sind nur einige Aspekte, die alle mit Augenmaß zusammengeführt werden müssen.
- engagiert und anspruchsvoll sein. In der zukünftigen weltweiten digitalen Gesellschaft wird uns nichts geschenkt. Wir brauchen neue Ideen, z. B. für Firmengründungen, den Mut zum Risiko und den Willen, uns mit den Besten in der Welt zu messen. Wir haben eine gute Ausgangsposition, deshalb muss uns nicht bange sein. Aber die Konkurrenz unserer Firmen sitzt in aller Welt und schläft sicher nicht. Wir müssen die Besten sein wollen, in der Wissenschaft und Wirtschaft genau wie im Sport. All das muss natürlich politisch unterstützt werden.

Auf dem Weg ins digitale Zeitalter sind alle Stationen wichtig. Medien helfen uns zu kommunizieren; Kreativität ist eine Notwendigkeit, wenn Innovationen passieren sollen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Massen- und Individualmedien, die Kreativwirtschaft, der Bildungssektor – alle sie zusammen – das Puzzle bilden, aus dem unsere Zukunft entsteht.

Beitrag von Dr. Johannes Bruns

Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen

Mühlhausen: Standort mit Zukunft

Mühlhausen bietet Unternehmern enormes Potenzial. Seit Jahrzehnten arbeiten erfolgreiche und angesehene Firmen für eine innovative Region und sichere Jobs.

Das ökonomische Rückgrat der Stadt ist ein stabiler Mittelstand mit einer breit gefächerten Branchenstruktur. Diese Diversität garantiert Mühlhausen und der gesamten Region Stabilität – auch in wirtschaftlich schwierigen Phasen. Mit etwa 17.000 Jobs findet sich in Mühlhausen gut die Hälfte aller Arbeitsplätze des Unstrut-Hainich-Kreis.

Als verlässliche Innovations- und Wachstumsmotoren hat sich zum einen die Zulieferindustrie im Automobil- und Schienenfahrzeugbereich entwickelt, zum anderen auch eine ausgeprägte Leicht- und Elektroindustrie. Mit hochqualitativen Produkten erarbeiten sich hiesige Firmen feste Marktanteile und weltweite Kundennetzwerke. Größe, Strukturen und engagierte Mitarbeiter ermöglichen es den Unternehmen, auch immer wieder aus eigener Kraft neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Erfolgreiche Konversion beginnt mit regionaler Infrastrukturpolitik

Auch die zentrale Lage in Deutschland und Europa sowie die Nähe zu wichtigen Verkehrswegen wie der A 4 oder A 38 machen Mühlhausen für Investoren interessant. Zur weiteren Verbesserung der infrastrukturellen Anbindung setzt die Stadt auf den schnellen Ausbau der B 247 als Umgehungsstraße. Der Planfeststellungsbeschluss ist gefasst und es besteht Baurecht. Nun ist es an Berlin und Erfurt, das Projekt finanziell zu priorisieren.

Dies ist auch eine Grundvoraussetzung, um die langfristigen Folgen des bevorstehenden Bundeswehrazugs aus Mühlhausen abfedern zu können. Erfolgreiche Konversion beginnt mit regionaler Infrastrukturpolitik. Für die Ansiedlung von produzierendem Gewerbe ist die umgehende Verbesserung der verkehrlichen Anbindung Mühlhausens von entscheidender Bedeutung.

Die bevorstehende Konversion des Bundeswehrstandortes Görmar-Kaserne ist in den kommenden Jahren das zentrale Thema der Stadtentwicklung. Ab Januar 2015 steht das Objekt für zivile Nutzungsideen offen. Seit 1990 wurden etwa 52 Millionen Euro in das Kasernengelände investiert. Infrastruktur, Bausubstanz und Ausstattung sind in erstklassigem Zustand und machen verschiedenste Entwicklungsmöglichkeiten denkbar.

Vor diesem Hintergrund kann die schmerzhafteste Standortentscheidung auch als Chance für die Weiterentwicklung der Stadt betrachtet werden. Allerdings ist die Unterstützung von Bund und Land bei dieser Mammutaufgabe unerlässlich. Gegenwärtig arbeitet die Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen gemeinsam mit der Stadt an einem Nutzungskonzept. Dabei werden auch bereits konkrete Vorstellungen interessierter Investoren einbezogen und auf Machbarkeit überprüft.

Gute Wirtschaftspolitik für die Regionen abseits der Autobahnen

Strukturpolitisch muss auf Landesebene ein Umdenken einsetzen: Die wirtschaftliche Förderung der Regionen abseits der Autobahnen benötigt größeres Augenmerk. Im Mai hat beispielsweise ein Mühlhäuser Traditionsunternehmen bekannt gegeben, den Standort in Richtung Erfurt verlassen zu wollen. Über diese Pläne waren die entscheidenden Stellen in der Landeshauptstadt Monate im Voraus informiert. Mühlhausen hätte hier mehr Unterstützung erwartet – zumal das Unternehmen für die Expansion natürlich auch Mühlhausen in Erwägung gezogen hatte. Das bald verfügbare Kasernengelände in direkter Nachbarschaft des Firmensitzes wäre ein optimaler Ausgangspunkt für alle Erweiterungsvorhaben gewesen.

Auch ist die weitere Stärkung des Bildungsstandortes Mühlhausens unerlässlich. Das zweitgrößte und modernste Berufsschulzentrum Thüringens und die Kombination von beruflicher Ausbildung und wissenschaftlicher Arbeit mit internationaler Anbindung ist für die Unternehmen der Region ein wichtiger Standortfaktor. Firmen können auf einen großen Pool an bestens ausgebildeten, motivierten Mitarbeitern setzen und zugleich auch auf ein unternehmerisch interessantes Lohnniveau. Speziell für das mittlere Management werden in Voll- und Teilzeitstudiengängen Techniker ausgebildet. Mühlhausen verfügt auch über die bundesweit einzige staatlich berufsbildende Schule für Rettungsassistenten.

Beste Gründe für Mühlhausen: Weiche Standortfaktoren

Mühlhausen bietet einmalige Lebensqualität. Allein das historische Erbe begeistert weit über die Region hinaus: Mühlhausen ist das zweitgrößte Flächendenkmal Thüringens, die Stadt der Kirchen – jeder Winkel der malerischen Altstadt atmet Geschichte. Engagierte Kulturschaffende sorgen über das ganze Jahr hinweg für Höhepunkte, die Bürger und Touristen begeistern.

Ob City-Lage oder am Waldrand: das Wohnambiente ist lebendig und naturnah zugleich und die Lebenshaltungskosten sind überdurchschnittlich attraktiv. Auch das erstklassige Betreuungsangebot für Kinder sowie die sehr gute Schul- und Ausbildungslandschaft machen Mühlhausens Familienfreundlichkeit aus.

Anhang:

Vorrangig prägen mittelständische Produktions- und Handwerksbetriebe in folgenden Branchen den Wirtschaftsstandort Mühlhausen:

Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie:

- Brems- und Kupplungsschläuche
- Sitzproduktion
- Elektronische Systembaukästen
- Modelle für Neuentwicklungen
- Technische Fäden für Autoreifen, Kabel u. a.

Elektronikindustrie:

- Dialog-PC und Prozessvisualisierung für den industriellen Bereich
- Produktion elektronischer und mechanischer Komponenten
- Kabelkonfektionierung, Leiterplattenbestückung, Transformatorenfertigung

Leichtindustrie:

- Strickwarenproduktion
- Textilveredlung
- Vliesstoffe

Beitrag von Prof. Dr. Mariusz Czepczyński

Universität Danzig

Integration, Kooperation und Wettbewerb als Vorbild für das Wachstumszentrum Erfurt-Weimar-Jena ?

Im Rahmen der Konferenz „Wachstumszentrum Erfurt-Weimar-Jena“ am 22.05. im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, berichtete der renommierte Urbanist, Stadtplaner und ausgewiesene Experte auf dem Gebiet der Entwicklung metropoler und urbaner Ballungszentren, Prof. Dr. Mariusz Czepczyński von der Universität Danzig (*Uniwersytet Gdański*) über die Entwicklung der Dreistadt Danzig, Gdingen Zoppot. Im folgenden Gastbeitrag illustriert Professor Czepczyński anhand zahlreicher Beispiele die Notwendigkeit der Schaffung von Netzwerken um auch zukünftig als städtische Region bestehen zu können. Gleichzeitig wird insbesondere anhand der Erfahrung aus der Dreistadt am Danziger Haff verdeutlicht, dass Kooperation und Wettbewerb keine Gegensätze sind.

Tri-City: Gdańsk – Gdynia – Sopot Metropolitan Region: Integration, Cooperation and Competition.

Urban region transformation and the rise of metropolises

The dynamic expansion of a large urban region is often viewed as the regional answer to global competition between locations. In recent years, cities and regions have begun to behave much like enterprises, competing for investment and negotiating their places in multi-national networks of globalised prosperity (Herrschel and Newman 2005). Urban regional competition is particularly visible between the largest metropolitan areas, closely connected by transport, investment, financial, as well as social and cultural networks into a global or continental system. Modern technologies, advanced transport systems and internet create extraordinary opportunities, but also major challenges to the contemporary cities and urban systems.

The largest and most powerful cities create a network of global cities, also called world city or sometimes alpha city – a set of cities generally considered to be important nodes in the global economic, social and political systems. Practically all the alpha cities represent the traditional, monocentric urban structure, where one city dominates over the suburban areas and edge cities. Cities, and particularly large cities, enable agglomeration of people, goods, ideas; allows specialisation, competition, share labour and information. The other pattern of global urban system is represented by polycentric urban structures, comprised of a set of 'beta' or 'gamma' cities and the interurban areas of continental or national significance. The polycentric structures grew up with the rise of automobile and rail transport, facilitated by economic growth and restructuring. Conurbation is a polycentric urban agglomeration, comprising a number of cities, large towns, and other urban areas that, through population growth and physical expansion, have merged to form one, more or less continuous urban and industrially developed area. New urban forms evolve with multiple centres include a multi-nucleated city (Harris & Ullman), 100 mile city (Sudjic) or polycentric city (Gordon).

There are generally two types of urban conurbations: developed in the 19th century coal mining regions throughout Europe, North America, Asia and Australia, like the Nord-Pas de Calais, Ruhr area, Silesia in Poland and Czech Republic or Donbas in the Ukraine. The other type of conurbation is transport based and in which transportation has developed to link areas to create a single urban labour market or travel to work area, like Randstad in Holland and Tri-City of Gdańsk – Gdynia – Sopot in Poland. Urban polycentric system, known in America as a 'metroplex' is a contiguous metropolitan area that has more than one principal anchor city of near equal importance. It is this 'near equal' importance, specialisation and distribution of major functions that makes regions polycentric. The most popular polycentric metroplexes include Osaka-Kobe-Kyoto in Japan, Tekirdağ-Istanbul-Izmit-Adapazarı-Yalova-Bursa, also known as Eastern Marmara Megaplex in Turkey, Leeds-Bradford (the West Yorkshire Urban Area), Southampton-Portsmouth (the South Hampshire metropolitan area), UK. In the United States, the term "Metroplex" is most often used to refer to the Dallas-Fort Worth area. Other areas in the U.S. that may locally be called a "metroplex" include Baltimore-Washington, Raleigh-Durham-Chapel Hill, North Carolina (The Triangle), Miami-Fort Lauderdale, Minneapolis-Saint Paul, Minnesota, or the "Twin Cities", San Jose-Oakland-San Francisco, California (the Bay Area), Tampa-St. Petersburg, Florida, Winston-Salem-Greensboro-High Point, North Carolina (the Piedmont Triad), Huntsville-Athens-Decatur-Florence, Alabama (the Tennessee Valley), and Daytonnati, a convergence of the urban areas of both Dayton and greater Cincinnati.

The Gdańsk urban region in transition

The Tri-City name of the agglomeration places a different gloss on the term 'multi-polar' (or multi-centric, or polycentric), and makes the Gdańsk area somewhat unique in terms of general classifications of multi-polar agglomerations. Davoudi (2005, 2) says:

“At the inter-urban scale, the focus is on the polycentric urban region with three or more cities that are historically and politically separate, have no hierarchical ranking, are in reasonable proximity to each other, and demonstrate a high degree of functional interconnections and complementarities.”

The Gdańsk Area meets the first three of these conditions, but fails on the fourth. Much of the agglomeration's development was shaped by a lack of interconnection and complementarity between its main parts. This arose out of, and sustained, tensions which still underlay much of the discussion of integration and policies in the city region (Judge, Czepczyński and Wyszomirski, 2005). Administrative divisions and borders create virtual regions, while independent local municipalities and authorities make for dispersed powers and decision-making processes, control and responsibilities.

This biggest agglomeration on the southern Baltic coast consists of the cities of Gdańsk and Gdynia, the resort city of Sopot between them, plus a surrounding belt of suburbs and satellite towns - all together, a population of about 1.2 million. It is located at the mouth of the Vistula River, on the Baltic coast, about 350 km northwest of Warsaw. The Gdańsk, or Tri-City¹, agglomeration is Poland's third largest urban centre, and acts as the primary economic, social, cultural, educational, transportation and political focus of the northern part of the country. The functional Tri-City agglomeration consists of up to² 13 urban

¹ Tri-City, or Trójmiasto in Polish, sometimes spelled as 3miasto / 3city, is commonly known name in Poland, but unofficial. For the first time as a legal name it came as the TriCity Landscape Park in 1979. The term comes from the number of major municipalities: Gdańsk, Gdynia and Sopot. It is broadly used in national media, including weather maps, news and others.

² There are many different functional and planning delimitations of the Gdańsk Metropolitan Area. The population of the functional urban area varies, depending on different estimations, from 750,000 to 1.3 million.

municipalities, and 27 rural communes covering more than 2000 sq. km., together with Gdańsk (460,000), Gdynia (248,000), Tczew (59,000), Wejherowo (50,000), Rumia (47,000) and Sopot (38,000). The spatial development of that agglomeration is concentrated along the main and dominant transportation corridor linking the main centres, going from Tczew in the south, via Gdańsk, Sopot and Gdynia, to Wejherowo in the west (ca. 70 km). The core of the metropolis is centred along the 20 km axis between Gdańsk, through Sopot to Gdynia. The vast majority of the key local and regional central functions are concentrated along this axis, together with the two main centres of the conurbation, Gdańsk and Gdynia (Judge, Czepczyński and Wyszomirski, 2005). Creation of the polycentric agglomeration has been enhanced by natural conditions and linear historical development of Gdańsk, facilitated by the narrow coastal strip of land between the beach and the edge of the moraine hills.

The past development and present structure of the conurbation is deeply embodied in local history. While Gdańsk is an ancient port city, and Sopot was a fashionable nineteenth century seaside resort patronised mainly by Germans and Poles, Gdynia was an artificial creation arising out of the 1919 Versailles Treaty. After the Treaty, the historic city and port of Gdańsk (Danzig) was given a more independent status from Germany as a Free City to allow Poland access to the Baltic Sea. Nevertheless, in 1926, the Poles decided to build their own Baltic port at the village of Gdynia, some 20 km north of Gdańsk. Gdynia from its beginning was constructed as a Polish competitor to the German Gdansk / Dazing. The new town expanded quickly to 130,000 inhabitants in 1939. During WW2, the Polish Corridor, including Gdynia³, and the Free City of Gdańsk, were incorporated into the German Reich, and thus under the control of one regional administration. Thus, a common public transport system was established to serve the entire area (Czepczyński 2009).

Since the late 1960s, the process of planned regional development of the Gdańsk Province has contributed to extensive industrial and residential suburbanisation between the existing urban centres, thus furthering their functional and physical integration along the main transport artery as spine of the agglomeration. The backbone of the TriCity is the inner highway (Zwycięstwa – Grunwaldzka – Niepodległości – Zwycięstwa Avenues). It starts in Tczew, and goes north to Pruszcz Gdański, Gdańsk, Sopot, Gdynia, and goes turn west through Rumia and Reda to Wejherowo. It consists of 2-4 lanes in each direction. In 1975 the 40 km, dual carriageway Tricity Beltway⁴ (Obwodnica Trójmiejska) was constructed. It starts in the vicinity of Pruszcz Gdański and goes through the western districts of Gdańsk to Gdynia-Chylonia. The Communist area brought some forced unification, and, to some extent, further linear developments. During the 1970s the active and passive policy of de-agglomeration has been implemented, when number of important industrial plants and large housing estates had been located in the outer zone of the agglomeration, but mostly along the transportation axis, notable in Pruszcz and Rumia (Czepczyński 2005). Nevertheless, the cities of the agglomeration developed largely autonomously, with their own, distinct identities.

In 1999, a new administrative system was implemented: Gdańsk was designated the capital of the Province of Pomerania, while all three main urban municipalities, Gdańsk, Gdynia and Sopot, became independent unitary authorities, combining local and low level regional (county) functions. The Province, with 20 counties, 43 towns and 123 municipalities is highly differentiated, with a reasonably wealthy north, and relatively deprived western and eastern outskirts. The Gdańsk area holds most of the vital economic and social activities of the whole region. Since the 1970s, the local society has been considered as active, open-minded, anti-totalitarian and liberal. This, together with the legacy of 'the cradle of Solidarność', has contributed to a strong localism. In addition, the regional economy has not been driven by strong foreign investment, and is instead largely the outcome of an effective combination of local cooperation and competition.

³ During the WW2 Gdynia was renamed to Gotenhafen, and became one of the major navy and industrial centres on the Baltic.

⁴ Since 2012: the Western Beltway

Integrative transport systems

Public transport in Gdańsk developed, similarly as in other European cities, since the late 19th century into extensive tram system. The first works on building additional tracks for urban transport on Gdańsk - Sopot route begun in 1912 (station tracks modifications and tearing down buildings on planned route). The project was interrupted by the outbreak of World War I. In the interwar period, transport was completely divided between the Polish zone and the terrain of Danzig. Despite the fact that rail transport in Gdańsk was serviced by the Polish State Railways, its authorities did not decide to connect their city with Gdynia by an urban rail service. World War II led to a terrible devastation of Gdańsk, as well as the abolishment of borders dividing TriCity. After 1945, now under Polish control, the agglomeration began to develop as one entity. In October 1950, the decision to build a separate lane for urban transport was taken, and as a result a separate department of Rail Electrification Office was founded in Gdańsk⁵. Until the operation started in 1952 the two-track line was ready only on the Gdańsk - Gdańsk Wrzeszcz distance. The second track to Sopot was ready in June 1952. Owing to that, the train running frequency rose to 10 minutes. On July 22, 1952 two-track connection with Gdynia Orłowo was ready, in 1954 dual-track traffic reached Gdynia Główna station, two years later Gdynia Chylonia, and on December 31, 1957 first electric multiple units reached Wejherowo. The completion of electrified city train (Fast Urban Railway or SKM) system between Gdańsk and Gdynia accelerated the agglomeration's internal integration.

The major Polish urban train system covers ca. 19% of all TriCity traffic and transports ca. 47 million passengers per year⁶ – 130,000 passengers daily⁷. The trains operate now in 10 (rush hours) and 15 minutes tact between Gdańsk and Gdynia, with the 2 hours break between 1 and 3 a.m. Currently, the SKM is a Ltd. Company, owned by Polish State Railways (47,8% of shares), Ministry of Treasure (22,6%), Pomeranian Province (12,8%), City of Gdańsk (9,6%), City of Sopot (2,8%), City of Gdynia (2,6%), Commune of Pruszcz Gdański (1,6%) and the Urban Commune of Rumia (0,2%). Some of the municipalities, lead by Gdańsk, wants to get more shares from the state and take more active role in managing and planning further operation of the SKM.

The important step in transport integration was the decision to construct second line of the suburban train, known and the 'Pomeranian Metropolitan Rail' (Pomorska Kolej Metropolitalna – PKM). In January 2008 the municipalities of Gdańsk and Gdynia, together with the provincial self-government decided to jointly apply for the EU structural funds. The new line, financed by the Provincial Self-Government and the EU funds will connect Gdańsk airport with the city centres of Gdańsk and Gdynia and will open new connections to the nearby towns of Żukowo and Kartuzy, what will further integrate those suburban centres with the core of the agglomeration. The 55 km PKM will connect 18 stops (10 in Gdańsk and 6 in Gdynia) in 2015.

The long process of creating a single public transport system, have been facilitated by the Gdańsk Bay Metropolitan Board, initiated by the head of the Province in 2003. Since 1st January 2008 the integrated tickets appeared in Gdańsk agglomeration. Established in June 2007 Gdańsk Bay Inter-Communal Transportation Union becomes since 2009 the main organiser of the metropolitan public transport system, connecting 8 towns (Gdańsk, Gdynia, Pruszcz Gdański, Reda, Rumia, Sopot, Wejherowo) and 7 rural municipalities (Kolbudy,

⁵ During the war, Berlin S-Bahn cars were overhauled in the (then) German town of Luben to the east of Berlin. When that town, now known as Lubin, was ceded to Poland under the terms of the Potsdam Conference in 1945, 84 S-Bahn cars were in the works. Further cars were sent east as war reparations, and possibly as many as 189 cars, were retained in Poland. These cars were allocated to the TriCity region for use on suburban services. There were in service until the 1976.

⁶ In the 1970s the yearly number of passengers exceed 100 millions

⁷ In 2008

Kosakowo, Luzino, Pruszcz Gdański, Wejherowo, Żukowo, Szemud). Since January 2008 the Union offers only daily and monthly tickets for all modes of public transportation, including urban trains, buses, trams and trolleybuses, operated by state owned SKM and municipal transportation companies of Gdańsk, Gdynia and Wejherowo. Presently, the agglomeration is being served by three major companies: municipal Gdańsk and Gdynia urban transport boards and the Fast Urban Railway.

The Gdańsk Lech Walesa International Airport can be a successful example of joined and connecting metropolitan infrastructure initiatives. This third largest in Poland airport serves ca. 3 million passengers per year (in 2012) and is located 12 km west northwest of Gdańsk city centre, 10 km from Sopot and 23 km from Gdynia. The airport is owned by the Provincial Self Government (31,45%), City of Gdańsk (29,45%), City of Gdynia⁸ (1,14%), City of Sopot (0,35%) and the "Airports" State Company (37,61%).

Another example of metropolitan transport system coordination is Tristar – an integrated smart metropolitan traffic management system. The work on the project, initiated by the Technical University of Gdańsk, began in 2006, has been financially supported by 156 Million Euro from the EU (ca. 85% of total costs). The goal is to shorten by 20% the time of car travel on the major roads, by smart use of cameras, sensors, interactive road signs and so on. The system is currently being introduced on the main transportation axis, and is scheduled to be completed by the end of 2014.

Cooperation and functional integration

More than 80 years of both spontaneous and forces mixing and assimilations, Gdańsk Metropolitan Area is quite an integrated economic and social region. Gdańsk, Gdynia, Sopot, and the surrounding towns and suburban areas, create a single market and cohesive system. Cooperation either happens at the higher than local level or is being driven by the markets and society. From its economic, social and physical nature, the agglomeration is one of the most integrated in Poland. Commuting across the region is an important expression of the functional and social integration of the region, even with complex ticketing. The administrative borders are usually barely visible, sometimes only by the sizeable welcome signs, abruptly changing quality of bike paths or different style Christmas street decorations.

The single regional market, a specialised internal functional differentiation of the agglomeration trans-regional transport system, all demand inter-municipal cooperation in many aspects of local development. Arrangements include state and regional entities and companies, such as energy and gas providers, environmentally protected urban forests. The shared regional market and good connectivity across the region both provide just the right conditions for economic partnership and common labour, property, retail and wholesale market and finance and banking markets, as well as education. There is a joined The Atlas of the Gdańsk Metropolitan Region and the Gdańsk Pomeranian Lobbying Association. Local universities, research and IT centres, in particular the dominant University of Gdańsk, have its campuses scattered across different locations in the three cities. There is also one real estate market, health care and leisure facilities.

Of the best example of intra-metropolitan cooperation is construction and management of Gdańsk – Sopot joint venture: the Ergo Arena (Hala Gdańsk-Sopot). It is a multi-purpose indoor arena, opened in 2010. The boundary between two cities – Sopot and Gdańsk – runs through the very middle of the hall. The arena has a capacity of 11,400 people, for sports

⁸ The navy airfield in Gdynia Kosakowo will be opened for cargo and small passenger traffic in the second half of 2013.

events and up to 15,000, with standing places, for concerts. Sport events, including the 2013 Men's European Volleyball Championship, 2014 IAAF World Indoor Championships, the 2014 FIVB Men's World Championship, and the 2016 EHF European Men's Handball Championship will be held in the Gdańsk / Sopot⁹.

The regional integration discourse has been facilitated by some of the key local and regional actors, including investors, researchers, and some politicians (Sagan and Canowiecki 2011). Within that, a distinctive role is played by an active and effective local media, including 2 newspapers, 4 radio stations, regional television and the very popular web portal www.trójmiasto.pl. Since all the media has been drawing on the same sources, and offering one edition and programme for the whole agglomeration¹⁰, it very much contributes to fostering metropolitan integration within the region. Recently, some of them, including newspapers of 'Gazeta Wyborcza' and 'Dziennik Bałtycki', as well as the state owned Radio Gdańsk and the Gdańsk 3rd TV Channel have organised public debates, meetings and programmes promoting cooperation across the city region. In 2006 local edition of "Gazeta Wyborcza" initiated the "I love my city" competition, as a well as Tri-City survey. In that pragmatic oriented assessment, the inhabitants of the region declared a single network ticket for the region as the main priority. Also the local "Dziennik Bałtycki" organised a forum and debate "let's keep together", to promote the idea of metropolitan cooperation (Szczepuła 2006). In 2013 local television began a series of programs under the umbrella titled "we in the Metropolis" (My w Metropolii). Local NGOs have been very active on the Gdańsk arena, some of them, like the 'Lepsze Miasto' (Better City) Foundation tries to play a key social role in the process of metropolitan integration, while others, together with the potentially important regionalisation driver, the Pomeranian Development Agency, act mostly as the international representation or research centre of the region, rather than direct facilitator of collaborative region building. Other exemplification of somehow enforced, but most effective collaboration, infused by EU and national fiscal policies, include integration of tourism promotion or the 'Tri-City Agglomeration Air Protection Programme'.

There are also more and more combined trans-metropolitan social and cultural projects, inspired by media and local managers of culture. In the early 2007 the biggest regional newspaper 'Gazeta Wyborcza Trójmiasto' has organised 'Przystanek Trójmiasto' (Bus stop Tri-City) forum, where vital problems of metropolitan development has been discussed and analysed. More than 8,000 people signed the 'Tri-City Card', as declaration of closer municipal cooperation with the metropolis. In March 2007 the declaration of cooperation, inspired and facilitated by 'Gazeta Wyborcza' was signed by the mayors of Gdańsk, Gdynia, Sopot and the President of the Provincial Government. Since then, every Saturday the question 'what next with eh Tri-City metropolis?' returns on local pages of the newspaper. In late December 2007 new cultural initiative has been initiated to integrate social and cultural live of the metropolis. Larry Ugwu, director of the Baltic Culture Centre in Gdańsk organised 'Metropolitan Festival of Culture' under the title 'Metropolia jest Okey' (Metropolis is OK) in 3 clubs in Gdańsk, Gdynia and Sopot. 33 local artists, performers, and musicians participated in the first, integrated cultural enterprise. The 2013 sixth edition gathers more than 50 musicians in 7 clubs.

⁹ The location of Ergo Arena is called Tricity, see at

http://en.wikipedia.org/wiki/2016_European_Men%27s_Handball_Championship

¹⁰ In the early 2000s a newspaper "Dziennik Bałtycki" had different local sub-editions for Gdańsk and Gdynia. After few months readers had clearly showed their disapproval of disintegration of information, which followed by sales decrease. Shortly single Tri-City edition was re-introduced.

Competition and complementary functions

The evolution of self-governance in the Gdańsk area, which followed the first post-communist free local election of 1990, had been highly uneven across different municipalities. In the early 1990s, Gdynia, governed by Franciszka Cegielska, a dynamic “iron lady mayor”, became a national model of a successfully transformed society and municipality, known for its vibrant and entrepreneurial milieu. Meanwhile, Gdańsk then was torn by social and economic problems of incompetence and corruption within local government. Competition, conspiracy, as well as a certain level of aggressive rivalry, developed between the cities; and the underlying virtual divisions became much more ‘real’ in operational terms. The historical and deeply rooted anti-Gdańsk fears in Gdynia rose to be a significant part of the urban identity, transmitted to another generation of Gdynia inhabitants, and enhanced by very effective local and national Gdynia PR. Different historical backgrounds, visible in the cities’ different architectural appearances, are often used as symbols of differences between the cities; while Gdańsk centre is renaissance and medieval, Sopot – eclectic and Wilhelminian, Gdynia represents Bauhaus and modernism.

The role of personalities and individual actors is not to be underestimated. In general, it is not institutional arrangements or structures that allow collaboration to emerge, but it is the personal charisma and policy-making ability of individual key actors that can facilitate collaborative arrangements, with or without support by formal structures. Since the late 1990s, the management and relations between Gdańsk and Gdynia have been changing. The current mayor of Gdańsk Paweł Adamowicz, in the office since 1998, has been able to implement many sustainable economic and infrastructural programmes, including business support systems, a technology centre, parks and sport facilities, and bike paths scheme, in addition to many road construction and mega projects, like the infrastructure for the EURO 2012 European Football Championship. Presently, Gdańsk is considered as one of the most efficient applicant in Poland for EU structural funds. Gdynia’s development, regardless of some economic successes, seems have lost its earlier ‘drive’. Sopot, much smaller than the other two cities, makes much of the opportunities of its image at the national level of its image as an upmarket leisure and entertainment centre. This has translated into one of the highest property prices in Central Europe. Presently, in general public opinion, the mayor of Gdynia is being considered as the main obstacle to the idea of closer and formalised inter-metropolitan collaboration¹¹ (Szczepuła 2006).

The spheres of competition are concentrated around the domains controlled or facilitated by the rival municipalities. Three local development strategies, although based on effectively the same regional strengths and values, accentuate local differences and particularities. The strategies are followed by separate communal organisations, unemployment and environmental policies, entrepreneurship support systems, place marketing and municipally assisted investment, such as sport arenas or road construction. Gdańsk and Gdynia have also different, complementary and somehow competing port authorities and one of the largest on the Baltic container terminals, and competing ferry operators and links to Sweden. There are two major technology and business parks in Gdańsk and Gdynia, and science museums. Cultural and sport events and festivals are hardly coordinated and often competing with each other. Gdynia, together with Sopot and other smaller suburban municipalities established the ‘Chylonka Valley Municipal Union’ to manage heat, waste, water, and sewage systems. Gdańsk’s utilities management, by contrast, is largely privatised and managed by foreign firms. Each of the major municipalities have also own unemployment and entrepreneurship policies, as well as separate chambers of commerce. The competition is additionally facilitated by rival football clubs: Gdańsk Lechia and Arka Gdynia.

¹¹ Lately mayor of Gdańsk compared the metropolis to a ‘grand symphonic orchestra’. Influential local journalist Barbara Szczepuła followed the metaphor and called Paweł Adamowicz of Gdańsk ‘the first fiddle’, while Wojciech Szczurek of Gdynia – ‘the solo player’ (Szczepuła 2006).

Towards Gdańsk Bay Metroplex

Urban regionalism in post-socialist Central Europe faces a variety of challenges and obstacles. The transition from centrally planned and ruled provinces towards self-governed and locally managed regions, has been a long and arduous way. Often, the lessons are learned 'on the job', from own mistakes and lost opportunities. Traditional hierarchical cooperation and governance are being supplemented by emerging horizontal and/or regional structures, based on partnership and, often, compromise. The process of horizontal partnership in the form of regionalisation does not come easily or smoothly. Resistance against hierarchies and smaller centres' fears of lost sovereignty often dominate over practical considerations and the obvious need for neighbourly cooperation in the interest of more effective policy making. The interaction between these formal, technocratic forms, and less technocratic, more flexible means of regionalisation is a crucial factor here as a route to regional development (Herrschel and Newman 2005, 220).

The process of metropolitan cooperation has been accelerated since 2012. EU regional policy and the perspective of the future funding schemes, supporting trans-municipal projects resulted in national and regional policy shift in Poland. The Government is working on a new urban law and new metropolitan top-down structures to match the new Integrated Regional Operational Programme scheme, while many large cities, under the auspice of the Union of the Polish Metropolises prepare their own bottom-up solutions. The national debate found the recent acceleration in regional activities to formalise the inter-metropolitan cooperation. The formal metropolitanisation of the TriCity area includes creation of organisational bodies like the Gdańsk Metropolitan Area Association (Gdański Obszar Metropolitalny or GOM) in 2011, followed by the 'Norda' Mayors' Forum. The GOM is a legal association of 43 local communes and counties, inhabited by ca. 1.2 million people on the area of 6 605,62 km² (Stowarzyszenie GOM, 2013). The main goal is to coordinate local and regional development, share the best practices and enhance the development potential of the area. The association was initiated by Paweł Adamowicz, mayor of Gdańsk, who invited local leaders to debate on the form and scale of the possible cooperation. The major projects realized by GOM and benefited by most of the members of the organization include:

- Metropolitan Labour Market: since 2012 7 state job agencies signed cooperation agreement; they organize Metropolitan Job Fairs and many other joined initiative to activate the unemployed
- Metropolitan Investment Offer: first presented on the MIPIM International Real Estate Show for Professionals in Cannes in March 2012
- Smarter City Exploration: IMB lead workshops in 2011 to share the best practices and solutions for smart metropolitan growth
- Social Economy Support Centre: in May 2013 more than 200 partners (NGOs, social cooperatives and institutions) will benefit in the project

The actors of the metropolitan discourse include, beside local governments and their agencies, regional politicians and national politicians, major private, locally based investors and media. The individuals and local leaders play a crucial role in local policy however they are always an emanation of local community aspirations and attitudes when they represent elected bodies. Local communities and their representatives seem to be recently much more open for collaboration and unification in the metropolitan region, but the historically based references and connotations are still important factors, which influence metropolitan governance discourse. Overreactions and reservations interrelate with contemporary market-driven forces and neo-liberal obstacles. This is a challenging and demanding lesson both for local societies and the administration. Negotiations and giving up parts of the independence comes difficultly, while certain force to 'Europeanization' and fulfilling the fiscal requirements push the communities towards unavoidable cooperation on social, economic and administrative levels.

Conclusions

There are three main approaches towards metropolitan cooperation. Thesis is based on the administrative, top-down decision, often used in stronger social systems. Antithesis is about total disintegration and internal competitiveness, typical for liberal systems. Synthesis – joint action of both of that; the most efficient and sustainable. Metropolitan growth is based on compromises, coalitions and negotiations, to take the best of the joined connections & mobility; cooperation & competition; flexibility & dynamism, while keeping the identities and internal diversity. Metropolitan cooperation can be interpreted as a process, facilitated by various actors, both internal and external, placed between integration and cooperation, and between fears and ambitions of numerous actors on local, regional and national scene. The regional urban cooperation is based on the joined benefits and economic, social, and cultural value added synergies. The cooperation is not always easy, but the development goal is often one: the better future – living, education, labour, infrastructure, culture, increasing competitiveness and attractiveness on regional, national and European level.

Foucault suggests that modern power is a dispersed set of micro-practices, many of which operate through the normalising gaze of surveillance regimes (Dovey 1999). Often, a single influential person, or the network of a few key policy makers, can make a real difference, based on their own beliefs, experience and knowledge. It is usually quite difficult to trace the genuine decision-makers and to analyse their personalised evaluations, but the hundreds of trivial practices implemented by hundreds of small-scale municipal managers create the operational milieu of modern urban regions. Inter-regional cooperation is a learning process, facilitated by various local and regional actors. Different conditions, goals, expectations and ambitions create distinctive network of opportunities and challenges, which shape the future of the region. The upcoming prospect of virtually and legally disjointed regions depends on the abilities of local societies and, above all, the elites, to overcome the mental and imagined barriers, and take advantage of possible forms of collaboration. To workout feasible model of cooperation, respecting and taking advantages of local differences and creating new threesome quality.

References

- Czepczyński M., 2009. Regionalisation in Gdansk Area. Virtual Disintegration and Functional Cooperation. *International Journal of Public Sector Management*, Vol. 22 Iss: 3, 249 - 259
- Czepczyński M., 2005. De- vs. Re-Industrialisation of post-socialist city. The case of Gdańsk. *Regions*, No 259, RSA, Seaford, 6-11
- Davoudi, S., 2005, The Northern Way: a polycentric megalopolism. *Yorkshire and Humberside Regional Review*, Vol. 15 No. 1, 2-4
- Dovey K., 1999. *Framing places. Mediating power in built form*. Routledge, London & New York
- Herrschel T. and Newman P., 2005. Global Competition and City Regional Governance in Europe [in:] I. Sagan and H. Halkier. *Regionalism Contested*. Institution, Society, Governance, Ashgate, Aldershot, 203-222
- Judge E., Czepczyński M. and Wyszomirski O., 2005. Aspects of the development of sustainable transport policies in the Gdańsk Agglomeration. [in:] T. Markowski (ed.) *Regional Scientists' tribute to professor Ryszard Domański*. Polish Academy of Sciences, Warsaw, 322-345

Sagan, I. and Canowiecki, Z. 2011. Między integracją a konkurencją. Gdańsko-Gdyński Obszar Metropolitalny (Between integration and cooperation. Gdańsk – Gdynia Metropolitan Area). Scholar, Warszawa

Stowarzyszenie GOM, 2013. <http://www.metropoliagdansk.pl/stowarzyszenie-gom/> accessed at 10 June 2013

Szczepuła B., 2006. Symfonia metropolitalna (Metropolitan Symphony). Dziennik Bałtycki, no 151, 30.06., 16

Beitrag von Dr. Sebastian Dette

Präsident des Thüringer Rechnungshofs

Verwaltung bürgernah und zukunftsfest gestalten

Aus meiner Sicht stehen wir vor **drei großen Problemfeldern**, die der Rechnungshof bereits 2010 in seinem **Sonderbericht zur Konsolidierung des Thüringer Landeshaushalts**¹² und im Bericht "Wie halten es die **Thüringer Kommunen mit ihrem Energieverbrauch**"¹³ angesprochen hat: Dies ist zum einen die **dramatische Haushaltssituation** verursacht durch **sinkende Einnahmen** bei Solidarpakt, Länderfinanzausgleich und EU-Mitteln. Dem stehen **steigende Ausgaben** unter anderem wegen Zinszahlungen, Tarif- und Besoldungserhöhungen und steigender Versorgungsleistungen gegenüber. Die voraussichtliche **Kluft zwischen zu erwartenden Einnahmen und heutigen Ausgaben** dürfte zwischen ein bis zwei Milliarden Euro liegen und damit etwa 15 bis 20 Prozent des heutigen Haushaltsvolumens von rund 9 Milliarden Euro betragen. Diese Lücke muss dringend geschlossen werden. Außerdem lasten **Schulden von über 17 Milliarden Euro** auf unseren Schultern. Das ist mehr als das Doppelte der ab 2020 zu erwartenden Haushaltsvolumina. Deswegen ist **Haushaltskonsolidierung** ein primäres Ziel, um die **Handlungsfähigkeit** zu erhalten.

Zum anderen gilt es, der **demografischen Entwicklung** Rechnung zu tragen. Nach den Ergebnissen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Thüringen wird Thüringen von 2009 bis 2030 18,7 % seiner Einwohner in Folge der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung verlieren. Bis 2060 sind es bereits 41,6 %.¹⁴ Von 1990 bis 2011 ist Thüringen schon um rund 380 000 Einwohnern geschrumpft. Das entspricht etwa der **Einwohnerzahl der Städte Erfurt, Jena und Weimar** zusammengenommen. Bei dieser **dramatischen Schrumpfung der Bevölkerung** ist zu bedenken, dass die Mütter, die heute und künftig Kinder zur Welt bringen müssten, selbst schon nicht geboren wurden.

Schließlich drängt das Problem der immer **knapper werdenden Energieressourcen** in den Vordergrund. Das Thema "**Energiewende**" ist deshalb im weiteren Verlauf unbedingt in die Diskussion mit einzubeziehen. Die Steigerung der Energieeffizienz ist neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien wesentlicher Bestandteil aktueller Energie- und Klimapolitik. Steigende Energiekosten und der drohende Klimawandel zwingen zum Handeln. Neben der wirtschaftlichen und ökologischen Notwendigkeit erfordert aber auch die von der Öffentlichkeit wahrnehmbare Vorbildrolle von Land und Kommunen einen innovativen Umgang mit den Themen Energieeffizienz und Klimaschutz.

Um diese Probleme zu lösen, ist eine **Verwaltungsreform unabdingbar**. Nur so kann der dringend erforderliche **Personalabbau** geschultert werden. Diese Verwaltungsreform muss mehrere Elemente beinhalten, die im Zusammenspiel betrachtet werden müssen.

¹² http://www.thueringen.de/imperia/md/content/rechnungshof/veroeffentlichungen/sonderberichte/sonderbericht_trh_haushaltskonsolidierung06102010.pdf

¹³ Querschnittsprüfung zur Beratung der Thüringer Gemeinden und Städte über den Betrieb kommunaler Gebäude und Infrastruktur vom 14. April 2010: <http://www.thueringen.de/imperia/md/content/rechnungshof/veroeffentlichungen/pruefungen/energieverbrauch-thuerkom.pdf>

¹⁴ Siehe <http://thueringen.de/de/tmbvl/landesentwicklung/demografisch/thueringen/ergebnisse>.

Eine **Aufgabenkritik** muss Klarheit schaffen, welche Aufgaben überhaupt noch erledigt werden und welche verbleibenden Aufgaben noch in welchem Umfang erledigt werden können. Es müssen also Aufgaben identifiziert werden, die überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden, es müssen Aufgaben identifiziert werden, die von jemand anderem als bisher wahrgenommen werden, und es müssen die Prozesse derjenigen Aufgaben verbessert werden, deren Erledigung weiterhin anfällt. Bei den Letztgenannten ist zu hinterfragen, ob die Standards dieser Aufgaben ohne Qualitätsverlust gesenkt werden können.

Weiterhin ist im Rahmen der Aufgabenkritik das **Subsidiaritätsprinzip** zu beachten. Das, was der **Bürger eigenverantwortlich** leisten kann, braucht und darf der Staat nicht an seiner Stelle erledigen. Damit der Bürger dazu befähigt wird, muss die Steuerlast so bemessen sein, dass er dazu noch in der Lage ist und dass er zu eigenverantwortlichem Handeln auch noch einen **Anreiz** verspürt. Dazu bedarf es der Durchsetzung einer höheren **Steuergerechtigkeit** als bisher. Es ist völlig klar, dass Steuerhinterziehung rückhaltlos geahndet werden muss. Die Motivation, Steuern zu zahlen, muss aber auch durch eine erhebliche **Steuervereinfachung** erhöht werden.

Dasselbe gilt auch für die Gewährung von **Sozialleistungen**. Diese staatlichen Leistungen stehen unter dem Vorbehalt der Hilfe zur Selbsthilfe. Deren Ausgestaltung darf nicht dazu führen, dass die **Eigenverantwortung** durch zu übertriebene staatliche Fürsorge unterdrückt wird. Der Leistungsempfänger muss vielmehr motiviert werden, so bald wie möglich wieder ohne zusätzliche staatliche Leistungen auf eigenen Füßen zu stehen. Hier ist ein echter **Paradigmenwechsel** hin zu einer **Bürgergesellschaft** notwendig. Wir müssen erkennen, dass ein überbordender Sozialstaat im Grunde unsozial ist, weil er die Menschen abhängig macht, in ihrer Freiheit beschränkt und ihre **Selbstentfaltung** verhindert. Freilich hat sich hier ein regelrechter Sozialmarkt mit beachtlichem Beharrungsvermögen etabliert, der unbedingt beschnitten werden muss. Angesichts der weltweiten Probleme, bei denen sich für Milliarden von Menschen die Frage nach der **Mindestratung von Wasser** tagtäglich stellt, ist unsere Definition von Armut geradezu absurd.

Außerdem ist festzulegen, **wer** die verbleibenden echten öffentlichen Aufgaben künftig erledigen soll und auch kann. Deswegen bedarf es **neben der Verwaltungsreform zusätzlich einer Gebietsreform**, um die Aufgaben bei den richtigen und **richtig strukturierten Aufgabenträgern** ansiedeln zu können. Die heute vorherrschenden **kleinteiligen Einheiten** sind in absehbarer Zeit nicht mehr auszulasten: zu viel Verwaltung steht immer weniger Bürgerinnen und Bürgern gegenüber. Durch eine Gebietsreform müssen die **Zuschnitte der Landkreise** mit einer **Behördenreform kompatibel** gemacht werden. Sowohl die administrativen Gebietseinheiten, wie Land, Kreise, Verwaltungsgemeinschaften und Gemeinden auf der einen Seite als auch die nichtadministrativen Gebietseinheiten wie beispielsweise Gerichtsbezirke, Handwerkskammerbezirke und Wahlbezirke sind räumlich gesehen bei weitem nicht deckungsgleich. Das führt zu mehr Schnittstellen und damit zu mehr Kosten. Wesentlicher Vorteil einer dringend notwendigen Herstellung der **Einräumigkeit** zwischen diesen Gebietseinheiten wäre, dass öffentlichen Aufgaben bedeutend **effizienter und effektiver** erledigt werden könnten. Die **Reformen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern** haben bewiesen, dass durch einen neuen Kreiszuschnitt die **kommunale Selbstverwaltung gewahrt** bleiben und zukunftsfest gesichert werden kann.¹⁵ Größere Einheiten operieren zudem kostengünstiger als kleinteilige Landkreise und Gemeinden. Dass die Vergrößerung von Gebietsstrukturen auch die gewünschten **Einspareffekte in Form von Skaleneffekten** erzielen kann, wird soweit ersichtlich in der Wissenschaft heute nicht mehr ernsthaft

¹⁵ Mit Urteilen vom 18. August 2011 wies das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern die kommunalen Verfassungsbeschwerden der Landkreise Ludwigslust, Müritzt, Ostvorpommern, Rügen und Uecker-Randow sowie der bisher kreisfreien Städte Greifswald und Wismar gegen das Landkreisneuordnungsgesetz zurück – Az.: LVerfG 21/10, 22/10 und 23/10.

bestritten¹⁶. Zahlen aus Mecklenburg-Vorpommern¹⁷ und aus Sachsen¹⁸ belegen, dass bei einer Reform mit dem Ziel größerer Einheiten mit beachtenswerten Einsparungen gerechnet werden kann.

Sowohl die Verwaltungs- als auch die Gebietsreform sollten neben den bislang angesprochenen Aspekten auch den **Bürokratieabbau** im Blick behalten. In Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Regelungen finden sich immer noch viel zu viele bürokratische Hürden, die dem Bürger, der Wirtschaft und der Verwaltung selbst in den Weg gelegt werden. Allein für die Wirtschaft belaufen sich die Kosten für überbordende Bürokratie bundesweit auf ca. 37 Milliarden Euro pro Jahr¹⁹. Zu Recht wird hier in der Fachwelt von "admin burden", Administrationslast gesprochen. Es gilt, **bürokratischen Ballast** noch während des Gesetzgebungsverfahrens zu identifizieren und in neuen Gesetzen erst gar nicht aufzunehmen. Bestehende Gesetze sollten um unnötige bürokratische Belastungen entschlackt werden. Ebenfalls können so auch schlankere Verwaltungsstrukturen entstehen, wenn Informationswege, Beteiligungen und Schnittstellen reduziert werden. Etwaige Defizite für die Bürgernähe in der Fläche lassen sich zunehmend durch neuere Instrumente wie E-Government, Shared Service Center, One-Stop-Government oder New Public Management ausgleichen.

Eine Kappung oder Straffung von Aufgaben darf aber nicht auf Kosten der **staatlichen Investitionstätigkeit** gehen. Die staatlichen Investitionen im Bund, in den Ländern und in den Gebietskörperschaften sind ohnehin rückläufig. So schätzt das KfW Kommunalpanel 2013 den gesamten Investitionsstau allein bei den Städten, Landkreisen und Gemeinden auf rund 128 Milliarden Euro.²⁰ Dieser **Investitionsstau** stellt ein vergleichbares Nachhaltigkeitsproblem für die öffentlichen Haushalte dar wie die hohe Verschuldung. Diese Situation darf durch "Sparen am falschen Ende" nicht noch verschärft werden. Entscheidend ist aber, an den richtigen Stellen zu investieren. In künftige Verkehrs-, Gesundheits-, Wirtschafts- oder Bildungsinfrastruktur muss mehr denn je bedarfsgerecht da investiert werden, wo die Menschen sind und künftig noch sein werden. Wir müssen also demografieangepasst agieren auch insbesondere orientiert an der künftigen Altersstruktur der Bevölkerung.

Aufgrund der geschilderten drängenden Problemlage muss schnellstens gehandelt werden. So müssen etwa die erforderlichen **Leitbilder für eine ausgewogene Verwaltungs- und Gebietsreform** unverzüglich entwickelt werden. **Die Wechselwirkungen** von Eingriffen in derart **komplexe dynamische Systeme** müssen dabei erkannt und berücksichtigt werden. Das wird nur gelingen, wenn **über Wahlperioden hinaus systemorientiert und vernetzt gedacht und gehandelt** wird.

¹⁶ Vgl. allgemein zum Beispiel Hesse/Götz, Der finanzielle Ertrag einer Verwaltungsreform, Methodische Grundlagen zur Ermittlung von Fusions- und Kooperationsrenditen, Baden-Baden, 2010, 432 S.

¹⁷ Beratende Äußerung durch den Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern "Einspareffekte einer geplanten Kreisgebietsreform" vom 26. Januar 2009

¹⁸ Organisationsempfehlungen für sächsische Landkreise zur mittelfristigen Umsetzung bis zum Jahr 2020, Beratende Äußerung gem. § 88 Abs. 2 i. V. m. § 96 Abs. 1 Satz 3 SÄHO, April 2012.

¹⁹ Handelsblatt vom 15.5.2013: "Aktenzeichen ungelöst"

²⁰ <http://kopo.de/blog/2013/05/23/investitionsstau-in-staeden-und-gemeinden-bei-128-milliarden-euro/>

Beitrag von Prof. Dr. Klaus Dicke

Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Der Freistaat Thüringen hat seit 1990 mit Hilfe der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland in eine moderne Infrastruktur – Verkehr, Kommunikation, Verwaltung, Hochschulen – investiert und eine beachtliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entwickelt. Damit wurde ein Entwicklungspotenzial erarbeitet, das umso dringender kritischer Überprüfung und gezielter Fortentwicklung bedarf, als neue Aufgaben anstehen. Drei solcher Aufgaben erscheinen als besonders dringlich:

1. Die Bewältigung des demographischen Wandels in mindestens zweifacher Hinsicht: zum einen das Abfangen des negativen Bevölkerungstrends und zum anderen eine bestmögliche Ausrichtung auf eine „alternden Gesellschaft“;
2. Eine Perspektivplanung für die Landesentwicklung 2030, die sowohl die Behebung von Defiziten – z.B. Internationalisierung, Überwindung oder „Kapitalisierung“ der „Kleinteiligkeit“ – als auch die weitere Stärkung erfolgversprechender Ressourcen in den Blick nimmt;
3. Eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vor dem Hintergrund wegfallender Unterstützung des Bundes und der EU, aber auch im Blick auf neu sich bietende Renditen und Finanzierungsquellen.

Welches sind die Ressourcen, auf die Thüringen hierbei zurückgreifen kann? Die Antwort hierauf wird umso schwieriger, je mehr sich Thüringen mit seiner „Identität“ beschäftigt oder allein auf sie setzt. Mindestens so wichtig ist die Berücksichtigung der Außenwahrnehmung seiner Potenziale, aber auch seiner Probleme. Wo kann man ansetzen?

1. Thüringen ist Kulturland und wird als solches wahrgenommen. Musik, Theater, Bibliotheken und Archive, Traditionen wie die der (Reform-)Pädagogik oder der Reformation, der Glas- oder Porzellanherstellung und der Fertigung optischer Geräte, die Naturpflege und der Sport, bildende Kunst und Architektur, und nicht zuletzt die Wissenschaft haben – jeweils zu Zeiten – in der europäischen oder gar Weltspitze mitgemischt. An diese Vielfalt kann angeknüpft werden, doch macht dies eine Konzentration auf wenige Spitzenträger und -leistungen erforderlich.
2. Thüringen ist Innovationsland. Das traditionell und oft notgeboren enge Verhältnis von Wissenschaft und Wirtschaft hat nicht nur Jena 2008 den Titel „Stadt der Wissenschaft“ eingebracht, sondern ist ein Strukturmerkmal des Innovationsgürtels entlang der A 4 mit dem „Leuchtturm“ Jena, das bei gezielter Konzentration ausbaufähig ist.
3. Thüringen verfügt über ein modernes und leistungsfähiges Bildungssystem und eine attraktive Hochschullandschaft. Auch hier ist Konzentration gefragt: Das Schulsystem ist bei unbedingter Beibehaltung der leistungsfähigen Strukturen der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung anzupassen, das Hochschulsystem ist unter den beiden Gesichtspunkten der Attrahierung von Studierenden und Wissenschaftlern von außerhalb Thüringens sowie des Ausbaus erfolgreicher Forschungsstrukturen weiterzuentwickeln.

Für alle drei Ressourcen spielen leistungsfähige Hochschulen in Thüringen eine zentrale Rolle. Um diese Funktion erhalten zu können, sind zwei Dinge erforderlich: Zum einen hat Thüringen seit 2007 eines der modernsten Hochschulgesetze in Deutschland. Dass die neue Landesregierung hier nicht novellierend eingegriffen hat, ist ausdrücklich zu würdigen. Zweitens müssen die für die Finanzierung des Hochschulsystems aufbrachten

Finanzmittel nicht wie bisher als konsumptive, sondern vielmehr als investive Mittel betrachtet werden. Die Hochschulen sind die einzige Institution in Thüringen, die Nachwuchs von außerhalb ins Land bringen. Zahlreiche Studien²¹ zeigen, dass jeder in Hochschulen investierte EURO des Landes in kurzer Frist eine rund doppelt so hohe Bruttowertschöpfung nach sich zieht. Langfristige und indirekte Effekte wie die Schaffung von Wissenskapital, die Erhöhung der Standortattraktivität und die Bereitstellung von Kooperationsmöglichkeiten für Unternehmen und andere Forschungseinrichtungen sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Man kann sich nur immer wieder wundern, wie wenig diese harten ökonomischen Fakten bekannt sind. - Was ist im Einzelnen zu tun?

1. Thüringen braucht ein Förderprogramm für herausragende, international ausstrahlende Projekte der Kooperation von Hochschulen mit Kultureinrichtungen. Warum nicht einen exklusiven Kulturtourismus in der Art fördern, dass Themen wie Bach, Reformation, Glas und Porzellan, Pädagogik, Bauhaus, Klassik, Romantik oder andere als ein- oder zweiwöchige Weiterbildungsangebote, getragen von Experten und verbunden mit kulturellen Event-Elementen, auf dem internationalen Markt angeboten werden?
2. Warum könnte Thüringen nicht die Entwicklung z.B. eines altersgerechten Systems der Gesundheitsversorgung initiieren und fördern, das den ländlichen Raum mit umfasst und Modell für viele Regionen in Europa sein könnte?
3. Die Innovationsleistungen in der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft könnten in regelmäßigen Abständen in der Brüsseler Landesvertretung präsentiert werden. Der Thüringer Forschungspreis könnte in Berlin oder Brüssel verliehen werden. Nichts motiviert Forscher mehr als Renommee. Zukunftsfelder solcher Kooperationen – Automotive aus Ilmenau; materialgerechtes Design aus Weimar; Altersforschung, Photonik oder Biodiversität aus Jena – könnten sich an einem Thüringer Forschungstag in Berlin oder Brüssel mit Beteiligung internationaler Experten und Gäste präsentieren, um Netzwerke auszubauen.
4. Die bei aller Anerkennung notwendiger Haushaltskonsolidierung beklagenswerte Unterausstattung der Hochschulen könnte zumindest gemindert werden etwa durch ein Sonderprogramm für notwendige Sanierungen. Freilich wäre auch an eine an wenigen Parametern ausgerichtete striktere Bindung der Hochschulfinanzierung an Effizienzkriterien zu denken.

²¹ Zuletzt Ferdinand Pavel, Berliner Universitäten als Wirtschaftsfaktor. Die regionalökonomischen Effekte der Berliner Universitäten, Berlin 9. April 2013 (www.diw-econ.de/publikationen.html).

Beitrag von Stephan Fauth

Hauptgeschäftsführer Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.

Thüringen ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort und die Menschen in Thüringen können stolz sein auf das bislang Erreichte. Die Erwerbstätigen haben ein gutes

Qualifikationsniveau. Wir haben leistungsstarke Hochschulen, eine gute außeruniversitäre Forschung und wir haben eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, die die zentrale Lage Thüringens in Deutschland und Europa zur Geltung kommen lässt. Den Stellenwert der Erfolge Thüringens verdeutlicht sehr schön der Titel einer Analyse der Ergebnisse des Bundesländerrankings 2010 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die das Institut für Mittelstands- und Regionalentwicklung GmbH, Dresden im Auftrag der Sächsischen Wirtschaft erstellte. Die Analyse trägt den Titel "Was kann Sachsen von Thüringen lernen?"

Richtig ist natürlich auch, dass Thüringen in der Wirtschaftsleistung noch unter dem Bundesniveau liegt. Beim BIP, bei der Produktivität und beim Einkommen liegt Thüringen zum Teil auch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Dies hat bekannte Gründe, die in der Branchen- und Betriebsgrößenstruktur liegen. Die Thüringer Wirtschaft ist durch einen nicht geringen Anteil wertschöpfungsarmer Branchen gekennzeichnet und verfügt über eine ausgeprägte kleinbetriebliche Struktur. Dies hat Auswirkungen auf das Produktivitätsniveau des Landes. Es gibt natürlich auch hochproduktive Betriebe in Thüringen - und die liegen auch nicht nur in den Regionen an der A4 zwischen Eisenach und Jena - die Treiber der positiven Entwicklung in Thüringen sind. Das Bundesländerranking 2012 der INSM bestätigt z. B. dem Wartburgkreis Industriequoten, die mit Topregionen in Bayern vergleichbar sind.

Industriepolitik 2020

Die Industrie und die industrienahen Dienstleister erwirtschaften mehr als ein Drittel der Wertschöpfung der Deutschen Volkswirtschaft. Sie beschäftigen zusammen 12 Millionen Menschen. Das entspricht ca. 30 % aller Beschäftigten in Deutschland und auch in Thüringen entstammt ca. ein Viertel der Wirtschaftsleistung aus dem Produzierenden Gewerbe. Deutschland lebt von seinem industriellen Geschäftsmodell.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat die Herausforderung 2013 bis 2020 aus Sicht der Industrie beschrieben. Stark zusammengefasst ergeben sich 5 Forderungen an die Politik.²²

- Deutschland braucht eine integrierte Wirtschafts- und Industriepolitik, die Innovationen fördert. Durch weitere schrittweise Entlastungen der Unternehmen auf ein international vergleichbares Niveau soll der Investitions- und Innovationsstandort Deutschland gestärkt werden. Hierzu sind wettbewerbsfähige Energiekosten und eine sichere Energieversorgung unerlässlich.

²² Eine ausführliche Darstellung finden Sie auf der Homepage des BDI (www.bdi.eu) "Herausforderungen 2013 bis 2020 aus Sicht der Industrie - Für einen neuen gesellschaftlichen Konsens"

- Die Investitions- und Standortbedingungen in Deutschland müssen weiter verbessert werden. Nur so können zusätzliche Investitionen aus dem In- und Ausland stimuliert werden und die deutsche Industrie das enorme weltweite Wachstumspotenzial stärker nutzen. Wachstum und Konsolidierung gehören zusammen. Es ist dringend notwendig, öffentliche Haushalte in Deutschland qualitativ zu konsolidieren, das heißt, konsumtive zu investiven Ausgaben umzuschichten.
- Das Wirtschaftsrecht muss wieder stärker an Kriterien, wie Wettbewerbs-, Wachstums- und Innovationsfreundlichkeit, ausgerichtet werden, um der Industrie günstige Rahmenbedingungen für die Bewältigung der Krise und der Herausforderungen der Globalisierung zu bieten.
- Die Strukturreformen in Europa müssen konsequent umgesetzt und die nationalen Haushalte nachhaltig konsolidiert werden. Die Konsolidierung der Haushalte - vor allem die Umschichtung von konsumtiven zu investiven Ausgaben - ist die Basis für Wachstum in Europa. Für zusätzliche Impulse müssen marktkonforme Anreize für Investitionen gesetzt und Investitionshemmnisse systematisch abgebaut werden.
- Die weltweite Handels- und Investitionsfreiheit ist eine Grundbedingung für den Erfolg der deutschen Wirtschaft auf den globalisierten Märkten. Deshalb muss die deutsche Politik allen protektionistischen Maßnahmen entschlossen entgegentreten.

Natürlich sind aber auch die Thüringer Unternehmen selbst gefordert. Ihnen fällt in erster Linie die Aufgabe zu, die bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West bei Produktivität und Einkommen zu beheben.

Die Tertiärisierung der Wirtschaft schreitet voran. Dieser strukturelle Wandel zu mehr Dienstleistung darf jedoch nicht gegen, sondern muss mit und in der Industrie gestaltet werden. Die Unternehmen müssen verstärkt auf den Industrie-Dienstleistungsverbund bzw. die so genannte hybride Wertschöpfung setzen. Unternehmen, die eng im Verbund mit Dienstleistungsunternehmen arbeiten bzw. die unternehmensintern auf ein hybrides Geschäftsmodell mit Industrieprodukt und begleitenden Service setzen, sind wirtschaftlich erfolgreicher als andere.

Die Unternehmen müssen kontinuierlich in Forschung und Entwicklung sowie in Produkt- und Prozessinnovationen investieren.

Die Unternehmen müssen ihren Absatz noch stärker internationalisieren und zunehmend weiter entfernte Märkte erschließen. Internationalisierung ist neben der Innovation der entscheidende Erfolgsfaktor für die Unternehmen.

Die Unternehmen müssen ihr Produktportfolio kontinuierlich auf die Herausforderungen der globalen Megatrends der Zukunft ausrichten. Infolge des Aufholprozesses der Entwicklungs- und Schwellenländer, der zunehmenden Urbanisierung, des Klimawandels und der Ressourcenknappheit werden sich die Märkte entscheidend verändern. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Umweltschutz und Umwelttechnologie, ressourcenschonende Produkte und Prozesse, Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, Nachrichteninfrastruktur, Mikroelektronik, IuK-Technologien, Sicherheit und Life Science.

Die Unternehmen müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch eine stärkere Internationalisierung ihrer Wertschöpfungsketten verbessern. Indem Teile der Wertschöpfungskette an ausländischen Standorten erstellt werden, können Kostenvorteile genutzt und die Konkurrenzfähigkeit erhöht werden. Hierunter leidet nicht die heimische Wertschöpfung - im Gegenteil. Vorleistungsimporte aus Mittel- und Osteuropa und aus den

Schwellenländern verbessern die Wettbewerbsfähigkeit und steigern die inländische Wertschöpfung.

Die Unternehmen - aber auch der Staat - müssen Strategien und Konzepte entwickeln, um die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen ist für die Wirtschaft genauso existenziell wie die Energieversorgung.

Die Politik sollte Abstand davon nehmen, durch eine gezielte Lenkung eine vermeintlich idealtypische Industriestruktur schaffen zu wollen. Auch die Verknüpfung sozialpolitischer oder arbeitsrechtlicher Themen mit der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Wirtschaftsförderung, ist verfehlt. Ein Rückbesinnen auf die Aufgaben der Wirtschaftspolitik ist auch in Thüringen erforderlich. Die Wirtschaftspolitik hat den Ordnungsrahmen marktwirtschaftlich zu gestalten, verlässliche und günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, effizient öffentliche Dienstleistungen zu erbringen und eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Thüringen hat hervorragende Ansiedlungserfolge, und auch das Vertrauen in eine verlässliche Wirtschaftspolitik ist ein wesentlicher Standortfaktor. Der Wettbewerb um Ansiedlungsinvestitionen wird härter werden. Die EU-Länder haben die Industrie als Wachstumsmotor wieder entdeckt und sie werden ihre Rahmenbedingungen so verbessern, dass Industriefirmen verstärkt an europäischen Standorten investieren. Schon Walter Eucken betonte die Wichtigkeit der "Konstanz der Wirtschaftspolitik". Sie schafft ein Vertrauen in die bestehenden wirtschaftspolitischen Verhältnisse und gewährleistet einen langfristigen Planungshorizont für die im Wettbewerb stehenden Unternehmen.

Arbeit 2020 (2030)²³

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren positiv entwickelt. Seit 2006 geht die Arbeitslosigkeit kontinuierlich zurück, nur unterbrochen durch die Krise 2009. Die Erwerbstätigkeit hatte 2012 einen Höchststand von ca. 41,6 Mio. Personen erreicht. Die Arbeitslosenquote sank auf 6,8 %, den niedrigsten Stand seit 1992.

Thüringen hat bei der Arbeitslosenquote den Anschluss an die alten Länder erreicht.

Gründe für diese Erfolge sind - nach Feststellung des Sachverständigenrates in seinem Jahresgutachten 2012/2013 -

- die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen
- eine moderate Lohnpolitik der letzten Jahre und
- die Reformen des vergangenen Jahrzehnts

Auch wenn wir feststellen können, dass Deutschland bislang gut durch alle Turbulenzen gekommen ist, bleibt die größte Herausforderung für den zukünftigen Arbeitsmarkt in Deutschland der demografische Wandel. Dieser ist jedoch kein unabwendbares Schicksal, sondern positiv gestaltbar.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten in den Betrieben steigt, was die betriebliche Personalpolitik vor neue Herausforderungen stellt. Noch verstärken die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er das Segment der Älteren am Arbeitsmarkt. Mit Erreichung des Rentenalters dieser Beschäftigten wird der Fachkräftemangel spürbar werden.

²³ Der Beitrag greift den Bericht "Die Zukunft der Arbeitswelt - Auf dem Weg ins Jahr 2030" der Kommission "Zukunft der Arbeitswelt" der Robert-Bosch-Stiftung auf.

In Thüringen wird sich bis zum Jahr 2020 die Anzahl der Erwerbspersonen auf ca. 1 Mio. vermindern. Verglichen mit dem Jahr 2005 ist dies ein Rückgang um 245.000 Erwerbspersonen bzw. 19,4 %. Thüringen hat damit den zweithöchsten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials nach Sachsen-Anhalt (21,3 %).

Begleitet wird dieser demografische Wandel durch ökonomische, technische und gesellschaftliche Veränderungen wie z. B.

- die Globalisierung der Arbeitsteilung
- die Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologien auf wirtschaftliche Prozesse
- eine zunehmende Individualisierung und Feminisierung der Gesellschaft und
- eine wachsende Skepsis gegenüber konventionellem Wachstumsdenkens.

Aus diesen Veränderungen der zukünftigen Arbeitswelt resultieren zwei wesentliche Fragen:

Wie können wir ein nach Quantität und Qualität ausreichendes Arbeitskräfteangebot sicherstellen, das Basis des Wohlstandes ist und Wachstumsmotor?

und

Welcher Reformen bedürfen die sozialen Sicherungssysteme, um konstante Beitragssätze und eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen zu gewährleisten?

Der Bericht "Die Zukunft der Arbeitswelt - Auf dem Weg ins Jahr 2030" der Kommission "Zukunft der Arbeitswelt" der Robert-Bosch-Stiftung gibt Antworten auf diese zentralen Fragen und enthält bemerkenswerte Feststellungen und Aussagen. Die folgenden Ausführungen gehen auszugsweise und verkürzt auf den Bericht ein, wobei der Schwerpunkt auf den Handlungsempfehlungen für Politik und Gesetzgeber sowie Unternehmen und Beschäftigte liegt.

Wege zur Sicherung des Arbeitskräfteangebotes:

- Die Steigerung der Zahl der Erwerbspersonen bzw. der Erwerbstätigen (Szenario Erwerbsbeteiligung)
Handlungsfelder sind die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Erhöhung der Beschäftigungsquoten, die Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs hier lebender Migranten, die Erhöhung der Zuwanderung und die Erhöhung der Geburtenrate.
- Die Erhöhung des von den Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsvolumens (Szenario Arbeitszeit)
Handlungsfeld ist die Erhöhung der Jahresarbeitszeit, insbesondere durch Absenkung der Teilzeitbeschäftigtenquote oder Erhöhung der Arbeitszeit je Teilzeitbeschäftigten.
- Die Steigerung der Produktivität (Szenario Produktivität)
Handlungsfelder sind die Qualifizierung, die Arbeitsorganisation, lebenslanges Lernen und Steigerung der Innovationsproduktivität.

Handlungsempfehlungen an Politik und Gesetzgeber:

- der qualitative und quantitative Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kleinkinder

- die steuerliche Würdigung von Kindererziehungszeiten
- die Schaffung eines Punktesystems zur Förderung einer qualifikationsorientierten Zuwanderung
- eine flexiblere Gestaltung des Rentensystems, die auch Lösung für bestimmte Arbeitnehmergruppen bietet
- ein verbessertes Übergangsmanagement zwischen Schule in Beruf durch eine frühzeitige Berufsorientierung und die Integration leistungsschwächerer Jugendlicher in das Ausbildungssystem
- die Stärkung der dualen Ausbildung durch bessere Verzahnung mit der Hochschulbildung, z. B. Ausbau der dualen Hochschulgänge und bessere Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung

Ein wesentliches Handlungsfeld für die Politik sind die **Sozialversicherungssysteme**. Hier sind Reformen in allen drei Zweigen der sozialen Sicherung unerlässlich. Wesentlich ist, dass in der Renten-, Gesundheits- und Pflegeversicherung mittel- und langfristig die Beitragsstabilität sichergestellt werden kann.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird sich von der Lebensstandardsicherung im Alter hin zu einer Basisabsicherung entwickeln. Mit Blick auf die stetig zunehmende Lebenserwartung wird auch über eine weiter steigende Lebensarbeitszeit zu diskutieren sein. Der Halbteilungsgrundsatz, wonach jede weitere künftig hinzugewonnene Lebenserwartung nur zur Hälfte in der Rente verbracht werden kann, hat weiterhin seine Berechtigung. Die rentenpolitischen Reformen sind auch wirkungsgleich und bundesweit einheitlich auf die Beamtenversorgung zu übertragen.

In der gesetzlichen Krankenversicherung sind Reformen insbesondere auf der Ausgabenseite erforderlich, da demografisch bedingt immer mehr Menschen Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen werden. Der Wettbewerb zwischen den Anbietern von Gesundheitsleistungen muss z. B. durch selektive Verträge zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern intensiviert werden. Auch sollte eine größere Transparenz bezüglich der vom Patienten verursachten Kosten gegeben sein, und natürlich ist auch der Leistungskatalog zu überprüfen.

Im Bereich des **Arbeitsrechtes** ist die Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt nicht die originäre Aufgabe von Politik und Gesetzgebung, sondern dies sollte primär den Arbeitsvertragsparteien und ihren Interessenvertretern überlassen werden. Dennoch sieht der Bericht auch in diesem Bereich Handlungsnotwendigkeiten für den Gesetzgeber. Berechtigt ist die Frage, ob für den Arbeitnehmer, der auch nach Erwerb einer Altersrente noch erwerbstätig sein will, der volle arbeitsrechtliche Bestandsschutz (Kündigungsschutzgesetz und Teilzeitbefristungsgesetz) gelten muss.

Es wird auch künftig atypische Beschäftigungsverhältnisse geben und die Notwendigkeit einer flexiblen Personalpolitik auf Arbeitgeberseite wird nicht ab-, sondern zunehmen. Wenn man erfolgreich etwas gegen die Segmentierung des Arbeitsmarktes in Normalarbeitsverhältnisse und atypische Arbeitsverhältnisse tun will, muss man Kündigungsschutz, Befristungsrecht und Arbeitnehmerüberlassung als ein Gesamtsystem begreifen. Wenn man z. B. die Leiharbeit stärker reguliert, muss man den damit verbundenen Flexibilisierungsverlust ausgleichen, z. B. im Bereich des Befristungsrechts durch eine Lockerung des Anschluss- oder Vorbeschäftigungsverbots oder im Bereich des Kündigungsschutzgesetzes durch eine zumindest partielle Ablösung des geltenden Bestandsschutzprinzips durch ein Abfindungssystem.

Der Bericht spricht sich auch gegen eine Lohngerechtigkeit per Gesetz aus. Der § 138 BGB (Sittenwidrigkeit) realisiert bereits heute einen ausreichenden Ausbeutungsschutz der Beschäftigten. Ein allgemeiner branchenübergreifender Mindestlohn wäre auch vor dem Hintergrund der Berufs- und Vertragsfreiheit und insbesondere der Koalitionsfreiheit verfassungsrechtlich problematisch. Die Gefahren des Arbeitsplatzverlustes und des politischen Missbrauchs sind real, ebenso wie eine Gefährdung der Grundlagen des Tarifvertragssystems insgesamt, weil gerade im Niedriglohnbereich die Anreize für Arbeitnehmer zu einem Gewerkschaftsbeitritt abgebaut würden.

Es ist festzustellen, dass in dem Maße, in dem die Arbeitslosigkeit als das den Arbeitsmarkt beherrschende Thema an Bedeutung verliert, die Diskussion um die Qualität der Arbeit an Bedeutung gewinnt. Die gelungene Arbeitsmarktintegration gering produktiver Arbeitnehmer geht einher mit dem Vorwurf der prekären Arbeitsverhältnisse. Die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre besteht darin, den betreffenden Arbeitnehmern Perspektiven des beruflichen und sozialen Aufstiegs aufzuzeigen und sie in ihrem Bemühungen um den Aufstieg zu unterstützen, ohne dabei mit Regulierungen nachteilige Anreize zu produzieren, die eine effektive Arbeitsmarktintegration erschweren. Es ist wünschenswert, dass die Menschen von "ihrer Hände Arbeit" leben können. Wenn aber ihre Produktivität einen solchen Lohn nicht zulässt, bleiben drei Alternativen:

- ihre Produktivität steigt
- der Staat subventioniert die Arbeitsplätze oder
- die Arbeitsplätze fallen weg

Eine höhere Produktivität ist sicherlich die beste Lösung. Sie greift aber erst nach einer langen Frist. Lehnt man eine dauerhafte Subventionierung des Niedriglohnssektors ab, ist ein Anstieg der Arbeitslosigkeit gerade bei den Problemgruppen unausweichlich. Dann ist man aber beim Ausgangspunkt der Hartz-Reformen: massive Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten und Zunahme der Langzeitarbeitslosen²⁴.

Handlungsempfehlungen an Unternehmen und Beschäftigte

Die Herausforderungen der kommenden Jahre werden sich auch auf die **Unternehmensorganisation** auswirken. Der Wettbewerbs- und Innovationsdruck wird wachsen, die Lebenszyklen der Produkte werden kürzer werden mit der Folge, dass Imitationen auch schneller entstehen. Die Entwicklungszeit und die Zeitspanne bis zur Marktreife eines Produktes muss sich deshalb verkürzen. Gerade für kleine und mittelständische Betriebe wird es schwer sein, das für Innovationen erforderliche Wissen in der eigenen Organisation vorzuhalten. Die Unternehmen werden neue Wege zur Innovation auch außerhalb der Unternehmensgrenzen, z. B. durch Netzwerke, finden müssen.

Zentrale Inhalte der **Personalpolitik** werden sein:

- der Erhalt der lebenslangen Beschäftigungsfähigkeit
- ein alternsrechte Personalentwicklung und Arbeitsorganisation
- die Stärkung der Ausbildung
- das Gesundheitsmanagement

²⁴ HWWI Policy Paper 73 "10 Jahre Harz-Reformen"

- der Umgang mit "Vielfalt" im Betrieb
- die Gestaltung einer Arbeitgebermarke zur Fachkräftegewinnung und -bindung
- eine Personalplanung, die die Stärken und Talente des einzelnen Beschäftigten entdeckt, entwickelt und fördert
- die Ausrichtung beruflicher Werdegänge auf die gesamte Verweildauer im Betrieb

Die typische "vertikale Karriereleiter" (Gruppenleiter, Abteilungsleiter, Bereichsleiter) beschränkt sich zu sehr auf ein spezifisches Tätigkeitsfeld und lässt keinen Raum für den "Blick über den Tellerrand". Horizontale bzw. diagonale Werdegänge fördern dagegen die lebenslange Beschäftigungsfähigkeit.

Natürlich sind auch die **Sozialpartner** gefordert. Im Sinne der "Flexicurity" lässt sich Sicherheit mit nachhaltiger Perspektive am besten auf der Basis von starken Verbänden und Flächentarifverträgen organisieren. Auf einem abgesicherten tariflichen Mindestniveau können betriebliche Spielräume und Flexibilität greifen. Auf der Basis einer definierten Sozialpartnerschaft lassen sich Lösungen für komplexe Fragen und Anforderungen bei Arbeitszeit, Altersvorsorge, Qualifizierung und Gesundheit erarbeiten.

Sozialpartnerschaft, kooperative Zusammenarbeit, Mitbestimmung und Mitverantwortung sind Kennzeichen des Industriestandorts Deutschland. Sie haben sich in der letzten Wirtschaftskrise bewährt und sind ein Wettbewerbsvorteil des Standorts.

Die praktische und politische Rollenverteilung zwischen Gesetzgeber und Tarifvertragsparteien ist jedoch ein kritischer Faktor. Die Diskussionen um den einheitlichen Mindestlohn lassen befürchten, dass nicht eine Politik der Stärkung der Regelungskompetenz der Tarifvertragsparteien verfolgt wird, sondern eine Schwächung der Tarifautonomie in Kauf genommen wird und ein deutscher Standortvorteil aufs Spiel gesetzt wird. Als negatives Beispiel ist hier u. a. auch das Thüringer Vergabegesetz und das Thüringer Ladenschlussgesetz zu nennen.

Beitrag von Prof. Dr. Michael Fritsch

Friedrich-Schiller-Universität Jena, Lehrstuhl für Unternehmensentwicklung, Innovation und wirtschaftlichen Wandel

Wachstum durch Innovation – Leitlinien einer wachstumsorientierten Politik für Thüringen

Der Wachstumstreiber Innovation

Der Löwenanteil von wirtschaftlichem Wachstum und Prosperität beruht auf Innovationen. Innovation, also der Einsatz besserer Produktionsverfahren, die Einführung neuer Produkte sowie die Erschließung neuer Absatz- und/oder Beschaffungsmärkte, kann enorme Produktivitätsgewinne bewirken. Somit ist eine Steigerung unseres Wohlstands mit weniger und gleichzeitig qualifizierterem bzw. intelligenterem Arbeitseinsatz möglich. Man kann die große Bedeutung von Innovationen für Wachstum etwa daran erkennen, dass der Wohlstand in den letzten 100 Jahren rasant zugenommen hat, obwohl die durchschnittliche Arbeitszeit deutlich gesunken ist. Darüber hinaus ist Innovationstätigkeit auch wesentlich für regionale Entwicklungsunterschiede verantwortlich. Wohlstand und Prosperität herrschen vor allem in den Regionen, wo Unternehmen effizienter produzieren und Marktanteile mit neuen oder verbesserten Produkten erringen.

Erfolgreiche Innovationen entstehen nur selten zufällig und fallen auch nicht wie Manna vom Himmel. Vielmehr erfordern Innovationen in aller Regel einen erheblichen Aufwand an Forschung und Entwicklung. Eine notwendige Voraussetzung hierfür stellen Ausbildung, Qualifikation, Wissen und Kreativität dar. Darüber hinaus sind zwei weitere Elemente von entscheidender Bedeutung für die Umsetzung von Qualifikation und Wissen in kommerziell erfolgreiche Innovationen:

- Dabei handelt es sich zum einen um den Wissenstransfer und somit die Vernetzung der Akteure. Die große Bedeutung von Vernetzung und Wissenstransfer ergibt sich daraus, dass Innovationsaktivitäten immer stärker auf einer Arbeitsteilung verschiedener Personen und Institutionen beruhen. Selbst der einsame Tüftler, der in seiner abgeschiedenen Werkstatt Neuerungen entwickelt, tut dies auf der Grundlage von Wissen und Fähigkeiten, die er von anderen bezogen hat. Für eine erfolgreiche Entwicklung und Vermarktung seiner Ideen benötigt er wiederum die Zusammenarbeit mit vielen anderen Akteuren. In einer sich zunehmend globalisierenden Welt wird insbesondere die Einbindung in globale Wissensströme immer bedeutender. Ohne eine solche Anbindung an die globalen „Wissens-Pipelines“ verliert man schnell den Anschluss und damit an Wettbewerbsfähigkeit, was dann im Ergebnis negative Folgen für Wachstum und Wohlstand nach sich zieht.
- Zum anderen kommt dynamischen Unternehmern und insbesondere innovativen Gründungen eine wichtige Rolle zu. Die Wirtschaftsgeschichte kennt viele Beispiele dafür, dass dynamische, innovative Unternehmer die Entwicklung ganzer Regionen entscheidend geprägt haben. Die Rolle von Carl Zeiss, Ernst Abbe und Otto Schott für die Entwicklung der Region Jena stellt ein gutes Beispiel hierfür dar.

Die entscheidende Bedeutung von Innovationen für wirtschaftliche Entwicklung legt die Schlussfolgerung nahe, dass hier ein zentraler Ansatzpunkt für die Wachstumspolitik

besteht. Was also sind die wesentlichen Ansatzpunkte und Maßnahmen einer wachstumsorientierten Politik für Thüringen?

Rahmenbedingungen für erfolgreiche Innovationen

Da Wissen und Qualifikation eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Innovationsaktivitäten darstellen, kommt dem Bildungssystem eine zentrale Rolle für die Förderung bzw. die Sicherung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu. Dies betrifft sämtliche Stufen des Bildungssystems, also sowohl die allgemein bildenden Schulen, die Berufsausbildung in den Betrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten sowie insbesondere die Hochschulen. Hier werden die Köpfe ausgebildet, die innovative Ideen entwickeln und diese dann kommerziell verwerten. Dabei ist es auch wichtig, dass eine Region attraktiv genug ist, um gut ausgebildete und kreative Menschen am Standort zu halten und von außen anzuziehen. Dies gilt insbesondere auch für Thüringen, wo der Bedarf an Fachkräften in den kommenden Jahren kaum intern abgedeckt werden kann. Wichtige Faktoren, die die Attraktivität für Fachkräfte ausmachen, sind konkurrenzfähige Löhne, ein ansprechendes Wohnumfeld, eine gute Grundversorgung im Bildungs- und Gesundheitswesen, sowie – nicht zu vernachlässigen – eine Atmosphäre der Aufgeschlossenheit gegenüber Zuwanderern und ein attraktives kulturelles Angebot. Die „kreative Klasse“, also diejenigen Menschen, die von besonderer Bedeutung für Innovationen sind, ist in dieser Hinsicht relativ anspruchsvoll und wählerisch.

Ein zentraler Bestandteil eines regionalen Innovationssystems sind die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Als Ausbildungsstätten für hochqualifizierte Arbeitskräfte, als Wissenspool sowie als Partner für Kooperation im Bereich Forschung und Entwicklung stellen sie gewissermaßen das Rückgrat der Innovationstätigkeit einer Region dar. Die zentrale Rolle von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen für Innovationen zeigt sich etwa darin, dass die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen privater Unternehmen vorwiegend in räumlicher Nähe zu diesen Einrichtungen angesiedelt sind. Besonders deutlich ist dieser Effekt räumlicher Nähe für innovative Gründungen ausgeprägt: Neue Unternehmen in innovativen und wissensintensiven Branchen finden sich vor allem in Hochschulregionen. Die große Bedeutung von Hochschulen für die Entstehung innovativer Gründungen wird auch daran deutlich, dass der ganz überwiegende Teil der Gründer innovativer Unternehmen eine Hochschulausbildung absolviert hat.

Bei der Umsetzung innovativer Ideen kann die Finanzierung einen entscheidenden Engpass darstellen. Dies gilt insbesondere für innovative Gründungen, die noch nicht über ein fertiges Produkt verfügen. Da Unternehmen vor der Markteinführung des noch in Entwicklung befindlichen Produktes keine Einnahmen haben, kommen Kredite für eine Finanzierung von Projekten in einer solch frühen Phase der Entwicklung kaum in Frage. Die Lösung kann hier in der Beteiligungsfinanzierung, dem Venture Capital, bestehen. Zwar verfügt Deutschland inzwischen über ein relativ gut entwickeltes Angebot an Venture Capital, allerdings verhalten sich die privaten Anbieter solcher Finanzierungsformen gegenüber Innovationsprojekten in der Frühphase (Seed-Phase) außerordentlich zurückhaltend. Hier kann und sollte eine Unterstützung durch öffentliche Finanzinstitute wesentlich zur Engpassbeseitigung und damit zur Entwicklung innovativer Unternehmen beitragen. Weiterhin kann für innovative Gründungen eine intensive Beratung und Betreuung (Coaching) wichtig sein. Um diesem Bedarf Rechnung zu tragen, sollte eine qualitativ hochwertige Beratungsinfrastruktur mit einander vernetzter Akteure vorhanden sein, in die insbesondere auch das an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vorhandene Wissen eingebunden ist.

Was in Thüringen zu tun ist

Thüringen verfügt über gute Schulen und Hochschulen sowie über eine reichhaltige Infrastruktur an außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die gute Voraussetzungen für Innovationsaktivitäten privater Unternehmen bietet. Im gesamtdeutschen Maßstab liegt Thüringen hiermit aber lediglich im Mittelfeld. Es besteht in dieser Hinsicht also durchaus Steigerungspotenzial! Ein Rückbau im Bereich der öffentlichen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen wäre ein Schritt in die falsche Richtung und würde den Innovationsstandort Thüringen deutlich schwächen.

Auch die Vernetzung innovativer Akteure in Thüringen sollte weiter ausgebaut werden. Dies betrifft sowohl die Vernetzung der Unternehmen untereinander, etwa durch Informationsaustausch und Kooperation im Bereich der Forschung und Entwicklung, als auch die Zusammenarbeit mit Hochschulen und sonstigen öffentlichen Forschungseinrichtungen. Beispiele für eine effektive Vernetzung bieten andere Bundesländern, zum Beispiel der Freistaat Bayern, wo eine solche Zusammenarbeit innovativer Akteure auf einem deutlich höheren Niveau stattfindet als in Thüringen. Erfahrungsgemäß bedarf sowohl der Aufbau als auch der Unterhalt solcher Netzwerkstrukturen der öffentlichen Unterstützung, so dass hierin ein wichtiges Handlungsfeld für die Politik gesehen werden kann.

Hinsichtlich der Anzahl innovativer Gründungen befindet sich Thüringen unter den Bundesländern ebenfalls nur im Mittelfeld, wobei die Regionen Jena, Ilmenau und Weimar deutlich positiv hervorragen. Dies ist insbesondere auf die dort ansässigen Hochschulen zurück zu führen. Für das Zustandekommen innovativer Gründungen erweisen sich, neben der ‚Brutkasten‘-Funktion von Hochschulen für Gründer innovativer Unternehmen vor allem auch eher ‚klimatisch‘ zu nennende Faktoren als wichtig. Hier ist etwa Optimismus, eine positive Einstellung der Menschen zum Unternehmertum sowie das Vorbild erfolgreicher Gründungen in der Region zu nennen. Auch zur Förderung des Gründungsgeschehens kann in Thüringen in vielerlei Hinsicht mehr getan werden. Beispielsweise könnte im Schulunterricht eine intensivere Vermittlung von Kenntnissen über wirtschaftliche Zusammenhänge im Allgemeinen sowie über die Rolle von Unternehmern in der Wirtschaft im Besonderen stattfinden. Weiterhin könnte versucht werden, den Schülern ein Stück weit unternehmerisches Denken (z.B. durch Modellprojekte, schulinterne Businessplanwettbewerbe und Gründerprojekttage) nahe zu bringen. Die Angebote einer Entrepreneurship-Ausbildung sowie die Unterstützung bei der Entwicklung von Gründungsprojekten könnten an einigen Thüringer Hochschulen wesentlich umfassender ausgestaltet sein. Weiterhin zu nennen wären hier die Verstärkung von speziellen Beratungsangeboten für Gründer innovativer Unternehmen sowie die Verstärkung des Angebots an öffentlicher Finanzierung in der frühen Seed-Phase von Unternehmen, in der private Investoren nur sehr zurückhaltend agieren.

Das Instrumentarium der Wirtschaftsförderung

Eine wirkungsvolle Stärkung von Innovationsaktivitäten in Thüringen erfordert zum Teil Maßnahmen, die sich deutlich vom konventionellen Instrumentarium der Wirtschaftsförderung unterscheiden, das mehr auf die Ansiedlung von Betrieben aus anderen Regionen ausgerichtet ist. Die Erschließung von Gewerbeflächen und die Subventionierung von Sachkapitalinvestitionen sind für einen Ausbau funktionierender Innovationsnetzwerke oder die Förderung innovativer Gründungen nur sehr beschränkt geeignet. Dies gilt insbesondere deshalb, weil Forschungs- und Entwicklungsabteilungen privater Unternehmen in räumlicher Hinsicht weitestgehend immobil sind und somit durch eine mobilitätsorientierte Förderstrategie nicht erreicht werden können. Aus diesem Grund ist für eine Förderung von regionalen Innovationsaktivitäten eine Politik zu empfehlen, die sich im Wesentlichen auf das endogene Potenzial, also auf die bereits ansässige Wirtschaft,

konzentriert. Eine stärkere Innovationsorientierung der regionalen Entwicklungspolitik erfordert somit auch eine veränderte Gewichtung des Instrumentariums, eventuell sogar das Ausprobieren gänzlich neuartiger Typen von Maßnahmen. Innovation ist also auch auf der Ebene der Politik gefragt.

Wichtig für eine innovationsorientierte Politik ist insbesondere auch eine langfristige Orientierung. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen zur Stimulierung von (innovativen) Gründungen. Erfolge der Förderung innovativer Gründungen werden sich wahrscheinlich eher langfristig einstellen, sind dafür dann aber umso nachhaltiger. Auch das von Carl Zeiss im Herbst des Jahres 1846 in Jena gegründete Unternehmen benötigte mehrere Jahrzehnte, bis der Aufstieg zu einer Weltfirma begann. Entscheidend für diesen Erfolg war die Zusammenarbeit, sozusagen die Vernetzung, mit Ernst Abbe, einem Professor an der Jenaer Universität. Diese Zusammenarbeit führte zu einer kommerziellen Verwertung akademischen Wissens was nicht nur für den Standort Jena als außerordentlich fruchtbar erwiesen hat, sondern ein anschauliches Beispiel darstellt, wie das produktive Zusammenspiel verschiedener Akteure eine treibende Kraft für Innovation und Wohlstand sein kann.

Beitrag von Dr. Michaela Fuchs

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (IAB) Sachsen-Anhalt-Thüringen

Fachkräftegewinnung und Gute Arbeit in Thüringen

Für den Arbeitsmarkt in Thüringen gewinnen die Aspekte der Fachkräftegewinnung und der Qualität der Arbeit zunehmend an Bedeutung. Dies wird angesichts der großen Veränderungen, die der Arbeitsmarkt in den letzten 12 Jahren durchlaufen hat, besonders deutlich. Die Zahl der Arbeitslosen stieg Anfang der 2000er Jahre an und erreichte 2003 einen Höchststand von fast 211 Tausend. Seitdem ist sie stetig gesunken und lag im Jahr 2012 bei noch gut 99 Tausend. Diese positive Entwicklung ist auch bei der Arbeitslosenquote zu sehen. Sie sank von einem Höchststand von fast 20% Anfang 2005 auf unter 8% bis Ende 2011. An diesem Rückgang ist die demografische Entwicklung dabei nur geringfügig beteiligt. Es spricht viel dafür, dass hier tatsächlich ein Arbeitsmarkteffekt am Wirken war, der die Menschen letztendlich in Beschäftigung gebracht hat. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich in den vergangenen 12 Jahren genau entgegengesetzt zur Zahl der Arbeitslosen entwickelt: zwischen 2000 und 2005 ist sie von 821 Tausend auf 708 Tausend gesunken, und seitdem steigt sie kontinuierlich an.

Die Problematik, mit der der Arbeitsmarkt in Thüringen – wie auch in Ostdeutschland insgesamt - zumindest bis 2005 konfrontiert war, lag also auf der Arbeitsangebotsseite darin, dass es ein sehr großes Überangebot an Bewerbern gab. Gleichzeitig brach die Arbeitsnachfrageseite immer weiter ein, denn die Unternehmen bauten kontinuierlich Beschäftigung ab. Diese enorme Schere zwischen Angebot und Nachfrage schließt sich jetzt aber immer weiter. Im Süden von Thüringen besteht teilweise schon fast Vollbeschäftigung. So lag zum Beispiel im Oktober 2012 die Arbeitslosenquote im Kreis Sonneberg bei 3,8%. Der Arbeitsmarkt wandelt sich damit immer mehr von einem Arbeitgeber- hin zu einem Arbeitnehmermarkt.

Diese Entwicklungen haben ganz eindeutig dazu beigetragen, die Lage auf dem thüringischen Arbeitsmarkt zunehmend zu entspannen. Neue Herausforderungen werden aber sichtbar, wenn man sich anschaut, wie der demografische Wandel in Thüringen in den nächsten 10 bis 15 Jahren wirkt und was das für den Arbeitsmarkt bedeutet. Zum einen wird die Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren, aus der sich das Erwerbspersonenpotenzial speist, zwischen 2010 und 2025 um 22% und damit wesentlich stärker als die Gesamtbevölkerung sinken (-13%). Zum anderen wird es immer mehr Ältere und weniger Jüngere auf dem Arbeitsmarkt geben. Und schließlich schlägt der drastische Geburtenrückgang direkt nach der Wiedervereinigung Deutschlands durch: die Zahl der Geburten hat sich Anfang der 90er Jahre halbiert, und auch die nachfolgenden Kohorten sind nicht wesentlich stärker besetzt. Das hat konkrete Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt in Thüringen. Mittlerweile kommt aufgrund des Bewerberrückgangs rechnerisch auf jede bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Stelle weniger als ein Bewerber, wohingegen es im Ausbildungsjahr 2003/2004 noch zwei Bewerber waren. Da die Zahl der Schulabgänger auch in Zukunft niedrig bleiben wird, dürfte sich diese Anspannung am Ausbildungsmarkt tendenziell weiter fortsetzen.

Die künftigen Entwicklungen auf der Arbeitsnachfrageseite können nicht so genau bestimmt werden wie die auf der Arbeitsangebotsseite. Wenn die Bevölkerung sinkt, sinkt natürlich

auch die Nachfrage nach lokalen Dienstleistungen wie zum Beispiel dem Friseur. Auf der anderen Seite steigt aber die Nachfrage nach altersgerechten Produkten und Dienstleistungen, so dass ein Nettoeffekt recht schwer abzuschätzen ist. Als ziemlich sicher dürfte aber die zunehmende Verschiebung der Arbeitsnachfrage hin zu hochqualifizierten Tätigkeiten einzuschätzen sein, und damit verbunden steigen natürlich die Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter. Es gibt zwar noch keine Anzeichen für einen generellen Fachkräftemangel, aber in einigen Bereichen suchen die Unternehmen heute schon intensiv Fachkräfte. Der großen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften stehen auf der Angebotsseite teilweise noch viele Arbeitslose zur Verfügung, unter denen vor allem viele jüngeren Männer keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen. Zudem ist die Schulabbrecherquote in Thüringen mit 8,4% recht hoch. Der demografische Wandel kann diesen qualifikatorischen Mismatch auf dem Arbeitsmarkt durchaus verstärken. Ein Auseinanderdriften von Angebot und Nachfrage - und zwar in die umgekehrte Richtung wie in der Vergangenheit - ist damit nicht nur in quantitativer, sondern vor allem auch in qualitativer Hinsicht durchaus ein plausibles Zukunftsszenario.

Vor diesem Hintergrund dürfte es für die Unternehmen immer schwieriger werden, geeignete Mitarbeiter zu finden. Die Konkurrenz um gute Mitarbeiter wird zudem nicht nur innerhalb Thüringens, sondern auch zwischen den Bundesländern steigen. Die Betriebe in Thüringen sind sich diesen Herausforderungen im Wesentlichen schon bewusst. Im IAB-Betriebspanel, einer repräsentativen Betriebsbefragung in ganz Deutschland, wird unter anderem nach den Problemen gefragt, welche die Betriebe in den kommenden zwei Jahren bei der Besetzung von Fachkräftestellen erwarten. Gut jeder vierte Betrieb in Thüringen rechnet erst einmal mit einer Besetzung. Von diesen Betrieben sehen wiederum rund 65% Probleme, geeignete Bewerber zu finden. Dabei führen betriebsexterne Gründe ganz eindeutig die Liste an: 66% der Betriebe befürchten, dass es für die zu besetzende Stelle zu wenige Bewerber geben wird. 45% gehen außerdem davon aus, dass die benötigten Zusatzqualifikationen schwer zu finden sein werden. Im Vergleich zu diesen quantitativen und qualitativen Personalgründen rangieren die betriebsspezifischen Gründe für Besetzungsprobleme weiter hinten. 37% befürchten zu hohe Lohnforderungen, und 28% nennen ungünstige Arbeitsbedingungen. Das sind jedoch zwei Aspekte, die wesentlich die Attraktivität eines Arbeitsplatzes bestimmen und von den Betrieben beeinflusst werden können.

Für die Sicherung des künftigen Potenzials an Arbeitskräften können die thüringischen Unternehmen auf verschiedene Strategien zurückgreifen. Besonders vielversprechend ist das Ausschöpfen des Potenzials, das im Betrieb bereits vorhanden ist. In quantitativer Hinsicht kann beispielsweise die reguläre Lebensarbeitszeit besser ausgenutzt werden, indem ältere Arbeitnehmer bis an die reguläre Renteneintrittsgrenze beschäftigt werden. Auch die Erhöhung des Arbeitsvolumens der Frauen durch eine Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeitstellen stellt eine geeignete Strategie dar. Qualitative Strategien erstrecken sich weitgehend auf Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der Belegschaft.

Weiterhin können die Unternehmen auf das Potenzial zurückgreifen, das in der eigenen Region verfügbar ist. Maßnahmen betreffen die verstärkte Aktivierung der Arbeitslosen und der lokalen Stillen Reserve oder auch das Zurückholen von Auspendlern. Den besten Weg für die langfristige Fachkräftesicherung stellen jedoch eigene Ausbildungsaktivitäten dar. Hier besteht noch erhebliches Potenzial: fast 60% der Thüringer Betriebe besaßen 2011 eine Ausbildungsberechtigung, und nur 42% davon bildeten tatsächlich aus. Eine weitere gute Möglichkeit für die Rekrutierung von hochqualifizierten Mitarbeitern sind Kooperationen mit den lokalen Hochschulen. Damit kann zudem Abwanderungstendenzen der Hochschulabsolventen entgegengewirkt werden.

Im Vergleich zu den Strategien, die an den Arbeitskräften im eigenen Betrieb oder in der Region ansetzen, erscheint das Zurückgreifen auf Arbeitskräfte aus dem restlichen Deutschland oder aus dem Ausland als weniger erfolgversprechend. Einpendler zu gewinnen und Abwanderer zurückzuholen dürfte nur für Regionen und Unternehmen mit einem hochwertigen und attraktiven Arbeitsplatzangebot eine Möglichkeit darstellen.

Zuwanderung aus dem Ausland schließlich stellt aufgrund der besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, höheren Löhnen und ausgeprägteren sozialen Netzwerken von Landsleuten eher für die westdeutschen Wirtschaftszentren eine gute Strategie dar.

Angesichts des beschriebenen Wandels des Arbeitsmarktes zu Gunsten der Arbeitnehmer gewinnt die Attraktivität eines Arbeitsplatzes zunehmend an Bedeutung im Wettbewerb der Unternehmen um qualifizierte Arbeitskräfte. Hierunter fällt unter anderem die Ausgestaltung einer Stelle als geregeltes, sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Die Entwicklung seit dem Jahr 2000 macht deutlich, dass die Vollzeitbeschäftigung an Bedeutung langsam abnimmt. Davon sind insbesondere die Beschäftigten ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung betroffen. Bis 2004 stieg vor allem die geringfügige Beschäftigung an, und ab 2005 ist die von Frauen dominierte Teilzeitbeschäftigung der wesentliche Motor des Beschäftigungsaufbaus. Während der große Trend weg vom Normalarbeitsverhältnis seit Anfang der 90er Jahre in ganz Deutschland zu beobachten ist, stellt die große Bedeutung der Leiharbeit in Thüringen einen Sonderfall dar. Die Leiharbeitsquote liegt mittlerweile bei 4,1%, und unter den 10 Kreisen in Deutschland mit den höchsten Leiharbeitsquoten befinden sich mit Eisenach, Sonneberg, Gera und Erfurt vier Kreise aus Thüringen. Diese Entwicklung kann unter dem Gesichtspunkt von „Guter Arbeit“ durchaus als bedenklich gewertet werden. Die Betrachtung der Bestandsgrößen macht jedoch deutlich, dass das Normalarbeitsverhältnis zwar weniger vorherrscht als früher, jedoch immer noch kein Auslaufmodell ist: im Jahr 2000 waren 87% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit gemeldet, und 2012 waren es noch 77%.

Die gleiche Tendenz zeigt sich für die befristeten Arbeitsverhältnisse. Mittlerweile erfolgt zwar die Hälfte der Neueinstellungen befristet – hiervon sind vor allem junge Leute betroffen –, aber der Anteil der befristet Beschäftigten an allen Beschäftigten liegt trotzdem nur bei 8%. Davon entfällt der größte Teil auf den Wirtschaftsbereich Erziehung und Unterricht. Insgesamt betrachtet sind 65% aller Beschäftigungsverhältnisse in Thüringen wie auch in Deutschland insgesamt Normalarbeitsverhältnisse.

Ein weiterer Aspekt von „Guter Arbeit“ ist die Entlohnung. Der Median des Bruttomonatsentgelts der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne die Auszubildenden) lag im Jahr 2010 in Thüringen bei 1.936 Euro (Ostdeutschland: 2.068 Euro) und wurde im Bundeslandvergleich nur noch von Mecklenburg-Vorpommern unterboten. Gegenüber 2005 hat sich das Entgelt nominal zwar um 5% erhöht. In Westdeutschland ist es aber noch stärker gewachsen, und dort verdienen die Beschäftigten mit einem Medianentgelt von 2.835 Euro auch noch rund 900 Euro brutto mehr. Aufschlussreich ist auch der Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen, der in Ostdeutschland bei weitem nicht so groß ausfällt wie in Westdeutschland. In Thüringen jedoch verdienen die Frauen nicht nur am schlechtesten unter allen Bundesländern, sondern der Lohnabstand ist innerhalb Ostdeutschlands mit 10% auch noch am höchsten. In Thüringen wird also vergleichsweise schlecht verdient, vor allem unter den Frauen. Damit ist aber fraglich, ob die Arbeitsplätze in Thüringen in materieller Hinsicht mit denen in anderen deutschen Regionen in punkto Attraktivität konkurrieren können.

Beitrag von Dr. Sigrun Fuchs

Projektleiterin Netzwerk für Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Thüringen bei der LEG Thüringen

Thüringen – ein guter Platz für Familien

Das Reden über die notwendige Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat mittlerweile Tradition und es liegen vielfältige Erfahrungen und Thüringer Best Practice Beispiele vor, aber trotzdem stellt die Entscheidung für ein Kind (oder auch für mehrere Kinder) für Frauen immer noch ein Karrierehemmnis dar und schränkt berufliche Möglichkeiten ein. Einerseits wird Frauen mit Kind oft der Wunsch nach beruflicher Entwicklung aberkannt, andererseits weichen auch viele Frauen ganz bewusst in Tätigkeiten mit geringerem fachlich Anforderungsniveau aus, da diese oft mit der Familie besser vereinbar scheinen.

Familie ist vielfältig und umfasst heute viel mehr als Vater, Mutter, Kind. Zusammenleben mit und ohne Trauschein, Patchwork Familien, Alleinerziehende, Singles, Wahlverwandtschaften, Mehrgenerationenfamilien, Paten, Halbgeschwister, Wochenend-Ehen, Oma und Opa - und viele andere Begriffe stehen in engem Zusammenhang zu „Familie“.

Familien sind großen Belastungen ausgesetzt und beruflich bedingte Flexibilität und Mobilität fordern ihren Tribut. Die alltägliche Unterstützung einer Großfamilie in unmittelbarer Wohnortnähe können die wenigsten jungen Familien in Anspruch nehmen, jedoch gibt es vielfältige außerfamiliäre Angebote mit Tradition.

In Thüringen wurde nicht nur vor fast zweihundert Jahren der Kindergarten von Friedrich Fröbel mit dem Ziel, die Entwicklung der Kinder durch pädagogische Angebote zu unterstützen, erfunden. Auch über die Frage, ob es im Kindergarten und Schulhort ein warmes Mittagessen gibt, wird seit vielen Jahren hier nicht diskutiert – es ist so selbstverständlich, wie die Erfahrung vieler Thüringer und Thüringerinnen, dass ihre Mütter berufstätig waren. Diese Sozialisation wirkt bis heute in einer hohen Frauenerwerbstätigenquote nach. Hier spielt Thüringen mit den anderen neuen Bundesländern gemeinsam eine Vorreiterrolle für aktuelle Entwicklungen.

Die gleichberechtigte Teilhabe an Familie und Beruf für Männer und Frauen ist Herausforderung und Chance zugleich, denn die in diesem Spannungsfeld vorhandenen mannigfachen Widersprüche treiben eine Entwicklung voran, die zu neuen Denkmustern und Handlungsweisen führen wird, die mit Vorteilen für alle, die in Thüringen leben, einhergeht.

Für die Zukunftschancen eines Landes ist es von entscheidender Bedeutung, dass junge Leute Bedingungen vorfinden, die ihnen die Entscheidung erleichtern, eine eigene Familie zu „gründen“, und Eltern zu werden. Hierzu brauchen Menschen Vertrauen in die Zukunft. Gute Arbeit meint in diesem Zusammenhang auch eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Eltern stehen vor der großen täglichen Herausforderung, eine Balance zwischen den Bedürfnissen ihrer Kinder nach Zuwendung, ihren eigenen Wünschen und den Anforderungen des Arbeitsalltages zu finden. Zwischen Job und Weiterbildung, sportlichen Aktivitäten und Musikschule, gesundem Essen und Medienerziehung, Schulvorträgen und Kuchenbasaren, Frühjahrsputz und Wäschebergen, Partnerschaft und Hobby muss Zeit gefunden werden für Bausteintürme und Bilderbücher, Liebeskummer und Gute-Nacht-

Rituale. Kinder brauchen neben gesicherten materiellen Bedingungen Zeit und Aufmerksamkeit. Nur auf Basis einer vertrauensvollen Bindung gehen Kinder neugierig die Welt entdecken, lernen und werden kreativ.

Zeit ist jedoch begrenzt. Beruf und Familie greifen beide auf diese Ressource zu und deshalb erscheint sie Eltern regelmäßig als viel zu gering bemessen.

Eltern brauchen deshalb Unterstützung und erhalten sie durch Betreuungs- und Bildungsangebote, Freunde, Großeltern und andere hilfreiche Mitmenschen, deren Wirken Kinder in ihrer Entwicklung fördert. Darüber hinaus bedarf es einer größeren Anerkennung und Wertschätzung der Leistung der Eltern in verschiedenen Formen.

Für viele Mütter und Väter schließt Elternschaft Berufstätigkeit nicht aus. Sie wollen aus eine leistungsfähigen Betreuungsinfrastruktur auf der Basis unterschiedlicher pädagogischer Konzepte wählen können und den Zeitpunkt und den Umfang der Betreuung selbst bestimmen, so wie es ihren Bedürfnissen und denen der Kinder entspricht. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen Eltern Unterstützung, damit aus zwei erfüllenden Lebensbereichen keine doppelte Belastung entsteht. Dies ist auch die Voraussetzung für die Verknüpfung von beruflicher Selbständigkeit bzw. freiberuflicher Tätigkeit und Familie.

Im Unterschied zu unfreiwilliger Teilzeit in Minijobs oder Vollzeitjobs, die die einzige Alternative zum Verzicht auf Berufstätigkeit darstellen, bietet selbstgewählte vollzeitnahe Teilzeit Männer und Frauen die Möglichkeit, eine der Familie entsprechende Balance herzustellen und gleichzeitig an aktuellen Innovationsprozessen beteiligt zu bleiben, was Qualifizierungskosten minimiert.

Väter und Mütter wollen Zeit für ihre Kinder haben, für die großen und kleinen Fragen und Probleme des Alltags, für Spiel und gemeinsame Erlebnisse. Elternschaft bedeutet nicht zwangsläufig, auf Berufstätigkeit zu verzichten. Viele Frauen in Thüringen möchte heute beides, obwohl sie wissen, wie schwierig es oft ist, die richtige Balance zu finden, zumal sowohl die Anforderungen im Job als auch in der Familie sich immer verändern. Viele Väter möchten ihre Kinder nicht mehr nur am Wochenende erleben, sondern teilhaben am normalen Alltag. Für sie ist es zwingend, dass Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht mehr als „Frauenthema“ abgehandelt werden, weil ihnen bewusst geworden ist, was ihnen sonst entgeht. Damit gewinnen Fragestellungen wie die Rückkehr nach der Elternzeit, die spontane Abwesenheit wegen Krankheit eines Kindes und das Führen in Teilzeit eine neue Dimension. Die Chance, das kostspielige Verschwenken des Humankapitals qualifizierter Beschäftigter zu beenden, kann durch neues unternehmerisches Denken und Handeln zu einem Impuls der Fachkräfteentwicklung werden. Angesichts knapper werdender Ressourcen ist ihre nachhaltig schonende Nutzung eine zukunftsentscheidende Frage. Innovative Angebote, die den Bedürfnissen von Eltern und Unternehmen gerecht werden, verlängern die Tradition Friedrich Fröbels in die Zukunft. Innovationen im sozialen Bereich sind so selbstverständlich und zwingend wie in der Technik, wenn Fortschritt umfassend gelingen soll.

Der Wandel in der Unternehmenskultur, der Eltern als Mitarbeiter mit familiärer Verantwortung wertschätzt, kann zu vielfältigen betrieblichen unterstützten Lösungen führen. In einem gemeinsamen Entwicklungsprozess von Arbeitgeber und Eltern kann an bereits in Thüringen erprobte Modelle angeknüpft werden, die jedoch von Einzellösungen zu Selbstverständlichkeiten für die Wachstumsräume und ländlichen Regionen ausgeweitet werden müssen, damit Thüringen als attraktives Familienland wahrgenommen werden kann.

Die Arbeitgeberauswahl durch Fachkräfte wird neben der Lohnhöhe und den Entwicklungsmöglichkeiten maßgeblich von den Möglichkeiten, Familie und Beruf zu verbinden, bestimmt. Praktikable Lösungen und deren Bekanntmachung im Rahmen des

Unternehmensmarketing sind Voraussetzung für das Gewinnen und Binden von dringend benötigten männlichen und weiblichen Fach- und Führungskräften.

Die wachsende Anzahl von Beschäftigten, die zu pflegende Angehörige betreuen, wird die Entwicklung zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusätzlich beschleunigen. Die drohende Gefahr des Verlustes erfahrener Leistungsträger aller Qualifikationsstufen erfordert die Nutzung der Erfahrungen aus dem Bereich Eltern und deren Weiterentwicklung für die Spezifika des Pflgethemas.

An der Tatsache, dass die Thüringer Unternehmensstruktur überwiegend von KMU mit geringen Beschäftigtenzahlen geprägt wird, wird sich auch in den nächsten Jahren nicht grundsätzlich etwas ändern. Genauso wie bei der Stärkung der Innovationskraft der kleinen KMU ist auch beim Finden zukunftsweisender Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Entwicklung von Unternehmenskooperationen zwingend. Hierbei gilt es Formen regionaler Zusammenarbeit unabhängig von der Unternehmensgröße und Branchenzugehörigkeit aufzubauen und Personalentwicklung mit der Unterstützung der Mitarbeiter in Bezug auf ihre Familien zu verbinden. Wir benötigen auch zu diesem Thema in Thüringen neue Lösungsansätze, wenn wir erkennen, dass wir mit den bisher beschrittenen Wegen keine weiteren Fortschritte erzielen. Da diese Themenfelder nicht zu den Kernkompetenzen der kleinen Thüringer KMU gehören und gleichzeitig viel Fachwissen und Erfahrung erfordern, muss hier die Unterstützung ansetzen. Die Entwicklung und Etablierung der für die Arbeitgeber inhaltlich neuen Kooperationsformen wird sich schneller vollziehen, wenn der Prozess von den in Thüringen vorhandenen Erfahrungsträgern gezielt vorangetrieben und begleitet wird. Unternehmerisches Engagement beschränkt sich dabei nicht nur auf innerbetriebliche Veränderungen, sondern entfaltet seine Wirkungen im Wohn- und Lebensbereich der Mitarbeiter. Familienfreundlichkeit ist ein gutes Beispiel für die wachsende Bedeutung unternehmerischen Handelns für die Gesellschaft. Erfahrung, Beratung, Kreativität und unternehmerisches Engagement werden innovative Lösungen erzeugen, die Thüringen zukunftsfähig und attraktiv machen.

Beitrag von Ulf Grießmann

Geschäftsführer AWO Landesverband Thüringen e.V.

Demografie als Herausforderung und Chance

Aus Sicht des AWO Landesverbandes Thüringen ist die demografische Entwicklung im Freistaat Thüringen eine der größten Herausforderungen für die Zukunft der sozialen Gesellschaft. Eine Entwicklung, die mit großen Problemen aber auch mit neuen Möglichkeiten für das Land verbunden ist. Klar ist: Die Bevölkerung Thüringens altert und schrumpft. Auch wenn sich die genauen Zahlen und Prognosen immer wieder verändern, der generelle Trend ist ungebrochen und in vielen Regionen heute schon deutlich spürbar.

Für einen sozialen Verband wie die AWO in Thüringen bedeutet das zweierlei: Einerseits wächst die Zahl der älteren und damit potenziell hilfebedürftigen Menschen. Vielerorts werden Hilfsangebote wie Pflegeleistungen aber auch niedrigschwellige Angebote wie Nachbarschaftshilfen oder ehrenamtlich organisierte Sozial- und Gemeinschaftsangebote, zum Beispiel in Begegnungsstätten, immer wichtiger. Gleichzeitig werden vor allem in ländlichen Räumen immer mehr Menschen und damit auch Beschäftigte fehlen, die diese Dienste und Dienstleistungen erbringen können. Der Grund ist oftmals schlicht und ergreifend der, dass viele ländliche Gebiete oder kleinere Städte nicht attraktiv genug für junge Menschen sind. Schon heute ist es beispielsweise in vielen Regionen schwierig, genügend Auszubildende für die Berufe in der Pflege zu finden oder junge Hochschulabsolventen davon zu überzeugen, eine Stelle in einer ländlich gelegenen Einrichtung anzutreten.

Mögliche Antworten auf diese Herausforderungen sind vielschichtig. Denn natürlich bieten Veränderungen – auch demografische – immer auch neue Möglichkeiten. Eine ist zum Beispiel der verstärkte Blick auf ehrenamtliche Strukturen. Mit der Zahl der älteren Bürger steigt auch die potenzielle Zahl von Menschen, die nicht mehr berufstätig aber bereit sind, sich für soziale und regionale Projekte ehrenamtlich und freiwillig zu engagieren. Dieses Potenzial gilt es zu heben und zu nutzen, um niedrigschwellige Hilfs- und Betreuungsangebote wie zum Beispiel Einkaufsdienste, Beratungsdienstleistungen oder ehrenamtliche Betreuungsstrukturen zu organisieren. Die AWO hat dazu bereits zahlreiche Initiativen und Projekte gestartet, die interessierte Ehrenamtliche zum Beispiel an die passenden Hilfsangebote vermitteln.

Ehrenamt kann und soll professionelle Angebote dabei keineswegs ersetzen. Aber professionelle soziale Arbeit kann durch ehrenamtliche Initiativen deutlich aufgewertet und ergänzt werden. Bei der AWO in Thüringen wird diese Form des ehrenamtlichen Engagements zum Beispiel in verschiedenen Fördervereinen, die sich um soziale Einrichtungen gebildet haben, praktiziert. Auf diese Weise haben Menschen die Möglichkeit sich direkt für eine soziale Einrichtung vor Ort zu engagieren und damit den unmittelbaren Erfolg ihres Einsatzes zu erleben. Gleichzeitig wird die Lebensqualität der Bewohner oder der Kunden der Einrichtung erheblich gesteigert. So zum Beispiel durch zusätzliche soziale oder kulturelle Angebote oder gemeinsame Ausflüge.

Soziale Dienstleistungsangebote haben so das Potenzial zu einem integrierenden und sinnstiftenden Zentrum der Gemeinde zu werden, die sowohl Arbeitsplätze in der Region bieten und über das Ehrenamt auch den sozialen Zusammenhalt stärken.

Damit das funktioniert, braucht es attraktive sozialstaatliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören beispielsweise eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kreise und Kommunen, aber auch der sozialen Sicherungssysteme wie der Pflegeversicherung. Gesetzliche Vorgaben und die Ausführung durch nachgeordnete Behörden müssen soziale Einrichtungen und Angebote fördern. Ein ernsthafter und ernst gemeinter Bürokratieabbau ist insbesondere in der Pflege unumgänglich. Und schließlich ist eine politische und gesellschaftliche Einstellung, die soziale Einrichtungen wertschätzt und unterstützt ebenfalls von großer Bedeutung.

Beitrag von Helmut Gumpert

Präsident Thüringer Bauernverband e.V.

Die Thüringer Agrarwirtschaft produziert Lebens- und Futtermittel in hoher Qualität und ist ein wichtiger und beständiger Arbeitgeber im ländlichen Raum. Eine flächendeckende Landbewirtschaftung, welche den nachhaltigen Erhalt und die Pflege der über die Grenzen des Freistaats bekannten Kulturlandschaft sicherstellt, ist eine zentrale Aufgabe dieses Wirtschaftszweigs. Zweifelsohne bildet die Agrar- und Ernährungswirtschaft in Thüringen den zweitgrößten Wirtschaftssektor des Freistaats.

Die Herausforderungen, die die Zukunft mit sich bringt, liegen in der Natur der Sache, im ländlichen Raum und bei den Menschen die ihn bewohnen. Die Kulturlandschaft als solche wird hinreichend wahrgenommen. Doch die wesentliche Aufgabe der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist es, die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats, der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union mit qualitativ hochwertigen und sicheren Nahrungsmitteln zu versorgen, sowohl auf dem Land als auch in den Städten. Die politischen Herausforderungen und Chancen sowie die Schwerpunkte der nächsten Jahre können aus Sicht des Thüringer Bauernverbands in vier sich ergänzenden Punkten festgehalten werden:

1. die Entwicklung und Förderung der regionalen Strukturen
2. die Stärkung, Weiterentwicklung und Sicherung der Ausbildungs- und der Arbeitsplätze
3. eine Reduzierung des Flächenverbrauchs
4. eine aufklärende und aufgeklärte moderne Agrar- und Ernährungswirtschaft

Wie versteht der Thüringer Bauernverband diese Herausforderungen?

Zu 1: Entwicklung und Förderung der regionalen Strukturen

Eine gezielte Entwicklung der Städte und Gemeinden wird als im höchsten Maße notwendig angesehen. Es ist wichtig, die ländlichen Regionen zu stärken und der Entvölkerung entgegen zu wirken. Es wäre jedoch falsch, wenn eine Entwicklung nur über Flächen im ländlichen Raum erfolgt, die neuerschlossen und versiegelt werden müssen. Vielmehr sollte ermöglicht werden, dass Einzelhandel, Gewerbe und Gastronomie nicht im Außenbereich neu angesiedelt, sondern in den Städten und Gemeinden auf bereits vorhandenen Gewerbestandorten ausgebaut und entwickelt werden. Vor allem brachliegende Flächen alter Industrieanlagen oder Bahnanlagen, die in den letzten 20 Jahren keiner nachhaltigen Verwendung zugeführt wurden, müssen ihren Weg in die zukünftige Planung finden. Eine Nutzung von nicht ausgelasteten Gewerbegebieten mit Photovoltaikanlagen wird strikt abgelehnt. Zielführender ist es, die Energie dort zu produzieren, wo sie gebraucht wird: in den Städten und Dörfern oder auf den Dächern der Industrieanlagen.

Das Beleben der Innerbereiche ist langfristig der Schlüssel, um qualifizierte Arbeitskräfte im ländlichen Raum zu halten und die Wertschöpfung in den ländlich geprägten Gebieten zu

steigern. Um neue Arbeitskräfte zu gewinnen, müssen attraktive Lösungen in den Bereichen Wohnungs- und Baugrundstückbereitstellung, Einkaufsmöglichkeiten und Unterhaltungs- und Kulturangebote geschaffen werden. Der Ausbau des ländlichen Wege- und Versorgungsnetzes ist ein weiterer Punkt, der angeführt werden muss. Mit Sicherheit ist eine Anbindung an moderne und schnelle Datenverbindungen im ländlichen Raum von Bedeutung. Doch ist sie von geringem Nutzen, wenn die Anbindung durch Straßen nicht gegeben ist. Auch hier ist die Forderung an die Politik, nicht das Rad neu zu erfinden, sondern einfach das, was existiert zu erneuern und wenn nötig auszubauen. Dörfer brauchen vernünftige Wege und Straßen, Regionen brauchen Autobahnen und Zuganbindungen und Länder brauchen letzten Endes den Flughafen, um eine reibungslose verkehrstechnische Vernetzung zu gewährleisten.

zu 2: Stärkung, Förderung und Sicherung der Ausbildung und der Arbeitsplätze

Eine allumfassende Ausbildung wie die der „Grünen Berufe“ ist eine der wichtigsten Herausforderungen, der sich die Agrar- und Ernährungsbranche in Zukunft stellen muss. Bereits heute werden 14 „Grüne Berufe“ als Ausbildungsberufe in Thüringen angeboten. Dies gilt es zu sichern und weiterzuentwickeln. Die Ausbildung ist die Grundlage für eine stabile Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum. Wobei die Ausbildung bei den Eltern, den KITAs und Schulen beginnt und bei den Berufs-, Fach und Hochschulen aber noch lange nicht enden sollte. Die Grünen Berufe arbeiten mit neuesten Methoden und Verfahren. Beispielsweise werden im Ackerbau hochmoderne Schlepper eingesetzt, die computergestützt und GPS gesteuert die Äcker befahren und bewirtschaften. In den Ställen werden IT-optimierte Klimasysteme verwendet, die das Wohlbefinden unserer Nutztiere verbessern. Das Melken unserer Milchkühe erfolgt in zunehmendem Maße mittels Robotertechnik. Diese Beispiele zeigen nur einen kleinen Ausschnitt einer hochmodernen und innovativen Branche. Auf der einen Seite hochmodern, auf der anderen Seite konventionell und bewährt, das ist die Agrar- und Ernährungswirtschaft Thüringens.

zu 3. Eine Reduzierung des Flächenverbrauchs

Ein politischer Schwerpunkt für die Zukunft muss ein Verzicht auf Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen und vor allem dessen Umsetzung sein.

Für die Zukunft müssen flächenschonende Bauweisen gefunden werden, auch für Industrie und Gewerbe. Industrie und Gewerbe müssen auch in der Nähe bewohnter Gebiete Akzeptanz finden und sich in ihrer Bauweise auf eine solche Bevölkerungsnähe einrichten. Das hat gleichzeitig positive Auswirkungen auf den Verkehr sowie die dann eingesparte Notwendigkeit von Parkplätzen.

Das Brachflächenmanagement ist flexibler zu gestalten. Es kann nicht sein, dass Brachflächen im Innenbereich nicht für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verwendet werden können. Die Kompensation der Kommunen für die Bauleitplanung ist eng mit der der Vorhabensträger nach Naturschutzgesetz zu verzahnen.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind in enger Abstimmung mit den Landnutzern festzulegen. Die weitere Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für Kompensationsmaßnahmen ist zu vermeiden. Der Weg der Zukunft müssen produktionsintegrierte Maßnahmen sowie Pflege- und Aufwertungsmaßnahmen sein.

Ein politischer Schwerpunkt für die Zukunft muss ein Verzicht auf Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzter Fläche für Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen sein.

Zu 4. eine aufklärende und aufgeklärte moderne Agrar- und Ernährungswirtschaft

Eine wichtige Herausforderung ist das Thema erneuerbare Energien (EE) und nachwachsenden Rohstoffe. Hierfür ist die Weiterentwicklung neuer Technologien für Speichermöglichkeiten maßgebend für die Bereitstellung von erneuerbaren Energien. Voraussetzung dafür ist auch eine Konstanz im Erneuerbare-Energien-Gesetz. Der Landwirt als Rohstofflieferant muss sich bei seiner Produktion, die naturgemäß Schwankungen unterliegt, in diesem Bereich auf Kontinuität und Stabilität verlassen können. Zudem ist die Entwicklung bei der Forschung von Energiepflanzen weiter voranzutreiben. Im Bereich des Ackerbaus sollte die Weiterentwicklung des züchterischen Fortschritts von Kulturpflanzen weiter gesteigert werden. Einen Beitrag dazu leisten die landwirtschaftlichen Versuchsstationen in Thüringen, die unabhängige Forschung darstellen.

Die Thüringen Tierhalter haben im bundesdeutschen Vergleich gegenwärtig einen sehr hohen Standard hinsichtlich Tierwohl, Tierkomfort und Tierschutz erreicht. Die zielgerichtete Förderung diese Entwicklung wurde unter anderen durch das Landwirtschaftsministerium vorangetrieben. Tierhaltung in Thüringen ist Wertschöpfung in Thüringen. Zum Beispiel ist ein Schwein, welches in Thüringen geboren, aufgezogen, geschlachtet, verarbeitet und vermarktet wird ein Garant für eine funktionierende Wertschöpfungskette. Diese Wertschöpfung gilt es zu sichern: Thüringer Produkte in Thüringen erzeugt und hergestellt. Besonders unsere kulinarischen Güter sind, neben der wunderschönen und zu erhaltenden Kulturlandschaft, über die Grenzen Thüringens bekannt. So sind die Thüringer Klöße und die Thüringer Bratwurst Produkte die es in höchster Qualität nur hier gibt. Dieses Kulturgut muss erhalten werden. Wer sonst, als diejenigen, die sich mit der Herstellung der Primärprodukte auskennen und verdient gemacht haben, bieten eine solide Basis für den Erhalt dieser einzigartigen Produkte an? Die Herausforderung, der Erhalt kulturhistorischer und kulinarischer Thüringer Unikate finden einen Stellenwert in der Zukunft.

Diese Themen müssen wirksam der Bevölkerung näher gebracht werden. So ist zum Beispiel über den Nutzen von Pflanzenschutzmitteln aufzuklären. Das berechtigte Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft ist darzustellen. Der Tierschutz ist ein aktuelles Thema. Hierzu gibt es nur eines zuzusagen: Ein Fachmann in Sachen Tierschutz ist der Landwirt selbst. Denn ihm liegt das Wohl seiner Nutztiere besonders am Herzen. Da er weiß, dass nur gesunde Tiere, denen es gut geht, einen langen Nutzen versprechen.

Dies sind einige wesentliche Herausforderungen die zu meistern sind. Doch dabei darf nicht in Vergessenheit geraten: Als erstes ernten wir das Futter für unsere Tiere und das Getreide für unser Brot. Danach erst ernten wir die Energieträger für Biodiesel und Biogas.

Die Thüringer Agrar- und Ernährungswirtschaft ist ein solider und bodenständiger Wirtschaftszweig, der vor Ort ansässig ist, arbeitet, beschäftigt, sich den gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen stellt und die Wertschöpfung im Freistaat Thüringen stärkt. Die gesamte Wirtschaft ist nur eine starke und zukunftsorientierte Wirtschaft, wenn es allen Bereichen gut geht.

Beitrag von Dr. Viola Hahn

Oberbürgermeisterin der Stadt Gera

“Gera2030“ setzt auf Wirtschaft und Bildung

In Gera hat sich eine lebhafte Bürgerdiskussion zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept Gera 2030 entwickelt, das wir im Herbst 2013 mit einem Stadtratsbeschluss besiegeln wollen. Bürger, Stadtratsmitglieder, auswärtige Experten und Mitarbeiter der Stadtverwaltung engagieren sich in den ISEK-Gremien, damit das Zukunftsbild für unsere Stadt an Profil gewinnt. Wichtige Impulse brachte die Bürgerumfrage, die ich im Herbst 2012 gestartet hatte. Sie ist ein Ideenquell. Die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen, das ist zu allen Zeiten eine nachhaltige Investition. Nicht nur angesichts der kommunalen Kassenlage. Noch wichtiger ist mir, die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt zu festigen. Sie sollen sich in unserer Politik wiederfinden.

Auf die Stärkung von Wirtschaft und Bildung zu setzen, das ist für mich die Schlüsselfrage für die Zukunft unserer Stadt. Davon hängt maßgeblich ab, eigene finanzielle Gestaltungsspielräume zu gewinnen, um neue Investitionen auf den Weg zu bringen und sogenannte freiwillige Leistungen in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund betrachte ich es als einen Treppenwitz, dass Wirtschaftsförderung nach wie vor als sogenannte freiwillige Aufgabe eingestuft wird. Hier brauchen wir, um zukunftsorientiert zu arbeiten, dringend eine neue Betrachtungsweise.

Wirtschaftspolitik ist ein sehr komplexes Thema. Da spielen Europa-, Bundes- und Landespolitik eine gewichtige Rolle. Wir in Gera verstecken uns nicht hinter Verantwortlichkeiten Dritter, sondern sehen die Handlungsfelder, die wir als Kommune beeinflussen können. Deshalb lege ich sehr großen Wert darauf, die kommunalen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich unsere ortsansässigen Firmen erweitern und unsere Stadt attraktiv ist für auswärtige Investoren. Dem Freistaat Thüringen bin ich dankbar, dass er mit der Landesentwicklungsgesellschaft hilft, Industrie- und Gewerbestandorte in Gera zu entwickeln – es ist unser gemeinsames Interesse, Erfolgsgeschichten in unserer Stadt zu schreiben.

Ab dem nächsten Jahr wird die neue Förderperiode der Europäischen Union wirksam. Für Ostdeutschland bedeutet das voraussichtlich, dass die Förderquoten geringer werden. Das können wir an der kommunalen Basis nur zur Kenntnis nehmen. Wir müssen erkennen, wo künftig unsere Chancen liegen – und das ist die Unterstützung von Wirtschaftsförderung und Unternehmensansiedlungen. Diese wichtigen Botschaften konnte unsere Stadt aus Brüssel mitnehmen, wo wir im Mai Partner des Freistaates zum Frühlingfest der Thüringer Landesregierung bei der Europäischen Union waren.

Nach dem dramatischen Strukturwandel, von dem unsere Region nach der Wende vor allem durch die Schließung des Wismut-Bergbaus, aber auch der Rüstungsindustrie bei Zeiss und der allgemeinen Krise der Textilindustrie in Mittel- und Westeuropa getroffen war, bildete sich in unserer Stadt eine vor allem mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur mit starker Orientierung zu Handel und Dienstleistungen heraus. Die Defizite im verarbeitenden Gewerbe konnten dagegen – trotz hervorragendem Fachkräftepotenzials – nicht überwunden werden. Mittlerweile sind zahlreiche Firmen unserer Stadt in ihrer Branche Marktführer in Deutschland, in Europa, ja sogar in der Welt. Damit wollen wir künftig noch wirkungsvoller für den Wirtschaftsstandort Gera werben.

Ein Feld wird in der öffentlichen Diskussion sehr gern als besonders dramatisch dargestellt: der demographische Wandel, die älter werdende Bevölkerung. Manche Ansichten zu diesem Thema wandeln sich – wenn ich daran denke, dass in den 1990-er Jahren mit dem fulminant an Einfluss gewinnenden Internet vor allem durch die mediale Wiederspiegelung der Jugendwahn ausgebrochen schien und nun, da die Wortführer von damals selbst in der Altersgruppe 55 plus angekommen sind, sich die Wogen glätten. Tatsache ist: Die Generation 55 plus ist weniger das Problem, sondern wichtiger Teil der Lösung des Problems. Zum einen durch ihre Lebenserfahrung, die zunehmend als gewinnbringend für die Gesellschaft wiederentdeckt wird. Sie haben Bedürfnisse, Ansprüche und finanzielle Möglichkeiten, die früheren Generationen von Vorruehständern und Rentnern fremd war. Zum anderen verkörpern sie das Wachstumspotential für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft, die sowohl wertintensive Leistungen erbringt als auch auf dem Arbeitsmarkt ein starker Faktor ist. Gemeinsam mit dem SRH Wald-Klinikum arbeiten wir daran, diesen Zukunftssektor der Wirtschaft zu stärken. Mit der privaten Fachhochschule Gesundheit der Staatlichen Berufsakademie haben wir Hochschuleinrichtungen, an denen für diese, aber auch für andere Bereiche der Fachkräftenachwuchs praxisorientiert gebildet wird.

Eine Branche, die in einer großen Stadt weniger vermutet wird und in den letzten Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung vernachlässigt wurde, ist die Landwirtschaft. Die Stadt Gera fördert die Innovationen, die u.a. im ökologisch orientierten Gartenbau und der Tierhaltung hervorgebracht werden, sowie in der alternativen Energieerzeugung. Der Biohof Aga verkörpert ein einmaliges Konzept; im modernsten Gewächshaus Europas erfolgt Bio-Gartenbau, betreut von Menschen mit geistiger Behinderung und zur Energiegewinnung dient eine Biogasanlage. Mit der Förderung der Landwirtschaft in einer großen Stadt leisten wir zugleich einen Beitrag, durch Produktion in Verbrauchernähe Transportwege kurz und die damit verbundene Umweltbelastung klein zu halten. Hinzu kommt die landschaftspflegerische Leistung durch die Bauern.

Alle ambitionierten Vorhaben zur Wirtschaftsförderung würden ihr Ziel freilich verfehlen, wenn sie nicht eng verzahnt sind mit der Landes-, Bundes- und Europapolitik. Unser wichtigster Ansprechpartner ist der Freistaat Thüringen, der uns bei der Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten hilft und der eine starke Kraft darstellt bei der Ansiedlung von Investoren. Ich wünsche mir eine gedeihliche Zusammenarbeit, das Oberzentrum Gera zu stärken. Gemeinsam können wir Gera und damit Thüringen voranbringen und Zukunft für die uns anvertrauten Menschen gestalten.

Beitrag von Peter Heimrich

Landrat von Schmalkalden-Meiningen

Zukunft verwalten oder Zukunft gemeinsam gestalten?

Wir kennen sie alle: die demographischen Zahlen, die Schlüsselzuweisungen, den Trend-Atlas für die Wirtschaft, die Excel-Tabellen, die Rankings, das umfangreiche Zahlenwerk volkswirtschaftlicher Kennziffern und andere statistische Bedeutsamkeiten. Sie liefern vor allem Zahlen – aber sonst? Vielleicht führen sie noch zu der Erkenntnis, dass es um die Zukunft unseres Landes, unserer Region nicht zum Besten bestellt scheint. Aber eines können sie nicht: Antworten liefern auf die entscheidenden Fragen, die sich für die gemeinsame Zukunftsbewältigung stellen. Wie gehen wir mit dem Demographischen Wandel um? Sehen wir lediglich die damit verbundenen, die nicht weg zu diskutierenden Probleme? Begreifen wir eigentlich auch die Chance und Möglichkeit zur Veränderung, zur dringend notwendigen Veränderung?

Wie schaffen wir es, jungen Menschen in unserer Region Zukunft zu bieten? Was bringt Unternehmen dazu, ihre Investitionsentscheidung zugunsten unserer Region zu treffen? Werden diese Unternehmen ihre Steuern auch „bei uns“ bezahlen? Wie sichern wir perspektivisch die öffentliche Daseinsvorsorge? Energie? Medizin? Infrastruktur? Bei oberflächlicher Betrachtungsweise fällt es in der Tat schwer, einfache Antworten zu finden.

Dafür bedarf es einer regionalen Gestaltungsvision, die den Fokus auf eigene Stärken und Möglichkeiten richtet, die damit aufhört, ausschließlich im allgemeinen Wehklagen oder in Schuldzuweisungen nach Erfurt, Berlin und Brüssel die Hauptaufgabe des politischen Wirkens zu sehen.

Es lohnt sich tatsächlich, zunächst einmal die lokalen Verhältnisse unter die Lupe zu nehmen. Dann wird man schnell feststellen, dass das, was man vorfindet, keinen Anlass zur Resignation bietet. Unsere kommunalen Strukturen halten eine Vielfalt vor, die seinesgleichen sucht: Theater, Kinos, Freibäder, Hallenbäder, Bibliotheken, Museen, Musikschulen, Kirchen, Schlösser, Burgen, Parks, Gastronomie – von gut bürgerlich bis Spitzenklasse, Radwege, Wanderwege, Wasserwandern, Camping und Caravanning. Sogenannte Soft Skills.

Aber auch die harten Fakten können sich sehen lassen: Kindergärten mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten und Schulen aller Bildungsabschlüsse – alles flächendeckend, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen, Kliniken, aber auch Autobahnanschlüsse (mit Verbesserungspotential bei Zubringern und Ortsumgehungen), Gewerbegebiete, ein großflächiges Industriegebiet direkt an der A71, Kernkompetenzen im Maschinen- und Werkzeugbau, in Kunststofftechnik und Elektronik, starke Regionalbanken und nachhaltige Landwirtschaft, eine erfolgreiche Lebensmittelindustrie - von Marken wie VIBA über Vita Cola bis hin zum Spitzentee und zu Top-Gewürzen und zur besten Thüringer Bratwurst.

Dazu Oberhof als Tourismushochburg, Wintersportzentrum und Weltcupstandort. Unser Landkreis Schmalkalden-Meiningen bietet das alles gebündelt in unserer Region zwischen Rennsteig und Rhön. Und letztendlich unsere Menschen: zupackend und fleißig, offen und ehrlich, heimatverbunden und bodenständig, immer flexibel.

Aber auch wir haben mehr Potenzial. Wir sollten Energiepolitik noch mehr als Bestandteil der Daseinsvorsorge und auch und gerade als Beitrag zur Sicherung kommunaler Leistungsfähigkeit verstehen: Sonne, Wind und Biomasse, auch Geothermie. Daraus lässt sich Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung generieren. Solche Chancen zu nutzen bedeutet, ideologische Verhinderungspositionen aufzugeben. Stichwort: Standorte für Windenergieanlagen – auch im Wald und dann auf kommunalem Eigentum.

Wer Zukunft gestalten will, muss letztendlich den Betrachtungswinkel ändern, weg vom Barmer und Wehklager, vom passiven Buchhalter roter Zahlen, hin zum selbstbewussten und verantwortungsvollen Unterstützer der Region, zum Akteur in Vereinen, Verbänden, Selbsthilfegruppen – sprich in unterschiedlichsten Netzwerken. Eine solche Neuausrichtung wäre ein erster Ansatz.

Wie könnte das aussehen? Akteure der Region sollten jede Gelegenheit nutzen, vor allem wenn sie mit wichtigen Partnern der Kommunen und des Landkreises zusammentreffen, um über die Vorzüge unserer Region zu berichten, um für die Region gewissermaßen als kostenneutrale Werbeträger zur Verfügung zu stehen und nicht nur als Bittsteller oder Boten schlechter Nachrichten.

Aber auch der Konsument kann durch eine Bewusstseinsänderung sein Scherflein dazu beitragen: Weg vom Sparer und Feilscher um jeden Preis, hin zum fairen und qualitätsbewussten Konsumenten regionaler Produkte. Weg vom egoistischen Globalisierer, hin zum Regionalkonsumenten.

Diese Identifikation, dieses Bekenntnis zur Region strahlt aus. Denn wenn das alles stimmt, lässt sich vieles andere in einem helleren Lichte betrachten. Vielleicht reift dann bei dem einen oder anderen jungen Menschen die Erkenntnis, dass er hier inmitten einer wunderschönen Natur viel größere Freiheits- und Handlungsspielräume vorfindet als woanders, dass es ein unglaublicher Luxus ist, dort zu leben, wo andere Urlaub machen; dass er hier in einer partnerschaftlichen und sympathischen kommunalen Solidargemeinschaft aufgenommen wird; dass ein paar Prozent mehr Lohn, die in andere Regionen locken, unter Umständen teuer bezahlt werden müssen: Mit einem anonymen sozialen Umfeld, mit Mehrkosten für eine Wohnung in einer kulturell verödeten Vorstadt, mit aufwendigen und zeitraubenden Fahrten hinaus ins Grüne für ein wenig Idylle oder mit einem teuren Wochenend-Pendlerdasein, wenn die Familie ruft oder die Freunde fehlen. Was ich damit sagen will: Die so genannte Provinz wird zukünftig selbst bei noch so viel statistischer Ernüchterung ihren Reiz behalten. Voraussetzung ist eine positivere Selbstwahrnehmung, ein Bewusstsein für die spezifischen materiellen, immateriellen und personellen Ressourcen, die wir hier haben und eine Leidenschaft für diese zu werben, sie zu nutzen und zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Die sogenannte Provinz braucht mehr Selbstbewusstsein, sie muss sich ein Stück weit neu erfinden. Die „Provinz Reloaded“ hat es nicht nötig sich zu verstecken. Sie kann mit ihrem Charme punkten. Sie kann und sollte sich auf ihre eigenen Stärken konzentrieren. Das wird aber nur gelingen, wenn nicht nur die gewählten politischen Akteure dafür streiten, sondern auch die Bewohner bereit sind, ihren Landkreis als ihre Heimat zu gestalten und zu vermarkten. Wie das gehen kann, zeigen uns in eindrucksvollster Weise die Bilder von der solidarischen Bewältigung der Hochwasserkatastrophe. Nachbarn, Studenten oder wildfremde Menschen stehen sich helfend zur Seite und fragen nicht, wer ihre Arbeit bezahlt. Weil sie erkennen, dass es sich lohnt, selbst mit anzufassen und damit als Akteur der Region einen zukunftsfähigen Beitrag zu leisten.

Beitrag von Prof. Dr.- Ing. Elmar Heinemann

Rektor der Fachhochschule Schmalkalden

Die Fachhochschule Schmalkalden wurde 1991 als eine von neun staatlichen Hochschulen Thüringens gegründet. Die rund 3000 Studierenden finden an unserer Hochschule nahezu ideale Rahmenbedingungen für ein Studium vor: einen Campus mit kurzen Wegen, moderne Labor- und Bibliotheksausstattungen sowie eine persönliche Atmosphäre zwischen Lehrenden und Studierenden. Insgesamt 21 Bachelor- und Masterstudiengänge bieten wir derzeit an. Neben den klassischen Studiengängen Maschinenbau, Elektrotechnik, Informatik, Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsrecht sind in den vergangenen Jahren auch neue innovative Studiengänge hinzugekommen.

Unsere Hochschule bietet nicht nur qualitativ hochwertige Studiengänge und ideale Rahmenbedingungen für ein Studium, sondern bildet ihre Studierenden auch optimal für den Arbeitsmarkt aus: Im Durchschnitt verlassen pro Jahr über 400 Absolventinnen und Absolventen unsere Hochschule. Sie absolvieren ein praxisnahes Studium, das genau die Anforderungen der Wirtschaft erfüllt. Unsere Studieninhalte richten sich stark nach dem regionalen Arbeitskräftebedarf. Die für die regionale Wirtschaft dringend erforderlichen Fachkräfte werden in einem hohen Umfang an unserer Hochschule ausgebildet. Die Ergebnisse unserer regelmäßigen Absolventenbefragungen belegen die hohe Qualität und bedarfsgerechte Ausbildung an unserer Hochschule sowie eine gute und schnelle Annahme unserer Absolventen durch den Arbeitsmarkt. Die vergangenen Befragungen zeigen ebenso, dass etwa die Hälfte eines Absolventenjahrganges nach Abschluss des Studiums in Thüringen verbleibt bzw. nach einigen Jahren wieder zurückkehrt. Diese Absolventinnen und Absolventen stehen der Region mit ihrem Fachwissen und Kompetenzen zur Verfügung. Eine regelmäßige Anpassung unseres Studienangebotes an aktuelle Marktentwicklungen sichert auch zukünftigen Studierenden und Absolventen überdurchschnittliche Arbeitsplatzchancen sowie den regionalen Wirtschaftsunternehmen potentielle Fachkräfte. Unsere Hochschule hat bereits in der Vergangenheit bedeutende Herausforderungen der Zukunft erkannt und wichtige strategische Weichenstellungen vorgenommen, wie zum Beispiel die bedarfsgerechte Ausgestaltung und regelmäßige Anpassung des grundständigen Studienangebotes, der Auf- und Ausbau internationaler Partnerschaften oder aber die Etablierung eines Weiterbildungszentrums an unserer Hochschule. Das bereits im Jahr 2004 gegründete Zentrum für Weiterbildung bietet als Service-Center unserer Hochschule bedarfsgerechte Weiterbildung auf hohem Niveau an und hat im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung in Thüringen eine starke Führungsrolle übernommen.

Darüber hinaus sind wir als Hochschule ein wichtiger Bezugspunkt für die regionale Klein- und mittelständische Industrie insbesondere Südthüringens. In Verbindung mit wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen und Gründerzentren wird die wirtschaftliche Struktur der Region durch unsere Hochschule wesentlich geprägt. Insbesondere für Unternehmen der Metall- und Kunststoffindustrie sind wir einer der wichtigsten Standortfaktoren, gerade im Hinblick auf den in diesen Bereichen zu erwartenden Fachkräftemangel. Des Weiteren liefern die Kooperationen unserer Hochschule mit in- und ausländischen Industriepartnern und akademischen Einrichtungen wesentliche Impulse für die einheimische Wirtschaft. Als regionales Kompetenzzentrum für Technologie und Innovation in Südthüringen sind wir für viele Industrieunternehmen ein wichtiger Kooperations- und Netzwerkpartner in den Bereichen Forschung und Technologietransfer.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des prognostizierten Fachkräftemangels in Thüringen bestehen für unsere Hochschule wesentliche

Entwicklungspotenziale in der Öffnung der Hochschule für neue Bewerbergruppen und dem Aufbau von nachhaltigen Partnerschaften mit anderen Bildungseinrichtungen Thüringens. Eine wesentliche Aufgabe der Bildungseinrichtungen muss darin bestehen nicht nur jungen Menschen eine grundständige Ausbildung zu ermöglichen, sondern allen Bevölkerungsschichten ein Partner in der Aus- und Weiterbildung zu sein. Aus diesem Grund sehen wir als Hochschule unsere Rolle in Thüringen im Aufbau eines Ortes für ein lebenslanges Lernen.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass vor dem Hintergrund der bildungspolitischen Notwendigkeiten im Land Thüringen und den damit verbundenen finanziellen Rahmenbedingungen eine klare Strategie unserer Hochschule für die kommenden Jahre erforderlich ist. Wir als Hochschule setzen uns deshalb zum Ziel, einen höheren Stellenwert innerhalb der Thüringer Hochschullandschaft einzunehmen. Dafür stellen wir uns bis zum Jahr 2020 die folgenden Leitziele:

- es werden neue, attraktive Studienangebote geschaffen,
- das Qualitätsprofil der Hochschule wird bei Lehre (Qualitätsoffensive bei Betreuung) und Forschung (klarer Focus auf konkrete Felder der Forschung) geschärft,
- Internationalisierungskurs wird beibehalten,
- lebenslanges, nachfrageorientiertes Lernen für breite Schichten der Bevölkerung wird ermöglicht und gefördert (Weiterbildung und offene Hochschule).

Im Jahr 2020 nimmt unsere Hochschule eine bedeutsame Position in der Hochschullandschaft als eine im Hinblick auf Forschung und Lehre erfolgreiche Hochschule ein.

Beitrag von Dr. Johannes Jaenicke

Projektleiter ThürReg: Ein Modellprojekt zur Förderung von Innovation und Beschäftigung in Thüringer Regionen am HWWI, Zweigniederlassung Thüringen

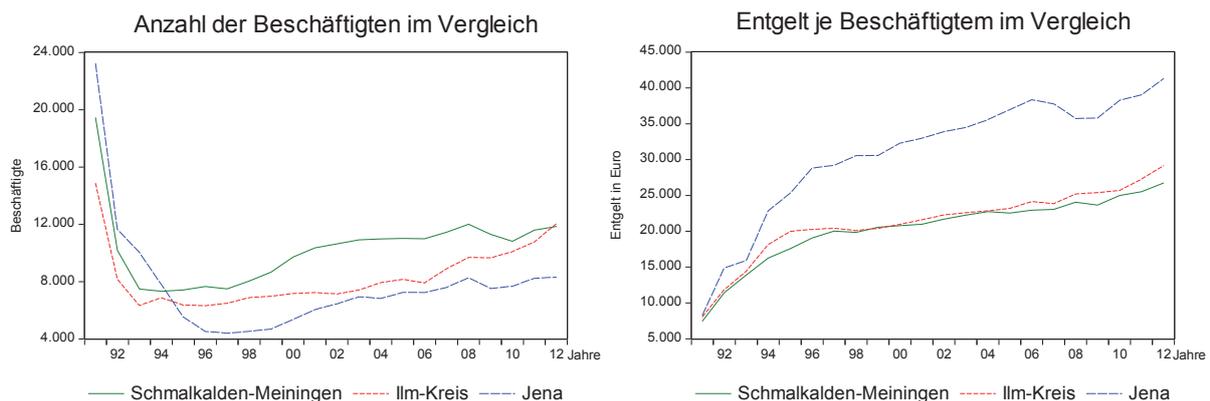
Nachhaltige Arbeitsvermittlung

Kürzlich wurde der Geschäftsführer des Jobcenters Braunschweig, Jörg Hornburg, im Zeitmagazin 2013, Nr. 20, mit den Worten zitiert, die Qualität der Beratung sei die große Baustelle im Jobcenter. Wie kann eine nachhaltige Arbeitsvermittlung 2020 aussehen? Das zusammen mit dem zugelassenen Träger Schmalkalden-Meiningen initiierte Modellprojekt „ThürReg: Ein Modellprojekt zur Förderung von Innovation und Beschäftigung in Thüringer Regionen“ will hierauf eine Antwort geben. Das Projekt hat das Ziel, empirisch fundierte Werkzeuge zu entwickeln, die aktiv die Vermittlung von Arbeitsuchenden in bedarfsdeckende Beschäftigung unterstützen und einen effektiven Arbeitnehmer-Arbeitgeberservice erlauben. Dabei werden die künftigen Personalpläne der Unternehmen in der Beratung im Jobcenter berücksichtigt.

Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung seit der deutschen Vereinigung

Die Arbeitsvermittlung in den Neuen Bundesländern stand und steht vor besonderen Herausforderungen, die sich aus dem ökonomischen Transformationsprozess ergeben. Exemplarisch seien die Beschäftigungsentwicklung und die Entwicklung des Entgelts je Beschäftigten seit der deutschen Vereinigung für das Verarbeitende Gewerbe im Landkreis Schmalkalden-Meiningen im Vergleich zum Ilm-Kreis und der Stadt Jena diskutiert.

Abbildung: 1 Beschäftigte und Entgelt je Beschäftigtem für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Schmalkalden-Meiningen im Vergleich mit dem Ilm-Kreis und der Stadt Jena



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013), Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Es werden Betriebe ab 20 Beschäftigte erfasst, bis 2007 nach der Wirtschaftszweigstatistik 2003 und ab 2008 nach der Wirtschaftszweigstatistik 2008. Für die Aufbereitung der Daten danken wir Richard Abendroth herzlich.

Die Anzahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe ist in Jena, Schmalkalden-Meiningen und im Ilm-Kreis in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung dramatisch eingebrochen, wie die Abbildung 1 zeigt, jedoch mit Unterschieden hinsichtlich Stärke und Geschwindigkeit. Im Vergleich zur Stadt Jena musste der Landkreis Schmalkalden-Meiningen in den ersten Jahren einen geringeren Einbruch der

Beschäftigtenzahlen hinnehmen und konnte danach die Anzahl der Beschäftigten deutlich steigern. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 12.008 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe erreicht. Diese Zahl sank innerhalb von 2 Jahren um 10 Prozent auf 10.805 Beschäftigte und konnte erst im Jahr 2012 knapp das Niveau von 2008 wieder erreichen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise schlug sich damit deutlich auf die Beschäftigtenzahlen im Verarbeitenden Gewerbe nieder. Eine recht parallele Entwicklung erlebte der IIm-Kreis, jedoch mit niedrigerem Beschäftigungswachstum bis zum Jahre 2002. Danach konnte dieser Kreis im Betrachtungszeitraum eine von der allgemeinen Konjunktorentwicklung abgekoppelte sehr positive Beschäftigungsdynamik verzeichnen und 2012 Schmalkalden-Meiningen leicht überholen. Die Beschäftigungsentwicklung in der Stadt Jena war hingegen von einem äußerst dramatischen Einbruch geprägt. Die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe sank von 23.211 Beschäftigten im Jahr 1991 auf ein Fünftel des Ausgangsniveaus im Jahr 1997 und verlief dann parallel zu der Entwicklung in Schmalkalden-Meiningen, allerdings mit einem schwächeren Einbruch durch die Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Jahr 2012 wurden 8.297 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in Jena erreicht.

Die regionale Beschäftigungsentwicklung seit der deutschen Vereinigung hat, wie Ergebnisse der qualitativen Befragungen des ThürReg-Interviewteams um Alexandra Kloß im Jobcenter Schmalkalden-Meiningen zeigen, insbesondere bei älteren Arbeitssuchenden deutliche Spuren hinterlassen. Ihre Biographien sind gekennzeichnet von zahlreichen Unterbrechungen der Beschäftigungsepisoden. Häufig kommen körperliche Gebrechen und, wenn die Interviewten über Jahre hinweg arbeitslos waren, Resignation hinzu. Hier sind besondere Anstrengungen notwendig, um diese Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Obwohl das Entgelt je Beschäftigtem in Jena, Schmalkalden-Meiningen und dem IIm-Kreis auf einem ähnlichen Niveau startete, wie die Abbildung 1 zeigt, konnte Jena trotz langsamerer Erholung der Beschäftigtenzahlen sehr rasch ein deutlich höheres Entgeltniveau erreichen. Die Stadt Jena zählt, wie der Trendatlas Thüringen 2020 deutlich macht, mit seiner Universitäts- und Forschungslandschaft und den zahlreichen Hightech-Unternehmen zu den herausragenden Boom-Städten deutschlandweit, weist eine besonders hohe Produktivität je Erwerbstätigen auf und hat mit deutlichem Abstand die höchste Patentintensität in Thüringen. Aber nicht nur in Jena, auch an anderen Standorten von Universitäten und Fachhochschulen in Thüringen können vermehrt Patentanmeldungen beobachtet werden. Die hohe Produktivität und die hohe Exportquote in Jena schlagen sich deutlich im Entgeltniveau nieder, allerdings nicht in den Beschäftigtenzahlen des Verarbeitenden Gewerbes. Die verwendete Statistik erfasst allerdings nur Betriebe ab 20 Beschäftigten. Wie Audretsch und Feldman bereits 1996 im Review of Industrial Organization, Vol. 11, anhand des Lebenszyklusses von Industrien empirisch zeigen, muss ein Cluster mit hoher Innovationstätigkeit auch nicht notwendigerweise mit einer Region hoher Wertschöpfung und/oder einer Region hoher Beschäftigung räumlich zusammenfallen.

Für die Bildung eines produktiven Clusters sind Transportwege, natürliche Ressourcen, qualifizierte Arbeitskräfte, Skaleneffekte sowie Forschungs- und Entwicklungsausgaben signifikante Faktoren. Insofern muss es eine wichtige Aufgabe der Politik sein, die Spillovereffekte auf die Wettbewerbsfähigkeit und damit auf das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, die sich aus der herausragenden Innovationstätigkeit des Standorts Jena ergeben, durch die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen und die Gewährung von Risikokapital zu verstärken. Darüber hinaus sollten Kooperationen zwischen dem innovativen Zentrum Thüringens und anderen Regionen Thüringens begünstigt werden, um Standortvorteile bei der Anwendung von Innovationen in der Fläche zu ermöglichen.

Die Entwicklung der Zahlen der erwerbsfähigen Bevölkerung weist thüringenweit seit mehr als einem Jahrzehnt einen negativen Trend auf. Dies gilt auch für den IIm-Kreis und Schmalkalden-Meiningen. Die Stadt Jena stellt hier eine Ausnahme dar. Neben der Abwanderung von Fachkräften ist die Bevölkerungsentwicklung eine der wichtigen Faktoren des sich abzeichnenden Fachkräftemangels. Mit dem Mangel an Fachkräften geht der

Verlust an Innovationsfähigkeit einher; die Wettbewerbsfähigkeit und damit letztendlich auch das Lohnniveau sinken. Eine Möglichkeit, dem Facharbeitermangel zu begegnen und Wertschöpfung innerhalb der Region zu steigern, wäre die weitere Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. Mit einer Erwerbstätigenquote von 75,3 Prozent im Jahr 2010 liegt Schmalkalden-Meiningen bereits deutlich über dem Ziel der Lissabon-Strategie und ebenfalls über dem Thüringer Durchschnitt und dem der Bundesländer. Es bedarf daher besonderer Anstrengungen, um die durch den demographischen Wandel bedingte Abwärtsspirale zu stoppen.

Wachstums- und Innovationsstrategie des Modellprojektes

Das Modellprojekt ThürReg setzt auf ein besseres Zusammenspiel von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage. Finden nach Suchaktivitäten beide Kontraktpartner, das heißt Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu einem Vertragsabschluss zusammen, wird dies als Matching auf dem Arbeitsmarkt bezeichnet. Wenn das Matching zwischen Arbeitgeber und Mitarbeiter gut gelingt, werden die Produktivität des Mitarbeiters und tendenziell auch seine Entlohnung höher sein. Der Mitarbeiter kann entsprechend seiner Qualifikationen und Fähigkeiten eingesetzt werden. Durch die Dauerhaftigkeit der Vertragsbeziehung werden zusätzliche unternehmensspezifische Fertigkeiten erlernt, die sich in einer weiteren Verbesserung der Produktivität niederschlagen. Die Häufigkeit von nichtbedarfsdeckenden Beschäftigungsverhältnissen kann also durch gute Arbeitsvermittlung gesenkt werden. Bei missglückten Vertragsabschlüssen hingegen verringert sich die Produktivität des Beschäftigten. Es kommt zu Unzufriedenheit und Kündigung. Unnötige Suchkosten nach einem neuen Mitarbeiter bzw. nach einem neuen Job werden ausgelöst. Die Suchaktivitäten werden häufig von einer zumindest temporären Arbeitslosigkeit begleitet. Insofern kommt es für alle Seiten, sowohl für Arbeitgeber und Arbeitnehmer als auch für die Jobvermittlung in den Kommunen, darauf an, die Transparenz auf beiden Seiten des Arbeitsmarktes zu erhöhen und die Suchkosten für Nachfrager und Anbieter von Arbeit zu verringern.

Indem neben dem aktuellen auch der künftige regionale Bedarf an Fachkräften der Unternehmen, differenziert nach Branche, erwartetem Ausbildungsniveau, Betriebsgröße und Standort in die Beratungsgespräche im Jobcenter einfließen, soll eine nachhaltige Fachkräftevermittlung erreicht werden. Hierzu werden in Zusammenarbeit mit der IHK Südthüringen und der Fachhochschule Schmalkalden Unternehmen nach ihren Beschäftigungsplänen und ihrer Personalpolitik befragt. Auf der anderen Seite sollen Ansatzpunkte für eine bedarfsgerechte Qualifikation der Arbeitssuchenden und der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer gefunden werden, um ihre Beschäftigungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen. Durch eine bessere und passgenaue Qualifikation der Beschäftigten und der Berufseinsteiger können Unternehmen ihre Wertschöpfung und ihr Innovationspotential und letztlich auch ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Sie sind dann besser in der Lage, bedarfsdeckende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzubieten.

Neuere Evaluierungsstudien zum Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten weisen eine starke Heterogenität der Wirkung dieser Instrumente nach. Lechner und Wunsch 2009 zeigen in einem Beitrag in *Economics in Transition*, Vol. 17., dass gruppenspezifisch eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktchancen erreicht werden konnte, dies jedoch, zumindest in der spezifisch schwierigen Situation des Arbeitsmarktes in den Neuen Bundesländern, nicht über alle Gruppen hinweg gelang. Jedoch konnten die eingesetzten Beschäftigungsprogramme dazu beitragen, das Humankapital in den Neuen Bundesländern zu erhalten. Die festgestellte Heterogenität in der Wirksamkeit der eingesetzten arbeitsmarktpolitischen Instrumente soll in dem Modellprojekt konkret genutzt werden, indem jeweils diejenigen Maßnahmen und Instrumente identifiziert werden, die für die individuelle Bildungs- und Erwerbsbiographie am erfolversprechendsten sind. Aus dem großen Pool an Maßnahmen, die an anderen Erwerbspersonen erfolgreich angewendet wurden, werden genau die Maßnahmen ausgewählt, die sich bei möglichst ähnlichem Hintergrund in der Bildungs- und Erwerbsbiographie besonders bewährt haben. Unter Berücksichtigung der

erwarteten Entwicklung des künftigen regionalen Arbeitskräftebedarfes werden die Vorschläge verdichtet und durch die Vermittlungsfachkraft im Jobcenter auf Plausibilität überprüft. Die zu beratende Person kann auf dieser Grundlage aus verschiedenen Maßnahmen- und Qualifizierungsvorschlägen einen auf seine Biographie und seine besonderen Interessen hin abgestimmten langfristigen individuellen Entwicklungsplan auswählen und diesen mit dem Jobcenter vereinbaren.

Eine alternative Strategie ist es, die Wahrscheinlichkeiten für erfolgreiche Arbeitsvermittlung und die Höhe des Lohns gruppen- und regionalspezifisch mit Hilfe von mikroökonomischen Modellen zu schätzen und darauf aufbauend Faktoren für erfolgreiche Maßnahmenkombinationen zu extrahieren. Berücksichtigt werden dabei auch die Dauerhaftigkeit der vermittelten Beschäftigung und Kosten-Nutzen-Aspekte der eingesetzten Maßnahmen. Auf der Basis der geschätzten Modelle würden dann Empfehlungen für Maßnahmen ausgesprochen.

Die Forschungsarbeiten im Modellprojekt bauen auf der modernen Humankapitaltheorie auf und nutzen umfangreiche Mikrodatsätze zu Bildungs- und Erwerbsbiographien und zur Unternehmenspolitik. Verfahren aus dem Bereich Mikroökonomie und Data-Mining werden eingesetzt, um durch eine intelligente simultane Auswertung der Angebots- und Nachfrageseite des regionalen Arbeitsmarktes eine Verbesserung des Ausgleichs von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zu erreichen. Dabei stehen folgende Forschungsfragen im Mittelpunkt:

- Wie können auf die individuelle Bildungs- und Erwerbsbiographie des zu Beratenden abgestimmte Maßnahmen vorgeschlagen werden, damit insbesondere Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose in stabile und bedarfsdeckende Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden können?
- Wie kann der Fachkräftebedarf in einer stark vom demographischen Wandel betroffenen Region gesichert werden?
- Wie lässt sich eine verbesserte Berufsorientierung der Schüler erreichen?
- Wie kann die Identifikation von innovativen Clustern für mehr Beschäftigung genutzt werden?

Die Verbesserung des Ausgleichs von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage auf dem regionalen Arbeitsmarkt wird insofern als ein Schlüssel zur Anhebung des regionalen Einkommens und zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Unternehmen angesehen. Die in dem Projekt entwickelten Werkzeuge und Strategien sollen in der Modellregion getestet werden und in einem späteren Schritt auf andere Städte und Kommunen übertragen werden. Eine enge Kooperation mit verschiedenen regionalen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik wird praktiziert.

Neben der Integration von älteren Erwerbslosen und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt und der Begleitung der nachhaltigen Berufsorientierung von Schulabgängern steht die Stärkung der regionalen Wirtschaft vor dem Hintergrund des demographischen Wandels im Fokus des Forschungsvorhabens. In diesem Sinne wird mit Daten des Deutschen Patent- und Markenamtes die geographische Verteilung der Erfindungsaktivitäten in der Region lokalisiert, um den Landkreis bei der Ansiedlungspolitik von wettbewerbsfähigen und innovativen Unternehmen zu unterstützen und Unternehmensnetzwerke zu fördern. Durch die Einbindung eines breit angelegten Netzwerkes an arbeitsmarktpolitischen Akteuren sollen die im Modellprojekt ThürReg entwickelten Werkzeuge und Strategien von der Fachöffentlichkeit kritisch reflektiert werden, um nach einer erfolgreichen Erprobungs- und Evaluierungsphase eine Übertragung auf andere Jobcenter zu ermöglichen.

Das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, des Landkreises Schmalkalden-Meiningen, der Ernst-Abbe-Stiftung und der Gesellschaft der Freunde und Förderer des HWWI gGmbH e.V geförderte Projekt soll einen Beitrag zur EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung durch die Verbesserung von Wohlstand und Lebensbedingungen in einer besonders vom demographischen Wandel bedrohten Region leisten.

Beitrag Birgit Keller

Landrätin von Nordhausen

Spannungsfeld Bevölkerungsentwicklung

Die Statistiker prophezeien dem Landkreis Nordhausen ganz im Norden Thüringens - wo der Harz am südlichsten ist - ein besonderes Szenario in der Bevölkerungsentwicklung: Die Kreisstadt Nordhausen ist nicht nur eine von zwei großen kreisangehörigen Städten im Freistaat, die an Einwohnern gewinnen soll, sondern ist auch diejenige mit dem größten Zuwachs. Im Vergleich zu 2009 wird die Rolandstadt bis 2030 bei den Einwohnern 2,8% zulegen können. Grund dafür ist das positive Wanderungssaldo: rund 6.000 Menschen werden – bereinigt nach den Wegzügen – von 2009 bis 2030 nach Nordhausen ziehen. Dies kompensiert den Sterbeüberschuss. Nordhausen wird 2030 mit 46,9 Jahren zudem die jüngste der untersuchten kreisangehörigen Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern sein. Ein Grund dafür ist wohl die Fachhochschule Nordhausen (FHN). Der gesamte ländliche Raum im Umkreis von Nordhausen wird dagegen deutlich an Einwohnern verlieren. Im Landkreis werden 2030 knapp 75.000 Menschen leben – etwa zwei Drittel werden in der Stadt Nordhausen und ihren Ortsteilen wohnen. Heute ist es etwa die Hälfte. Die Region wird nahezu ein Fünftel der Einwohner verlieren.

Auf den Punkt gebracht gibt es im Landkreis Nordhausen also eine besondere Situation im demografischen Wandel: eine leicht wachsende Stadt umgeben von kleineren Städten und Gemeinden, in denen meist weniger Menschen leben werden. Aus dieser besonderen Situation ergeben sich viele Chancen, aber auch Herausforderungen im politischen Handeln. Die entscheidenden Fragen hierbei sind: Konzentriert man angesichts der positiven Prognosen alle Maßnahmen auf die Stadt Nordhausen, auf Kosten des ländlichen Raums? Oder investiert man alle Anstrengungen, um die Lebens- und Wohnbedingungen in den kleinen Kommunen attraktiv zu halten und so die Bevölkerungsentwicklung positiv zu beeinflussen?

In beiden Fragen stecken gute Ansätze: Wächst Nordhausen, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht und damit das Angebot an Arbeitsplätzen, kann dies auch auf das Umland abfärben, das sich als gute Wohngegend etablieren kann. Auch die Unternehmen im gesamten Landkreis können in einem funktionierenden Netzwerk von einem wirtschaftlichen Aufschwung Nordhausens profitieren. Dies belegen auch Untersuchungen, die in der Regel kleineren Orten in der Nähe großer Mittel- und Oberzentren eine stabilere Bevölkerungsentwicklung vorhersagen.

Der Rolle Nordhausens müssen auch die Regional- und insbesondere die Landesplanung entsprechend Rechnung tragen. Mittelzentren als Kristallisationskerne von Wertschöpfung und urbanem Lebensgefühl sollten gestärkt und gleichzeitig angesichts des demografischen Wandels die Handlungsfähigkeit der peripheren ländlichen Räume gesichert werden. Hierfür ist ein regionalisiertes Mittelzentrumskonzept für Nordthüringen erforderlich. Die Stadt Nordhausen ist in Nordthüringen als das starke leistungsfähige Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums mit großem Entwicklungspotenzial weiterzuqualifizieren, was sich im Landesentwicklungskonzept niederschlagen sollte. Schon heute weist Nordhausen mit seinem ländlich geprägten Umfeld eine positive wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungskraft auf, die weiter zu unterstützen ist.

In der Rolandstadt sind verschiedene Einrichtungen und Potentiale gebündelt, wie die FHN mit innovativen Studienangeboten zum Beispiel in der Umwelt- und Recyclingwissenschaft, das Südharz Klinikum mit Maximalversorgung und hochspezialisierten Leistungsangeboten oder die Theater Nordhausen/Loh-Orchester GmbH.

Eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Region ist, die Wirtschaftsentwicklung weiterhin aktiv zu unterstützen, was derzeit im Ausbau des Industriegebiets „Goldene Aue“ vor den Toren Nordhausens und Heringens mit maßgeblicher Unterstützung des Wirtschaftsministeriums und der LEG geschieht. Die ausgewogene Wirtschaftsstruktur ist durch einen Branchenmix gekennzeichnet, der Stabilität gegenüber Strukturkrisen sichert und die Leistungskraft der Region unterstreicht. Zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik ist einerseits, traditionelle Unternehmen zu erhalten und andererseits zielgerichtet zukunftssträchtige innovative Geschäftsfelder wie Bau-, Baustoffindustrie und -veredlung, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Fahrzeugbau, Automobilzulieferindustrie, Energie-, Antriebs-, Automatisierungs- und Umwelttechnik, Verpackungs- und Genussmittelindustrie zu fördern. Besonders wichtig ist dabei, regionale Kooperationen von Unternehmen sowie öffentlichen Einrichtungen wie der FHN weiterzuentwickeln – ganz im Sinne positiver Effekte der Netzwerkarbeit. Dafür müssen vorhandene Ressourcen optimal genutzt, Innovationen sowie die gemeinsame Erschließung neuer Märkte gefördert und damit letztlich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt werden.

Attraktive, gut bezahlte Arbeitsplätze in interessanten Zukunftsbranchen sind eine wesentliche Rahmenbedingung für die Zukunftsfähigkeit der Region. Der demografische Wandel als Chance kann dazu beitragen, das durchschnittliche Lohnniveau zu erhöhen, die Arbeitsorganisation mit neuen Zeitmodellen familienfreundlicher zu gestalten, ältere Arbeitnehmer länger im Arbeitsprozess zu halten, auch indem das Gesundheitsmanagement, die innerbetriebliche Qualifizierung und Weiterbildung verbessert werden. Ohne diese Faktoren und Maßnahmen wird es nicht gelingen, den Bedarf an Fachkräften zu sichern.

Hier setzt der Landkreis Nordhausen bereits bei der Berufsausbildung an. Um Nordhausen als Standort qualitativ hochwertiger Ausbildung und starken Partner im dualen System zukunftssicher aufzustellen, gründet der Landkreis als Schulträger derzeit ein großes Berufsschulzentrum und fusioniert dafür die beiden bestehenden Berufsschulen. Angesichts sinkender Zahlen bei den Schulabgängern ist dies wichtig, um Firmen in ihren Ausbildungsbestrebungen zu unterstützen und gleichzeitig zu erreichen, dass möglichst viele Schulabsolventen ihre ersten Schritte ins Berufsleben im Landkreis Nordhausen erleben. Eine weitere Stärkung wird durch die Kooperation und landkreisübergreifende Absprache der Berufsschulen in ganz Nordthüringen erreicht. Dabei ist auch die Mitwirkung der Unternehmen wichtig: Das Land stellt klare Forderungen an die Klassengröße – wird die nicht erreicht, müssen die Lehrlinge auf eine andere Berufsschule ausweichen. Deshalb ist die regionale Wirtschaft aufgerufen, attraktive Ausbildungsangebote zu schaffen und so ihre jungen Nachwuchskräfte zu gewinnen. Vorteilhaft für den Standort Nordhausen wäre auch ein weiterer Ausbau der FHN, die schon jetzt die einheimische Wirtschaft und darüber hinaus die gesamte Region befruchtet.

Aus Sicht der Kommunen ist auch die Optimierung der zur Verfügung stehenden Förderinstrumente ein Kern in der Diskussion zur demografischen Entwicklung. Insbesondere die neuen Bedingungen zur Förderung bei den Strukturfonds EFRE und ESF in der kommenden EU-Förderperiode stehen hierbei im Focus. Wichtige Themen im Landkreis Nordhausen sind beispielsweise Möglichkeiten der weiteren Förderung gewerblicher Investitionen und erforderlicher wirtschaftsnaher Infrastrukturen aus der GRW, die Unterstützung des Unternehmergeistes, die Verbesserung der FuE-Struktur mit der FHN, der Ausbau der Breitbandinfrastruktur, moderne Energiekonzepte, Umweltschutz und Altlastensanierung, die Stadt- und Dorfentwicklung und die Weiterentwicklung des Tourismus.

Es wird jedoch befürchtet, dass in der Richtlinie der EU zu den genannten Strukturfonds 2014-2020 durch das Beihilferecht eine Förderung von Investitionen in Breitband-, Energie-, Umwelt- und FuE-Infrastrukturen der Kommunen nicht mehr in dem Umfang wie bisher möglich sein wird. Entsprechende Kompensationen durch Bundes- und Landesmittel sind daher wünschenswert.

Zu begrüßen ist, dass der Indikator der Infrastrukturfördergebiete aufgewertet und ein Demografiecheck als Fördervoraussetzung bei Infrastrukturmaßnahmen eingeführt wird. In interministerieller Abstimmung sollten Regelungen für passgenaue Förderkulissen für Städte und Dörfer gefunden werden, um optimale Ziele und Investitionsinhalte, finanziert aus verschiedenen Fonds, umzusetzen.

Sinnvoll nutzen kann die öffentliche Hand Fördermittel jedoch nur, wenn sie in der Lage ist, die erforderlichen Eigenanteile bereitzustellen. Die „Investitionsfähigkeit“ der Kommunen und der Landkreise muss für die erforderlichen Zukunftsinvestitionen erhalten bleiben - angesichts der schon jetzt klammen Kassen wohl eine der größten Herausforderungen. Die finanzielle Lage im Landkreis Nordhausen und seinen Kommunen wird sich in den kommenden Jahren wohl zunehmend komplizierter gestalten. Weitere Einsparungen sind angesichts dessen umzusetzen, um die Haushalte zu konsolidieren. Dies wird sich in vielen Fällen negativ auf das Angebot auswirken, das Gemeinden ihren Einwohnern noch bereitstellen können, was wiederum ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort schwächen kann. Geeignete Instrumente, um dennoch wichtige Investitionsvorhaben realisieren zu können, wären zinslose oder zinsgünstige Kommunalkredite mit langen Laufzeiten und kommunale Entwicklungsfonds. Essentiell ist insbesondere für Landkreise außerdem, dass angedachte Entlastungen beispielsweise vom Bund auch in den Kreiskassen ankommen und nicht durch Kürzungen bei den Landeszuweisungen aufgezehrt werden. Zudem müssen die Landkreise für vom Freistaat kommunalisierte Aufgaben ausreichend finanziell ausgestattet werden.

Resümee und Ausblick

Dass der demografische Wandel den Landkreis in ähnlicher Weise erreichen wird, wie es die Statistiker berechnet haben, legt die bisherige Bevölkerungsentwicklung nahe: 1990 lebten noch mehr als 105.000 Menschen in der Region, 2013 sind es noch rund 88.000. Der Sterbeüberschuss und der Wanderungssaldo fallen negativ aus. Die Stadt Nordhausen wird sich jedoch stabilisieren und ähnlich einer Insel des Bevölkerungszuwachses im Meer des Einwohnerrückgangs herausragen. Damit bietet sich eine Chance für die Gemeinden im Umkreis, sich vielleicht wie eine Art "Speckgürtel" zu entwickeln, wo es Platz für neue Eigenheime mitten in der Natur gibt. Eine wichtige Komponente, um dies zu befördern, ist der Erhalt des ÖPNV-Netzes, gerade als Anbindung an Nordhausen und die drei Grundzentren Heringen, Ellrich und Bleicherode. Die Herausforderung dabei ist, den ÖPNV bezahlbar zu halten - für die Nutzer und den Landkreis als Träger. Hier werden neue, mobilere Lösungen gefragt sein. Trotz bereits erreichter Fortschritte ist die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur weiterhin ein wichtiger Schwerpunkt bei der Zukunftsgestaltung der Region. Insbesondere der zügige Weiterbau der B 243 n nach Niedersachsen, der Ausbau der B 4 in Richtung Sondershausen und die Realisierung der Ortsumfahrung B 4 Nordhausen – Niedersachswerfen sind dringend erforderlich.

Angesichts der demografischen Herausforderungen, die sich auch in zurückgehenden Zahlen bei Kindern und Jugendlichen zeigen, sind ebenfalls neue Lösungen bei der Weiterentwicklung des Schulnetzes und der Kindertagesbetreuung notwendig. Das gut ausgebaute Netz an sozialen Einrichtungen in der Region wird dabei helfen, die Versorgung des größer werdenden Anteils der älteren Bevölkerung und der Pflegebedürftigen zu betreuen bzw. die pflegenden Angehörigen zu unterstützen und zeitweise zu entlasten. In dieser Hinsicht ebenso wie auch für die Aufrechterhaltung der Angebote in den Städten und

Gemeinden, der dörflichen Gemeinschaften und in vielerlei anderen Facetten wird es eine elementare Aufgabe sein, die ehrenamtlichen Strukturen zu fördern und zu stärken. Ohne das Ehrenamt wird es nicht gelingen, den Auswirkungen des demografischen Wandels erfolgreich zu begegnen und das Leben auch in kleineren Orten attraktiv zu halten! Die weitere Vernetzung der Akteure, die Stärkung ihrer Kompetenzen vor Ort und der Austausch von Ideen und Erfahrungen nach dem Motto „voneinander und miteinander lernen“ werden an Bedeutung gewinnen.

Beitrag von Knut Kreuch

Oberbürgermeister der Residenzstadt Gotha

Wir stehen in Thüringen in der Gegenwart und in Zukunft vor großen Herausforderungen. Demografische Entwicklung, Finanzkonsolidierung, Energiewende oder die Sicherung qualifizierter Arbeitskräfte, sind keineswegs nur Schlagworte im politischen Ringen um eine erfolgreiche Zukunftsperspektive. Wir haben in unserem Freistaat vieles erreicht, doch um in den nächsten Jahren erfolgreich für unsere Menschen in Thüringen tätig zu sein, bedarf es eines aktiven, engagierten und verantwortungsvollen Handelns, um den drängenden Herausforderungen der Zukunft in der Heimat erfolgreich begegnen zu können.

Wichtigstes Gebot ist der Kampf um gut entlohnte Arbeitsplätze, denn jede Thüringerin und jeder Thüringer muss von Arbeit leben können. Es war ein großer Fehler Thüringen jahrelang als „Billiglohnland“ zu vermarkten. Dies hat unser Land weder Erfolg noch nachhaltige Wertschätzung gebracht. Im Gegenteil, uns sind die Fachkräfte in Größenordnungen davongezogen und uns kostet es einen enormen Aufwand, zumindest einen kleinen Prozentsatz der Weggezogenen wieder zurück zu gewinnen. Die Quittung für diese Politik werden wir noch in Form von Altersarmut erhalten und es ist keineswegs absehbar, wie tiefgreifend diese Folgen ausfallen werden. Nach großen Anstrengungen ist es uns nun insbesondere entlang der Hauptschlagader, in und an den großen Städten an der A4, in den letzten Jahren gelungen, viele neue Unternehmensansiedlungen zu gewährleisten.

Die Stadt Gotha, die glücklicherweise über einen großen Branchenmix und eine Vielzahl von kleineren Unternehmen verfügt, profitiert dabei von ihrer verkehrsgünstigen Lage, ihrem hohen Niveau an weichen Standortfaktoren und ihrem großen kulturellen Potential, leidet aber auch an einem Arbeitskräftemangel, der das notwendige Wachstum behindern kann. Die Grundlagen für eine positive Beeinflussung der demografischen Entwicklung sind in Gotha durch optimale und vielfältige Kinderbetreuungsangebote und ein sehr gutes Wohnraumangebot geschaffen worden. Jedoch müssen unsere Bemühungen zu Gunsten unserer jungen Generationen auch darauf gerichtet sein, Bildungsangebote über die Hochschulreife hinaus zu bewahren, auszubauen und neu zu installieren. Das Abwanderungspotential bliebe sonst unvermindert groß, Gotha würde regelrecht überaltern.

Das Zurückfahren der Unterstützung aus dem Solidarpakt II und das komplette Wegfallen der Leistungen ab 2020, die deutliche Verminderung europäischer Fördermittel und die immer geringer werdenden Zuweisungen an die Kommunen zur Finanzierung ihrer Pflichtaufgaben, würden ohne kreative Gegensteuerung zu einem deutlichen Verlust an Lebensqualität für uns alle führen. Im kommunalen Bereich beschäftigt uns die schwerwiegende Frage, was die Verwaltungen noch leisten können und in Zukunft überhaupt noch Aufgabe dieser sein kann. Die demografische Schrumpfung des Personals wird heute schon mit Wegfall von Stellen und der Verteilung der Aufgaben an die übrigen Mitarbeiter beantwortet. Dies ist ein nur begrenzt möglicher Ausweg, der so nicht fortgesetzt werden kann. Eine leistungsorientierte Aufgabenbündelung, eine Zentralisierung durch eine thüringenspezifische Verwaltungs- und Gebietsreform ist dringend notwendig.

Die vor uns stehenden Aufgaben sind klar erkannt, der wirtschaftliche Aufholprozess hat bereits begonnen. Wir müssen mit Kraft und Verstand in eine leistungsfähige Wirtschaft investieren, die Rahmenbedingungen für die Ausbildung der jungen Generationen und für die Mobilisierung Älterer in der Heimat verbessern. Die für alle Entwicklung grundlegend notwendige infrastrukturelle Anbindung unserer Stadt ist gut, sie kann jedoch deutlich

optimiert werden, wenn Gotha und die Region durch eine Verbesserung der Bahnverbindungen stärker an den Puls der „Städtekette“ gelegt wird und die Arbeits- und Wohnorte schneller und umweltschonender erreicht werden können.

Besonderes Augenmerk benötigen wir darüber hinaus in der Energiepolitik. Hier konnten wir in den letzten Jahren einiges an Boden gutmachen, müssen aber weitere Anstrengungen unternehmen, um aus unserer grünen Stadt einen auch energetisch grünen Standort zu entwickeln, der beispielhaft wirkt und zum Motor für die ganze Region wird.

Beitrag von Andreas Krey und Frank Krätzschar

Sprecher der Geschäftsführung bzw. Geschäftsführer bei der LEG Thüringen

Auch künftig gilt es, die Attraktivität des Freistaats Thüringen als Investitions- und Beschäftigungsstandort durch die Weiterführung von Entwicklungsmaßnahmen und die Verwaltung bzw. Betreuung der entwickelten Liegenschaften einschließlich der an diesen Standorten ansässigen Unternehmen zu sichern und zu verbessern. Dazu gehört, Thüringen weiter als lebenswerten und familienfreundlichen Ausbildungs-, Studien- und Beschäftigungsstandort zu etablieren und zu vermarkten.

Aus den Tätigkeitsfeldern der LEG Thüringen sind insbesondere die Bereiche Wirtschaftsförderung, Stadt- und Regionalentwicklung sowie Fachkräftemanagement von den zentralen Herausforderungen der Gestaltung der Zukunft Thüringens betroffen.

Unterstützung der Unternehmen – Förderung der Wirtschaft

Neben der Begleitung bereits ansässiger, insbesondere kleiner und mittelständiger, Unternehmen mit Wachstumskurs, ist die Neuansiedlung von Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern aus dem In- und Ausland für den ökonomischen und ökologischen Strukturwandel der Thüringer Wirtschaft weiterhin von fundamentaler Bedeutung. Der Fokus liegt hierbei insbesondere auf den im „Trendatlas Thüringen 2020“ aufgeführten Wachstumsbranchen mit hoher Wertschöpfung. Dabei gilt es, die Standortvorteile Thüringens noch klarer und differenzierter zielgruppenorientiert herauszuarbeiten und transparenter darzustellen. Dies muss mit einer gelebten Willkommenskultur für in- und ausländische Investoren, Unternehmen und Fachkräfte einhergehen. Damit wollen wir erreichen, dass Thüringen trotz der sich veränderten Rahmenbedingungen als attraktiver Investitionsstandort nachhaltig wahrgenommen und mit weiteren Ansiedlungserfolgen neue Impulse für die Profilierung des Wirtschafts- und Technologiestandortes Thüringen gesetzt werden.

Um langfristig Wachstum und Beschäftigung in Thüringen zu sichern und die im gesamtdeutschen Schnitt noch vorhandene Lücke in der Industrieexportquote zu schließen, ist es verstärkt notwendig, die Thüringer Wirtschaft bei der Erschließung ausländischer Märkte besser und nachhaltiger zu unterstützen. Die Schwerpunkte des Bereiches „Thüringen International“ sind daher die Organisation von Informationsveranstaltungen, Wirtschaftsdelegations- und Markterkundungsreisen sowie Messegemeinschaftsständen, die Betreuung ausländischer Wirtschaftsdelegationen in Thüringen sowie die Durchführung von thematischen Außenwirtschaftstagen, Workshops und Foren. Die regionalen bzw. Länderschwerpunkte werden in den nächsten Jahren besonders auf den fernen Wachstumsmärkten in Asien (China, Japan, Indien, Südkorea, Indonesien und Vietnam), Nordamerika, Lateinamerika (Brasilien), die MENA-Region (Israel, Türkei, VAE) sowie Russland liegen.

Die Innovationskraft und -potenziale der vorwiegend klein- und mittelständig geprägten Thüringer Wirtschaft kann nur systematisch erschlossen und genutzt werden, wenn das Profil und die Sichtbarkeit der Thüringer Cluster gestärkt und wachstumsfeldübergreifend vernetzt wird. Dieser Prozess wird durch das Thüringer Clustermanagement (ThCM) weiter vorangetrieben. Mit der Erarbeitung und schrittweisen Umsetzung von Roadmaps als gemeinsam getragene Entwicklungskonzepte werden „Stärken gestärkt“, Defizite abgebaut bzw. beseitigt, bestehende Clusterlücken geschlossen und somit der nachhaltige Markterfolg ermöglicht sowie die regionale Entwicklung forciert. Zur Stärkung des Technologiestandortes

Thüringen werden Branchen-/Clusteranalysen, ein Förderprogramm-Monitoring sowie Projekte von struktureller Bedeutung initiiert und fachlich unterstützt sowie öffentlichkeitswirksam Networking betrieben.

Dem Gelingen der Energiewende in Thüringen wird eine Schlüsselposition zukommen. Mit der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) als zentralem Kompetenz-, Beratungs- und Informationszentrum zu den Themen erneuerbare Energien und Energiespeicherung, Energie-, Ressourceneffizienz, nachhaltige Mobilität und GreenTech werden Projekte und Initiativen für Unternehmen, Kommunen und Bürger initiiert und umgesetzt.

Zielgerichtete Stadt- und Regionalentwicklung

Aus Sicht der Stadt- und Regionalentwicklung ergeben sich künftig insbesondere folgende Herausforderungen und Chancen für die Zukunft Thüringens:

Thüringen besitzt eine beeindruckende, kulturhistorisch bedeutende Siedlungsstruktur in einem reizvollen Landschafts- und Naturraum in zentraler Lage mit einer sehr guten Verkehrsinfrastruktur. Dieser Lagevorteil ist zu nutzen, um Zuzüge aus anderen Bundesländern anzuregen und Fortzüge in andere Bundesländer zu vermeiden. In diesem Zusammenhang kommt der Sanierung historisch gewachsener Stadtzentren und Ortskerne eine hohe Bedeutung zu. Bei der Schaffung bzw. Sanierung von Wohnraum, vorrangig in Orten mit zentralörtlicher Funktion, sind auch die Bedürfnisse von zuzugswilligen Fach- und Führungskräften in Bezug auf Ausstattung und Größe der Wohnung sowie Wohnkosten zu berücksichtigen. Zudem sind die Bemühungen zu intensivieren, Brachflächen, die das Orts- und Landschaftsbild beeinträchtigen, einer Nachnutzung zuzuführen. Einerseits sind die Kommunen zu motivieren, Brachflächen zu erfassen und sich in Nachnutzungsaktivitäten einzubringen. Andererseits sind unrentierliche Kosten durch Bereitstellung von Fördermitteln auszugleichen. Dies gilt vor allem, wenn durch Beseitigung brach gefallener Gebäude neuer Freiraum für Investitionen geschaffen werden soll.

Die Verringerung der Bevölkerung wird die Nachfrage nach Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Schwimmbäder, Sportstätten, Theater, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser etc. beeinflussen. Durch die Konzentration der Einrichtungen auf zentrale Orte wird sich ein wirtschaftlicher Betrieb weniger Einrichtungen der Daseinsvorsorge erreichen lassen. Die verschiedenen Politikbereiche müssen Rahmenbedingungen für eine Zusammenlegung sowohl öffentlich als auch privat betriebener Einrichtungen der Daseinsvorsorge schaffen. Hierfür ist eine tragfähige Konzeption für zentrale Orte unerlässlich. In diesem Zusammenhang kommt dem Landesentwicklungsprogramms 2025 eine große Bedeutung zu.

Bei weiterer Verringerung der Bevölkerung steht die Effizienz und Effektivität der derzeitigen kommunalen Verwaltungsgliederung in Frage. Die Anzahl der Städte, Gemeinden und Landkreise scheint vor dem Hintergrund der zu erwartenden demografischen Entwicklung unzweckmäßig. Allerdings kommt den bestehenden kommunalen Strukturen eine erhebliche identitätsstiftende Wirkung zu. Ein grundsätzlich geeignetes Instrument jenseits der Zusammenlegung von Kommunen ist die Kooperation in verschiedenen Handlungsfeldern. Dies setzt voraus, dass die kooperationswilligen Kommunen deutlich stärker als bisher bereit sind, eine ausreichende Effizienz und Effektivität der Verwaltungsstrukturen zu erreichen. Die Bestrebungen des Freistaats im Zusammenhang mit dem Thüringer Zentrum für interkommunale Kooperation und mit einer besonderen Förderung der interkommunalen Kooperation sind zu begrüßen.

Die Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge auf zentrale Orte sowie die Straffung kommunaler Strukturen bergen die Gefahr einer Schwächung des ländlichen Raumes in sich. Insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der Kommunalverwaltung für die im ländlichen Raum ansässige Bevölkerung würde sich

grundsätzlich verschlechtern. Dieser Gefahr ist durch eine Verbesserung der Erreichbarkeit entgegen zu wirken. Erheblicher Nachbesserungsbedarf wird vor allem im öffentlichen Personennahverkehr sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene gesehen.

Die Nutzung der Angebote von Dienstleistungs- und Verwaltungseinrichtungen kann immer häufiger auch virtuell erfolgen. Die Voraussetzung dafür ist eine hochwertige landesweit flächendeckende Breitbandinfrastruktur, die in Thüringen schon sehr weit fortgeschritten ist. Die rasante Entwicklung im IT-Bereich wird allerdings erfordern, eine flächendeckende Verfügbarkeit von deutlich höheren Bandbreiten sicherzustellen. Dazu ist die Thüringer Breitbandstrategie zu aktualisieren und die erfolgreiche Arbeit des Breitbandkompetenzzentrums Thüringen fortzuführen.

Fachkräftemanagement - „Thüringer Initiative Willkommenskultur“

Die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit unmittelbaren Wirkungen auf nahezu alle Bereiche der Wirtschaft, der Daseinsvorsorge und das Leben jedes Einzelnen. Ganz besonders gilt das für die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens: Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinkt stärker als die Gesamtbevölkerung. Die Verfügbarkeit der benötigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist somit von steigender Bedeutung für Investitionsentscheidungen der Unternehmen und wird zu einer echten Herausforderung erfolgreicher Standortpolitik. Zusätzlich steht Thüringen in einem bundes- und europaweiten Wettstreit um „die besten Köpfe“.

Trotz der bundesweiten Spitzenreiterposition Thüringens in der Kinderbetreuung oder der Bildungspolitik reichen die Vorzüge allein oft nicht aus, um für die besten Köpfe aus anderen Ländern attraktiv genug zu sein. Es geht für die Menschen schließlich nicht nur um einen neuen Job, sondern auch um eine neue Heimat. Im globalen Wettbewerb um die Fachkräfte werden es daher oft die weichen Standortfaktoren sein, die den Ausschlag geben: eine förderliche Zuwanderungspolitik, umfassende Integrations- und Betreuungsangebote für Fachkräfte und ihre Familien sowie Unterstützung bei den zahlreichen Herausforderungen, damit Thüringen zur neuen Heimat wird.

Thüringen braucht daher eine gelebte Willkommenskultur. Die LEG Thüringen widmet sich diesem Thema seit Anfang 2012. Es kommt jetzt darauf an, die Weichenstellung für die kommenden Jahre vorzunehmen. In Politik, Gesellschaft und Wirtschaft muss eine Willkommens- und Anerkennungskultur umgesetzt werden. Ausländische Fachkräfte und ihre Familien müssen dabei unterstützt werden, an ihrem neuen Wohn- und Arbeitsort anzukommen und Thüringen als ihre neue Heimat zu sehen. Die über 4.200 ausländischen Studierenden, die an den Thüringer Hochschulen studieren, müssen besser integriert werden, um sie möglichst nach ihrem absolvierten Studium in Thüringen zu halten. Migranten, die bereits in Thüringen leben, müssen für den Thüringer Arbeitsmarkt gewonnen werden.

Um dies umzusetzen, brauchen wir eine bessere Vernetzung der Thüringer Akteure auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die Ausländerbehörden der Landkreise zukünftig zu Willkommensbehörden weiterzuentwickeln, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Mit der im Januar gegründeten „Thüringer Initiative Willkommenskultur“ haben sich bereits verschiedenste Thüringer Akteure aus Ministerien und Institutionen zusammengefunden, um gemeinsam aktiv zu werden. Erste Projekte der Initiative wie der Aufbau und die Umsetzung eines Welcome Centers, der Aufbau einer mehrsprachigen Homepage, die Auslobung von Ideenwettbewerben zur Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen und gemeinsame Veranstaltungen und Events für Neubürger müssen vertieft und ergänzt werden.

Die LEG Thüringen bietet als Instrument der Wirtschaftspolitik eine in der Bundesrepublik einmalige Kombination von Immobilien- und Wirtschaftsförderung an. Wichtige politische Anliegen zur weiteren Entwicklung des Freistaates werden hier mit Investitionsvorhaben aus der Wirtschaft verbunden und umgesetzt.

Die LEG Thüringen fungiert dabei als Full-Service-Agency. Sie bietet umfangreiche Wirtschaftsförderung des Landes aus einer Hand. Dabei werden Synergien zwischen den einzelnen Abteilungen der LEG Thüringen konsequent genutzt und ausgeschöpft. Das Wirken der LEG Thüringen beruht seit jeher auf einem integrativen Ansatz, also der Verknüpfung von Aufgaben als Flächenverwerter/-verwalter und Sanierungsträger mit der Investorenakquisition als Teil einer aktiven Umsetzungsbegleitung. Die LEG Thüringen ist mit ihren Aufgaben, ihrer Erfahrung und ihren Erfolgen sehr gut aufgestellt, um die Zukunft Thüringens durch eine Rundumleistung sowohl im Interesse des Freistaates als auch der Wirtschaft und der Bürger mit durchgehend hoher Servicequalität mitzugestalten.

Beitrag von Dr. Paul Kriegelsteiner

Hauptgeschäftsführer Arbeitgeberverband Nordostchemie e.V., Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Nordost

Die Industrie ist die Basis für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands

Die deutsche Industrie bietet 5,8 Millionen Menschen überdurchschnittlich gut bezahlte Arbeitsplätze und erbringt mehr als ein Fünftel der Wirtschaftsleistung. In den vergangenen Jahren ist die Bedeutung der Industrie für Deutschland stabil geblieben, während ihr Anteil in den meisten anderen Industrieländern rückläufig war. Thüringen ist derzeit das Einzige der neuen Bundesländer, welches mit rund 24 Prozent Anteil an der Bruttowertschöpfung über dem Bundesdurchschnitt liegt. Darauf darf sich der Freistaat jedoch nicht ausruhen.

Innovationen der Industrie sind der Schlüssel für mehr Lebensqualität und eine nachhaltige Entwicklung. Diese entstehen häufig in mehrgliedrigen Wertschöpfungsketten, in denen Partner aus unterschiedlichen Branchen in einem Innovationsnetzwerk zusammenarbeiten. Daraus resultieren immer mehr Produkte, die Lösungsbeiträge zu den globalen Megatrends liefern, zum Beispiel Energieeffizienz, Klimaschutz, Mobilität oder demografischer Wandel.

Die richtigen Rahmenbedingungen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit setzen

Die Industrie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland nach der Wirtschaftskrise 2009 schneller als andere Staaten wieder Fuß gefasst hat. Inzwischen ist es EU-weites Ziel, Europa zu reindustrialisieren. Auch weite Teile der deutschen Politik betonen, dass eine leistungsfähige Industrie für Deutschland wichtig ist. Eine wettbewerbsfähige und innovative Industrie ist auf richtige politische Rahmenbedingungen angewiesen. Dies muss in der nahen Zukunft aber auch systematisch umgesetzt werden. Ein Schulterschluss zwischen Politik und Industrie darf sich nicht allein auf die Formulierung von Positionen beschränken.

Priorität haben der Aus- und Umbau der Infrastruktur, bessere Forschungsbedingungen, die Ausbildung von qualifiziertem Nachwuchs, eine wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffversorgung und der Abbau von Bürokratie und Handelshemmnissen.

Innovationen sind der Erfolgsfaktor für eine Volkswirtschaft

Innovationen erschließen neue Märkte und stärken die Wettbewerbsfähigkeit. Sie sorgen für Wachstum und tragen dazu bei, qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Gerade innovative Produkte und Verfahren aus der Chemie sind Bestandteil der Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen, zum Beispiel für die Sicherstellung von Gesundheit, Ernährung, Mobilität und Klimaschutz.

Grundvoraussetzungen für Innovationen sind Bildung, Wissenschaft und Forschung

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die wichtigsten Säulen einer Wissensgesellschaft. Das Wirtschaftswachstum korreliert eng mit den Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie mit innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen. Dabei ist die chemische Industrie mehr als andere Branchen auf eine exzellente Grundlagenforschung angewiesen. In Deutschland kommt naturwissenschaftliche Bildung an den Schulen zu kurz; die Finanzierung der Hochschulen ist - besonders in der Lehre -

unzureichend. Die Möglichkeiten zur qualifizierten Weiterbildung Berufstätiger gehen nicht weit genug. Das schwächt Deutschland im weltweiten Innovationswettbewerb. In der Bildung muss frühzeitig ein tragfähiges Fundament der Innovationsfähigkeit und -bereitschaft der Menschen gelegt werden. Die Chemieindustrie trägt ihren Teil dazu bei: Der Fonds der Chemischen Industrie vergibt 2013 über 13 Millionen Euro an Fördermitteln für Schulen, Stipendiaten und Wissenschaftler. Die Chemieverbände Nordost fördern mit eigenen Mitteln darüber hinaus Schülerwettbewerbe und haben die Spendenaktion „Pro Chemieunterricht“ ins Leben gerufen.

Als NORDOSTCHEMIE setzen wir uns für die Verbesserung der frühkindlichen vorschulischen Bildung, vor allem im Bereich Naturphänomene und Sachkunde, ein. Naturwissenschaftlicher Unterricht sollte schon an den Grundschulen verbindlich eingeführt werden; in allen weiterführenden Schulen sollte durchgängig ein Drittel der Stundentafel für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht vorgesehen sein. Auch die Vermittlung ökonomischer Grundkenntnisse muss im Schulunterricht sichergestellt sein.

Innovationen brauchen politischen und gesellschaftlichen Rückhalt.

Politik und Gesellschaft müssen Innovationen aufgeschlossen gegenüber stehen. Vorschriften und Handeln von Behörden dürfen Innovationen nicht behindern, sondern sollten sie unterstützen und stärken.

"Nein" zu lenkenden Eingriffen in die Märkte

Teile der deutschen und europäischen Politik wollen die ressourcenschonende Wirtschaft mit Hilfe einer "ökologischen" oder "grünen" Industriepolitik herbeiführen, in der die Politik nur bestimmte Zukunftsmärkte und -technologien definiert und einseitig fördert. Das ist der falsche Weg, um eine nachhaltige Entwicklung in Thüringen, Deutschland und der EU zu gewährleisten. Der Wettbewerb sollte über Marktchancen entscheiden und nicht der Staat. Nur wenn sich Innovationen am Markt dauerhaft bewähren, tragen sie zu mehr Wohlstand, Beschäftigung, Umweltschutz und zu einer nachhaltigen Energieversorgung bei.

Die Politik sollte verlässliche Rahmenbedingungen setzen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Blick haben. Interventionen des Staates und Protektionismus mögen Unternehmen oder Branchen kurzfristig helfen, langfristig schaden sie aber der Industrie und der gesamten Wirtschaft. Selektive Eingriffe darf es nur in Ausnahmefällen geben, die stichhaltig begründet werden müssen. Das gilt auch bei der Energieversorgung.

Der Ausbau erneuerbarer Energieträger ist richtig, braucht aber ein klares Konzept

Bis 2022 soll der Ausstieg aus der Kernenergie vollendet sein. Die Politik möchte mit der "Energiewende" in erster Linie die Struktur der Energieversorgung umbauen. Mit ihrer Innovationskraft trägt die chemische Industrie zu dieser Umstellung bei. Ohne ihre Beiträge dreht sich kein Windrad, funktioniert keine Solaranlage, fährt kein Elektro-Auto. Es mangelte aber bisher an politischer Koordinierung für die Umsetzung der Energiewende. Und es fehlt auch ein solider Finanzierungsplan, der private und industrielle Stromkunden nicht überfordert.

Grundversorgung sicherstellen und Umsetzung der Energiewende überwachen

Die chemische Industrie ist auf eine sichere Energieversorgung angewiesen. Der Ersatz der Kernkraft für die Grundlastversorgung der energieintensiven Industrien kann nur durch Kohle und Gas erfolgen. Erneuerbare Energien sind noch nicht grundlastfähig. Für den Transport des erneuerbaren Stromes ist ein massiver und teurer Ausbau der Leitungsnetze zwingend notwendig. Die gesellschaftliche Akzeptanz für solche Großprojekte ist aber gering. Die Umsetzung der Energiewende muss über ein Projektmanagement koordiniert werden, das Korrekturen rechtzeitig ermöglicht. Dazu gehören eine laufende Beobachtung, Zielüberprüfung und Nachsteuerung der jeweiligen Maßnahmen.

Energie ist Kosten- und Wettbewerbsfaktor

Als energieintensiver Industriezweig ist die Chemie, vor allem in der Grundstoffproduktion, auf eine zuverlässige Energieversorgung rund um die Uhr zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen. Die Versorgung mit Strom ist für die Unternehmen ein wesentlicher Kosten- und Wettbewerbsfaktor. Er entscheidet mit darüber, ob sich Unternehmen mit Produktion an deutschen Standorten im internationalen Wettbewerb behaupten können. Jede Erhöhung des Strompreises um 1 Cent pro Kilowattstunde kostet die Chemie zusätzlich rund 500 Millionen Euro pro Jahr.

Staatliche Abgaben und Steuern erhöhen die Energiekosten immer mehr

Sowohl in der EU wie in Deutschland setzt die Politik seit langem auf Verteuerung der Energie, um Energieeffizienz und Klimaschutz voranzutreiben. Diese Ausrichtung belastet gerade jene Teile der Wirtschaft, die innovative Lösungen für die Umsetzung der Energiewende entwickeln sollen: die Industrie. Dagegen lässt sie andere Bereiche mit weitaus höheren Energieeffizienzpotenzialen wie den Gebäudebestand weitestgehend außer Acht. Die Kosten aus EU-Emissionshandel, Energiesteuergesetz, Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz summieren sich in der Chemie für 2013 auf 1,3 Mrd. Euro. Alleine beim EEG betragen die Kosten für 2013 rund 800 Mio. Euro. Der finanzielle Druck auf die Unternehmen würde ohne die Entlastungsregeln noch zunehmen. Die noch unklare Höhe der Strompreiskompensation beim Emissionshandel schafft weitere Unsicherheit.

Die Regelungen, die die Belastung für die energieintensiven Industrien bei energie- und klima-politischen Vorgaben begrenzen, müssen daher auch künftig vollständig beibehalten werden. Sie dürfen nicht an zusätzliche Voraussetzungen geknüpft werden, da es vergleichbare Belastungen weder in der EU noch weltweit gibt.

Der Fachkräftebedarf steigt – Es gibt freie Stellen im Osten

Fachkräftesicherung ist schon seit langem ein akutes Thema für die Ostchemie. Eine Studie der NORDOSTCHEMIE hat ergeben, dass in den zurückliegenden drei Jahren in allen Unternehmensbereichen (Produktion, Verwaltung, Vertrieb, Forschung und Entwicklung) deutlich mehr Zu- als Abnahmen im Personalbereich gegeben hat. Auch für die nahe Zukunft erwartet die Chemie, dass sich der Personalbestand vor allem in der Produktion weiter positiv verändern wird - Wohingegen die Verwaltung relativ gleich stark besetzt bleiben wird.

Angesprochen auf die Relevanz des Problems der Fachkräftelücken antworten die ostdeutschen Chemieunternehmen mit einem eindeutigen „Ja“. Keinem Unternehmen fällt es sehr leicht, entsprechende Fachkräfte zu rekrutieren und 90 Prozent empfinden die Suche nach Fachkräften – in unterschiedlichen Abstufungen – als schwierig. Viele Unternehmen erkennen die Notwendigkeit zusätzlicher Anstrengungen, um ihren Personalbedarf zu sichern und nehmen die Aufgabe mit unterschiedlichsten Maßnahmen in die Hand. Die Aus- und Weiterbildung hat hierbei den wichtigsten Stellenwert. Vor allem große Unternehmen verstärken ihre Bildungsaktivitäten. Die Zusammenarbeit mit Schulen und die frühzeitige Bindung von Ausbildungsbewerbern werden vermehrt praktiziert. Durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen, wie Gesundheitsprophylaxe und Angebote zur Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Privatleben, versuchen die Unternehmen, die Mitarbeiterbindung zu stärken.

Trotz sichtbarer Schwierigkeiten bei der Fachkräftesicherung wollen die Unternehmen ihr Leistungsangebot nicht einschränken und keine Abstriche bei der formalen Qualifikation vornehmen. 23 Prozent der Unternehmen, konnten nicht alle höher qualifizierten Stellen besetzen. Davon haben mehr als die Hälfte Schwierigkeiten, entsprechende Ingenieure zu finden. Jeweils ein Viertel der unbesetzten Stellen sind Chemieerberufe und andere naturwissenschaftliche Berufe. Ingenieure aller beruflichen Richtungen sind sehr gefragt.

Insbesondere wurden Engpässe in den Fachrichtungen Maschinenbau und Verfahrenstechniken angegeben. Dass die Ausbildung für die Unternehmen wichtig bleibt, zeigt sich darin, dass kaum ein Unternehmen in den nächsten drei Jahren die Ausbildung zurückfahren will. Im Gegenteil – es planen sogar 12,7 Prozent der Unternehmen, die Ausbildung in den nächsten drei Jahren zu erhöhen. Diese Ausbildung dient zunehmend der Neubesetzung von Stellen, die durch den vermehrten Rentenaustritt frei werden.

Um das wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre auch in Zukunft zu sichern und weiter ausbauen zu können, müssen nach Auffassung der NORDOSTCHEMIE vor allem zwei Entwicklungslinien verfolgt werden:

1. Standortmarketing und
2. geplantes betriebliches Handeln zum Qualifikationserhalt und zur Mitarbeiterbindung.

In der ostdeutschen Chemie gibt es Besonderheiten, die eindeutig als Standortvorteil wahrgenommen werden und Investoren auf die Chemieregionen aufmerksam machen können. Dazu gehören große dynamische Chemiestandorte mit gut und modern ausgebauter Infrastruktur und qualifizierten Industriedienstleistern vor Ort, eine immer noch relativ hohe Dichte an Fachkräften und eine überdurchschnittlich hohe Arbeitsnachfrage bei Frauen. Diese Vorteile, vor allem das große Angebot gut qualifizierter und motivierter Fachkräfte, müssen bewahrt werden und drohen verloren zu gehen. Die Entwicklung des Angebotspotentials qualifizierter Fachkräfte wird durch mehrere – besonders demografische – Entwicklungen bestimmt. Planvolles Handeln ist notwendig um den demografischen Entwicklungen zu begegnen.

Beitrag von Renate Licht

Landesvorsitzende DGB Thüringen

ZukunftArbeit 2020 - Thüringer Wirtschaft innovativ, sozial und ökologisch Eckpunkte für einen Zukunftsdiskurs 2020

Wir brauchen einen Politikwechsel hin zu einer zukunftsorientierten sozial-ökologisch orientierten Politik. Die neoliberalen Konzepte sind gescheitert. Die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zulasten der öffentlichen Haushalte, kleiner und mittlerer Einkommen und zugunsten des privaten Reichtums einiger weniger hat die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter geöffnet. Während die Mittelschicht bröckelt und die unteren Einkommen sinken, nimmt der Reichtum der oberen zehn Prozent der Bevölkerung zu. Sie besitzen mittlerweile weit über die Hälfte des Gesamtvermögens in Deutschland.

„Sozial ist, was Arbeit schafft“ – das war das Motto der Agenda 2010. Tatsächlich aber hat die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der Leiharbeit nicht zu mehr Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt geführt. Stattdessen hat sich der Druck auf Beschäftigte und ihre Interessensvertreter, die Gewerkschaften und damit auf den Bestand von Tarifverträgen und Normalarbeitsverhältnissen erhöht. Altersarmut wird sich unter diesen Voraussetzungen erheblich ausweiten. Die Kostensenkung in den Unternehmen zu Lasten der Beschäftigten und die Spaltung am Arbeitsmarkt hatten eine weitere Entsolidarisierung zur Folge.

„Arbeit um jeden Preis“ war auch in Thüringen Leitlinie früherer Landesregierungen. Dies hat sich geändert. Das Motto hat sich geändert hin zu „sozial ist, was gute Arbeit schafft“ und wurde von großen Teilen der Landespolitik aufgenommen. Dies ist auch ein Erfolg gewerkschaftlichen Handelns.

Bei den Akteuren hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Thüringen den globalen Wettbewerb um Kostensenkung und Niedriglohn nicht gewinnen kann. Eine „ZukunftArbeit 2020“-Strategie bietet die Chance zur umfassenden Neuausrichtung hin zu qualitativem Wachstum in sozial-ökologischer Verantwortung.

Für einen Politikwechsel mit Zukunft – für gute Arbeit

Der DGB fordert eine grundlegende Neuordnung am Arbeitsmarkt in Land und Bund. Gute Arbeit – das bedeutet die Umwandlung prekärer Beschäftigung in dauerhafte Normalarbeitsverhältnisse mit Zukunftsperspektive und volle Arbeitnehmerrechte. Gute Arbeit bedeutet mehr Mitbestimmung, Existenz sichernde Löhne durch eine höhere Tarifbindung sowie den gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro.

Gute Arbeit umfasst neben den Entgeltbedingungen auch die Arbeitszeitgestaltung, Schutz vor Leistungsüberforderung und einen nachhaltigen Umgang mit der menschlichen Leistungsfähigkeit. Sie setzt lernförderliche und alternsgerechte Arbeitsgestaltung voraus und schließt einen ganzheitlichen, präventiv- und beteiligungsorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz ein. Ein Konzept von Guter Arbeit muss die veränderten Erwerbs- und Lebensentwürfe von Frauen und Männern gleichberechtigt berücksichtigen.

Die Zukunftsstrategie des DGB beinhaltet die Verhinderung von Altersarmut durch zukunftssichere Renten sowie die Sicherstellung eines handlungsfähigen Staates durch sozial gerechte Steuermehreinnahmen.

So wie soziale Ziele dürfen auch Klimaziele nicht den Renditeinteressen der Wirtschaft untergeordnet werden. Gute Arbeit und Energiewende gehören untrennbar zusammen. Der DGB fordert deshalb den konsequenten Umbau des Energiesystems zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes unter Anwendung sozialer Kriterien.

Die notwendigen Veränderungen für einen solchen Politikwechsel erfordern aktives gemeinsames und solidarisches Handeln in Unternehmen und Gesellschaft. Das geht nur mit starken Gewerkschaften.

Die von Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) ab 2009 eingeleiteten Veränderungen im Bereich der Wirtschaftspolitik gehen in die richtige Richtung. Aus Sicht des DGB sollten sich die anderen Ressorts an diesen Vorgaben orientieren. Der Ausbau des Arbeitsschutzes zur Reduzierung von psychischen Belastungen am Arbeitsplatz oder die Schaffung eines Bildungsfreistellungsgesetzes sind nur zwei Initiativen im Bereich des TMSFG bzw. des TMWBK mit Handlungsbedarf. Die Initiative Zukunft 2020 setzt im Wesentlichen die richtigen Akzente.

Im Folgenden werden einige Eckpunkte dazu aus gewerkschaftlicher Sicht dargestellt.

Leitbild: Thüringer Wirtschaft innovativ, sozial und ökologisch

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung sollen an sozial-ökologischen Standards ausgerichtet werden und sich an den Interessen der Beschäftigten orientieren. Nachhaltige Entwicklung bedeutet die Gleichwertigkeit von Ökonomie, Umwelt und Soziales. Gute Arbeit und die Teilhabe am Unternehmensgewinn durch entsprechende Löhne sind entscheidende Punkte eines solchen Leitbildes ebenso wie Mitbestimmung im Unternehmen und bei der Fördermittelvergabe. Die Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben muss vorangebracht werden. Die Beschäftigten müssen sich fort- und weiterbilden können und unabhängig von Alter, Herkunft oder Geschlecht dieselben Chancen im Arbeitsleben haben.

Thüringen muss internationaler und weltoffener werden und zwar durch die Haltung der Menschen. In einer weltoffenen Gesellschaft und damit auch Wirtschaft haben rechte Positionen wie Rassismus und Antisemitismus, hat gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit generell keinen Platz. Eine Steigerung des Exports macht Thüringen nämlich nicht automatisch internationaler.

Nicht zuletzt die Eurokrise zeigt, dass einseitiges Exportwachstum zu enormen globalen Ungleichgewichten führt. In Europa erfahren dies aktuell besonders negativ die Beschäftigten in den südeuropäischen Ländern. Der internationale Austausch Thüringer Unternehmen muss ausgebaut und verstetigt werden. Thüringer Unternehmen brauchen ein mehr an Marktmacht und das am Binnenmarkt und damit insbesondere in Westdeutschland.

Erweiterter Innovationsbegriff

Thüringen braucht mehr Produkt- und Prozessinnovationen. Innovationen und unternehmerischer Erfolg müssen allerdings neu gedacht werden. Die Umsetzung soll mit sozialen Innovationen einhergehen. Denn Innovationen werden von Menschen, nicht von Maschinen gemacht. Der Erfolg von Wirtschaftsförderung und Technologieförderung in

Unternehmen hängt davon ab, wie sehr Wissen und Können der Beschäftigten integriert und gute Arbeitsbedingungen, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Mitbestimmung als entscheidende Grundlagen für ein hohes Innovationsniveau Berücksichtigung finden.

Qualitatives Wachstum fördern und eigene Potentiale entwickeln

Die Entwicklung und Entfaltung vorhandener Potentiale sowie die Förderung von regionalen Wertschöpfungsketten müssen künftig vorangebracht werden. Einseitige Orientierung auf Export und quantitatives Wachstum sind nicht zukunftsfähig.

Regionalentwicklung und die Entwicklung der Branchen sind zwei Seiten einer Medaille. Um die Abwanderung von jungen Menschen und gut ausgebildeten Fachkräften zu verlangsamen bzw. zu stoppen, bedarf es einer differenzierten Regionalförderung im Sinne der Ausgleichsförderung. Das schließt die Förderung der weichen Standortfaktoren ein. Erfahrungen und Initiativen wie etwa aus den Regionalen Entwicklungskonzepten (REK), der Agenda 21, der Clusterbildung, Leader sowie der Regionalbeiräte der Arbeitsmarktpolitik können hier als Vorbilder dienen.

Sozial-ökologischer Umbau

Angesichts der globalen Klima-Veränderung hat sich das Land Thüringen verbindlich auf eigene Klimaschutzziele und deren Realisierung verpflichtet. Diese Ziele sind als Querschnittsziele mit verbindlichen Vorgaben in der Wirtschafts- und Förderpolitik zu berücksichtigen.

Für eine sozial-ökologische Reformstrategie ist der Dialog zwischen den Betroffenen und interessierten Partnern sowie den Wirtschafts- und Sozialpartnern notwendig. Über Regionalforen und Branchengespräche sollen die künftigen Entwicklungschancen ermittelt und Entwicklungsschwerpunkte abgeleitet werden. Der DGB Hessen-Thüringen begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Initiativen des TMWAT zum Wirtschafts- und Innovationsrat, der Konzertierte Aktion sowie zum Zukunftsdiskurs 2020.

Fachkräftesicherung und Fachkräfteentwicklung

Neben der Fachkräftesicherung insbesondere im Interesse der Unternehmen setzt sich der DGB für eine umfassende Fachkräfteentwicklung ein. In Thüringen besteht angesichts der hohen Zahl an Erwerbslosen, des hohen Anteils an Auspendlerinnen und Auspendlern sowie Teilzeitbeschäftigten kein grundlegender Fachkräftemangel. Bislang haben Unternehmen im Rahmen des sogenannten Ausbildungspaktes nicht oder zurückhaltend ausgebildet. Das fällt nun auf sie zurück. Bislang gibt es nur einzelne Mismatch-Situation zu Lasten einiger Berufe und Regionen. Das wird sich künftig durch die demografische Entwicklung stark ändern.

Vor diesem Hintergrund müssen die Unternehmen mehr tun. Der Qualität der Arbeitsbedingungen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Fachkräfte werden sich nämlich nur für die Unternehmen entscheiden, bei denen die Arbeitskultur stimmt.

Thüringen hat die höchsten Arbeitsbelastungen bundesweit. Die repräsentative Befragung des DGB-Index „Gute Arbeit“ für Thüringen belegt eine stark zunehmende Arbeitsintensivierung und Arbeitshetze mit sehr hohen gesundheitlichen Risiken. 40 Prozent der Beschäftigten sind sogar bereit, wegen der besseren Entlohnung und der besseren

Aufstiegs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in die westlichen Bundesländer abzuwandern. Die Umsetzung der Guten Arbeit ist aus Sicht des DGB das Instrument, um diesen Trend zu umzukehren.

Ein Mehr an Arbeitsqualität bedeutet ein Mehr an Lebensqualität.

Bessere Arbeitsbedingungen und eine nachhaltig ausgerichtet Unternehmenskultur steigern Arbeitsmotivation, Leistungsbereitschaft und Arbeitsproduktivität. Gute Arbeit ist erfolgsrelevant für alle Unternehmen, die sich am Markt zukunftsfähig aufstellen wollen. Schlechte Arbeit dagegen raubt den Beschäftigten die Gesundheit, beschneidet Möglichkeiten der persönlichen Entwicklung und zwingt zum frühzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben. Schlechte Arbeit ist unzumutbare Arbeit. Die Beschäftigten wollen mitreden, mitentscheiden, mitbestimmen – denn sie wissen am besten, wie Arbeit gut zu gestalten ist. Grundlage für Gute Arbeit in Unternehmen ist die gegenseitige Anerkennung und der Respekt voreinander. Gute Arbeit ist ein Produktivitätsfaktor.

Effektive Wirtschaftsförderung – Transparenz und Beteiligung – gute Arbeit

Mit der Neuausrichtung der Förderpolitik in der aktuellen Legislaturperiode wurde das Kriterium Gute Arbeit erstmals berücksichtigt. Durch Ausschluss- oder Bonusregelungen wurde die GRW-Förderung angepasst, darüber hinaus basiert die neue ESF-LKZ-Richtlinie auf Tariflohn bzw. einen zu zahlenden Mindestlohn in Höhe von 8,23 €/Std.

Durch die Strukturförderung sollen künftig noch stärker hochwertige sozialversicherungspflichtige, dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse gesichert und geschaffen werden. Das Normalarbeitsverhältnis soll damit zum Ziel der Strukturförderung werden. Vom Normalarbeitsverhältnis abzugrenzen ist prekäre Beschäftigung mit reduziertem Arbeitsrecht, einem Lohn deutlich unter dem Durchschnitt sowie ohne zuverlässiger Zukunftsplanung, hierzu zählen beispielsweise Mini-Jobs, Leiharbeit, Werkverträge aber auch Befristungen.

Ab 2014 sollen verbindliche, überprüfbare Indikatoren für die Qualität der Arbeitsplätze zum festen Bestandteil aller Fonds, Programme und Richtlinien werden. Gute Arbeit soll so zum Querschnittsziel und zum entscheidenden Auswahlkriterium in der Thüringer Wirtschaftsförderung werden. Gefördert werden dann nur die Unternehmen, die Mindeststandards der Guten Arbeit erfüllen. Vorbildliche Unternehmen sollen eine Bonusförderung erhalten.

Regionalen Ausgleich statt Leuchttürme fördern

Der DGB Hessen-Thüringen fordert, dass die Thüringer Landesregierung auch an der Förderung von strukturschwächeren Regionen festhält und damit weiter das Prinzip der Ausgleichsförderung anwendet. Innerhalb der Regionen Thüringens soll an den spezifischen Stärken angeknüpft, regionale Cluster sollen verstärkt gefördert werden.

Dienstleistungen 2020

Industriepolitik bedarf einer aktiven Dienstleistungspolitik. Eine Verengung auf die Kreativwirtschaft ist unzureichend. Der Anteil der Dienstleistungen an der gesamten Wertschöpfung wie an der Beschäftigung liegt in Thüringen bei 64 Prozent – Tendenz steigend. Der Dienstleistungssektor birgt enorme Wachstumspotenziale: im Bildungsbereich,

im Gesundheitssektor, bei Mobilität, Energie und Umwelt, im Kultur-, Kommunikations- und Medienbereich ebenso wie bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Überall dort ist eine aktive Strukturpolitik notwendig. Ebenso soll die Forschung im und für den Dienstleistungssektor von der Politik unterstützt werden. Daher muss eine „Zukunftsstrategie 2020“ auch eindeutige Aussagen zur Entwicklung und Förderung des Dienstleistungssektors machen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik - Erwerbslose nicht allein lassen

Die Hartz-Strategie, zunächst die „arbeitsmarktnahen“ Kurzzeiterwerbslosen wieder ins Erwerbsleben zu integrieren, ging zu Lasten von Langzeiterwerbslosen. In Thüringen kommt die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen hinzu – mit Konsequenzen. Aktuell sind in Thüringen von denen, die als Arbeitslos gemeldet sind, 35 Prozent Langzeitarbeitslose. Hier bedarf es öffentlicher Hilfen zur sozialen Integration. Initiativen wie „Thüringen braucht Dich“, das „Landesarbeitsmarktprogramm“ (LAP) und die „Thüringer Initiative zur Integration und Armutsbekämpfung – Nachhaltigkeit“ (TIZIAN) sind fortzuführen und weiter zu entwickeln. Angesichts der nach wie vor hohen Zahl Erwerbsloser brauchen wir eine zielgruppenorientierte aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Nur mit Verteilungsgerechtigkeit zum handlungsfähigen Staat

Öffentliche Armut und privater Reichtum sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Schuldenbremse als Vorgabe des Bundes an die Länder und die Festschreibung in der Thüringer Landeshaushaltsordnung setzen falsche Signale. Der private Reichtum ist durch die Steuerverzichtspolitik der letzten Jahre noch mehr angewachsen. Währenddessen ist immer weniger Geld für Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen in den öffentlichen Haushalten vorhanden. Und trotzdem wird weiterhin einseitig auf Ausgabenkürzungen gesetzt, anstatt die Einnahmen zu erhöhen.

Die Kürzungsvorhaben bis 2020 sind aus Sicht des DGB Hessen-Thüringen falsch. Haushaltskürzungen und einseitiges „Sparen“ treffen nicht die Verursacher der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Belastet werden Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner und die Jugend. Sie alle bezahlen für eine Krise, die sie nicht zu verantworten haben, mit den Chancen ihrer Gegenwart und den Chancen für ihre Zukunft.

Die Schuldenbremse wird als Argument für Sozialabbau und Abbau öffentlicher Leistungen genutzt. Bleibt es in Thüringen bei den bis 2020 geplanten radikalen Haushaltskürzungen von bis zu 17 Prozent, so sind die notwendigen Maßnahmen bei Infrastruktur, Kultur, Bildung und Energiewende nicht finanzierbar. Das trifft auch „Thüringen Zukunft 2020“.

Wir brauchen einen Politikwechsel

Der DGB setzt auf Steuergerechtigkeit, um die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte zu stärken. Diejenigen mit hohem Einkommen müssen mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens als diejenigen mit mittleren und kleinen Einkommen herangezogen werden. Nur so können die gemeinschaftlichen Aufgaben, kann ZukunftArbeit 2020 zukunftsgerecht gestaltet werden.

Beitrag von Stefan Lobenstein

Präsident der Handwerkskammer Erfurt

Die Thüringer Wirtschaft befindet sich, wie die gesamte Wirtschaft, in einem permanenten Veränderungsprozess. Bestehende Strukturen ordnen sich neu, die Nachfrage nach Produkten und Leistungen richtet sich neu aus, Innovationen bringen neue Produkte hervor. Von diesen Veränderungen ist auch das Handwerk in hohem Maße betroffen. Hieraus ergeben sich Risiken aber auch Chancen.

Das Thüringer Handwerk verfügt über die notwendigen Kompetenzen, unternehmerische Flexibilität, sowie Innovation und Fortschritt um sich den veränderten Bedingungen im Rahmen der Globalisierung zu stellen.

Als tragende Säule der mittelständischen Wirtschaft wird das Handwerk auch in Zukunft an den Wachstumsfeldern wie erneuerbare Energien, Energieeffizienztechnologien und Green Tech partizipieren und weiterhin eine zentrale Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes spielen.

Wo liegen aus Sicht des Thüringer Handwerks die größten Herausforderungen und Chancen?

1. Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine der größten Herausforderungen in den nächsten Jahren. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs steht hierbei ganz oben an. Angebot und Nachfrage am Arbeits- und Ausbildungsmarkt driften zunehmend auseinander. Hier sind intelligente Strategien gefragt. Mit dem dualen Bildungssystem und der Handwerksordnung hat das Handwerk ein starkes Fundament um seine Wettbewerbsfähigkeit durch Qualifizierung zu sichern. Grundsätzlich gilt es die Ausbildungsreife zu verbessern und einen frühzeitigen Aufbau des Berufsnachwuchses durch eine ganzheitliche und qualifizierte Entwicklung junger Menschen zu sichern.
2. Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie ergeben sich für das Handwerk neue Herausforderungen und neue Möglichkeiten. Ohne das Handwerk wären der Ausbau erneuerbarer Energien, energetische Gebäudesanierung sowie Elektromobilität nicht vorstellbar. Das Handwerk sieht sich hierbei als führenden Ansprechpartner. Hierzu bedarf es entsprechender förderpolitischer und steuerlicher Anreize. Eine sichere, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung muss im Fokus der Energiewende stehen. Die Betriebe des Handwerks tragen mit innovativen Lösungen zur notwendigen Erhöhung der Energieeffizienz bei. Gelingen kann die Energiewende nur, wenn Bürger und Betriebe durch verlässliche politische Entscheidungen und bei gleichzeitiger Vermeidung von Kostenexplosionen einbezogen werden. Gerade im Handwerk wird die Wettbewerbsfähigkeit durch ständig steigende Energie- und Rohstoffpreise zunehmend belastet. Notwendig ist eine verlässliche CO₂-Sanierungsförderung nach 2014 im bisherigen Umfang. Steuerliche Anreize für die Sanierungsförderung von Wohngebäuden bleiben unverzichtbar.
3. Das Handwerk besitzt eine Schlüsselfunktion bei der Verbreitung und Umsetzung neuer Technologien und Produkte aus der Industrie. Hierbei liefert das Handwerk wichtige Impulse für Neuentwicklungen bzw. Weiterentwicklungen durch die Rückkopplung individueller Kundenbedarfe. Aber auch die Entwicklung eigener Lösungen durch die Kombination bestehender und neuer Technologien und Produkte

zeichnet das Handwerk aus. Hier bieten sich neue Marktchancen und Tätigkeitsfelder an, die eine intensive Unterstützung und Begleitung notwendig machen. Darüber hinaus führen neue Kommunikationsformen zu veränderten Absatzstrategien, Kundenstrukturen und damit zu Service und Leistungsansprüchen, denen das Handwerk gerecht werden muss.

4. Unsere Handwerksbetriebe erwarten faire Chancen im Wettbewerb. Dazu gehören der Zugang zu bedarfsgerechten Finanzierungsquellen und öffentlichen Aufträgen, verbunden mit dem Abbau administrativer Hürden. Die Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen darf nicht durch immer engmaschigere Regulierungen erschwert werden. Weiterhin erwartet das Handwerk faire Konditionen bei Krediten, Bürgschaften und Beteiligungen.
5. Die Stärkung der Investitionsförderung ist gerade für die Unterstützung des Wachstums ansässiger Handwerksunternehmen sowie zur Gewinnung neuer Ansiedlungen von großer Bedeutung. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der nach wie vor bestehenden Kapitallücken im Mittelstand. Daher erwartet das Handwerk eine handwerksfreundliche Gestaltung der zukünftigen Förderpolitik.
6. Im Zusammenhang mit der geplanten Funktional- und Gebietsreform sind bedarfs- und handwerksgerechte Lösungen bzw. Strategien zu entwickeln. Dabei ist die regionale Identität des Handwerks zu erhalten.
7. Die EU-Strukturfonds der Förderperiode 2014-2020 sind bezogen auf handwerksrelevante Fördergegenstände und schwerpunktmäßig in folgenden Bereichen umzusetzen: Übernahme Positionspapier? Die EU-Strukturfonds der Förderperiode 2014–2020 sind bezogen auf handwerksrelevante Fördergegenstände und schwerpunktmäßig in folgenden Bereichen umzusetzen: Förderung des organisationseigenen Beratungswesens, Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen einschließlich der Qualifizierungs- und Ausbildungsberater, Förderung von Investitionen in die Bildungsinfrastruktur (Berufsbildungszentren), Förderung von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sowie in öffentliche Hochbauten, Förderung von Projekten und Personal im Bereich der Technologie und Innovation (Technologieförderung „Thüringen – Green Tech“).

Beitrag von Dr. Michael Mertin

Vorstandsvorsitzender Jenoptik AG

Wir haben in Thüringen absolut richtig erkannt, dass zur Zukunftsgestaltung eine vorausschauende Politik mit über die Legislaturperioden hinausreichenden Perspektiven notwendig ist. Damit würde die Politik den langfristig ausgerichteten Planungshorizont von Unternehmern und Investoren teilen und die Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik schaffen. Voraussetzung ist weiterhin, dass die politischen Maßnahmen über die Legislaturperioden hinweg konsistent zur erklärten wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung sind.

Unternehmer und Investoren benötigen zuverlässige, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, eine gute Infrastruktur und gute Ressourcen um dauerhaft bestehen zu können. Entsprechendes erwarten sie von einem Investitionsstandort.

In Thüringen besteht Konsens dazu, ein Wirtschafts- und Innovationsstandort sein zu wollen, sprich insbesondere Unternehmen mit gut ausgebildeter Belegschaft, hochwertigen Arbeitsplätzen und anspruchsvollen Produkten gute Bedingungen zu bieten.

Dazu gehören aus meiner Sicht folgende Faktoren:

1. Wir brauchen eine naturwissenschaftlich-technologisch orientierte **Hochschulstrategie** die bezüglich der Thüringer Bildungslandschaft hohe Ansprüche und klare Schwerpunkte setzt sowie den Hochschulen auf dieser Basis ein zuverlässiges Arbeiten ermöglicht:

Hohe Ansprüche, die insbesondere hinsichtlich der Positionierung der Thüringer Hochschulen im deutschen bzw. internationalen Vergleich, als auch hinsichtlich der Bildungsstandards der Schüler, Studenten und Auszubildenden zur Anwendung kommen. Ziel sollte es nicht sein, 100 Prozent eines Jahrgangs das Abitur und einen Hochschulabschluss zu verschaffen, sondern Bildungsstandards bewusst hoch zu halten bzw. weiter zu steigern. Hohe Standards und Leistungen dienen nicht dem Selbstzweck, sondern sind Grundlage für eine wettbewerbsfähige Bildungs- und Wirtschaftsregion, welche Thüringen sein will.

Klare Schwerpunktsetzung benötigen wir sowohl hinsichtlich der Standortfrage als auch der Gestaltung des Lehrangebots. Wenn wir gute Bedingungen anbieten wollen um schlaue Köpfe in Thüringen zu halten bzw. hierher zu bewegen, wird unter Umständen eine Fokussierung auf weniger Hochschulstandorte, sicherlich aber eine Fokussierung des Lehrangebots notwendig sein, um die zur Verfügung stehenden Mittel effektiv einsetzen zu können. Daneben ist eine weitere Stärkung des Dualen Bildungssystems notwendig. Will Thüringen Innovationsstandort sein, sollten von diesen Schwerpunktsetzungen nicht nur technisch-naturwissenschaftliche Studien- sondern auch Ausbildungsgänge profitieren.

Soll diese Politik von den Bildungseinrichtungen umgesetzt werden, benötigen sie dafür zuverlässige Rahmenbedingungen.

2. Um das generierte Wissen in Wirtschaftsleistung umzuwandeln braucht Thüringen eine effektive und ebenso fokussierte **Förderpolitik**. Forschungs- und Entwicklungsarbeit an hochgradig innovativen und damit wirtschaftlich riskanten Themen innerhalb etablierter Unternehmen, insbesondere jedoch Start-up-Gründer benötigen die Unterstützung des Landes. Bestens Instrument ist die Projektförderung da Mittel gezielt und – gewährleistet

durch die Co-Finanzierung der Unternehmen – marktorientiert eingesetzt werden und erfahrungsgemäß einen hohen Multiplikator erzielen.

Die verfügbaren Ressourcen zur Wirtschaftsförderung sind beschränkt, weshalb ähnlich wie in der Bildungspolitik eine Fokussierung auf zukunftssträchtige, wettbewerbsfähige und exportorientierte Industriezweige mit hoher Wertschöpfung stattfinden muss.

Andere Branchen welche unter Umständen langfristig von Subventionen abhängig sind, wie beispielsweise auch die Solar- und Windindustrie, sollten nicht weiter gefördert werden. Dies geht zwar zulasten kurzfristig positiver Subventionseffekte, dient aber langfristig dem Wirtschaftsstandort und dem gesamten Land.

Teil einer innovationsorientierten Wirtschaftspolitik ist neben gezielter Förderung auch der Abbau politischer Blockaden und unsinniger administrativer Hürden z.B. in der Biotechnologie-Forschung. Diese wird in Thüringen zunehmend unmöglich, was uns wichtige Zukunftspotenziale verbaut.

Wichtiger Schritt einer innovations- und wachstumsorientierteren Förder- und Wirtschaftspolitik wäre eine klare, wenn auch eventuell schmerzvolle Analyse, welche Industrien bzw. Cluster in Thüringen tatsächlich Zukunftspotenzial haben. Dies erfordert eine Gegenüberstellung der Kernkompetenzen unserer Industrie und Bildungsinstitute mit den weltweiten gesellschaftlichen und technologischen Megatrends. Der vom Thüringer Wirtschaftsministerium vorgelegte Trendatlas 2020 zielt bereits teilweise in diese Richtung.

3. Neben einer fokussierten Förderpolitik ist eine weitere Verbesserung der **Infrastruktur** Thüringens notwendig. Innovative, zukunftsorientierte Unternehmen haben den globalen Markt im Visier und pflegen Kontakte weltweit. Die Straßenanbindungen Thüringens sind im Wesentlichen gut. Eine Herausforderung stellt jedoch die mangelnde internationale Fluganbindung Thüringens dar. Diese wird gegenwärtig nicht durch die bestehenden Regionalflughäfen gewährleistet. Stattdessen ist ein Transfer nach Frankfurt, München oder Berlin notwendig. Ich könnte mir vorstellen, dass ein überregionaler Ansatz z.B. der Länder Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen Erfolg hätte, den Flughafen Leipzig zu einem internationalen Hub zu entwickeln. Dies würde neben dem Ausbau des Flughafens auch schnellere Zuganbindungen und das Stoppen der Subventionierung von Regionalflughäfen erfordern, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Thüringens bzw. allgemein Ostdeutschlands jedoch deutlich steigern.
4. Des Weiteren erwarten Unternehmen und Investoren niedrige **steuerliche Belastungen und Abgaben** sowie bezahlbare **Energiepreise**. Thüringen will Wirtschafts- und Innovationsstandort sein. Dazu passt es nicht, dass wie z.B. in Jena die Gewerbesteuer oder die Grunderwerbssteuer und Grundsteuer heraufgesetzt werden. Ich bin überzeugt, dass der damit erzeugte wirtschaftspolitische Schaden die positiven Auswirkungen dieser Steuererhöhungen übersteigt.

Eine ähnliche Belastung stellen hohe Energiepreise dar. Will man produzierendes Gewerbe mit hoher Wertschöpfung und guten Arbeitsplätzen ansiedeln, ist eine zuverlässige und günstige Energieversorgung eine wichtige Stellschraube zur Steigerung der Standortattraktivität. Insbesondere Jena, mit einem der höchsten Strompreise Deutschlands, wird es schwer fallen, energieintensiveres Gewerbe zur Neuansiedlung bzw. zum Ausbau eines Standorts zu bewegen.

5. Letzter und vielleicht grundlegendster Einflussfaktor auf die Standortattraktivität ist das **Selbstverständnis der Politik**, entweder Unterstützer und Förderer der (Privat-) Wirtschaft oder alternativ selbst aktiver Teilnehmer und Verhandlungspartei im Wirtschaftsgeschehen sein zu wollen. Letzteres führt zwangsläufig zu Fehlsteuerungen und schadet der Privatwirtschaft.

Deshalb plädiere ich dafür, die Rekommunalisierung von Betrieben zu stoppen und stattdessen weiter zu privatisieren. Auch politische Einmischungen in die Vertragsfreiheit und z.B. die Tarif- bzw. Entlohnungspolitik sowie Maßregelungen und erzwungenes politisches Wohlergehen z.B. über Vergabegesetze halte ich für kontraproduktiv.

Thüringen hat alle Chancen, sich zu einem attraktiven, wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Innovationsstandort zu entwickeln. Allerdings arbeiten auch andere Länder und Regionen an der Steigerung ihrer Standortattraktivität. Die genannten Themen zur Weiterentwicklung Thüringens sollten deshalb schnell angegangen werden. Ein weiterer Grund sind die tendenziell langen Zeiträume bis zur Wirksamkeit derartiger Maßnahmen. Letztere bestätigen die Wichtigkeit der eingangs aufgestellten These: Thüringen braucht eine vorausschauende Politik mit über die Legislaturperioden hinausreichenden Perspektiven.

Weniger die heute verantwortlichen Akteure, sicherlich aber die agierenden politischen bzw. gesellschaftlichen Parteien werden sich zukünftig die getroffenen Entscheidungen und umgesetzten Maßnahmen auf die Fahne schreiben können oder aber sich dafür rechtfertigen müssen.

Prof. Dr. rer. nat. habil. Alexander Michaelis

Institutsleiter Fraunhofer-Institut für Keramische Technologien und Systeme

Vom Material zum innovativen System

Das Fraunhofer Institut für Keramische Technologien und Systeme IKTS ist mit der erfolgreichen Integration des früheren Hermsdorfer Instituts für Technische Keramik ein seit langen Jahren erfahrener und anerkannter Innovationspartner für die Thüringer Industrie.

Der durch Minister Machnig angestoßene Zukunftsdiskurs Thüringen 2020 adressiert in konkreter Weise die komplexen Herausforderungen, um den Freistaat als attraktiven Standort für Arbeit und Leben in die Zukunft zu entwickeln. Wir sehen gute Chancen, ausgehend von dem erreichten Stand nachhaltig Wachstumspotenziale mit deutlich erhöhtem Wertschöpfungsgrad durch Innovation, Investitionen und vor allem stärkere Unternehmenskooperation entlang der Wertschöpfungsketten in Thüringen zu entwickeln.

Im Rahmen der ausgehend vom Trendatlas im Auftrag der LEG gemeinsam mit Thüringer Akteuren erarbeiteten Potenzialanalyse für das Wachstumfeld Keramik liegen nunmehr die Ergebnisse und Schlussfolgerungen für den weiteren Prozess der regionalen intelligenten Spezialisierung vor.

International gelten keramische Materialien gemeinsam mit den anderen Werkstoffklassen als Enabling Technologies, da sie auf Grund ihrer zum Teil einzigartigen spezifischen Eigenschaftsparameter in nahezu allen technischen Anwendungen essentiell für die Funktionalität und komplexe Leistungsfähigkeit der Systeme sind. Roadmaps auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene weisen die Bedeutung dieser stark wissensbasierten Branche für alle im Zusammenhang mit den Megatrends identifizierten Wachstumfelder bis 2020 und darüber hinaus aus.

Für Thüringen sehen wir für die Zukunft vor allem im Hinblick auf die Frage der Erhöhung der Wertschöpfung ein besonders hohes strategisches Potenzial durch Systemintegration in den Bereichen Energie/GreenTech und MedTech/Opto/MST im Sinne von Smart Systems basierend auf intelligenten Materialinnovationen. Dieses zu erschließen fordert von allen potenziell beteiligten Partnern ein höheres Maß an Kooperationsbereitschaft. Ausgangspunkt dafür sollte eine stärkere Cluster-, netzwerk- bzw. wachstumfeldübergreifende Arbeit – moderiert durch das ThCM – sein. Insofern begrüßen wir besonders den Vorschlag zur Bildung eines Fonds Zukunft Ost zur Prämierung von Leuchtturmprojekten zur Steigerung der Wertschöpfung entlang der Wertschöpfungskette. Der Wettbewerb Zwanzig20 des BMBF hat gezeigt, welche Potenziale im Osten liegen und dieser Prozess sollte weitergeführt werden, so wie es auch von Minister Machnig angeregt wurde.

Von besonderer Relevanz ist aus unserer Sicht das im ZIP angestoßene Programm „Thüringen goes Mittelstand“, das wichtige Lösungsansätze für die erforderliche Stärkung der Innovationskraft und Internationalisierung der zur Zeit noch vorwiegend klein- bzw. mittelständisch strukturierten Thüringer Unternehmen aufzeigt. Die Schaffung innovativer Lösungen für die Wachstumsfinanzierung, Bündelung und Nachfolgeregelungen – so haben unsere im Rahmen der Potenzialstudie durchgeführten Unternehmensbefragungen gezeigt – sind von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der angestrebten Wachstumsstrategie für Thüringen.

Der Systemintegrationsprozess in Thüringen sollte zur Sicherung des kontinuierlichen wissenschaftlichen Vorlaufs im Bereich der Materialien begleitet werden von einer entsprechenden Grundlagen- und angewandten Forschung im Bereich der Smart Materials, hier insbesondere die Topics einheimische bzw. neue maßgeschneiderte Rohstoffe, Funktionswerkstoffe und Materialherstellung und Processing; das gilt im Übrigen in gleicher Weise für die Klasse der organischen Materialien bzw. Kunststoffe, zu denen überdies eine Reihe interessanter Synergie- und Zukunftspotenziale bestehen, die nur durch Überwindung der Abgrenzung zwischen den Materialklassen erschlossen werden können.

Der Freistaat Thüringen verfügt an den Standorten Jena, Ilmenau, Weimar und Hermsdorf über sehr gute, stark industrieorientierte F/E-Community auf dem Gebiet von keramischen Materialien sowie entsprechende Ausbildungseinrichtungen, was eine eindeutige Stärke dieser Branche darstellt. Hier sehen wir – wie im Zukunfts- und Innovationsprogramm angeregt – durchaus Möglichkeiten, in der Zukunft durch Schärfung der Profile und Bündelung die Wirksamkeit von Forschung, Entwicklung und Ausbildung in Thüringen im Hinblick auf die industrielle Wirksamkeit noch effizienter zu gestalten.

Methodisch neuartige Ansätze, wie sie in den Bewerbungen für die BMBF-Ausschreibung Zwanzig20 unter anderem zur Thematik BATTERIE 2.0 Skalierbare, nachhaltige, elektrische Energiespeicher praktiziert wurden, sollten in der Zukunft deutlich gestärkt werden.

Das gemeinsam von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Organische und makromolekulare Chemie IOMC und dem Fraunhofer IKTS, IT Hermsdorf betriebene CEEC Center for Energy and Environmental Chemistry soll ausgehend von den laufenden Forschergruppen weiter ausgebaut und vor allem für die Entwicklung von stationären Stromspeichertechnologien gestärkt werden. Damit orientiert sich das IKTS ausgehend von dem am Standort Hermsdorf angesiedelten GreenTech-Campus regional auch weiterhin stark entlang der A4 in Richtung auf die Impulsregion Erfurt-Weimar-Jena mit einem system- und anwendungsbezogenen Brückenschlag nach Ilmenau.

Beitrag von Dr. Michael Militzer

Vorstandsvorsitzender der MITEC Automotive AG

Zukunftsdiskurs 2020 – Die automobilen Visionen für Thüringen 2020

Für den „automotive thüringen e.V.“ hat 2020 bereits jetzt begonnen. Mit der Konsortialbewerbung zusammen mit dem „ACOD - Automotive Cluster Ostdeutschland“ zum BMBF-Programm „**Zwanzig20 - Partnerschaft für Innovationen**“ legen wir den Grundstein und können 2020 Antworten geben,

- ob sich die Leistungsfähigkeit unserer Branche bewähren konnte,
- ob die über 40 Unternehmen in den Neuen Bundesländern kooperationsfähig waren,
- ob das ThIMo nutzbringend angewendet werden konnte,
- ob wir dem Auftrag für eine „Ressourceneffiziente Wertschöpfungssteigerung“ gerecht geworden sind und
- ob wir es bis 2020 verhindern konnten, dass wir zwanzig Prozent unserer Industriearbeitsplätze in der Zulieferindustrie verloren haben.

Hierfür wird notwendig sein, dass wir die Rahmenbedingungen vorfinden, die die **Produktivität** in Thüringen auf das gleiche Niveau bringt, wie das unserer Wettbewerber im Westen. Dies darf nicht nur nominell beurteilt werden, sondern muss real umgesetzt werden,

- was auch bedeutet, dass Thüringen endlich die „Rote Laterne“ in den Krankheitsstatistiken abgibt,
- was auch bedeutet, dass Thüringen wieder an die Spitze der Flexibilität von Produktionszeiten und Fertigungskorridore zurückkehrt und zwar vollschichtig und auch an Wochenenden, wie es unser Wettbewerb von uns gelernt hat und
- was auch bedeutet, dass unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich als Best Practice ausgewiesen haben, was ihre eigene Qualifizierung und Internationalisierung anbetrifft, das soll heißen, dass die persönliche und örtliche Flexibilität bereits in den Köpfen beginnt.

In 2020 wollen wir auf fünf Jahre zurückblicken, wo wir mit einer neuen Initiative unserer besten Mitgliedsbetriebe, die sich alle Jahre am Tag vor unserem „Branchentag Automotive“ den Schulen proaktiv mit dem **Aktionstag „Automobile Technik ist cool“** (*derzeitiger Arbeitstitel) öffnen, um wieder die besten Schulabsolventinnen und -absolventen motivieren zu können, mit uns gemeinsam Thüringen zu dem „Land der Automobilzulieferindustrie“ zu gestalten.

Dieses „**Land der Zulieferer**“ muss sich aber auch durch gestaltbare Rahmenbedingungen auszeichnen, die den großen und auch kleinen Unternehmen eine Basis für ihr Wirtschaften gibt. Die letzten Krisen haben eindrucksvoll belegt, dass die gerade in unserer Industrie so ungeliebten „Kleinen“ flexibel und dynamisch auf die sich ändernden Marktbedingungen eingestellt hatten: Dennoch, es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um aus der

„Kleinteiligkeit“ größere Einheiten in Thüringen auf Unternehmensebene zu schaffen, wollen wir nicht den Anschluß im globalen, internationalen Wettbewerb verpassen oder ihn gar unmöglich machen. „Thüringen goes International“, dies muss das Ziel sein, Produktion auch in Asien und den USA zur Stützung der lokalen Unternehmen und deren Arbeitsplätze. Ein Umdenken der Unternehmer ist hier gefordert.

Auf der anderen Seite darf es für die „Größeren“ aber keine Hemmnisse geben, wenn man die Inlandsproduktion durch zusätzliche **temporäre Kooperationen und sog. „Über-Kreuz-Beteiligungen“** in benachbarten Regionen oder auch in Übersee stabilisieren will. Denn auch diese Investitionen schützen unsere hiesige Wirtschaftskraft und geben den „Besten von uns“ diejenigen Wachstumschancen, die wir brauchen, um in der Globalisierung mit unseren Partnern und Kunden mitgehen zu können. Dies sind die Erfordernisse unserer Zeit, denn „wer nicht mit der Zeit (Märkten) geht, geht mit der Zeit.

Unsere Vision schließt daher notwendigerweise auch unsere Partner und Kunden ein. In Zeiten abschmelzender Fördertöpfe wird es überlebensnotwendig sein, kreative Alternativen im Portfolio des Freistaats zu haben. Schluss mit der Zuschussmentalität und hin zu einem **„sich refinanzierenden Thüringen-Fond“**, der uns die Möglichkeit gibt, die notwendigen Investitionen durchführen zu können, aber auch vorsieht, die Finanzmittel wieder zurückzuführen. Dies ist ein Teil der Unabhängigkeit, die ein Unternehmer braucht, die sich nicht an bürokratischen Stichtagsregelungen künstlich erzeugter Mehrbeschäftigung (um die Förderung nicht zurückzahlen zu müssen) oder aber politisch verhinderter Flexibilität einer fairen Zeitarbeitsoption, die uns unser Kunde in einer nicht nur „denkenden“, sondern auch „atmenden Fabrik“ nach den jeweiligen Produktabrufen abverlangt. Dies ist die Fairness, die wir brauchen. Denn der Kunde zahlt die Löhne und auch die „fairen Löhne“ nur dann, wenn auch er Gewinne machen kann. Und auch seine Gewinne müssen fair bleiben, das heißt unter vielen anderen notwendigen Regeln,

- Verträge müssen wieder das Papier wert sein, auf dem sie geschrieben sind,
- unsere Kunden müssen sich an unseren Entwicklungskosten beteiligen,
- Gewährleistungs- und Haftungsrisiken müssen kalkulierbar sein und damit auch in den Preisen kalkuliert werden,
- geforderte Flexibilität, muss gelebter Risikobeteiligung gegenüberstehen und
- wir wollen nicht nur Partner der Automobilindustrie heißen, sondern auch Partner sein.

Diese Visionen haben viel mit Gestalten zu tun. Und dieses Gestalten beinhaltet auch das, woran es uns in unserer Industrie in unserem Freistaat am meisten mangelt. Daher darf eine Vision auch einen Wunsch beinhalten, der in 2020 keine Realitätsnähe haben wird und nur aus zwei Buchstaben besteht: „R“ und „D“ - „Research und Development“.

Wenn unsere Automobilzulieferindustrie nicht nur der Motor Thüringens, sondern auch der Antrieb für die automobilen Entwicklungen der kommenden Generation sein würde, der Generationen meines Sohnes und meines Enkels sein würde, dann würden sich die Visionen ganz leicht zu Realitäten wandeln.

Beitrag von Prof. Dr.-Ing. habil. Hans-Ulrich Mönning

Präsident der Ingenieurkammer Thüringen

Thüringer Ingenieure leben und arbeiten im Freistaat Thüringen

Vorbemerkungen

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist der Zeitraum einer Generation verstrichen. Die in die neue Zeit Hineingeborenen nehmen ihren Lebensraum in subjektiver Empfindung der Gegebenheiten wahr. Vergleichsmöglichkeiten müssen sie aus historischen Analysen beziehen. Auch für die Älteren ergeben sich differenzierte Blickwinkel aus den unterschiedlichen Sozialisierungsräumen, die sie bis zur deutschen Wiedervereinigung geprägt haben und die ihre Wahrnehmung aus der Gegenüberstellung von direkt erlebter Vergangenheit und Gegenwart beziehen.

Soweit es sich um technische Sachverhalte handelt, ist mit der normierten, mehr oder weniger objektiven Erfahrungen aus dem Lebens- und Berufsalltag, eine nahezu deckungsgleiche Einschätzung gegeben. Bezüglich der sozialen und kulturellen Faktoren spielen die subjektiven Prägungen des Einzelnen eine entscheidende Rolle.

Zukunftsgestaltung darf jedoch nicht darauf reduziert werden, allein alles neu und anders zu machen. Es ist auch der bewährte Bestand zu sichern und ggf. auszubauen. Aus unserer Sicht wird den Thüringer Besonderheiten in der TMWAT-Ausarbeitung „Zukunft 2020“ nur begrenzt Rechnung getragen, denn nicht alle vorhandenen wichtigen Potenziale werden benannt und berücksichtigt.

(Freiberufliche) Ingenieure in Thüringen

Schon gegenüber dem Trendatlas 2020 wurde von den Verbänden, die die berufspolitischen Belange der Ingenieure in Thüringen vertreten, Kritik geäußert, dass die ingenieurtechnischen Dienstleistungen keine, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Würdigung bzw. Beachtung gefunden haben.

Die Ingenieurleistungen sind in den wissenschaftlichen Leistungsgebieten und Forschungsinstituten als Innovationstreiber der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung integriert. Ingenieurtechnische Dienstleistungen, wie beispielsweise das Bauingenieurwesen, sind aber, insbesondere bezogen auf die gebaute Umwelt, eigenständige Dienstleistungen, die die faktische Grundlage für urbane Strukturen, die Industrieproduktion, die Infrastruktur und weitere, das Wohlbefinden der Gesellschaft beeinflussende Bereiche bilden. Damit andere Branchen boomen können, sind ingenieurtechnische Dienstleistungen eine unabdingbare Voraussetzung - "Sie sind nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts".

In fast allen Berichten werden die meist kulturellen bzw. künstlerischen Leistungen in der wirtschaftlich gefassten „Kreativwirtschaft“ im Zukunftskonzept beachtet. Die ingenieurtechnischen Dienstleistungen finden keine Erwähnung. Wir empfinden dies als einen Makel, insbesondere da erhebliche Wirtschaftspotentiale in diesem Bereich erbracht werden. Ein aktueller Bericht des Statistischen Bundesamtes weist aus, dass jährlich ca. 38. Milliarden Euro Umsatz durch die 344.000 Ingenieurbüros in Deutschland generiert werden. Das ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Thüringen verfügt aufgrund der Tradition des kulturvollen Planens und Bauens über leistungsfähige Ingenieurbüros, die sich bedingt durch

die Bearbeitung von Projekten, aus dem Aufgabenfeld „unterbliebener Wartung und Pflege baulicher Anlagen“, aber auch aus der Beseitigung von Umwelteffekten ein besonderes Fachwissen angeeignet haben. Consulting-Leistung können im Rahmen der in der Zukunftsstudie angesprochenen Internationalisierung einen hohen wirtschaftlichen Effekt entfalten. Da diese Leistungen allerdings mit einem hohen Investitionsaufwand verbunden sind, werden Finanzinstrumente benötigt, die als Voraussetzung für eine Internationalisierung und Marktbehauptung unerlässlich sind. Auch dieser Aspekt ist nicht als eine der wirtschaftlichen Grundlagen im Zukunftspapier erfasst und als künftige Aufgabe definiert worden. Ein Zukunftspapier muss diesem Gesichtspunkt Rechnung tragen, um als Türöffner für Nachfolgeindustrientwicklungen, die durch ingenieurtechnische Dienstleistungen vorbereitet werden könnten, zum Nutzen des Freistaats zu fungieren.

Auch das Thema Fachkräfte und Ausbildungskapazitäten, das nicht kurzfristig „hippen“ Themen, weil scheinbar innovativ und trendig, geopfert werden darf, ist in Thüringen mehr Beachtung zu schenken. Schon heute beklagen die Bauindustrie, die Büros und die Verwaltungen fehlende Absolventen aus dem Bauingenieurwesen und sehen mit Schrecken, dass die Ausbildungskapazitäten im Bauingenieurwesen immer weiter zurückgefahren werden und noch weiter zurückgefahren werden sollen.

Ingenieure leben in Thüringen

Das TMWAT-Zukunftspapier greift die zu erwartenden ökonomischen und demographischen Randbedingungen im Freistaat Thüringen auf. Eine umfassende Reflektion erfolgt aber nicht. Zudem scheinen die getroffenen Schlussfolgerungen nur teilweise plausibel, denn Thüringen besitzt individuelle territoriale Randbedingungen, die nicht negiert werden dürfen. Die Diktion des Schriftsatzes mutet zudem derart an, dass es außer einer uneingeschränkten Konzentration auf die Städte Erfurt, Weimar und Jena, also die schon in der öffentlichen Diskussion stehende „Dreistadt-Metapher“, anscheinend keine alternativen Entwicklungsziele in der Landesplanung gibt. Das Dreistadt-Modell „Erfurt-Weimar-Jena“ soll zwar ein funktionalkoordiniertes Gebilde sein und „wie eine Stadt“ entwickelt und gedacht werden, bleibt aber in der textlichen und wahrscheinlich auch gedachten Formulierung nur bei dem visionären Ausblick, zwischen Erfurt, Weimar und Jena ein städtebauliches Konglomerat und damit einen Agglomerationsraum von mehr als 500.000 Menschen zu schaffen. Eine solche Vision ist in dieser Form nicht durchsetzbar und widerspricht den vorhandenen sozialen Strukturen. Es wäre fatal und auch kontraproduktiv aus historisch gewachsenen Städten einen gesichtslosen und damit „künstlichen“ Großraum zu gestalten und die Bereiche dazwischen für eine Besiedlung mit Industrie und Wohnstätten „aufzufüllen“. Thüringen lebt und bezieht seine Identität durch eine überschaubare Kleinteiligkeit. Im Übrigen würde durch den Ausbau des Ballungsraums der Achse Erfurt-Weimar-Jena defacto eine Riegelwirkung im Freistaat erzeugt und Thüringen in „nördlich“ und „südlich“ der Dreistadttagglomeration aufgeteilt. Zweifellos erfordern die eingangs genannten Bedingungen ein angepasstes Raumverständnis, insbesondere im Kontext zur ländlichen und städtischen Daseinsfürsorge. Eine alleinige Fokussierung auf Konzentration, Wachstum und große Strukturen benachteiligt kleinere Städte und Gemeinden. Die Polarisierung auf „Metropolen“ und ländlichen Raum ist kontraproduktiv.

Wenn eine Gebiets- und Verwaltungsreform, in sinnvoller Weise unter Wahrung der Besonderheiten des Freistaates, als Zukunftsvision angestrebt wird, ergeben sich auch finanzielle Vorteile, die der wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaates zu Gute kommen. Darüber hinaus ist die Kleinteiligkeit und die Bevölkerungsanzahl der ostdeutschen Länderstruktur ein wirtschaftliches Hemmnis. Das langfristige Streben muss dahin gelenkt werden, aus den Bundesländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt einen gemeinsamen Staat zu schaffen.

Insofern muss eine tragfähige Zukunftsvision auch ein Stück notwendige Reparatur von Versäumnissen nach der Wiedervereinigung sein, die durch die föderale Struktur in

Abwägung von Verwaltungsaufwand und wirtschaftlich kulturellem Nutzen nicht den im Grundgesetz verankerten Vorteil erbringt.

Beitrag von Gudrun Münnich

Präsidentin des DEHOGA Thüringen e.V.

Herausforderung Tourismus

Mit seiner enormen wirtschaftlichen Bedeutung und seiner besonderen Leistungsfähigkeit ist der Tourismus und insbesondere das Gastgewerbe als Hauptleistungsträger ein entscheidender Wirtschaftsfaktor für eine erfolgreiche Zukunft unseres Freistaates Thüringen.

Das erklärte Ziel der Landestourismuskonzeption ist es den Wachstum und die Wertschöpfung im Thüringen-Tourismus deutlich zu erhöhen. Thüringen muss als Tourismus- und Dienstleistungsland weiter wachsen und sich gegen andere Tourismusregionen nachhaltig behaupten. Langfristig muss das touristische Profil Thüringens weiter geschärft, der Bekanntheitsgrad als Reiseland erhöht und damit auch Aufwind in Hotellerie und Gastronomie gebracht werden.

Wir sind auf einem guten Weg. Die Zahlen der Ankünfte und Übernachtungen in Thüringen entwickeln sich stetig positiv. Negativ zu beurteilen ist leider der Umsatz im Gastgewerbe. Hier gilt es ein entsprechendes Preis-Leistungsverhältnis zu etablieren. Und Potenzial ist ausreichend vorhanden. Wir haben unseren Gästen in Thüringen viel zu bieten. Der Freistaat kann attraktive Regionen und Tourismusmagnete vorweisen, jedoch müssen wir weiter mit allen Tourismusakteuren zusammen an einer optimalen Außendarstellung für Thüringen arbeiten. Gemeinsam müssen wir unsere Kräfte bündeln und eine kooperative und enge Abstimmung zwischen den politischen Kräften und den Leistungsträgern anstreben bzw. ausbauen.

Dazu gehören natürlich auch eine zielgerichtete Förderung und verlässliche politische Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Nichts desto trotz müssen wir alle an einer stetigen Qualitätsverbesserung arbeiten, vorhandene Potenziale besser ausschöpfen und uns mit den Anforderungen unserer Gäste an eine touristische Zukunft intensiv auseinandersetzen. Dies ist eine große Herausforderung für uns alle. Wir sind gefordert, Qualität auf allen Leistungsstufen zu bieten und damit zu überzeugen. Deshalb muss im Zentrum unserer Arbeit, im täglichen Umgang mit unseren Gästen, immer der Aspekt Qualität stehen. Um Qualitätsmängel zu beseitigen, aber auch neue Angebote und Standards zu etablieren, bedarf es an Mut zur Veränderung als auch der nötigen Selbstdisziplin.

Permanente Veränderung ist eine Konstante der heutigen Zeit. Kontinuität bei gleichzeitiger Innovation und Qualität – Bewährtes weiterentwickeln und nicht stehenbleiben ist die Devise. Qualität und Dienstleistung verinnerlichen und leben, für unsere Gäste, für unser Land Thüringen und dessen touristische Zukunft.

Mit einem Qualitätsmanagementsystem für Dienstleister, dem Qualitätssiegel ServiceQualität Deutschland in Thüringen, gibt der DEHOGA Thüringen gemeinsam mit dem HOGA Förderverein und der Unterstützung des Thüringer Wirtschaftsministeriums den touristischen Unternehmen die Möglichkeit dazu, die Qualität im Betrieb zu sichern und diese nachhaltig auszubauen. Als Grundlage für die zukünftige Vermarktung sollte dies durch die touristischen Organisationen in Thüringen von den Leistungsträgern eingefordert werden.

Unsere wichtige Zukunftsaufgabe ist es, die Wertschätzung und Wahrnehmung der Hoteliers und Gastronomen in Thüringen weiter zu steigern, insbesondere auch um den drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und zu verdeutlichen, wie wichtig unsere Unternehmen im Gesamtgefüge der Wirtschaft und für die Gesellschaft sind.

Beitrag von Klaus Nützel

Präsident der Handwerkskammer für Ostthüringen

Zukunftsdiskurs Thüringen 2020 – Herausforderungen auch für das Ostthüringer Handwerk

Das Thüringer Handwerk steht in den kommenden Jahren vor immensen Herausforderungen, die es – gemeinsam mit der Politik zu meistern gilt. Drei Themenschwerpunkte spielen dabei eine besondere Rolle: die Nachwuchs- und Fachkräftesicherung, die Nachfolgeregelung im Handwerk sowie die Energiewende.

1. Nachwuchs- und Fachkräftesicherung

Den größten Stellenwert nimmt die Nachwuchs- und Fachkräftesicherung ein. Allein bis zum Jahr 2020 sinkt die Bevölkerungszahl in Thüringen um nochmals zehn Prozent. Diesen demografischen Wandel spürt das Handwerk bereits seit vielen Jahren in besonderem Maße. Rückläufige Schulabgängerzahlen sind ein Hauptgrund dafür, dass eine Vielzahl von angebotenen Lehrstellen im Ostthüringer Handwerk unbesetzt bleiben müssen. Um dem entgegenzuwirken, ist es wichtig, Jugendliche frühzeitig mit der Berufswahl vertraut zu machen und sie bei der Berufsorientierung zu unterstützen.

Eine Maßnahme, die sich dabei besonders bewährt hat, ist das Projekt „Berufsstart Plus“. Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe sieben erhalten praktische Einblicke in eine Vielzahl von handwerklichen Ausbildungsberufen und werden auf ihrem Weg zu Berufswahl aktiv begleitet. Neben der Berufsfindung trägt dieses Projekt wesentlich dazu bei, den Abbrecherquote in der Ausbildung zu senken. Das Projekt „Berufsstart Plus“ ist es deshalb aus Sicht des Ostthüringer Handwerks unbedingt fortführen und gegebenenfalls zu einer Regelleistung auszubauen.

Gleichzeitig muss das Potenzial, das sich an den Gymnasien bietet, stärker für Führungspositionen im Handwerk genutzt werden. Deshalb ist es wichtig, künftige Abiturienten für eine Ausbildung im Handwerk zu begeistern und ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie nach einer handwerklichen Ausbildung über verschiedenen Studiengänge Führungs- und Leitungspositionen im Handwerk einnehmen können. Das Projekt „Pro Studium“ für Gymnasiasten ist deshalb auch in den kommenden Jahren zu intensivieren und zu fördern.

Durch die Zentralisierung von Berufsschulstandorten ist es für viele jungen Menschen unattraktiv geworden, einen Beruf mit weiten Wegen zum Lernort in Kauf zu nehmen. Diese langen Wege zur Berufsschule sind abschreckend und kontraproduktiv für die Ausbildung künftiger Fachkräfte. Deshalb ist es wichtig, die Mobilität junger Menschen zu fördern, um auch diese zentralen Schulstandorte attraktiv zu machen.

Nicht zuletzt müssen Jugendlichen, denen es noch an der Ausbildungsreife mangelt, entsprechende Unterstützungsangebote unterbreitet werden. Möglichkeiten hierfür bieten unter anderem das „Nullte Ausbildungsjahr“, Einstiegsqualifizierung vor einer Ausbildung oder aber ausbildungsbegleitende Hilfen.

2. Unternehmensnachfolge

Im Ostthüringer Handwerk suchen in den kommenden zehn Jahren zirka 1700 Unternehmen einen Nachfolger. Damit stehen allein rund 16 Prozent der Ostthüringer Handwerksunternehmen vor der Aufgabe, die Unternehmensübergabe vorzubereiten.

Gerade diese kleinen und mittleren Unternehmen sind es, die den Wirtschaftsstandort Thüringen prägen, für eine entsprechende Wertschöpfung vor Ort sorgen und damit Arbeitsplätze in der Region schaffen.

Um diese Unternehmen auch künftig durch geeignete Nachfolger fortführen zu können, ist es notwendig, ein Förderprogramm zur Unternehmensnachfolge aufzulegen. Junge Existenzgründer, die sich für die Übernahme eines etablierten Handwerksunternehmens entscheiden, müssen auf Unterstützung durch verschiedene Förderinstrumente des Freistaates bauen können. Dabei ist es von existenzieller Bedeutung, die Beratungsangebote der Handwerkskammer für Unternehmer weiter auf hohem Niveau beizubehalten und durch geeignete Förderinstrumente seitens des Freistaates zu unterstützen.

3. Energiewende

Die Energiewende bietet für eine Vielzahl von Handwerksunternehmen enorme Chancen und Herausforderungen, um sich neue Potenziale im Markt zu erarbeiten. Rund 100.000 Mini-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sollen bis zum Jahr 2020 deutschlandweit installiert werden. Hinzu kommen zirka 1,5 Millionen Wärmepumpen, die in den kommenden Jahren vor dem Einbau stehen. Nicht zu vergessen sind Solar- und Photovoltaikanlagen.

Besonders hervorzuheben ist jedoch die energetische Gebäudesanierung. So werden laut einer Studie bis zum Jahr 2020 rund 30 Milliarden Euro in energetische Haussanierungen investiert – doppelt so viel wie heute. Maurer, Stuckateure, Installateure, Isolierer und viele andere Gewerke sind dafür unverzichtbar. Um die energetische Gebäudesanierung voranzutreiben, sind aber steuerliche Anreize unerlässlich. Nur durch diese Förderung ist es möglich, dieses ehrgeizige Ziel zu erfüllen und damit das Handwerk in besonderem Maße zu unterstützen.

Mit der Energiewende sind jedoch auch Preissteigerungen verbunden, die viele Handwerksberufe, belasten, wie beispielsweise die energieintensiven Gewerke wie Textilreiniger oder Bäcker.

Entlastung kann aber nur entstehen, wenn Ausnahmeregelungen für die Großindustrie, wie beispielsweise bei der EEG-Umlage, abgeschafft werden. Gleicher Wettbewerb für alle lautet deshalb die Forderung des Handwerks. Wettbewerbsverzerrungen zwischen Großindustrie und mittelständischen Unternehmen gehören deshalb auf den Prüfstand.

Das Handwerk selbst setzt bei der Energiewende aber auch vermehrt auf eigene Einsparpotenziale. Der Steigerung der Energieeffizienz in den Unternehmen kommt deshalb eine Schlüsselfunktion für die Umsetzung der Energiewende zu.

Dabei ist aber eine entsprechende Förderung der Beratungsleistungen in den Unternehmen unerlässlich, um die Ressourceneinsparung in den kommenden Jahren weiter voran zu treiben.

Fazit: Das Ostthüringer Handwerk sieht in den kommenden Jahren vielfältige Herausforderung auf sich zu kommen. Gemeinsam mit der Landesregierung kann es gelingen, diese Herausforderungen als Chance zu begreifen. Vor allem der Nachwuchs- und Fachkräftesicherung kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Hier setzt das Handwerk weiter auf eine adäquate Unterstützung und Förderung durch den Freistaat, um das Handwerk in der Region in seiner Vielfalt und Qualität zu erhalten.

Beitrag von Dr.-Ing. Ulrich Palzer

Institutsdirektor der IAB – Institut für Angewandte Bauforschung Weimar gGmbH

Die Diskussion um die Zukunft Thüringens ist nicht zuletzt auch eine Diskussion um die Innovationsfähigkeit von Thüringer Unternehmen. In Zeiten starker Konkurrenz aus Ländern mit niedrigen Fertigungskosten, sind Neu- und Weiterentwicklungen von Verfahren und Produkten die einzige Chance auf Dauer wichtige Marktsegmente zu besetzen bzw. zu verteidigen und Auslandsmärkte zu erschließen. Thüringer Unternehmen müssen sich stärker auf internationalen Märkten positionieren, um die überdurchschnittlichen Wachstumschancen zu nutzen, die gerade die wirtschaftliche Dynamik in Schwellenländern bietet. Im Rahmen laufender Optimierungs- und Rationalisierungsprozesse finden nur wenige Unternehmen Raum, notwendige Schritte in den Bereichen Forschung und Entwicklung zu gehen und damit verbundene wirtschaftlichen Risiken auf sich zu nehmen. Thüringer Unternehmen investieren nur etwa 1 % des Bruttoinlandproduktes in Forschung und Entwicklung. Zudem erschwert die geringe Unternehmensgröße Innovationsaktivitäten, da nicht auf eigene Forschungskapazitäten zurückgegriffen werden kann. Hier ist es aus meiner Sicht Aufgabe der Politik, Unternehmen gezielt zu unterstützen. Es gilt, leistungsstarke, innovative Forschungspartner mit Wirtschaftsunternehmen zu vernetzen und eine neue Balance zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu befördern. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die von der Thüringer Regierung in der Zukunftsagenda 2020 angestrebte wachstumsorientierte Industriepolitik. Eine erfolgreiche Wachstumspolitik können jedoch nur innovative Unternehmen realisieren. Ausschließlich innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen schaffen Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen in Innovationen sind also ein entscheidender Schlüssel zum Erfolg.

Die in der Vergangenheit von der Bundesregierung vorangetriebene Implementierung der wirtschaftsnahen Forschung konnte die Lücke zwischen der Grundlagenforschung an Universitäten und den Problemstellungen der Praxis schließen. Viele erfolgreiche Neuentwicklungen bestätigen den eingeschlagenen Weg. Die Stärkung des dreifachen Bundes zwischen Universitäten, wirtschaftsnahen Forschungsinstituten und Wirtschaftsunternehmen muss ein Etappenziel auf dem Weg zur Steigerung der Innovationskraft Thüringens sein.

Wichtig ist jedoch, für Forschung und Entwicklung Schwerpunkte mit zukunftsfähigen Potentialen herauszuarbeiten. Die in der Förderpolitik derzeit zu beobachtende Konzentration auf Spitzentechnologie lässt zunehmend Technologiesektoren wie das Bauwesen unbeachtet. Aber gerade hier müssen künftig Investitionen gesichert werden, denn gerade das Bauwesen mit Millionen Beschäftigten stellt einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor in Deutschland dar. Bauen ist Grundlage von Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Zudem werden in diesem Technologiefeld gigantische Massenströme bewegt und verarbeitet. Hier haben kleine Innovationen großes Potential, können besonders nachhaltige Entwicklungen vorangetrieben werden. Kein anderer Industriebereich kann größere Einsparpotentiale an nicht erneuerbaren Ressourcen erzielen. Kleine Innovationen bei der Baustoffherstellung, wie beispielsweise bei der Herstellung von Zement, führen aufgrund gewaltiger Produktionsmengen zu gravierenden Reduzierungen im Primärenergieverbrauch und beim Ausstoß an CO₂.

Die stärkere Ausrichtung auf Energie- und Ressourceneffizienz ist eine zwingende Notwendigkeit und ist durch die Politik stärker und gezielter zu unterstützen. Mit der Intensivierung der Förderung grüner Technologien kann und muss ein Zeichen gesetzt werden. Ressourceneffizienzkriterien müssen Teil der Förderpolitik sein. Maßgebliche

Umsetzungsschritte sehe ich in der Schnittstelle zwischen Privatwirtschaft und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen. Signifikant für deren Erfolg ist die Stärkung wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen, die als kontinuierliche Impulsgeber hier einen entscheidenden Beitrag leisten können.

Weiterhin wird der Bausektor selbst zu einer der größten Herausforderungen für die Politik werden, denn der demografische Wandel stellt uns künftig vor gewaltige Infrastrukturprobleme. Die unumgängliche Umnutzung ganzer Teilgebiete Thüringens erfordert in den Ballungsräumen wachsende Investitionen in die bestehende Infrastruktur. Demgegenüber muss in den Abwanderungsgebieten über Rückbaumaßnahmen nachgedacht werden. Dabei ist grundsätzlich die Effizienz unserer Infrastruktur zu verbessern. Neben planerischer und baulicher Optimierung ist insbesondere die Steigerung der Systemlebensdauer ein wichtiger Schritt. Innovationen sind in diesem Prozess unabdingbar.

Herkömmliche Lösungen haben in vielen Bereichen ausgedient. Neue Ideen sind gefragt. Doch von der Idee bis zur Lösung ist es ein weiter Weg oder wie Thomas Alva Edison zum Thema Innovation einmal bemerkte: „Erfinden ist zwei Prozent Schöpferkraft und achtundneunzig Prozent Arbeit.“ Um diese Arbeit tun zu können, sind Investitionen zwingend erforderlich. Die Wirtschaft braucht eine leistungsfähige Forschungslandschaft. Dazu muss die Politik ihre Förderung intensivieren. Wenn Politik, Forschung und Wirtschaft einen gemeinsamen Weg gehen, kann Zukunft gelingen. Davon profitieren Thüringer Unternehmen und damit letztlich der Freistaat selbst.

Beitrag von Hans Christoph Poppe

Präsident der Hauptverwaltung in Sachsen und Thüringen der Deutschen Bundesbank

Gedanken zur Zukunft Thüringens

Beim Stichwort „Thüringen“ fallen mir spontan die folgenden Attribute ein: Seine zentrale geografische Lage, seine dynamische Vielfalt mit daraus erwachsenen Wirtschaftskernen und schließlich die Attraktivität seiner Städte und Landschaft. Diese Eigenschaften des Freistaates Thüringen sollten weiter gestärkt werden.

Für die Wirtschaft ist ein investitionsfreundliches Klima mit anreizkompatiblen Rahmenbedingungen besonders wichtig. Dazu zählen langfristig und damit berechenbar angelegte Förderprogramme ebenso wie eine gute Infrastruktur. Auf diese Weise werden Investitionen der heimischen Unternehmen, aber auch das Engagement von Investoren aus anderen Regionen sowie des Auslands gefördert. Investitionen tragen maßgeblich zu einem Wirtschaftswachstum bei, welches wiederum für ein hohes Beschäftigungsniveau und auch ausreichende Steuereinnahmen sorgt.

Soweit die wohl allgemein anerkannte Theorie, die in die Praxis umzusetzen aber auf mehreren Politikfeldern große Anstrengungen erfordert.

Die Vielzahl gesellschaftlicher, technischer und ökonomischer Veränderungen haben zu komplexen Wirkungszusammenhängen geführt, die unser Gemeinwesen bestimmen. Dies gilt es, bei der Gestaltung der Zukunft zu beachten, d. h. „gut gemeint ist noch längst nicht gut gemacht“. Dies bedeutet aber auch, dass eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung die Festlegung klarer Prioritäten und Verantwortlichkeiten erfordert.

Und schließlich: Wirtschaftsförderung – direkt oder indirekt – kostet das Geld der Steuerzahler. Deshalb kommt einer transparenten und berechenbaren Vergabep Praxis eine besondere Bedeutung zu. Der interessierte Bürger muss nachvollziehen können, dass staatliche Förderung in ihrer Zielstellung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung dient. Entsprechendes gilt für Strukturmaßnahmen. Auf diese Weise sind „WIR“ Thüringen.

Der schulischen und betrieblichen Ausbildung sollte höchste Priorität eingeräumt werden. Gut ausgebildete Menschen sind nicht nur das wichtigste Potential einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, sondern auch mit ihrem Wissen um Entscheidungsalternativen in unserer Gesellschaft mündige Staatsbürger.

Ein Land ist nur bei einer ausreichenden finanziellen Ausstattung handlungsfähig und in der Lage, auf Notwendigkeiten angemessen reagieren zu können. Der Thüringer Weg der Schuldenbegrenzung bzw. ihres längerfristigen Abbaus ist daher ein weiterer Eckpfeiler erfolgreicher Zukunftsgestaltung.

In der marktwirtschaftlichen Ordnung teilen sich staatliche Stellen, Unternehmen und Einzelpersonen die Regelungs- bzw. Entscheidungskompetenzen, die dann auch die Übernahme der jeweiligen Verantwortung nach sich ziehen.

Für die Unternehmen bedeutet dies, dass sie bei einem wirtschaftlichen Misserfolg die Folgen einer Insolvenz selbst zu tragen haben. Denn würde der Zusammenhang zwischen

Gewinnchancen und Risikotragung relativiert oder ganz aufgehoben, wie dies aus übergeordneten Gründen einzigartig bei einzelnen Banken geschehen ist, entfiele damit die Legitimation des marktwirtschaftlichen Systems.

Die bereits erwähnte Komplexität unserer Gesellschaft erschwert zuweilen eine klare Abgrenzung zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Tätigkeiten. Eine solche Abgrenzung ist aber wegen des Zusammenhangs zwischen Verantwortung und Handlungskompetenz besonders wichtig: Hier der Staat mit der sog. Daseinsvorsorge und der kraftvollen und nachhaltigen Setzung von Rahmenbedingungen und Standards, dort die Wirtschaft, die sich auf dem level playing field im Rahmen der Gesetze zu beweisen hat und ihre eigene Verantwortung trägt. So gehört zu staatlichen Maßnahmen z. B. das Eingehen besonderer Kreditrisiken zugunsten der Förderung junger Unternehmen mit neuen Geschäftsideen, während es Aufgabe der privaten Kreditwirtschaft ist, die Einlagen ihrer Kunden zur Kreditversorgung von Unternehmen und Privatpersonen unter Hereinnahme üblicher Sicherheiten einzusetzen.

Je stärker der Bürger Sinn, Zweck und Verantwortungstragung von Aufgaben erkennen kann, umso mehr akzeptiert er „sein“ Gemeinwesen, d. h. umso mehr kann er sich mit seinem (Bundes)-Land identifizieren. So wäre möglichst vielen Menschen die App „Das ist Thüringen“ zu empfehlen: Als Bürger kann man ruhig ein bisschen stolz sein auf dieses Land.

Beitrag von Günther Richter

Landesgeschäftsführer Thüringen des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft e.V. (BVMW)

Aus der Sicht des Thüringer Mittelstands sind für die Zukunftsfähigkeit nachstehende Voraussetzungen notwendig, um für die künftigen Herausforderungen gewappnet zu sein:

1. Wie entstehen künftig neue Arbeitsplätze bzw. werden bestehende gesichert?

Gesellschaftliche Orientierung auf die Gründung neuer innovativer Unternehmen und das Engagement der Jugend zur Übernahme von Firmen im Rahmen des anstehenden Generationswechsels. Das erfordert die Stärkung und Anerkennung von Unternehmertum sowie eine reale öffentliche Darstellung der Leistungsträger im Mittelstand. Sie schaffen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze und stehen mit ihrem Vermögen in persönlicher wirtschaftlicher und sozialer Verantwortung bzw. Haftung.

2. Planungssicherheit durch die Politik

Zuverlässige Rahmenbedingungen bilden wichtige Grundlagen unternehmerischer Entscheidungen für Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung. Nur dann besteht die Bereitschaft für zukunftsfähige Investitionen und langfristig darstellbare Finanzierungen. Gleiches gilt für die Wettbewerbsfähigkeit im Zusammenhang mit der Preiskalkulation z. B. bei den Energiekosten und Löhnen.

3. Einheit von Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit

Der Erhalt von Flexibilität, die Gewährleistung personeller Voraussetzungen sowie Chancengleichheit gepaart mit dem Engagement der Mitarbeiter und einer zielorientierten Unternehmensführung bilden die Basis für Erfolge.

Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit bilden eine Einheit, um bei Schwankungen in der Auftragslage im Binnenmarkt und Auslandsgeschäft in der Zukunft zu bestehen.

Beitrag von Dr.-Ing. Sabine Sändig

Geschäftsführerin Günter-Köhler-Institut für Fügetechnik und Werkstoffprüfung GmbH Jena

Ohne Forschung und Entwicklung keine Innovationen – ohne Innovation kein Wachstum

Wo liegt der Schlüssel für Thüringens Zukunft? Das ist gerade in Zeiten des herannahenden Wahlkampfes wieder eine oft und heiß diskutierte Frage. Und das ist gut und richtig so. Zwingt es uns doch, uns mit wichtigen Zukunftsfragen zu beschäftigen. Dafür sollte uns jeder Anlass willkommen sein. Sicher, jeder denkt über die Zukunft seines Unternehmens, seines Institutes, seines Arbeitsplatzes, seiner Familie ja auch seine ganz persönliche Zukunft nach. Aber wann gibt es die Gelegenheit und was ist die geeignete Plattform einmal gemeinsam über die Zukunft unseres Landes nachzudenken. Deshalb halte ich den Zukunftsdiskurs Thüringen 2020 für wichtig.

Ich bin mir sicher, jeder zeichnet ein etwas anderes Bild von unserem Land im Jahr 2020. All diese Bilder aber haben eines gemeinsam. Sie sind Puzzlestücke eines großen Ganzen ähnlich den Bildern eines Kaleidoskops, das uns in Kindertagen so fasziniert hat, spiegelt es die Facetten gesellschaftlichen Miteinanders wieder. Jeder von uns einen anderen Blickwinkel, bringt andere Lebenserfahrungen ein. Zukunftsverantwortung heißt auch, seine Herkunft zu kennen. Das hat nichts mit Rückwärtsgewandtheit zu tun.

Erfolg versprechende Strategien müssen in geeigneter Weise an die Identität eines Landes, einer Organisation, eines Unternehmens anknüpfen. In der Wirtschaft sprechen wir davon, dass nur das, was von den Kunden als strategieadäquat wahrgenommen wird, einen Beitrag zur Profilierung leistet. Für die Forschung hat es Hubert S. Markl, Präsident DFG 1986-91, Präsident Max-Planck-Gesellschaft 1996-2002, treffend formuliert: „Forschung ist immer das Weiterforschen, wo andere aufgehört haben, das Weiterbauen auf Grundsteinen und Gerüsten, die andere vorbereitet haben...“

Spannungsfeld Tradition - Zukunftssicherung

Aus meiner Sicht tun wir gut daran, die Zukunft Thüringens nach bestem Wissen und Gewissen zu gestalten. Maßvoll und verlässlich. Auf der Basis unserer Traditionen. Ziel muss eine nachhaltige Entwicklung der Thüringer Wirtschaft verbunden mit wirtschaftlichem Wachstum als Basis sozialer Sicherung und Gerechtigkeit sein.

Soziale Gerechtigkeit bedeuten für mich zunächst einmal gute Arbeit und faire Löhne. Das heißt, wollen wir soziale Gerechtigkeit, müssen eine niedrige Arbeitslosigkeit, eine geringe Inflation und niedrige Steuern für Bürger und Unternehmen wesentliche Eckpfeiler politischer Entscheidungen sein.

Schauen wir uns die Wachstumstreiber für die nächsten zehn Jahre an, sehen wir, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen wesentlich durch das verarbeitende Gewerbe sowie industriennahe Dienstleistungen bestimmt sein wird. Die industrielle Produktion hat in Thüringen einen hohen Stellenwert und besitzt eine große Bedeutung für die volkswirtschaftliche Leistungskraft Thüringens. Viele Wirtschaftsbereiche hängen direkt oder indirekt von der Produktionstechnik ab. 27,3% der Bruttowertschöpfung in Thüringen im Jahr 2012 wurde durch das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) erbracht - im Vergleich

zu Gesamtdeutschland mit 26 %. [„Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2012“ Reihe 1, Band 1; Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" im Auftrag des Statistischen Bundesamtes].

Im produzierenden Gewerbe Thüringens waren im Jahr 2011 rund 165.500 Menschen in 1826 thüringischen Industrieunternehmen beschäftigt und erzielten einen Umsatz von ca. 32 Mrd. Euro. [Thüringer Landesamt für Statistik]. Zudem werden mit rund 53.000 Euro die höchste Bruttowertschöpfung je Beschäftigten erwirtschaftet und gleichzeitig die stärksten Zuwächse verzeichnet. [IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH, Datenbasis 2011]

Diese Entwicklung ist das Ergebnis der Aufbauleistung engagierter Menschen in den letzten zwanzig Jahren. Dabei waren und sind die Unternehmen mit ihren Entscheidungen einem ständigen Wandel des Umfeldes ausgesetzt: Kunden, Wettbewerber, demografische Landschaften, Gesetze...Und immer wieder haben sie mit kreativer Energie traditionelle Technologien mit High-Tech verknüpft und umgekehrt. Zu den Stärken der Thüringer Wirtschaft gehören heute hochspezialisierte KMU ausgerichtet am Bedarf der Kunden. Viele besetzen mit Innovationen und technologischen Spitzenleistungen Nischenpositionen als Spezialanbieter auf Basis kundenspezifischer Lösungen. Dabei heißt und heißt es, aufmerksam und beweglich bleiben, Chancen und Risiken immer wieder neu abwägen.

Gegenwärtig wird die industrielle Produktion nahezu aller Branchen weltweit durch drei Megatrends bestimmt:

- Verknappung von Ressourcen,
- Verkürzung von Produktlebenszyklen und
- Individualisierung von Produkten.

Um konkurrenzfähig zu bleiben, stehen sowohl Großunternehmen als auch klein- und mittelständische Zulieferer vor der Herausforderung, neue Produkte immer schneller zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Zudem führt der Trend zu individuellen kundenspezifischen Produktlösungen zu einer immer stärkeren Variantenvielfalt. Das bedeutet für die Unternehmen, in kürzerer Zeit als bisher einen höheren Entwicklungsaufwand zu bewältigen. Sie benötigen flexible und zugleich energie- und ressourceneffiziente Fertigungsverfahren für die wirtschaftliche Herstellung komplexer, kundenindividueller Produkte in kleinen Stückzahlen. Während Großunternehmen entsprechende Entwicklungsabteilungen vorhalten, verfügen gerade Thüringer KMU in der Regel nur über begrenzte Entwicklungskapazitäten.

Durch stark gestiegene Energie- und Rohstoffpreise rückt außerdem das Thema der Endlichkeit vieler Ressourcen verstärkt in den Fokus der Unternehmen. Lange schien eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigen Rohstoffen und Energie kein Problem zu sein. Dies hat sich angesichts der jüngsten Entwicklung bei den Energie- und Rohstoffpreisen grundlegend geändert. Die mittelständisch geprägten Unternehmen Thüringens befinden sich als Zulieferer in einem Spannungsfeld zwischen den Rohstofflieferanten einerseits und Großunternehmen als Hauptabnehmer ihrer Produkte andererseits. Aufgrund dieser Abhängigkeit und des starken Konkurrenzdruckes untereinander können sie die Preiserhöhungen i.d.R. nicht an ihre Kunden weitergeben. Sie werden daher immer stärker gezwungen, Materialressourcen möglichst effizient zu nutzen und in Produkte mit einer höheren Funktionsdichte umzusetzen.

Die erfolgreiche Weiterentwicklung der Fertigungstechnik ist also von zentraler Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit der produzierenden Unternehmen, welche durch die angewandten Verfahren, die eingesetzten Fertigungsmittel, eine entsprechende Fertigungsorganisation und das Know-how der Mitarbeiter bestimmt wird, sicherzustellen.

Wettbewerbsfähigkeit ist die Voraussetzung für Wachstumsfähigkeit der Unternehmen. Erhalt und Steigerung erfordern:

- neue innovative Produkte/ Verfahren oder Dienstleistungen und deren Marktumsetzung (z.B. durch Verwertung von FuE-Ergebnissen)
- Verbesserung der Produktionsverfahren (Steigerung der Produktivität)
- gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte

Alle 3 Punkte sind eng verknüpft mit Innovationsaktivitäten. Forschung und Entwicklung sind einer der Wachstumstreiber der Wirtschaft.

Ohne Forschung und Entwicklung keine Innovationen – ohne Innovation kein Wachstum

Die Weichenstellung, ob Wachstum angestrebt wird, erfolgt im Unternehmen. Dazu setzt es sich Ziele (z. B. neue Produkte durch eigene FuE) und wird zunächst eigene Ressourcen mobilisieren. Thüringer Unternehmen investieren jedoch nur etwa ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung. Zentrales Problem sind das Fehlen größerer forschungsintensiver Unternehmen und die kleinteilige Unternehmensstruktur. Folge sind Finanzierungsschwierigkeiten für FuE, eine geringe Dichte des FuE-Personals in der Thüringer Wirtschaft, viele Unternehmen verfügen über keine eigene FuE-Abteilung, und Probleme bei der Marktumsetzung.

Die Schaffung von innovationsfördernden Rahmenbedingungen und die Bereitstellung von zusätzlichen Potenzialen kann den Prozess des Wachstums verstärken oder auch erst ermöglichen. Die unterstützende Wirkung der FuE-Förderung mittelständischer Unternehmen der letzten Jahre ist deutlich nachweisbar. Wettbewerbsfähigkeit, Marktchancen, Beschäftigungswirkung und Output forschender Thüringer KMU verbesserten sich in den letzten Jahren kontinuierlich.

Die weitere Stärkung und der Ausbau des Innovationssystems Thüringens ist daher für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Thüringer Unternehmen und damit für die Zukunft Thüringens ein bestimmender Faktor. Die Ausgangsbasis ist gut. Thüringen verfügt über eine breite Forschungslandschaft und leistungsstarke Forschungsakteure.

Die acht wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen Thüringens sind aufgrund ihrer industrienahen Ausrichtung heute maßgebliche Partner bei der Entwicklung und der direkten Umsetzung von innovativen Technologien zahlreicher Thüringer Unternehmen. Dieses industrienaher Forschungspotenzial ist mit seiner hohen Wirkung auf die mittelständischen Unternehmen von entscheidendem Einfluss im Hinblick auf die Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und damit auf das Wirtschaftswachstum in Thüringen. Die in den letzten 20 Jahren erreichten Ergebnisse branchenspezifischer Forschungs-, Entwicklungs- und Transferleistungen für die Thüringer Industrie und insbesondere für die KMU können sich sehen lassen. Wir sogenannten „WINAFO“ haben uns auch Dank der Förderung des Bundes und Landes aber auch durch permanente Leistungsbereitschaft als eine feste Größe in der Innovationslandschaft etabliert und sind heute anerkannte Forschungsakteure nicht nur in Thüringen. Ausschließlich projektfinanziert stellen wir uns dem Wettbewerb aller Forschungsakteure um Forschungsmittel, wobei wir infolge fehlender Grundfinanzierung Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt sind. Einige von uns spielen in strukturschwachen Regionen eine wichtige Rolle als Initiatoren, Organisatoren und Moderatoren von FuE-Kooperationen und FuE-Netzwerken des innovativen Mittelstandes. Die Stärkung gemeinnütziger wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen unterstützt direkt den Technologietransfer in die Thüringer Wirtschaft und hilft die Zukunftsinvestition „Industrieforschung“ sichern.

Ohne Forschung und Entwicklung keine Innovationen und ohne Innovation kein Wachstum. An der Zielstellung, die FuE-Ausgaben endlich auf die Marke von 3 Prozent des BIP zu

steigern, führt nichts vorbei. Wie so oft, geht es um das „Wie“. Die steuerliche Absetzbarkeit von FuE-Ausgaben zu verbessern, ist ein möglicher Weg. Ich halte diesen dennoch für falsch, gerade mit dem Blick auf Thüringen. Eine steuerliche Absetzbarkeit von FuE Ausgaben widerspricht dem Anliegen, den Mittelstand zu fördern und ist aus meiner Sicht kontraproduktiv für einen Fokus „Thüringen goes Mittelstand“. Nutznießer einer solchen „Innovationspolitik“ wäre in erster Linie die Großindustrie. Außerdem besteht die große Gefahr, dass diese Förderung zu Lasten anderer bewährter Förderprogramme und der Möglichkeit gezielter Innovationsanreize geht.

Erfolgsversprechender für Thüringen erscheint mir die konsequente Stärkung unseres Innovationssystems durch die Fortsetzung der mit dem Trendatlas eingeleiteten und auf Zukunftsbranchen ausgerichteten Industriepolitik sowie den weiteren Ausbau der Kooperation der Thüringer Industrie mit den Forschungsakteuren. Beide Seiten des Innovationssystems benötigen und befruchten einander und tun gut daran, sich zukünftig noch intelligenter als bisher zu vernetzen - auch entlang von Prozeß- oder Wertschöpfungsketten. Ohne das wir bestimmte Fertigungs-/ Prozeßtechnologien in der hiesigen Industrie vor Ort haben, wird es langfristig betrachtet auch keine Forschung in diesen Technologien mehr geben, werden bestimmte Berufe nicht mehr oder zu wenig nachgefragt und in der Folge nicht mehr in Thüringen ausgebildet. Damit wiederum würden der „verbleibenden“ Industrie Fachkräfte und Forschungspartner fehlen – eine Abwärtsspirale käme in Gang. In diesem Zusammenhang gilt es auch der Gefahr des Abwanderns von Technologie-Know How und Kapazitäten an andere Standorte im Zusammenhang mit den nach 20 Jahre Aufbauleistung vielfach anstehenden Unternehmensnachfolgen und Eigentümerwechseln zu begegnen. Hier sollten Imagekampagnen der Politik und IHK'n ansetzen und ein entsprechendes Bewußtsein schaffen.

Was für die Unternehmen gilt, gilt auch für die Forschung...die Notwendigkeit der Bündelung kleinteiliger Industrieforschung zu größeren Einheiten (unter Wahrung von Spezifika!). Neue Forschungspartnerschaften zwischen den Universitäten, Fachhochschulen und den anwendungsstarken Forschungseinrichtungen Thüringens untereinander im Zusammenwirken mit der Industrie und deren Förderung sehe ich als einen Ansatz für mehr Wachstum. Dabei sollte die Kooperation auf Generierung von Wissen auf allen Ebenen der Innovationskette ausgerichtet sein und gleichzeitig der weiteren Profilbildung der einzelnen Forschungsakteure dienen. Ein wesentliches Moment in diesem Prozess ist auch die Stärkung und weitere Professionalisierung der vorhandenen Cluster- und Netzwerkstrukturen.

Beispiel für die neue Qualität derartiger Forschungspartnerschaft wird das Thüringer Zentrum für Maschinenbau (ThZM) sein und als solches wird es sich beweisen müssen. Unter dem Leitbild Maschinenbau: flexibel – präzise – ressourcenschonend bündeln zukünftig die folgenden fünf Wissenschaftseinrichtungen Thüringens:

- TU Ilmenau (+Koordinierungsstelle)
- Fachhochschule Schmalkalden
- EAH Jena
- Gesellschaft für Fertigungstechnik und Entwicklung Schmalkalden (GFE)
- Günter-Köhler-Institut für Fügetechnik und Werkstoffprüfung (ifw) Jena

ihr Know-How in der Produktionsforschung.

Das ifw in Jena wird also eines der Trägerinstitute sein. Das Thüringer Wirtschaftsministerium wird bis 2017 insgesamt 15 Mio. EURO als Anschubfinanzierung zur Verfügung stellen. Damit stehen eine Anlaufstelle und die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, um insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Weiterentwicklung ihrer Produktions- und Verfahrenstechnik und den eingesetzten Fertigungsmittel zu unterstützen. Ich finde es gut, dass bewusst auf schlanke Strukturen gesetzt wurde und

der Hauptteil der Mittel in die direkte Förderung von Projekten fließen wird. Wir alle wissen, das zukünftig verstärkt flexible Fertigungsverfahren und Betriebsmittel benötigt werden, um sowohl eine effiziente kundenindividuelle Massenproduktion zu realisieren als auch komplexe, kundenindividuelle Produkte in kleinen Stückzahlen wirtschaftlich herstellen zu können. Hier müssen und werden wir gemeinsam ansetzen. Dabei wird ein Beirat aus Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft die strategische und fachliche Ausrichtung unterstützen.

Nun liegt es an uns, die neue Qualität der Forschungsk Kooperation auf der Basis qualifizierter Roadmaps in den nächsten Jahren so auszugestalten, das sie in Synergie mit anderen Wachstumsbereichen nachhaltig zu einer weiteren Stärkung der Leistungskraft Thüringer Unternehmen beiträgt. Das ist unsere Zukunftsverantwortung, die wir mit der Unterzeichnung der Vereinbarung zur Gründung des ThZM übernommen haben. Das ifw wird sich dieser Verantwortung mit seiner ganzen Fachkompetenz stellen – auf der Basis seiner Traditionen und mit Weitblick für die Zukunft. Denn wie gesagt, müssen Erfolg versprechende Strategien in geeigneter Weise an die Identität eines Landes, einer Organisation oder eines Unternehmens anknüpfen. Und deshalb wünsche ich mir von der Politik einen konstruktiven Parteien übergreifenden Zukunftsdialog und ein nicht von Legislaturperioden geprägtes Handeln sondern Kontinuität gerade in der Innovationspolitik. Kontinuität in der Innovationspolitik über Legislaturperioden hinweg bietet eine tragfähige Basis nachhaltiger erfolgreicher Entwicklung. Das kann einer der Schlüssel für Thüringens Zukunft sein. Natürlich ist dies nur eine der vielen Facetten. Es ist mein Blick auf die Dinge. Vorausschauende Politik benötigt viele weitere Facetten und Blickwinkel. Mich fasziniert auch heute noch der Blick in das Kaleidoskop aus Kindertagen. Und auch deshalb freue ich mich auf interessante Diskussionen um und für die Zukunft Thüringens.

Beitrag von Univ.-Prof. Dr. rer. nat. habil Dr. h. c. Prof. h. c. mult. Peter Scharff

Rektor der TU Ilmenau

Thüringen ist traditionell ein Innovationsland. Will es auch in Zukunft erfolgreich sein, muss es weiterhin auf Innovationen und Kreativität setzen! Dabei müssen Forschungseinrichtungen und Wirtschaft jene Wachstumsfelder bearbeiten, die die Landesregierung im „Trendatlas 2011 – Innovationen für Thüringen“ als Megatrends identifiziert hatte. Forschung und Entwicklung auf diesen Gebieten sind von der öffentlichen Hand besonders zu fördern.

Hochschulen sind als Forschungs- und Entwicklungsstandorte von ihrem Wesen her prädestiniert, Innovationen und Kreativität zu generieren. Daher muss die Leistungsfähigkeit des gesamten Thüringer Hochschulsystems zumindest erhalten, wenn nicht ausgebaut werden.

Hochschulen sind nur dann in Forschung und auch Lehre stark, wenn sie gut mit der Wirtschaft vernetzt sind. Um diese Zusammenarbeit in Thüringen zusätzlich zu befördern, sollten „institutionelle Kooperationsmodelle“ Wissenschaft – Wirtschaft erprobt und gegebenenfalls ausgebaut werden. Solche strategischen Kooperationen unterstützen und optimieren die Aufgabenerfüllung beider Partner in Forschung, Lehre und Weiterbildung und fördern den Technologietransfer. Da sie von Fall zu Fall unterschiedliche Schwerpunkte und Ausprägungen haben, ist eine hohe Flexibilität gewährleistet. Die einzelnen Kooperationsvereinbarungen gehen über herkömmliche projektbezogene Zusammenarbeit hinaus und beinhalten unter anderem die Vereinbarung gemeinsamer Berufungen, die Förderung von Stiftungsprofessuren und die Anerkennung eines Partners aus der Wirtschaft als An-Institut.

Bei der Industrieansiedlungspolitik sind vornehmlich forschungsorientierte Unternehmen zu berücksichtigen, und hier insbesondere solche, die über Forschungs- und Entwicklungsabteilungen verfügen. Aber auch Hightech-Unternehmen ohne eigene F&E-Abteilung profitieren von der Zusammenarbeit mit einer Universität. Die moderne Infrastruktur und Laboratorien aufzubauen, die sie für ihre Forschung benötigen, kostet viel Geld und Zeit. Technologiezentren der Hochschulen, in denen sich Unternehmen auf Zeit einmieten können, sind eine praktikable und kostengünstige Alternative und bieten zusätzlich hinsichtlich Personal und Know-how ein fruchtbares Umfeld. Besonders vielversprechend für die Ansiedlungspolitik sind, nicht zuletzt als Schnittstellen zur Industrie, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie Fraunhofer-Institute, Max-Planck-Institute, Helmholtz-Zentren, DLR usw. Sie sollten daher vermehrt in Thüringen angesiedelt werden.

Nicht nur in den Hochschulen, auch in den verhältnismäßig finanzschwachen KMU ist die Zahl in Thüringen angemeldeter Patente – äußerer Nachweis für Kreativität und Innovation – im Bundesvergleich ernüchternd. 2012 standen 590 Patentanmeldungen in Thüringen mehr als 14.000 jeweils in Bayern und Baden Württemberg gegenüber. Angesichts der Tatsache, dass in Thüringen, anders als in den übrigen 15 Bundesländern, weder Firmen, noch Hochschulen, eine finanzielle Unterstützung bei der Anmeldung von Patenten von Seiten der öffentlichen Hand erhalten, muss zur Steigerung der Anmeldungszahlen das Patentwesen in Thüringen intensiv gefördert werden.

Die Zahl der Industrie- und Handelskammern ist zu überprüfen und bei Arbeitsüberschneidungen, mangelnder Effektivität usw. anzupassen. Um den notwendigen Nachschub an Personal für Wissenschaft und Wirtschaft zu gewährleisten, sind

Bildungsangebote zu konsolidieren und gegebenenfalls zu straffen. Angesichts des Fachkräftemangels und aufgrund der demografischen Entwicklung sowie zurückgehender Abiturientenzahlen in den neuen Bundesländern ist die Internationalisierung Thüringens in allen Handlungsfeldern voranzutreiben. Die Beschäftigtenstruktur der TU Ilmenau beweist, dass, wer erst einmal hier ist, bei entsprechend attraktiven Angeboten und Anreizen auch bleibt. Um die weichen Ansiedlungsfaktoren zu stärken, muss die äußere Wahrnehmung Thüringens als klassisches Kulturland im Herzen Deutschlands intensiver in den Vordergrund entsprechender Kampagnen gestellt werden.

Angesichts häufig zu beobachtender Inkonsistenzen und unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen ist die Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Kultusministerium auszubauen. Nur so ist eine zielgerichtete Politik aus einem Guss zu erreichen – Voraussetzung dafür, den wirtschaftlichen Herausforderungen effektiv zu begegnen.

Beitrag von Armin Schild

Bezirksleiter Industriegewerkschaft Metall Bezirk Mitte (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen)

Thüringer ENDLOSSCHLEIFE - Den Ausbruch wagen

Wo wir stehen:

Die Mathematik kennt die Struktur eines „Möbius’schen Bandes“. Dies ist ein, in sich verdrehtes Band, auf dem man, wie einer Endlos-Schleife gehend, ein Ziel nicht erreichen würde. Die Besonderheit dieser Struktur liegt darin, dass auch die vermeintliche Abkürzung, der Weg über die Kante des Bandes, nicht zum Seitenwechsel oder Ausbruch führt, sondern man immer wieder auf ein und derselben Seite, demselben Weg wandelt.

Dieses Bild lässt sich sehr wohl auf die Thüringer Wirtschaftspolitik der beiden Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung übertragen: Man hat etwas bewegt – aber verändert hat man nichts.

Dass wir erst heute die zukünftige Wirtschafts- und Industriestruktur für den Freistaat nicht nur intensiv und konkret diskutieren, unter Beteiligung aller wichtigen Gruppen und mit klaren Zielen, obwohl die Landesregierungen sich seit mehr als 20 Jahren daran versucht haben, ist sinnbildlich für die Misere in der wir stecken und für die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wenn Minister Machnig nunmehr, und nicht nur unter uneingeschränkten öffentlichen Beifall, eine solche intensive, konkrete und beteiligungsorientierte Debatte eingeleitet hat, ist das zu begrüßen und dafür gebührt ihm auch Dank; jedenfalls derer, die es gut mit den Menschen in Thüringen meinen!

Der Blick auf die aktuellen wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Indikatoren macht sehr schnell deutlich, warum heute von einer Zielerreichung noch längst keine Rede sein kann. So verharren die Thüringer Löhne auf einem Niveau von etwas mehr als zwei Dritteln im Vergleich zu Westdeutschland. Der Abstand bei den Effektivemkommen wird nicht kleiner. Jüngste Versuche der IG Metall, im Gegenzug zu flexiblen Lösungen für die Betriebe das Niveau des Weihnachtsgeldes auf West-Niveau zu heben, wurden von den Metallarbeitgebern zurück gewiesen. Die Leiharbeitsquote ist die höchste im bundesweiten Vergleich und der Freistaat ist Spitzenreiter bei prekärer Beschäftigung, was für die Betroffenen nicht nur akut niedrige verfügbare Einkommen, sondern auch Altersarmut bedeutet.

Vergleichsweise niedrige Löhne, unsichere Beschäftigung, das treibt geradezu die besonders qualifizierten in der jungen Generation in den Westen und Süden Deutschlands. Für die Zukunft des Freistaates heißt das, die Altersstruktur der Bevölkerung wird sich ungünstig entwickeln und Altersarmut wird in Thüringen weit verbreitet sein.

Für eine lohnenswerte Zukunft bleibt also noch viel zu tun.

Was zu leisten ist:

Es wäre kein Problem, ein Klagelied mit vielen Strophen über die Thüringer Verhältnisse anzustimmen. Jedoch wäre auch dies bestenfalls nur die musikalische Begleitung zur

Wanderung auf der Endlosschleife. Klagelieder gehören ans Grab. Thüringen ist nicht tot, sondern quicklebendig. Die Menschen sind gut qualifiziert, die Lage und Verkehrsanbindung ist chancenreich, der Mix aus schöner Natur, einmaliger Kulturlandschaft, Bildung und Forschungseinrichtungen die Maßstäbe setzen bietet im Grunde beste Voraussetzungen für eine nachhaltig erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung.

Aber Thüringen hat auch Probleme. Eines der Kernprobleme ist, dass eben die Endlosschleife nie verlassen wurde. Aus dem jüngsten und qualifiziertesten Bundesland 1991 ist in 2013 das mit der schlechtesten Bezahlung, den unsichersten Jobs gemacht worden. Nach der deutsch-deutschen Einigung haben Landesregierungen und andere Akteure im Freistaat einen neoliberalen Großversuch gestartet. Nicht etwa "besser statt billiger" war die Botschaft, die gerade in diesem Bundesland die richtige gewesen wäre, in dem die Voraussetzungen dafür in besonderer Weise gegeben war. Die fatale Botschaft wichtiger Repräsentanten Thüringens, auch die von ehemaligen Wirtschaftsministern, bis zur letzten Landtagswahl war: Wir sind die Billigen! Damit wurde die Endlosschleife in Gang gesetzt. Damit muss jetzt Schluss sein.

Vor diesem Hintergrund war im Übrigen die zugeschriebene Rolle der Thüringer Gewerkschaften in Zeiten der CDU-Alleinregierung im Endstadium der Vogel-Ära und der Fortschreibung unter MP a.D. Althaus, das Singen von Klageliedern auf Endlosschleifen. Reduziert auf die Kritik und gekoppelt mit jeglicher Verweigerung auch nur einer ernsthaften Zurkenntnisnahme von aufgezeigten Alternativen, wurden die Thüringer Gewerkschaften und der DGB an den Katzentisch der Politik gestellt. Dass dies nun anders ist, haben die Thüringer Wählerinnen und Wähler so gewollt und, bei aller notwendigen parteipolitischen Neutralität, dafür haben wir im Interesse unserer Mitglieder und der Mehrheit der Menschen in Thüringen hart gearbeitet. Wir werden in diesem Sinne auch kein Zurück auf die Endlosschleife akzeptieren.

Dabei obliegt es nun den Thüringer Gewerkschaften mit ihren Ideen nicht hinter dem Berg zu halten, sondern offen Notwendigkeiten zur Veränderung – für ein besseres Thüringen auszusprechen. Dafür ist der Zukunftsdialoog des TMWAT nicht nur Mittel zum Zweck, sondern aus unserer Sicht auch der ideale Punkt an dem die Debatte zu führen ist.

Wirtschaftspolitik unterliegt schnell dem Trend zur Reduktion auf Unternehmenspolitik. Das ist jedoch verkürzt, denn im Gegensatz zu Kammer-Präsidiien werden Landesregierungen von den Menschen und nicht von bestellten Geschäftsführern oder Eigentümern gewählt. Die Interessen der Mehrheit der Menschen müssen im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen. Regierungen sind dem Wohl des Landes verpflichtet, nicht den Interessen der Anteilseigner.

Somit ist nicht alles, was aus unternehmerischer Sicht (manchmal auch nur kurzfristig und scheinbar) sinnvoll ist, auch am Ende gut für das Land und die Menschen. Nicht jede Neuansiedlung, nicht jede genehmigte Sonntagschicht, oder jede geförderte Investition und längst nicht jede geförderte Maßnahme sind gut für die Bürgerinnen und Bürger.

Es gilt das Thüringen Modell, die Möbius-Schleife aus Lohndumping und Prekarität zu durchbrechen. Somit darf politisches Handeln auch nicht die Reaktion auf Handlungszwänge von außen sein. Politisches Handeln muss die Wirklichkeit gestalten, entlang definierter Ziele durch konsequente und konzertierte Aktivitäten all' derer, die davon Betroffen sind.

Im Fokus der IG Metall stehen dabei zwei zentrale Themenfelder. Wir sehen die Notwendigkeit zur weiteren Konkretisierung Zieldefinition für die zukünftige Industrie-, Wirtschaft- und Erwerbsstruktur und zur verbindlichen Verabredung von Aktivitäten in der Ausgestaltung von "Guter Arbeit". Gute Netzwerke aus technologiegetragenen Industriebetrieben und Gute Arbeit für die Menschen, das sind die beiden Anker, die wir werfen müssen, um die Endlosschleife zu verlassen. Sie müssen die Basis der wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaats sein.

Arbeit

Angesichts der Zahlen des Thüringer Landesamtes für Statistik mag es vordergründig absurd erscheinen, in einem Land dem künftig Erwerbspotenzial massiv fehlen wird und angesichts einer Bevölkerung die schnell altert und schrumpft, ausgerechnet die Gestaltung des Erwerbslebens als eine Kernaufgabe politischen Handelns zu benennen. Bei Licht betrachtet geht es jedoch darum! Solange die eigene Hände Arbeit für den Großteil der Menschen im Land der einzige Weg ist zu einem akzeptablen Maß an Sicherheit und Wohlstand zukommen, solange braucht es den politischen Fokus genau auf diesen Punkt.

Bei aller Betonung auf eine, wie auch immer geartete und aus meiner Sicht nicht hilfreiche, Kleinteiligkeit Thüringens existieren natürlich auch im Freistaat Leitbranchen mit Signalwirkung für den gesamten Standort. Dazu ist völlig zweifelsfrei die Metall- und Elektroindustrie zu zählen. Nicht ohne Grund war das Motto der Tarifbewegung 2013 für diese Branche „Plus für uns – plus für alle“. Wir wissen um die Leitstern-Rolle dieses wichtigen Industriezweigs.

Stellvertretend für den gesamten Wirtschaftsstandort will ich für die Metall- und Elektroindustrie Notwendigkeiten für einen Ausbruch aus der Thüringer Möbius-Schleife für die Punkte Arbeitszeit, Bildung, Soziale Sicherheit, Zugang zu Arbeit und bewusst zuletzt für die Situation der Löhne skizzieren.

Arbeitszeit

Die gesetzliche Obergrenze für die wöchentliche Arbeitszeit liegt bei 48 Stunden. Wer nun glaubt, dass sei ein vom Gesetzgeber definiertes Maximum, welches in der Realität nicht anzutreffen sei, sollte das Abenteuer wagen und Beschäftigte im Dienstleistungsbereich nach ihren Arbeitszeiten fragen. Neue Erkenntnisse wären hier gewiss.

Laut Manteltarifvertrag gilt für die Metall- und Elektroindustrie Thüringens eine wöchentliche Arbeitszeit von 38 Stunden. Die eher unscheinbare Differenz zu westlichen Tarifgebieten von 3 Stunden wöchentlich summiert sich auf das Jahr hochgerechnet jedoch auf nahezu einen ganzen Monat, den die Thüringer MetallerInnen länger arbeiten als beispielsweise ihre Hessischen KollegInnen.

Trotz Fachkräftemangel und Verweisen auf eine rückständige Produktivität [Die es im Übrigen nicht in allen Wirtschaftsbereichen zu gleichen Teilen gibt.] muss die Debatte um einer Umverteilung der Arbeit und Verkürzung der Arbeitszeit geführt werden. Wie lange sich die Thüringer Metallerinnen und Metaller die Ungerechtigkeit der längeren Arbeitszeit noch anschauen ist offen, aber alles andere als unendlich. Dies wäre dann eine tarifpolitische Frage. Politisch zu regeln, wenn auch nicht auf Landesebene, wäre eine Absenkung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit. Darüber sollte aus unserer Sicht auch gerne öffentlich gestritten werden.

Sehr wohl auf Landesebene regelbar wäre eine harte Durchsetzung des gesetzlichen Sonntagsarbeitsverbotes. Den Vollzug dieses Gesetzes hat der Bund in die Hände der Länder gelegt. Denn auch die Arbeit an Sonn- und Feiertagen greift ebenso in die Vereinbarkeit von Lebens- und Arbeitswelt ein, wie beispielsweise überlange Arbeitszeiten. Denn auch das gute Kinderbetreuungsangebot in Thüringen hilft bei Sonderschichten an Wochenenden oder rollenden Schichtsysteme gar nichts. Thüringen hatte mit der ersten Fassung eines Kriterienkatalogs für die Genehmigung von Sonn- und Feiertagsarbeit eine bundesweite Vorreiterrolle inne. An diesem Punkt sollten die Gespräche mit den Thüringen Gewerkschaften fortgesetzt werden.

Bildung – Weiterbildung

Die Frage nach einer Beschäftigungsfähigkeit bis zum Renteneintritt steht neben Fragen der direkten Arbeitsbelastung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsangeboten. Weiterbildung im Arbeitsleben darf nicht auf die Frage von Qualifizierung im Betrieb reduziert werden. Wer von seinen Mitarbeitern einen Willen zum stetigen Lernen erwartet, darf ihnen Zugang zu Bildung im persönlichen und individuellen Bereich nicht verweigern. Aus diesem Grund braucht es einen gesetzlich geregelten Anspruch auf Bildungsurlaub für alle Beschäftigte.

Folgt man der Argumentationslinie Thüringer Arbeitgeber-Organisationen, so würden damit einhergehende Belastungen die Unternehmen vor unüberwindbare Hürden stellen. Eine Gefährdung des Wirtschaftsstandorts lässt sich allerdings anhand eines gesetzlich geregelten Bildungsurlaubsanspruch nicht erkennen. Das Beispiel Hessen führt deutlich vor Augen, dass hier in unmittelbarer Nachbarschaft keine Unternehmen an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben wurden, sondern das Gegenteil ist der Fall. Hier wird der Bildungsurlaub von den Betriebs- und Tarifparteien als gutes Instrument völlig akzeptiert. Und nur nebenbei, Hessen ist gerade als Kläger gegen den Bundesfinanzausgleich aufgefallen und nicht als bedürftiges Land, das aus eigener Kraft die anstehenden Aufgaben nicht schultern könnte. Nicht ohne Grund hat die schwarz-rote Landesregierung sich den Bildungsurlaub selbst auf die Agenda, in den Koalitionsvertrag gesetzt. Wir sagen: Versprechen müssen gehalten und Verträge erfüllt werden!

Zusätzlich bedarf es einer besseren Durchlässigkeit der Bildungswege. Die Aufnahme eines Studiums an eine Hochschulreife zu bündeln ist schlichtweg nicht zeitgemäß. Es gilt hier Hürden abzubauen und mit altem Denken vom Wert eines Abiturs aufzuräumen. Die EU hat erkannt, dass wir immer noch über zu wenige Absolventen tertiärer Ausbildungsgänge verfügen. Im weltweiten Run um Innovation und Kreativität, müssen Hürden im Zugang zu einem Hochschulabschluss abgebaut werden und gesonderte Förderwege aufgezeigt werden. Wir sehen hier eine Notwendigkeit zu einem stärkeren Engagement der Landesregierung für Beschäftigte mit Berufsabschluss. Gute, aber noch ausbaufähige Ansätze liefert hier der Weiterbildungsscheck der Landesregierung. Dieses Programm sollte ausgebaut und noch besser beworben werden. In der betrieblichen Praxis ist das Programm noch zu wenig bekannt.

Soziale Sicherung

Auch oder vielleicht erst recht in Thüringen ist der HartzIV-Schock nach der Umsetzung der Agenda2010 noch immer immanent. Die Angst bei drohender Arbeitslosigkeit nach nur einem Jahr in die Grundsicherung zu fallen und damit Repressionen staatlicher Fürsorgeeinrichtungen ausgesetzt zu werden ist für ArbeitnehmerInnen drückend. Dem Wunsch nach emanzipierten Beschäftigten die aufrecht ihre Rechte wahrnehmen und ihre Arbeitsbedingung selbst mitgestalten, wirkt dies massiv entgegen. Hier gilt, dass eine Landesregierung nicht korrigieren kann, was eine Bundesregierung durch verfehlte Ansätze falsch macht.

In Thüringen stagniert der Anteil älterer Arbeitsloser auf hohem Niveau. Die Beschäftigung von älteren ArbeitnehmerInnen reduziert sich in Besorgnis erregendem Ausmaß auf prekäre Jobs. Die Aussicht auf Erwerbstätigkeit am Ende des Erwerbslebens darf aber keine prekäre sein.

Es braucht einen speziellen Ansatz zur Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen. Anders als bei der Malus-Regelung in der Wirtschaftsförderung bei überbordender Leiharbeit, wäre aus unserer Sicht eine Bonus-Regelung für einen ausgewogenen Altersmix in der Belegschaft wünschenswert. Dieser Mix muss nachhaltiges Engagement in der Berufsausbildung, der

Weiterbildung zum Aufstieg der Beschäftigten und Modelle zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit bis zum Renteneintritt aufweisen.

Zum Übergang in den Ruhestand verfügt die IG Metall über gute Ansätze zur Vermeidung von Rentenabschlägen. Gut wäre eine Selbstverpflichtung der Tarif- und Sozialpartner an dieser Frage tarifpolitisch und betriebspolitisch weiterzuarbeiten. Der Landesregierung käme hierbei die Rolle zu einer solchen Selbstverpflichtung der Tarifpartner den Weg zu bereiten. Als Beispiel sei hier genannt, dass der Manteltarifvertrag für die Metall- und Elektroindustrie Thüringen im Unterschied zu anderen Tarifgebieten noch keinen Kündigungsschutz für ältere ArbeitnehmerInnen kennt. Genau dies wäre aber ein wichtiges und richtiges Signal um auf die Notwendigkeit des längst existenten demografischen Wandels zu reagieren.

Öffentlich geförderte Beschäftigung

Der Arbeitsmarkt in Thüringen ist stark segmentiert. Erfreulicherweise greifen die Ansätze des Programms „Thüringen braucht dich“, welches auf Jugendliche und junge Erwachsene abzielt, die zum Zugang zur Erwerbsarbeit eine zweite Chance benötigen. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt und auch die Generation der unter 35-jährigen findet zunehmend aufgrund des Fachkräftebedarfs Zugang in den ersten Arbeitsmarkt.

Jedoch haben die bisherigen Programme und auch der Druck des Fachkräftemangels zu keiner Besserung der Situation älterer Arbeitsloser geführt. Die Alterskohorte ab 50 Jahren verharrt, wie bereits oben beschrieben, in einer stets zu hohen Arbeitslosigkeitsquote. Damit auch ältere Arbeitslose in ausreichendem Maß einen Zugang zurück in den Arbeitsmarkt erhalten, braucht es ein deutliches Mehr an Engagement. So finden sich gute Ansätze beispielsweise in der Förderrichtlinie zu den Lohnkostenzuschüssen für Bedürftige. Dieses Programm ist jedoch finanziell unterausgestattet, der Bedarf ist signifikant höher als Volumen möglicher Förderung.

Es darf in der Frage einer öffentlich geförderten Beschäftigung keine Denkverbote geben. Wenn eine größere Gruppe der Gesellschaft dauerhaft vom Arbeitsmarkt schlichtweg ausgeschlossen bleibt, so entspricht es eben nicht politischem Handeln, hiervor die Augen zu verschließen. Aus unserer Sicht braucht es allen Sparvorgaben des Finanzministers zum Trotz und abweichend vom Vorrang investiver vor konsumtiver Landesausgaben mehr Geld für eine öffentlich geförderte Beschäftigung. Nur so können auch die bislang ausgeschlossenen Älteren ihre Leistungsfähigkeit abrufen und bei einer Koppelung an Beschäftigungszusagen durch Übernahme im einsetzten Unternehmen sich ihre Existenz fern von staatlichen Transfers finanzieren.

Löhne- und Gehälter

Es bleibt beim Grundsatz der Lohnfindung durch die Tarifparteien – eine andere Position wird die IG Metall nie vertreten. Dort wo jedoch durch Tariffucht oder Entzug von Tarifverhandlungen Arbeitgeberverbände bis zur Unkenntlichkeit erodiert sind und Tarifverträge zwar in der Nachwirkung immer noch gelten aber in ihrer Entgelthöhe schon längst sittenwidrig sind, dort und genau dort hilft der allgemeinverbindliche, flächendeckende und gesetzliche Mindestlohn. Er entbindet nicht die Tarifvertragsparteien von ihrer Verantwortung aber er hilft den Menschen im Land und das sollte die Maxime politischen Handelns sein. Thüringen wird auf dem bisherigen niedrigen Lohnniveau nicht konkurrenzfähig im Wettbewerb um Fachkräfte sein. Dabei können Vorzüge wie beispielsweise eine gute Versorgung mit Kinderbetreuungsangeboten dieses Gap zu Westdeutschland nicht wettmachen. Es gilt die Billigschleife endlich zu durchbrechen. Wo es möglich ist, ist dies die Aufgabe der Tarifparteien und dort wo dies nicht möglich ist, braucht es eben den Gesetzgeber. Deshalb war die Bundesratsinitiative der Landesregierung zu

einem gesetzlichen Mindestlohn richtig und sie bleibt es, so lange armutsgefährdende Löhne noch Realität im Freistaat sind.

Industriepolitik

Es ist zu begrüßen, dass Thüringen auf dem besten Weg ist die Stärke seiner regionalen Lage zu nutzen. Die jüngsten Ansiedlungen entlang der Lebensader A4 machen hierbei Mut. Es war richtig zu Beginn der aktuellen Legislatur mit der Großflächeninitiative Räume für Ansiedlungen auch abseits der Thüringer Städtekette entlang der A4 zu schaffen. Allen Unkenrufen zum Trotz. Der Zeitpunkt in jüngster Vergangenheit hierzu war richtig, denn künftig werden diese Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen.

Im Grundsatz ist jede Ansiedlung zu begrüßen und Ausdruck (oder Zeichen) erfolgreicher Industriepolitik. Jedoch ist nicht pauschal jeder neue Arbeitsplatz auch gleich als positiv auf der volkswirtschaftlichen Bilanz zu verbuchen.

So sind die jüngsten Ansiedlungen im Logistikbereich im Umfeld der Landeshauptstadt zwar gut, jedoch bleibt zu fragen, ob die dortigen Arbeitsplätze auch den Kriterien guter Arbeit standhalten.

Ebenso ist es schön, wenn Thüringen im Wettbewerb mit anderen Ländern sich behaupten kann. Kommt es jedoch zu Verlagerung von Unternehmenszentralen, so bleibt die Freude über einen prosperierenden Standort getrübt.

Auch der Bau neuer Werke, wie beispielsweise der Daimler-Tochter MDC am Erfurter Kreuz ist erfreulich. Bleibt es bei der bisherigen Linie dieses Arbeitgebers, mit befristeten Verträgen und überdurchschnittlich hoher Leiharbeit und Einsatz von Werkvertragsbeschäftigten, so ist dieser Aufschwung alles andere als nachhaltig. Er verfestigt nur ein Thüringer Modell von billiger Prekarität, welches aus unserer Sicht nicht in die Zeit passt und die Menschen im Land auch nicht verdient haben.

Auf absehbare Zeit wird Thüringen den Malus des Fehlens von Großbetrieben nicht ablegen können. Insofern sind die erkennbaren Linien der Landesregierung in der Industriepolitik die richtige Strategie.

Erneuerbare Energien

Der Wachstumsmarkt der grünen Technologie steht zwar mit der Krise der Solarwirtschaft unter schwächeren Vorzeichen aber es bleibt ein Wachstumsmarkt. Ebenso wäre es auch falsch, die abrufbare Leistung des „grünen Motors Thüringen“ nur auf die Solarwirtschaft zu reduzieren. Andere Beispiele wie die Ansiedlung von Enercon in Gotha oder die Großinvestitionen zu Pumpspeicherkraftwerken, wie beispielsweise im Thüringer Wald zeigen dies überdeutlich.

Forschung und Entwicklung

Zurückgreifend auf das Ausgangsbild einer Endlosschleife, die es zu durchbrechen gilt, muss es gelingen mehr Verknüpfungen zwischen Wirtschaft und Forschung zu generieren. Thüringen muss es schaffen, industriepolitisch die Reduzierung auf lediglich verlängerte Werkbänke hinter sich zu lassen. Das Engagement der Landesregierung für spürbar mehr Kooperationen mit Organisationen wie beispielsweise der Helmholtz-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft ist der absolut richtige Weg. Dabei müssen bittere Wahrheiten ausgesprochen werden. Mit dem marginalen Anteil, den Thüringer Unternehmen für

Investitionen in Forschung und Entwicklung ausgeben, wird der Standort keine aussichtsreiche Zukunft haben. Im Wettbewerb sind Innovation und Produktivität die entscheidenden Faktoren für wirtschaftlichen Erfolg. Dort wo einzelnen Unternehmen aufgrund ihrer Größe die Kraft zu den entscheidenden Investitionen fehlt, kann und muss der Staat über geförderte Forschungsverbünde helfen. Dort wo es die Unternehmen aufgrund potenter Muttergesellschaften aus eigener Kraft selbst schultern könnten, muss es sich die Politik einfordern.

Rahmen für Investitionen und Ansiedlungen schaffen

In der Vergangenheit war die gute Ausbildung, die hohe Leistungsbereitschaft und vor allem die Verfügbarkeit von Fachkräften hauptsächliches Argument für Ansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen im Freistaat.

Mit dem Fachkräftemangel stehen die Unternehmen aber auch die Industriepolitik vor völlig anderen Herausforderungen. In den nächsten Jahren, muss der Wandel zu einer selbsttragenden Volkswirtschaft gelingen. Noch werden, wenn auch im geringer Umfang, Mittel aus den Europäischen Strukturfonds zur Verfügung stehen. Diese müssen für den Umbau genutzt werden. Dabei müssen jedoch die Gestalter in der Landesregierung endlich in die Vorhand gegenüber den Sparkommissaren kommen. Ein ausgeglichener Haushalt nützt den Menschen im Land gar nichts, wenn damit nur noch der Notstand verwaltet werden kann.

Auf absehbare Zeit wird in Thüringen die öffentliche Hand der entscheidende Impulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung bleiben. Damit müssen Investitionen weiterhin möglich sein. Für den Landeshaushalt heißt dies, dass die Investitionsquote im Gegensatz zur aktuellen Entwicklung steigen muss. Alle Debatten um zu hohe Aufwendungen für den Schuldendienst der Landesregierung sind verkürzt, wenn mit dem überzogenen Diktat der Tilgung jegliche wirtschaftliche Entwicklung abgewürgt wird. Die Thüringer Wirtschaft braucht für ihre Herausforderungen einen starken, handlungsfähigen und vor allem innovationsfähigen Staat.

Zum guten Schluss: Das Notwendige in Kürze...

Thüringen steht am Scheideweg zwischen nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung für das Land und guter Arbeit für die Menschen oder einem weiter so auf der Endlosschleife in Richtung Billigstandort, Überalterung und Altersarmut. Die IG Metall will dazu beitragen, die Endlos-Schleife von Prekarität und dem Irrglauben einer Konkurrenzfähigkeit mit anderen Niedriglohngeländern des Globus endlich durchbrechen.

Im Fall des eingangs beschriebenen Bild des Möbius-Bandes ginge dies nur mit einem klaren Schnitt. Übertragen auf politische Zusammenhänge wäre dies ein Politikwechsel. Diesen sehen wir eingeleitet aber noch nicht endgültig umgesetzt. Größte Bedrohung für den Ausbruch aus der Billig-Schleife, dem bisherigen Thüringer Modell sind Sparkommissare und Kleingeister, die nicht Abschied nehmen können, vom (für sie selbst ja recht gemütlichen) neoliberalen Labor. So ist es aus unserer Sicht aberwitzig, beispielsweise auf Weltmärkten konkurrieren zu wollen und gleichzeitig etwaige regionale Identitäten mit einem Festhalten an viel zu kleinen Gebietskörperschaften zementieren zu wollen.

Aus unserer Sicht muss sich die Thüringer Landesregierung entscheiden, was sie denn und vor allem, wohin sie denn eigentlich will. Das Spiel auf Zeit ist in der Politik gefährlich. Der Wähler bringt wenig Verständnis für Taktik auf und misst politisch Handelnde an einer Bilanz von gefühlten und etwas seltener am spürbaren Erfolg.

Beitrag von Axel Schneider

Direktor der Thüringer Verwaltungsschule, Weimar

Konzeption einer zukunftsfähigen Verwaltungsstruktur für den Freistaat Thüringen

A Ausgangslage

Thüringen muss sparen – aufgrund seines Schuldenstandes von über 16 Mrd. Euro und aufgrund der Tatsache, dass bis zum Jahre 2020 durch die Reduzierung von Bundes- und sonstigen Zuschüssen sowie den Bevölkerungsrückgang die Einnahmen des Freistaates um rd. 2 Mrd. Euro von 9 auf 7 Mrd. Euro sinken.

Was bedeutet dies für die öffentliche Verwaltung in Thüringen?

Es bedarf einer umfassenden Umstrukturierung und Aufgabenbündelung sowohl im Bereich der unmittelbaren staatlichen Verwaltung als auch der Kommunalverwaltungen, um diese auch künftig finanzieren zu können.

Im Bereich der unmittelbaren staatlichen Verwaltung muss die Zahl der Bediensteten von derzeit rd. 52.000 bis zum Jahre 2020 um rd. 12.000 auf rd. 40.000 reduziert werden, und zwar ohne Qualitätseinbußen im Hinblick auf die Aufgabenerledigung. Durch Bündelung und organisatorische Zusammenfassung der bislang in zahlreiche Einzelbehörden aufgesplitterten nachgeordneten Bereiche der einzelnen Ministerien müssen entsprechende Personaleinsparungen erzielt werden, ohne die operativen Teile der jeweiligen Verwaltungen personell zu schwächen.

Begünstigt wird eine solche Reform durch den glücklichen Umstand, dass im gleichen Zeitraum rd. 17.000 Bedienstete aus Altersgründen ausscheiden, so dass sogar rd. 5.000 entsprechend ausgebildete Nachwuchskräfte benötigt werden.

Bei den Kommunalverwaltungen sind durch die Schaffung größerer Kreis- und Gemeindestrukturen ebenfalls erhebliche Einsparungen zu erzielen, hier jedoch nicht so sehr im personellen, als vielmehr im Bereich der Sachmittel.

B Künftige Struktur der unmittelbaren staatlichen Verwaltung des Freistaates Thüringen

1. Einen zweistufigen Aufbau der unmittelbaren staatlichen Verwaltung gibt es nicht und kann es auch nicht geben.

Bundesländer mit einem angeblichen zweistufigen Verwaltungsaufbau (Ministerien/ Landkreise) wie z. B. Schleswig-Holstein verfügen in Wirklichkeit über eine dreistufige Behördenstruktur, deren mittlere/obere Stufe in eine Vielzahl von unübersichtlichen

Sonderbehörden aufgesplittert ist, was im Hinblick auf Zusammenarbeit, Koordination und Organisation höchst ineffizient und kontraproduktiv ist.

2. Thüringen hat sich zwar grundsätzlich für einen dreistufigen Verwaltungsaufbau mit dem Thüringer Landesverwaltungsamt als großer Mittelbehörde entschieden, verfügt daneben jedoch ressortbezogen über eine Vielzahl von Sonderbehörden und landeseigenen Einrichtungen.
3. Das Thüringer Landesverwaltungsamt krankt an zwei Geburtsfehlern:
 - es ist aufgrund seiner schieren Größe schwerfällig und praktisch unregierbar und
 - es untersteht fachaufsichtlich nicht einem, sondern mehreren Ministerien, was zwangsläufig zu Konflikten führt.
4. Die **Aufsplitterung** verwandter, dem gleichen Ressort zugehöriger Aufgabengebiete auf mehrere Sonderbehörden, wie dies insbesondere beim Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, aber auch bei einer Reihe anderer Ministerien der Fall ist, ist als anderes Extrem ebenso **ineffizient**, sowohl im Hinblick auf Abstimmung und Koordination als auch auf die Notwendigkeit, für jede einzelne Behörde **kostenintensive Personal- und Sachverwaltungen** vorzuhalten.
5. Als Lösung beider Probleme drängt sich für die großen Ressorts die **ressortbezogene Bündelung der mittel- und oberbehördlichen Aufgaben** in – soweit möglich - jeweils einer Mittelbehörde für das jeweilige Ressort auf, wobei die nicht zum Innenressort gehörenden Abteilungen des Thüringer Landesverwaltungsamtes (Abteilungen IV, VI und VII) den jeweiligen Ressorts zugeordnet werden.
6. **Für den nachgeordneten Bereich der einzelnen Ministerien ergäben sich folgende Veränderungen:**

6.1 Thüringer Innenministerium

Das **Landesamt für Statistik** wird in das Thüringer Landesverwaltungsamt eingegliedert, während dessen Abteilungen IV – Umwelt, VI – Versorgung und Integration und VII – Soziales ausgegliedert werden.

Der Fachbereich „Kommunalverwaltung und staatliche allgemeine Verwaltung“ der **Fachhochschule für öffentliche Verwaltung** wird aufgelöst und die Ausbildung externalisiert (Fachhochschule Nordhausen); der Fachbereich „Polizei“ wird in die Thüringer Polizeifachhochschule umgewandelt, der das Bildungszentrum der Polizei angegliedert wird.

6.2 Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Die fünf **staatlichen Schulämter** werden zu einem staatlichen Schulamt – im Bedarfsfalle mit Außenstellen – zusammengefasst.

Die sechs **Staatsarchive** werden als Außenstellen dem **Landesamt für Denkmalpflege, Archive und Archäologie** angegliedert, dessen Aufgabengebiet insoweit erweitert wird.

6.3 Thüringer Justizministerium

Die Justizausbildungsstätte und die Justizvollzugsausbildungsstätte in Gotha werden aufgelöst und die Ausbildung der Nachwuchskräfte – wie dies bereits bei den Anwärterinnen und Anwärtern des gehobenen Justizdienstes praktiziert wird – nach Rotenburg (Hessen) verlagert.

6.4 Thüringer Finanzministerium

Der Fachbereich „Steuern“ der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung sowie die Landesfinanzschule werden aufgelöst; die Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter nach Rotenburg (Hessen) verlagert.

6.5 Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

Das **Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz** und das **Landesamt für Arbeitsschutz und technischen Verbraucherschutz** werden zu einer Behörde vereinigt, dem das **Giftinformationszentrum** angegliedert wird.

Die bisherigen Abteilungen VI und VII des Thüringer Landesverwaltungsamtes werden zur Landesanstalt für Soziales, Versorgung und Integration zusammengefasst, wobei die Option der Herauslösung aus der unmittelbaren Landesverwaltung in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu prüfen ist.

6.6 Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

Das **Landesbergamt**, die **Landesanstalt für Umwelt und Geologie** und die **Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau** sowie die bisherige **Abteilung IV – Umwelt** des Thüringer Landesverwaltungsamtes werden in die **Landesanstalt für Landwirtschaft** eingegliedert, deren Name in „**Landesanstalt für Landwirtschaft und Umwelt**“ geändert wird; die sieben **Landwirtschaftsämter** und drei **Ämter für Landentwicklung und Flurneuordnung** werden der Landesanstalt als Außenstellen angegliedert. Die Option der Herauslösung aus der unmittelbaren Landesverwaltung in Form einer **Anstalt des öffentlichen Rechts** ist zu prüfen.

Die Verwaltungen des Nationalparks Hainich sowie der Biosphärenreservate werden in die Landesforstanstalt „ThüringenForst“ eingegliedert.

6.7 Thüringer Ministerium für Bau, Landentwicklung und Verkehr

Das **Landesamt für Vermessung und Geoinformation**, das **Landesamt für Bau und Verkehr** sowie die **Ämter für Landentwicklung und Flurneuordnung** werden zu einem „**Landesamt für Landentwicklung, Bau und Verkehr, Vermessung und Geoinformation**“ zusammengeschlossen, das auch für den **demografischen Wandel** zuständig ist. Die vier **Straßenbauämter** werden als Außenstellen angegliedert.

Durch diese Bündelungsmaßnahmen wird zum einen in erheblichem Umfang Personal im nichtoperativen Bereich (Personal- und Sachverwaltung) eingespart, zum anderen entsteht eine wesentlich straffere Hierarchie mit klaren Zuständigkeiten und einer besseren Vernetzung.

Ganz wesentlich für die Steigerung der Effizienz und daher unabdingbarer Bestandteil der Reform ist die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (§ 7 Abs. 4 LHO) im gesamten nachgeordneten Bereich aller Ressorts.

C Künftige Struktur der Gemeinden des Freistaates Thüringen

1. Rd. 650 der rd. 940 Thüringer Kommunen gehören z. Zt. Verwaltungsgemeinschaften an, **mithin über zwei Drittel.**
2. Nahezu allen Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften geht es im Zusammenhang mit einer Gemeindegebietsreform **vor allem um den Erhalt ihrer Selbständigkeit.**

Eine Reform, die diese Selbständigkeit beseitigt, würde zu einem massiven Glaubwürdigkeits- und Akzeptanzverlust gegenüber der Landespolitik führen.

3. Diese Selbständigkeit im Rahmen von Verwaltungsgemeinschaften lässt sich in der bisherigen Form weder organisatorisch noch finanziell fortführen:

Verwaltungsgemeinschaften mit 5.000 Einwohnern – wie z. B. die VG Berlstedt – **können ihre Aufgaben nicht mehr kostendeckend erfüllen**, selbst wenn sie ihr Personal bereits auf rd. 10 Vollzeitkräfte reduziert haben.

Gleichzeitig ist mit dieser Zahl von Mitarbeitern aber auf Dauer eine **ordnungsgemäße Erledigung des gesamten Aufgabenspektrums einer Kommunalverwaltung nicht mehr gewährleistet**, weil jeder Mitarbeiter mehrere Aufgabengebiete abdecken muss, was vor allem qualitativ nicht möglich ist; auch ist eine ordnungsgemäße Urlaubs- und Krankheitsvertretung nicht leistbar.

4. Wie am Beispiel der beabsichtigten Fusion der beiden Verwaltungsgemeinschaften Berlstedt und Buttstedt, die zusammen **rd. 8.800 Einwohner** haben, errechnet, würden **13 Vollzeitarbeitskräfte ausreichen**, um die anfallenden Verwaltungsaufgaben quantitativ und qualitativ zu bewältigen; gleichzeitig wäre auch bei dieser Mitarbeiterzahl das o. a. Problem der qualitativen Überlastung des einzelnen Mitarbeiters und die nicht gewährleistete Abwesenheitsvertretung gelöst.

Gleichzeitig ließe sich durch die Fusion der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine **Personaleinsparung um rd. 40%** (9 Vollzeitkräfte) erzielen.

5. Durch diese Personaleinsparung ist jedoch weder das finanzielle Problem der Verwaltungsgemeinschaften zur Gänze gelöst, noch die Frage der **Regierbarkeit der VG** geklärt, da deren Leitung **gegenüber den Mitgliedsgemeinden keinerlei Lenkungs Kompetenzen hat.**

9. Für beide Optionen sollte gesetzlich die Möglichkeit eingeräumt werden, sich innerhalb eines festgelegten Zeitraumes von maximal zwei Jahren auf freiwilliger Basis zu einer der beiden Gemeindeformen zusammenzuschließen.
- 10. Mit diesem Optionsmodell werden bei gleichzeitigem Erhalt der landestypischen kleinen Gemeinden zukunftsfähige Verwaltungseinheiten geschaffen, ohne dass es zur Bildung anonymer Großgemeinden kommt, in denen der Bürger seine Identität verliert und damit die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement abgetötet wird.**

D Künftige Kreisstruktur des Freistaates Thüringen

Eine **Neustrukturierung des Freistaates auf der Kreisebene** ist ebenfalls unerlässlich, kann jedoch **frühestens nach erfolgreichem Abschluss der Gemeindegebietsreform** in Angriff genommen werden, da hierzu funktionsfähige Kreisverwaltungen als Kommunalaufsichtsbehörden benötigt werden.

Die in den **1990er Jahren durchgeführte Kreisgebietsreform** hat – rechnet man die privatisierten Krankenhäuser und die übrigen privatisierten Bereiche heraus – eine **Reduzierung des Verwaltungspersonals der Landkreise um rd. 50%** ermöglicht.

Leider hat man damals nur halbherzig gehandelt, vor allem nicht die negative Bevölkerungsentwicklung in Rechnung gestellt und daher zu kleine neue Kreise gebildet – aber es steht fest, dass sich **durch eine weitere Kreisgebietsreform** und die damit verbundene Straffung– wie bei der Gebietsreform 1993 – **ganz erhebliche Personalkosten einsparen lassen**, so dass die Kreisverwaltungen für die Bürger und die Gemeinden überhaupt erst **wieder bezahlbar** werden.

Etwa 25 Jahre nach der Gründung der alten Bundesländer hat man dort die Notwendigkeit von Kreisgebietsreformen erkannt und diese Reformen durchgeführt – mit der Folge, dass die Kreisverwaltungen erheblich gestrafft, für die Gemeinden bezahlbar und damit bis heute – also über 40 Jahre – effizient und zeitgemäß geblieben sind.

25 Jahre nach der Gründung Thüringens ist es höchste Zeit, den gleichen Schritt zu tun, da **zur Finanzierung der zweifellos hervorragend funktionierenden Kreisverwaltungen** von den Mitgliedsgemeinden **ständig steigende Kreisumlagen** erhoben werden müssen, die letztere nicht mehr aufbringen können bzw. in den finanziellen Ruin treiben.

Der Bürger identifiziert sich mit seiner Heimatgemeinde und nicht mit dem Kreis, in dem die Gemeinde liegt – die Sehnsucht nach den alten Autokennzeichen ist gerade ein Beleg dafür.

Der **Blick nach Sachsen und Sachsen-Anhalt**, wo die Reformen gerade erst stattgefunden haben, **ist irreführend**, da Umstrukturierungen am Anfang immer Geld kosten und Zeit brauchen.

Ebenso wie bei der Gemeindegebietsreform sollte zur Durchführung der Kreisgebietsreform **eine Phase der Freiwilligkeit** endgültigen gesetzlichen Regelungen vorgeschaltet werden, wobei die **Territorien der regionalen Planungsgemeinschaften** zu beachten sind, und alle **kreisfreien Städte** mit Ausnahme der Landeshauptstadt Erfurt **in die jeweiligen Kreise eingliedert** werden sollten.

Folgende Kreisfusionen erscheinen dabei unter geografischen, wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Gesichtspunkten besonders sinnvoll:

- Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis;
- Nordhausen und Kyffhäuserkreis;
- Wartburgkreis und Schmalkalden-Meiningen mit Eisenach;
- Landkreise Hildburghausen und Sonneberg mit Suhl;
- Ilm-Kreis und Landkreis Gotha;
- Sömmerda und Weimarer Land mit Weimar;
- Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis;
- Greiz und Altenburger Land mit Gera;
- Saale-Holzland-Kreis mit Jena.

Abschließend sei folgender Auszug aus dem politischen Testament Friedrichs des Großen zitiert:

„Gegen zwei Fehler muss man beständig ankämpfen. Die Menschen bewegen sich, wenn man sie antreibt, und halten stille wenn man einen Augenblick aufhört, sie zu stoßen, jedermann erachtet nur die Gebräuche seiner Väter für gut. Man liest wenig, man hat keine Lust, sich zu unterrichten, wie man etwas anders machen kann, so dass alle Neuerungen sie erschrecken, und von mir, der ich ihnen immer nur Gutes getan, denken sie, dass ich ihnen das Messer an die Kehle setzen will, sobald es sich darum handelt, einen nützliche Verbesserung oder irgendeine Änderung einzuführen. Ich habe mich in solchen Fällen auf meine redlichen Absichten und mein gutes Gewissen verlassen, sowie auf die Kenntnisse, die ich mir verschafft habe, und bin ruhig meines Weges gegangen.“

Ich bin guter Dinge, dass sich die Regierungskommission bei der Prüfung der Reformvorschläge der Experten von der gleichen Weisheit leiten lässt.

Beitrag von Martina Schweinsburg

Landrätin des Landkreises Greiz

In diesem Jahr wird unsere Verfassung 20 Jahre alt. 20 Jahre in denen sich nicht nur die Demokratie in Thüringen, sondern auch das Land selbst enorm entwickelte. Wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt, Bodenständigkeit und Solidität machen aus meiner Sicht dieses Land, unsere Heimat aus. Vieles gibt es da, was erreicht wurde und worauf wir, die Thüringerinnen und Thüringer zu Recht stolz sein dürfen. Aber sind wir es immer? Sind und werden wir uns bewusst, wo wir leben und wie sich dieses Leben seit 1989 verändert hat?

Seit nunmehr 23 Jahren mache ich in Thüringen Kommunalpolitik. Viele Veränderungen durfte ich da erleben. Vieles selbst gestalten und bei einigen Themen in der Rolle der „Unbequemen“ aus der Provinz die Interessen eben dieser nachhaltig vertreten.

Zukunft braucht Herkunft, wie es der Philosoph Odo Marquard beschrieben hat. Diese haben wir zweifelsohne, doch wer soll sich den Aufgaben der Zukunft stellen und wie wird diese aussehen?

Sicher, die Wirtschaft muss und wird weiter wachsen, im globalen Wettbewerb müssen wir uns zukunftsfähig aufstellen, die Energiewende erfolgreich meistern und und und.

Und was wird aus den Menschen in unserem Land? Sie werden nicht nur weniger, sie werden auch immer älter. Dem demografischen Wandel zu begegnen ist somit eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Allerdings sind die Prognosen nichts, was unumstößlich ist und tatenlos hingenommen werden muss.

Wanderungsbewegungen gab und gibt es seit jeher. Menschen, denen Entscheidungsspielräume gegeben sind, leben immer dort, wo ihre individuellen Bedürfnisse weitgehend befriedigt werden und die Bedingungen dafür günstig sind. Unabhängig von diesen individuellen Ansätzen, die vom gesellschaftlichem Wertewandel und wechselnden Trends beeinflusst werden, sehe ich vor Ort in der Schaffung und Optimierung von realen Rahmenbedingungen entsprechende Gestaltungsspielräume.

Diese gilt es zu nutzen, denn insbesondere der Anteil der Erwerbstätigen geht zurück. Da wird es nicht ausreichen, Wachstum allein aus Produktivitätssteigerungen heraus zu generieren. Vielmehr kommt es künftig darauf an, die personellen Ressourcen vollumfänglich auszuschöpfen, dass sogenannte Humankapital zu fördern und für diejenigen, die altersbedingt aus dem Erwerbsleben scheiden, Infrastrukturen vorzuhalten, die das Leben im Alter lebenswert machen.

Was heißt das konkret? Ich beginne bei denen, denen wir unseren Wohlstand verdanken und deren Lebensabend in Thüringen auch künftig gesichert werden muss. Für die Politik wird die Herausforderung lauten: Wie viele und in welchem Umfang müssen dafür Infrastrukturen vorgehalten werden. Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung etwa, öffentlicher Personennahverkehr, angepasste Wohnverhältnisse u.v.m. Dies kostet Geld. Aufzuwenden in erster Linie von den Kommunen und Landkreisen, die Träger dieser Infrastrukturen sind.

Was also werden wir uns künftig noch leisten können? Wer ist bereit hier massive Einschnitte vorzunehmen und welche intelligenten Zukunftslösungen gibt es dafür, denn Thüringen ist ländlich geprägt mit nur wenigen Ballungsräumen. Nicht gerade ideale Voraussetzungen für Kostenoptimierung, wohl aber für Lebensqualität.

Nun zu unserer Jugend. Ich erinnere mich noch gut an die Konzepte der 90-er Jahre unter dem Tenor „Schickt die Jugend in die Welt, dort lernt sie was“. Leider blieb sie dann meist auch dort.

Insofern ist es aus heutiger Sicht wichtig, Entwicklungspotenziale in der Heimat nicht nur zu schaffen, sondern zielgerichtet diese Perspektiven auch aufzuzeigen. In der Tat haben Politik und Unternehmen erst in den letzten Jahren erkannt, dass Handlungsbedarf um den künftigen Fachkräftenachwuchs besteht und sind jetzt dementsprechend umtriebig. Aber auch eine Vielzahl an Projektträgern sind mit unterschiedlichsten Angeboten - meist wissenschaftlich fundiert und von guter theoretischer Grundlage - unterwegs, um den Schülern die komplexe Arbeitswelt von morgen nahe bringen zu wollen.

Im Landkreis Greiz sind wir frühzeitig einen pragmatischen Weg gegangen, um die Berufsorientierung auf regionaler Ebene zu verbessern. 2006 startete unter der Bezeichnung „Perspektive für unsere Jugend in der Heimat - Partnerschaft „Schule-Wirtschaft“ im Landkreis Greiz ein Projekt zur dauerhaften und nachhaltigen Verbindung von Schulen und Unternehmen in der Region. Es lebt vom Engagement motivierter und engagierter Mitstreiter in den Unternehmen und den Schulen.

Innerhalb von wenigen Jahren konnte so eine Vernetzung von regionalen Wirtschaftsunternehmen mit deren zukünftigen Arbeitskräften geschaffen werden. Und ganz nebenbei konnten zudem Vorurteile auf beiden Seiten abgebaut werden, wirkt die Partnerschaft für das nicht immer einfache Verhältnis von Schule und Wirtschaft verständigend und impulsgebend.

Sicher ist dieser Ansatz nicht völlig neu, aber in seinem Umfang und der Komplexität sowie dem Regionalbezug aus meiner Sicht beispielgebend, denn nicht nur die Großunternehmen, sondern die vielen kleinen und mittelständischen Firmen unterschiedlichster Branchen (das reicht von der Landschaftsgärtnerei über die Metallverarbeitung bis zu High-tech Unternehmen) der Region konnten zur Mitarbeit gewonnen werden.

Es wird aber künftig nicht ausreichen, nur um Auszubildende zu werben, sei es mit Informationsangeboten, Ratgebern und Wegweisern. Es muss den Akteuren vielmehr gelingen, dass die Jugend sich mit ihrem künftigen Arbeitgeber identifiziert und Stolz darauf entwickelt, für wen und wo man arbeitet. Dass dann die Rahmenbedingungen - angefangen von der Entlohnung bis zu den individuellen Lebensperspektiven - passen müssen, versteht sich dabei von selbst, und zwar unabhängig davon ob in den Städten oder auf dem Land.

Tragen wir also alle dazu bei, positiv über Thüringen zu sprechen, über die Chancen und Potenziale in diesem Land ebenso wie über seine Wurzeln und Traditionen.

Beitrag von Prof. Dr. Dieter Sell

Leiter der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA)

Die Energiewende in Thüringen - Zukunftssicherung durch moderne Energiesysteme

Die Energiewende als Innovationsmotor

Seit der Nutzbarmachung des Feuers ist der gezielte Einsatz von Energie in der Menschheitsgeschichte die Triebkraft für gesellschaftliche und industrielle Entwicklungsprozesse. Ohne Energie ist das Leben in unserer heutigen Zivilisation ebenso undenkbar wie Prozesse zur Gewinnung und Herstellung aller Güter des täglichen Bedarfs. Die Verfügbarkeit preisgünstiger Energiequellen ist Standortvorteil und Grundvoraussetzung für weltweite Wettbewerbsfähigkeit. An einer effizienten Energieversorgung hängen Wohlstand und Wachstum. In einer aktuellen Stellungnahme mit Empfehlungen und Forderungen für die kommende Bundesregierung positioniert sich der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) im Wahljahr 2013 folgendermaßen: „Die deutsche Industrie sieht in der erfolgreichen Umsetzung der Energiewende große Chancen. Deutschland baut als erste Volkswirtschaft nennenswerte Systemkompetenz im Umgang mit einem gänzlich neuen Energiesystem auf. Dadurch entstehen Marktchancen für deutsche Leitanbieter – für neuen Wohlstand und neue Arbeitsplätze im Industrieland Deutschland.“

Die Energiewende bietet auch für Thüringen noch viele Chancen!

An der Entwicklung eines innovationsfreundlichen Klimas weiterarbeiten

Innovationen sind die Voraussetzung zum Aufbau von Systemkompetenz für die Entwicklung moderner Energiesysteme in Thüringen. Hierzu bedarf es eines innovationsfreundlichen Klimas, das durch die Kooperationsbereitschaft aller Schlüsselakteure gekennzeichnet sein muss. In dieser Disziplin besteht ohne Zweifel noch Entwicklungspotenzial! Die Identifizierung der Chancen, die die Energiewende als komplexes Themenfeld für den Freistaat bietet, müssen sich alle Akteure in unvoreingenommener Weise gemeinsam erarbeiten. Ziel muss es sein, eigene Möglichkeiten zu erkennen, Entwicklungsstrategien abzuleiten, im Anschluss daran konkrete Projekte zu definieren und gemeinsam deren Umsetzung anzugehen. Die ThEGA unterstützt diesen Prozess durch vielfältige Angebote und die Bildung themenorientierter Netzwerke.

Standortdynamik ist ein weiteres Kriterium, welches einen erfolgreichen Innovationsstandort charakterisiert. Hier haben wir in Thüringen ohne Frage noch Verbesserungsmöglichkeiten. Andernorts sind Genehmigungszeiten deutlich kürzer, Verwaltungs- und Planungsverfahren weniger komplex und zeitaufwändig. Einige Bundesländer haben beispielsweise ihre Regionalplanung dahingehend novelliert, dass Städte und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, in ihren Flächennutzungsplänen die eigene planerische Steuerung zur Errichtung von Erneuerbare-Energien-Anlagen zu übernehmen. Eine solch umsetzungsorientierte Atmosphäre bietet den Nährboden für weitere Entwicklungen, die zum Aufbau neuer, wissensorientierter Wertschöpfungsketten und neuer Spezialisierungsmuster führen können. Dort, wo schon die schlichte Errichtung von handelsüblichen Anlagen ein mehrjähriges nervenzermürendes Projekt für alle Beteiligten ist, wird wenig Neues im Umfeld passieren. Hier muss im ureigensten Interesse der Zukunftssicherung des Freistaates eine Entwicklung

zum Besseren erfolgen, sonst bleiben vielfältige wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklungschancen ungenutzt!

Die Kommunen unterstützen und aktiv werden!

„Es sollte zum gesetzlich verbrieften Recht der Städte gehören, die Stromversorgung vor Ort und in der Region übernehmen zu können, wenn das wirtschaftlich ist“, so Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags im Dezember 2012. Auch unseren Kommunen im Freistaat bietet die Energiewende vielfältige Möglichkeiten (regionale Wertschöpfung, Steigerung der eigenen Attraktivität, vor allem im ländlichen Raum). Zwar sehen wir gute Beispiele im Lande, jedoch kann von einer großen, landesweiten Bewegung noch keine Rede sein. Die ThEGA bietet den Kommunen, denen es allzu häufig an Kapazitäten und Know-how mangelt, aktive Hilfestellung und Unterstützung in den Bereichen Erneuerbare Energien und kommunales Energiemanagement an. Weitere Fortschritte kann die derzeit laufende Novellierung der Kommunalordnung bringen, indem sie die Rahmenbedingungen für Aktivitäten der Kommunen im Bereich der Erneuerbaren Energien verbessert und klarer benennt. Auch der Kauf von E.ON Thüringer Energie durch die Thüringer Kommunen kann für den Freistaat völlig neue Dimensionen eröffnen, wenn die entstehenden Handlungsmöglichkeiten des neuen, kommunalen Unternehmens mit der richtigen Mischung aus Kreativität und unternehmerischer Zieleorientierung erschlossen werden.

Kreativität ist im Zusammenhang mit Innovationsklima und Standortentwicklung ein wichtiges Stichwort. In einem Gespräch mit Vertretern eines Energieversorgungsunternehmens aus dem Freistaat fiel unlängst die Aussage, dass die Energiewende ja ein Thema sei, bei dem es noch viele offene Fragen gebe. Aus diesem Grunde sei man auch mit eigenen Aktivitäten sehr zurückhaltend. Wenn wir aber in Thüringen am Rad der Energiewende drehen wollen, dann müssen wir nach Kräften zupacken. Innovationen entstehen nicht durch Abwarten, sie entstehen nur dann, wenn Ideen, Technologien und Rahmenbedingungen in systematischen, intelligenten und interaktiven Ansätzen zu neuen Vorgehensweisen, Produkten und Dienstleistungen umgesetzt werden. Wer stillsteht, wird schnell überholt!

Das Engagement der Bürger fördern

Engagement und Kreativität in Sachen Energiewende zeigen die ideenreichen Bürger im Freistaat Thüringen. Die Anzahl von Photovoltaik-Dachanlagen steigt unübersehbar stetig an. Vielerorts schließen sich Bürger zusammen und realisieren Solaranlagen auf Dächern und Flächen, die ihnen von den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Die Zahl dieser oftmals als Energiegenossenschaften organisierten Bürgeranlagen steigt in Thüringen stetig an. Photovoltaik und Bürgerenergie ergänzen sich besonders gut. In der Kombination machen sie auch bei kleinem Geldbeutel die Energiewende für jedermann zugänglich. Auch die Beteiligung von Bürgern an Windparks im Lande ist bereits in einigen Fällen realisiert worden. Häufig kooperieren die Bürger mit den Kommunen über den Abschluss des Überlassungsvertrages für Dächer oder Flächen hinaus – Kommunen beteiligen sich an der Betreibergesellschaft der Bürgerenergieanlage und sind darüber hinaus auch oft der Kunde, der den Strom, beispielsweise für den Betrieb des Schwimmbades, zu attraktiven Preisen von den Bürgern bezieht. Es entstehen Win-Win-Situationen vor Ort, es wächst ein immer größeres Erfahrungswissen, das neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene hervorbringt. Das ist gelebte Standortsicherung und Steigerung der Zukunftsfähigkeit in Eigenregie! Um diesen Trend im Freistaat weiter nach Kräften zu fördern, unterstützt die ThEGA mit vielen Partnern die Bürger mit Informationen und aktiver Hilfestellung.

Die Innovationskraft der Thüringer Industrie systematisch stärken

Die Thüringer Industrie ist auf verschiedenen Ebenen in die Umsetzung der Energiewende involviert. Alle Unternehmen können Energie durch ein Bündel verschiedener Maßnahmen

einsparen - noch zu wenige Unternehmen allerdings machen systematisch Gebrauch von diesen Möglichkeiten und den zur Verfügung stehenden Unterstützungsangeboten.

Getreu der Erkenntnis, dass das elektrische Licht nicht durch die Weiterentwicklung von Kerzen erfunden wurde, entwickeln zahlreiche Unternehmen im Lande neue Technologien und Produkte für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende und kooperieren dabei mit Forschungseinrichtungen innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen. Um diese Entwicklungen zu unterstützen, hat die ThEGA im Rahmen ihrer Aktivitäten im Thüringer Clustermanagement die Gründung eines Netzwerkes für Erneuerbare Energien initiiert, das sich zu einer leistungsfähigen Informationsplattform mit hohem Synergiepotenzial entwickeln soll. Durch die Integration von Vertretern vor- und nachgelagerter Wertschöpfungsstufen werden die Unternehmen im Lande dabei unterstützt, sowohl Systemkomponenten, als auch komplexe, integrierte Produkte und Technologien zu entwickeln und anbieten zu können. Darüber hinaus können neue Dienstleistungsangebote im Energiebereich entwickelt werden.

Thüringen hat das Potenzial zum „Frontrunner“ der Energiewende

Im aktiven Austausch aller Akteure im Land, durch vielfältige Kooperationen, mit offenem Blick über die Landes- und Bundesgrenzen hinaus und durch eine aufgeschlossene, dem neuen zugewandte Atmosphäre vor Ort kann Thüringen sich durchaus als Musterland der Energiewende positionieren. Als vergleichsweise kleines Bundesland ohne Großkraftwerke auf der Basis von Kohle und Atomkraft ist der Freistaat in einer prädestinierten Ausgangsposition, um unvorbelastet (und schneller als andere!) ein neues Energiesystem der Zukunft realisieren zu können. Diese Voraussetzungen, zusammen mit der hervorragenden Industrie-, Forschungs- und Infrastrukturlandschaft und den ideenreichen Bürgern im Lande qualifizieren Thüringen bundesweit zum „Frontrunner“ in Sachen Energiewende. Alle Thüringer haben es in der Hand, dass das Land diese Position nun auch einnimmt.

Die Vision lautet: Thüringen entwickelt Technologien, Produkte und Dienstleistungen für die Energiewende, demonstriert seine Energiekompetenz im eigenen Lande und präsentiert sich und seine technischen Lösungen selbstbewusst; bundesweit und am Weltmarkt. Natürlich steht das Thüringer Energiesystem der Zukunft im Einklang und in der Symbiose mit der Natur- und Kulturlandschaft, dafür müssen alle Thüringer gemeinsam und mit konstruktiven Ideen Sorge tragen - Energieeffizienz und erneuerbare Energien aber sind die Technologien mit den bestgeeigneten Voraussetzungen hierfür! Unter solchen Vorzeichen entstehen nicht nur künftige Exportschlager, sondern der Freistaat steigert seine Attraktivität - für die Bürger, für Investitionen, für Unternehmen und viele neue und begeisterte Touristen.

Wer sich nun fragt, wie diese Vision umzusetzen ist, der kann Rat bei einem großen Deutschen einholen, der annähernd 50 Jahre seines Lebens im Freistaat Thüringen verbracht hat, Johann Wolfgang von Goethe. Er sagte: "Erfolgreich zu sein setzt zwei Dinge voraus: Klare Ziele und den brennenden Wunsch, sie zu erreichen."

Die Ziele sind definiert, nun müssen nur alle sie auch erreichen wollen.

Beitrag von Kay Senius

*Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen
der Bundesagentur für Arbeit*

Im Freistaat Thüringen stehen die Menschen im Mittelpunkt staatlichen Handelns. Es gilt, die Thüringer zu unterstützen, ihren Wohlstand und ihre Lebensqualität dauerhaft zu sichern und auszubauen. Der Freistaat Thüringen muss aufgrund der positiven Rahmen- und Standortbedingungen nicht um seine Bedeutung als Entwicklungsmotor und innovative Denkfabrik in Deutschland fürchten. Aber der Freistaat muss alle Bemühungen unternehmen, um seine Stärken auszubauen und neue zu fördern.

Nach unserer Einschätzung wird die Zukunftsfähigkeit des Freistaates Thüringen davon abhängig sein, wie es ihm gelingt, den folgenden Herausforderungen gerecht zu werden. Das **Leben und die Arbeit werden mobiler, flexibler und volatiler**, die Konsequenzen des **demografischen Wandels werden deutlich spürbarer**, die **Internationalisierung der Märkte wird weiter steigen** und die **Teilhabechancen** werden, bei einer sich gleichzeitig **rasant entwickelnden Informations- und Wissensgesellschaft, zunehmend ungleich verteilt**. Und das bei **knapp bleibenden öffentlichen Finanzen**.

Die vom Thüringer Wirtschaftsministerium benannten wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Freistaates stehen im Kontext mit diesen analysierten Trends. Die Wachstums-, Wertschöpfungs- und Wohlstandsagenda des Freistaates flankiert somit die präventiv, erfolgsorientiert und nachhaltig ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik des Bundes in hohem Maße.

Im Hinblick auf die beschriebenen Entwicklungen muss sich der Freistaat Thüringen der Herausforderung stellen – die gleichzeitig eine große Chance ist – sich so zu positionieren, dass er im Wettbewerb der Regionen als ein attraktives Bundesland in Deutschland und in Europa wahrgenommen wird.

Dabei gibt es keine Patentrezepte. Alle sind gefragt. Jeder, der politische oder soziale Verantwortung trägt, muss an seinem Platz nach Lösungen suchen. In dieser Welt im Wandel ist die Bundagentur für Arbeit ein Anker, der das Vertrauen in die soziale Sicherung der Menschen des Freistaates stärkt. Wohlstand und Lebensqualität im Freistaat Thüringen hängen entscheidend davon ab, deren Grundlagen Arbeit, Bildung und Solidarität zu stärken. Als leistungsfähiger öffentlicher Dienstleister werden wir die Ausgleichsprozesse des Arbeitsmarktes wirksam gestalten. Die beschriebenen Trends und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt erfordern auch neues Agieren des Freistaates und verändern dabei sowohl unser Aufgabenspektrum als auch die Art, wie wir unsere Dienstleistungen zukünftig erbringen. Infolge der langfristigen und einschneidenden Trends werden wir künftig gehalten sein, verstärkt individuelle, an den spezifischen Bedürfnissen der Kunden ausgerichtete Angebote zu unterbreiten. In unserer Rolle als Akteur staatlicher Arbeitsmarktpolitik geht es künftig stärker darum, Information, Vermittlung und Arbeitsförderung als Management der Übergangsprozesse im Erwerbsverlauf zu verstehen und zu akzentuieren.

Wo insbesondere Schwerpunkte zu setzen sind, möchte ich anhand von drei konkreten Beispielen verdeutlichen:

Konsequenzen des demografischen Wandels sind im Freistaat Thüringen deutlich spürbar

Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Freistaat verschiebt sich quantitativ und qualitativ. Im Zuge dieser Entwicklung wird es künftig stärker darum gehen, Arbeitskräfte und „nicht besetzte Stellen“ zusammenzubringen. Da Arbeitgeber im Freistaat Thüringen in der Zukunft nur auf ein kleineres Arbeitskräfteangebot zurückgreifen können, werden sie von uns mehr Beratung fordern. Das Kräfteverhältnis auf dem Arbeitsmarkt im Freistaat verschiebt sich auch qualitativ. Die Potenziale von Frauen, Älteren, Schwerbehinderten, Rehabilitanden und Migranten müssen für den Arbeitsmarkt stärker genutzt und als Chance begriffen werden. Ein volatiler werdender Markt, erfordert ein rascheres Agieren und abgestimmtes Handeln aller Akteure.

Der demografische Wandel erfordert vom Freistaat Thüringen innovative technische und gesellschaftspolitische Antworten auf Fragen, wie zum Beispiel, die Neuausrichtung des Gesundheits- und Pflegewesens. Der demografische Wandel muss aber auch als Chance und Anstoß zur strategischen Personalarbeit in den Unternehmen dienen. Dies gilt es zu unterstützen.

Der Freistaat kann es sich deshalb immer weniger leisten, auf das Potential von jungen Menschen zu verzichten. Ein politischer Schwerpunkt muss sein, vor dem Hintergrund der anhaltenden schwierigen Haushaltslage, die vorhandenen guten Standards der frühkindlichen Bildung zu halten und das Bildungssystem zu optimieren. Hier ist insbesondere der Fokus auf eine sozial-, milieu-, geschlechter- und akteursübergreifende Ausrichtung zu legen. Lebenslanges Lernen erfordert aber auch später offene Zugangswege sowie den erfolgreichen Umgang mit Vielfalt.

Haltekriterien und –faktoren für Fachkräfte und Unternehmen zu identifizieren, Initiativen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Förderung der (beruflichen) Integration von Migranten zu befördern, um die Thüringer Wirtschaft mit ausreichend Fachkräften und Hochqualifizierten zu versorgen, sind weitere Wege, den Freistaat erfolgreich zu machen.

Märkte werden internationaler

Weltwirtschaft und Arbeitsmärkte vernetzen sich immer enger. Dadurch wird auch unser Arbeitsmarkt abhängiger vom Puls der Weltwirtschaft und anfälliger für von außen kommende Krisen. Aber internationale Wanderungsbewegungen sind eine zentrale Verbindung zwischen den Arbeitsmärkten und hier liegen Chancen. Die Abhängigkeit der Thüringer Wirtschaft vom Export und dem internationalen Finanzsektor wird bis 2020 weiter steigen. Deshalb muss ein politischer Schwerpunkt sein, den Anteil der exportierenden Betriebe an allen Thüringer Unternehmen zu erhöhen und die Wirtschaftsförderung entsprechend auszurichten, um die Wertschöpfungslücke des Freistaates gegenüber dem Bundesdurchschnitt zu schließen, denn Exportbetriebe sind überdurchschnittlich produktiv, da sie über eine bessere technologische Ausstattung, ein Humankapital mit einem höheren Anteil von hochqualifizierten Beschäftigten und mehr Innovationskraft verfügen. Der Freistaat Thüringen hat wertschöpfungsreiche Zukunftsbranchen identifiziert, die es mit ausreichend Fachkräften zu versorgen gilt. Diesen Prozess befördern wir mit auf KMU abgestimmten differenzierten Strategien und weiterentwickelten Dienstleistungen, wie der Altersstrukturanalyse als Bestandteil der Qualifizierungsberatung.

Teilhabechancen zunehmend ungleich verteilt

Im Freistaat Thüringen steht wachsenden Engpässen an Fachkräften ein Arbeitsmarkt gegenüber, der sich in puncto Qualifikation und Kompetenzen weiter aufspaltet. Im Bereich niedriger Qualifikation werden im Freistaat bis 2020 Arbeitsstellen abgebaut, bei mittlerer und hoher Qualifikation werden neue geschaffen. Mit stärkenorientierten

Integrationsansätzen helfen wir beiden Zielgruppen, den hoch qualifizierten wie den gering qualifizierten Arbeitnehmern. Benachteiligte am Arbeitsmarkt unterstützen wir nicht nur bei der Überwindung von Qualifizierungsdefiziten, sondern ermöglichen ihnen insgesamt eine verbesserte gesellschaftliche Teilhabe. Der Freistaat Thüringen erkennt hier weitere Chancen und forciert dies mit einer Qualifizierungsoffensive und Mobilisierungsstrategien.

Die Aufgaben, denen sich der Freistaat Thüringen gegenübersieht, sind vielfältig – das verdeutlichen auch die genannten Herausforderungen. Meine Erfahrungen zeigen jedoch, dass die Thüringer mit ihrer Mischung aus Heimatverbundenheit, Tatkraft und Aufgeschlossenheit und mit ihrer Lebendigkeit, Weltoffenheit, Innovationsfreude und Bildungskompetenz Tag für Tag Wohlstand und Lebensqualität schaffen und in ihrem beruflichen wie auch privaten Umfeld ganz selbstverständlich Verantwortung übernehmen.

Beitrag von Prof. Dr. Christoph Stölzl

Präsident der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar

Thüringens Zukunft

Thüringen liegt im Herzen Deutschlands. Das ist eine geographische, noch viel mehr aber eine kulturelle Realität. Viele der bis heute die deutsche Identität bildenden kulturellen Phänomene sind mit Thüringens Geschichte verbunden: die höfische Kultur des Mittelalters (Minnesang auf der Wartburg), die Formung der modernen deutschen Sprache (Luthers Bibelübersetzung auf der Wartburg), die unerhört reiche Kultur der aristokratischen Residenzen vom 17. bis zum frühen 20. Jahrhundert, die Entstehung der barocken Musik in der Familie Bach, das Aufblühen der weltbürgerlich gesinnten deutschen Literatur und Philosophie in der Weimarer Klassik Goethes, Schillers, Wielands und Herders. Die moderne, europäische Wirkung entfaltende Musik des 19. Jahrhunderts bei Wagner und Liszt, die Formung des modernen Theaters in Meiningen, der weltverändernde Aufbruch der Jugend in der Frühzeit des Bauhauses, die heroische Zeit des deutschen Automobilbaus im frühen 20. Jahrhundert in Eisenach. Nicht zu vergessen die starken Forschungstraditionen der Naturwissenschaften in Jena und Ilmenau und die erfolgreich angewandte Naturwissenschaft der Optik in Jena.

Thüringer Zukunftspolitik muss sich des reichen Erbes bewusst sein und auch der Chancen, die sich daraus ergeben. „Erben, das ist auch ein Talent“, hat Thomas Mann einmal gesagt. Die Fülle der Kulturinstitutionen: der Theater, Schlösser und Parks, der überreichen Museen und Bibliotheken, der Hochschulen und Fachhochschulen, ist nicht eine unproduktive Last, die ein kleines Bundesland überfordert, sondern ein erstklassiges Potential für die Zukunftsentwicklung des Landes.

Wie könnte die aussehen?

Zuerst: kulturelle Leuchttürme sind langfristig, das lehrt die Wirtschaftsgeschichte, immer auch Standort-Magneten für Investitionen gewesen - Kulturtourismus macht dabei den Vorreiter. Regionen, die „Kompetenz“ im Wappen führen, von den Ausbildungsstätten bis kunsthistorischen Highlights, sind attraktiv für die Zuwanderung von Eliten. In unserer globalisierten Welt liegt die Zukunft des rohstoffarmen Landes Deutschland in der Entwicklung einer hochkompetenten „Wissensgesellschaft“.

Thüringens Zukunftspolitik solle das Land als Zuwanderungsland entwerfen - als ein Lebens-, Bildungs- und Kulturparadies für die Jungen, Mutigen, Unternehmungslustigen, Bildungsfreudigen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus der ganzen Welt. Kommt es zu einer quantitativ und qualitativ bedeutenden Zuwanderung von kompetenten Menschen, so entsteht eine Kettenreaktion zwischen Forschung und Lehre, angewandter Wissenschaft und Existenzgründung, hoher Lebensqualität durch Kulturteilhabe, gute Wohn-, Freizeit-, Gesundheits- und Schulangebote, perfekte Verkehrsanbindung an die großen Kommunikationstrassen (ICE, Autobahn) und last but not least, Einbindung jedes Bürgers in eine prestigereiche Geschichts-Tradition.

Das alles kostet Geld, aber es bringt langfristig viel mehr, als es kostet. Thüringens Zukunftspolitik sollte fröhlich, optimistisch und zupackend das Nötige tun - nicht jammernd über die Kosten, sondern in kluger Nutzung des „Deficit Spending“-Prinzips und mit Stolz und Zuversicht. Die Souveränität Thüringens, eines kleinen Bundeslandes von etwas über 2

Millionen Einwohnern, ist gegründet auf Bildung und Kultur. Das war immer schon so, Thüringen ist damit unverzichtbar im Kontext der föderalen Gliederung Deutschlands geworden, und darum sollte es auch bei dieser Marke bleiben.

Die Optimisten sagen: das Leben ist eine Einheit. Erfolgreiche Ökonomie, verantwortliche Politik, gesicherte Kultur und kompetente, für alle Bildungswilligen offene Eliten, gehören zusammen, wenn unsere Zukunft gelingen soll. Keine Transzendenz der gegenwärtigen Gesellschaft in die Zukünftige, ohne die Weitergabe kultureller Errungenschaften, die morgen so lebenswichtig sind, wie sie vorgestern waren. Keine Kompetenz fürs Wissenschaftlich-Technologische, fürs Ökonomische und Politische, ohne kulturelles Einverständnis. Keine praktische Humanität ohne die ständige Vergewisserung über die kulturelle Symbolik und Semantik, die Brücken baut zwischen unterschiedlichen Menschen. Kein Leben, weder das Private, noch das Öffentliche der Demokratie kann gelingen, ohne die Erfahrung des Glücks, einverstanden sein zu können mit Werten, die man mit dem Sammelbegriff „Kultur“ benennt. Jede gemeinsame Beschäftigung mit kulturellen Werten ist die Fortschreibung einer unverzichtbaren „Leitkultur auf Zeit“. Sie ist nie etwas fix Vorgegebenes, in das man sich in Reih und Glied formiert, sondern immer ein wechselnder Ort, der am Ende aber Heimat wird für alle, die es ernst meinen mit der Demokratie als einem „Plebiscite de tous le jours“.

Beitrag von Dr. Jens Triebel

Oberbürgermeister der Stadt Suhl

Zukunftsdiskurs 2020: Nachhaltigkeit verpflichtet zum Umdenken

Über die Zukunft nachdenken bedeutet zunächst, sich mit der Vergangenheit vertraut zu machen. Denn sehr schnell nährt der Blick zurück die Erkenntnis, dass Zukunft dem Grunde nach wiederkehrende Vergangenheit verkörpert. Daher sind auch die Lösungsansätze für die Herausforderungen der Zukunft im Wesentlichen schon seit Jahrhunderten bekannt.

Als der sächsische Berghauptmann Hanns Carl von Carlowitz im Jahre 1713 mit seinem Buch, "sylvicultura oekonomica" die Nachhaltigkeit zum Prinzip langfristig rationalen Handelns im Wald erhob, war er seiner Zeit nicht nur voraus, sondern auch fern des heute üblichen politisch plakativen Gebrauchs dieses wichtigen Begriffes. In seiner Zeit verschlang der Wohlstand und Reichtum verheißende Erzbergbau Unmengen an Holz. Carlowitz erkannte die Risiken des schonungslosen Raubbaus. Er forderte im Sinne einer dauerhaften Sicherung des Bergbaus für künftige Generationen zum Verzicht auf Maßlosigkeit in seiner zeitgenössischen Gegenwart auf!

Angesichts der inflationären Begriffsverwendung läuft Carlowitz' Nachhaltigkeitsverständnis Gefahr, im 300. Jubiläumjahr Opfer politischer Beliebigkeit zu werden. Und das, obwohl dieses Prinzip so nüchtern wie überzeugend ist. Es besagt, dass die heutige Generation stets weniger Ressourcen verbrauchen darf, als für folgende Generationen zur Verfügung stehen. Das Prinzip forstlicher Nachhaltigkeit fordert "Maß halten" und zurückhalten von Wünschen in der Gegenwart zu Gunsten der Bedürfnisse künftiger Generationen.

Seit einigen Jahren schon wird der Begriff universal zur Anwendung gebracht. Das sich dahinter verbergende Prinzip indes wird durch fälschlichen Gebrauch ad absurdum geführt. Es scheint, als würden viele politische Zukunftsthemen gerade deshalb dem Prinzip der Nachhaltigkeit entgegen stehen, weil sie als politische Einzelthemen behandelt werden. Dies ist an drei aktuellen Beispielen zu belegen, die häufig der Einzelbetrachtung unterliegen, tatsächlich aber nur gemeinsam als Ganzes nachhaltig wirken.

Beispiel eins ist die herrschende Energie- und Rohstoffpolitik in Deutschland. Ein systemischer Ansatz nachhaltigen politischen Agierens würde sichtbar machen, dass die Energiewende als ersten Schritt den Minderverbrauch an Energie vor dem des Energieträgerwechsels setzt. Dieser Logik müsste schlüssig die Befriedigung der dann noch gegebenen Energie- und Rohstoffbedürfnisse möglichst aus heimischen Quellen folgen.

Beispiel zwei ist die aktuelle Naturschutzpolitik. Die vorherrschende urbane Naturschutzphilosophie steht einem nachhaltigen Politikgefüge entgegen. Sie ist in ihrem geistigen Ursprung im siedlungsdichten Großstadtmilieu verwurzelt. Statt für eine nachhaltige Nutzung des Lebensraumes einzutreten, verbannt die urbane Demokratie die Produktion von Rohstoffen ins Ausland. Das Schlachthausparadoxon, welches sinngemäß für die Liebe der Menschen für die Kühe auf der Wiese und das Steak auf dem Teller steht, während alle Verarbeitungsschritte dazwischen auf höchste Ablehnung stoßen, greift auch hier. Vor den Toren der Stadt wird in Form von Großschutzgebieten eine scheinbar heile Naturwelt geschaffen und der regionalen Befriedigung von Energie- und Rohstoffbedürfnissen entzogen, während der Ressourcenverbrauch in der Stadt unaufhaltsam wächst.

Beispiel drei ist die Landnutzungspolitik. Nirgends ist die Gefahr des Scheiterns nachhaltiger Handlungsansätze größer als in diesem Politikfeld. Solange es leichter und billiger ist, land- und forstwirtschaftlich nutzbare Flächen für Siedlungs- und Gewerbebauten zu versiegeln, als Siedlungs- und Industriebrachen urban nachzunutzen oder zu rekultivieren, findet nachhaltige Landnutzung nach von Carlowitz' Maxime nicht statt.

Die Trennung dieser politischen Themen in einzelne Politikfelder ist fatal und deutet auf gravierende Mängel im Systemdenken hin. Tatsächlich gehören diese Politikfelder in ihrer Verortung und Wechselwirkung zusammen. In ihrer fortwährenden Trennung liegt die Gefahr. Denn der Entzug von nachhaltig für die Energie- und Rohstoffbereitstellung nutzbarer Landoberfläche durch Versiegelung oder nutzungsfreier Unterschutzstellung führt in Verbindung mit steigendem Ressourcenverbrauch zum Scheitern einer nachhaltig ausgerichteten Energiepolitik. Das heißt, wer eine nachhaltige Energiepolitik will, der braucht zugleich eine neue Naturschutzpolitik und ein Umdenken in der Landnutzungspolitik.

Unsere Energie-, Rohstoff- und Bodenverbräuche sichern unserer Generation einen nie dagewesenen Wohlstand. Ermöglicht wird dieser Wohlstand durch kurzfristiges Handeln und maßlosen Ressourcenverbrauch. Als von Carlowitz vor 300 Jahren der Folgen maßlosen Rohstoffverbrauchs gewahr wurde, ersann er das Prinzip der Nachhaltigkeit im Wald. In Verantwortung für die uns folgenden Generationen sollten wir schnellstmöglich dieses forstliche Wirtschaftsprinzip zum Prinzip gesellschaftlichen Handelns machen.

Beitrag von Prof. Dr. Andreas Tünnermann

Institutsleiter Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik IOF

und

Dr. Oliver Mauroner

Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik IOF

Mensch-Maschine-Interaktion – Grundlage für eine zukunftsfähige Produktion

1. Interaktion von Mensch und Maschine

Menschen interagieren mit Ihrer Umwelt über unterschiedliche Sinnesorgane wie Auge, Nase, Ohren und Haut. Dabei kommt dem visuellen Sinn eine besondere Bedeutung. Menschen können sich mithilfe des visuellen Sinnes in unbekannter Umgebung orientieren, unterschiedlichste Informationen aufnehmen und komplexe Entscheidungsprozesse einleiten. Auch die zwischenmenschliche Kommunikation basiert zu 80% auf dem visuellen Sinn durch Interpretation von Körpersprache – ganz bewusst aber häufig auch unbewusst. Dementsprechend sind Gestik und Mimik, Körperhaltung und Bewegung extrem wichtig für die Interaktion.

In der maschinellen Informationsaufnahme und -verarbeitung und folglich auch in der Interaktion von Mensch und Maschine bleibt dieses Potenzial bislang ungenutzt (Abb. 1). Hier erfolgt die Kommunikation über unnatürliche definierte Ein- und Ausgabemedien. Dies führt letztlich zu einer ineffizienten und suboptimal ausgestalteten Kommunikation und Interaktion. Erste technische Lösungen ermöglichen zwar (teil-)autonome Interaktionen von Maschinen mit der Umwelt und dem Menschen, sind jedoch zumeist auf spezifische Szenarien beschränkt. In Summe bleiben die Fähigkeiten von Maschinen zur Aufnahme und Interpretation von komplexen Szenarien weit hinter den Fähigkeiten des Menschen zurück.

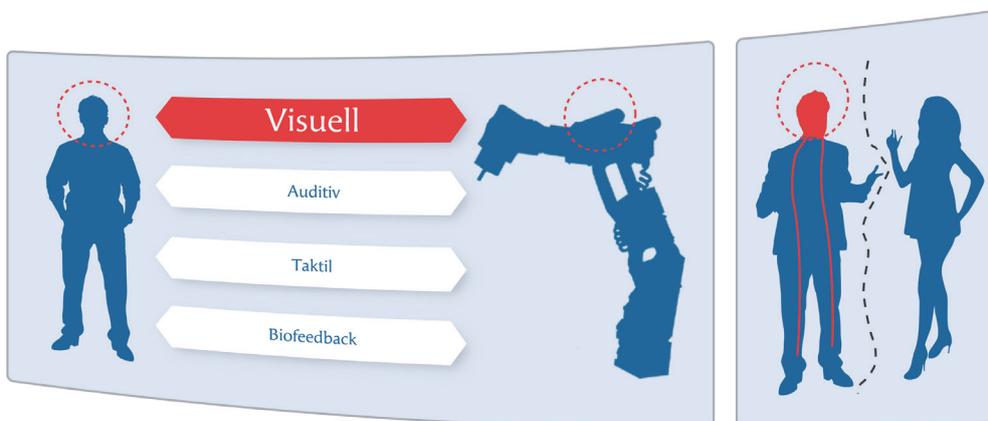


Abb. 1: Kommunikationskanäle

So sollten Maschinen durch die dreidimensionale Erfassung und Interpretation von Gestik und Mimik unmittelbar Handlungsanweisungen entgegen nehmen und auch physischen, psychischen und emotionalen Zustand des Menschen erfassen. Dadurch kann die Maschine Rückschlüsse auf dessen tatsächliche Handlungsdisposition ziehen und entsprechend agieren.

Eine Beherrschung dieser an den Menschen angepassten 3D-Interaktion stellt ein Zukunftsthema dar und eröffnet eine Vielzahl von Anwendungen in allen Bereichen, in denen Mensch und Maschine aufeinander treffen, insbesondere in der Produktion und im Maschinenbau. Gleichzeitig stellt die Mensch-Maschine-Interaktion eine Herausforderung dar, die nur im Rahmen eines transdisziplinären Vorgehens in Angriff genommen werden kann. Der Schlüssel für den bedarfsgerechten Einsatz von Fertigungsrobotern in komplexen und dynamischen Szenarien wie etwa Fabrikhallen ist die robuste und schnelle 3D-Wahrnehmung des umgebenden Raumes, der sich darin befindlichen Objekte sowie der Menschen als Interaktionspartner und deren non-verbale Kommunikationsformen (Gestik, Mimik, Körpersprache). Nur so sind Rückschlüsse auf die Navigations-, Manipulations- und Interaktionsmöglichkeiten des Roboters möglich. Hier werden die Potenziale für Thüringen deutlich, die sich aus der Kombination von Robotik, Messtechnik, Bildverarbeitung und Optik und dem Zusammenspiel der Standorte Erfurt, Ilmenau und Jena ergeben.

Die Mensch-Maschine-Interaktion ist ein Paradebeispiel dafür, dass Impulse für Innovationen an den Schnittstellen von Technologiefeldern entstehen: Produktionstechnik und Robotik, Optik und 3D-Messtechnik, Bildverarbeitung und Informationstechnik. Gerade für Thüringen bietet dies enorme Chancen, auf existierenden industriellen Clustern aufzubauen und die klassischen Stärken der heimischen Industrie weiterzuentwickeln. Die zahlreichen Unternehmen der optischen Industrie (OptoNet e.V.), der elektronischen Mess-, Steuer- und Regeltechnik (ELMUG e.V.), der Mikro- und Nanotechnik (MNT e.V.) sowie die Medizintechnikhersteller und -zulieferer (medways e.V.) und die Betriebe der Automobiltechnik (automotive thüringen e.V.) belegen das Potenzial für wirtschaftliche Synergieeffekte in Thüringen. Dabei sind insbesondere die mittelständigen Unternehmen darauf angewiesen, durch Disziplinen übergreifende Synergieeffekte („cross border“) ihre Innovationskraft weiter auszubauen.

2. Effiziente Produktion durch optimales Zusammenspiel von Mensch und Maschine

Die moderne Produktion ist durch ein Zusammenwirken von Mensch und Maschine gekennzeichnet. Vor allem in Hochlohnländern unterliegt die Produktion dem Zwang einer stärkeren Derivatbildung und Diversifikation; die Produktion von Großserien- und Billigprodukten findet in erster Linie in Niedriglohnländern statt. Deutsche Unternehmen haben im weltweiten Vergleich Vorteile bei der Fertigung von Produkten mit hoher Komplexität, hoher Präzision und hohem Grad an Wertschöpfung. Die heimische Industrie profitiert von optimal ausgebauten Infrastrukturen und gut organisierten Logistikabläufen, die speziell bei Produktionsabläufen mit einem hohen Grad an Derivaten und kurzen Umrüstzyklen von Bedeutung sind. Gleichzeitig stehen die Unternehmen unter dem ständigen Konkurrenzdruck eines global agierenden Wettbewerbs. Innovationen im Bereich der Mensch-Maschine-Interaktion bieten das Potenzial, nachhaltige Wettbewerbsvorteile durch verbesserte Produktionsabläufe zu sichern.

- Innovationen der Mensch-Maschine-Interaktion ermöglichen eine Optimierung von Fertigungsabläufen durch die Reintegration des Menschen bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität,
- Sie ermöglichen eine Steigerung von Qualität, dem grundlegenden Merkmal deutscher Produkte, ermöglichen eine Null-Fehler-Produktion und führen zu einer

Senkung von Nacharbeit und Ausschuss und damit zu Ressourceneinsparungen hinsichtlich Energie, Material, Personal und Kosten.

Optimierung von Fertigungsabläufen durch Reintegration des Menschen

Ziel der Reintegration des Menschen in die Fertigung ist ein Zurückgewinnen von Jobs im produzierenden Bereich. Ein wesentliches Problem der industriellen Fertigung liegt in der Ausgrenzung des Menschen aus der Produktion. Rodney Brooks, renommierter Roboterbauer vom MIT sagt dazu: „Wir stellen teure Produkte mit Maschinen her, aber billige immer noch per Hand. Das ist eigentlich paradox, aber der Grund ist, dass heutige Industrieroboter nicht dafür geeignet sind, mit dem Menschen direkt zusammenzuarbeiten (Technology Review 01/2013).“ Ursache für diese abwegige Situation ist, dass Produktionsroboter für den Kontakt mit Menschen immer noch zu gefährlich sind.

Die Gesundheit und Unversehrtheit des Menschen ist eines seiner höchsten Güter. Entsprechend hoch sind die gesetzlichen Standards zu deren Schutz – auch und gerade im Bereich der Arbeitssicherheit. Gleichzeitig hat dieser Schutz jedoch immer mehr eine Verdrängung des Menschen aus der Produktion und dessen Ersatz durch Automatisierungslösungen zur Folge. Der Segen des Arbeitsschutzes zeigt seine Kehrseite – der Mensch findet an Pressen- oder Montagelinien keinen Platz mehr, Roboter übernehmen schwere und gefährliche Arbeiten und werden dabei letztlich selbst zu Gefahrenquellen für den Menschen. Durch diese Entwicklung verliert die Gesellschaft in doppelter Hinsicht: Zum einen müssen Produktionsbetriebe zwangsläufig auf Intelligenz, Kompetenz und Flexibilität gut ausgebildeter Fachkräfte verzichten zum anderen entsteht volkswirtschaftlicher Schaden, da Arbeitskräfte zu unfreiwilligen Nehmern sozialer Leistungen werden. Ein Ausweg liegt in der Reintegration des Menschen in die Produktionsabläufe (Abb. 2). Menschliche Arbeitskräfte können viel schneller, viel kreativer, viel lernfähiger agieren als es Automatisierungslösungen je können werden. Überall dort, wo komplexe Baugruppen, kleinteilige Produktionen, minimale Losgrößen oder häufige Fertigungsanläufe stattfinden ist der Mensch klar im Vorteil – sowohl aus betriebswirtschaftlicher als auch aus sozialer Sicht.



Abb. 2: Die Integration des Menschen in die Produktion bietet Chancen zur Optimierung und Flexibilisierung der Fertigungsabläufe (Fraunhofer IWU)

Trotz moderat hoher Lohnkosten überwiegen die Vorteile menschlicher Arbeitskräfte, soweit sie sicher und effizient eingesetzt werden können. Letztlich ist der betriebswirtschaftliche

Erfolg von produzierenden Unternehmen im Einklang mit der Schaffung von Arbeitsplätzen die Voraussetzung für die Prosperität unserer Gesellschaft. 3D-Technologien sind hierfür Schlüsseltechnologien. Erst die vollständige dreidimensionale Erfassung und Informationsverarbeitung ermöglichen eine wirkliche Zusammenarbeit von Mensch und Maschine, ohne dabei den Menschen zu gefährden und bei gleichzeitiger Sicherstellung höchst effizienter Produktionsabläufe.

Steigerung der Qualität durch Prozess- und Qualitätssicherung

Einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Produktqualität und damit zur Nullfehlerproduktion kann mit Prozess- und Qualitätssicherung durch eine Verlagerung der Qualitätskontrolle von off-Line zur in-Line-Überwachung (Zeit- und Aufwandseinsparung) erzielt werden. Dadurch wird die Qualitätssicherung von der Stichproben- zur 100%-Prüfung ausgedehnt, wobei die sofortige Fehlererkennung Ausschuss- und Nacharbeitskosten senkt bzw. vermeidet. Qualitätsprüfkreise werden damit in echte Qualitätsregelkreise umgewandelt, wodurch eine echte qualitätsgetriebene Prozessregelung ermöglicht wird.

Der Schlüssel hierzu liegt in der Wandlung der kommerziellen Qualitäts- und Fertigungsmesstechnik, in zukünftige prozessfähige Systeme, welche in der Lage sind Fertigungsprozesse am Produkt qualitätsgeregelt zu führen und zu optimieren. Während in der Vergangenheit die meisten Methoden auf zweidimensionaler Erfassung der Messobjekte beruhten, erlauben zukünftige dreidimensionale Form- und Lageerfassungen einen erheblich besseren Einblick in die Prozesse und Bearbeitungsergebnisse. Hier ist zu beachten, dass fast alle räumlich-maßlichen Qualitätsmerkmale eine dreidimensionale Betrachtung bedingen. Die 3D-Qualitätsüberwachung wird zukünftig unausweichlich inhärenter Bestandteil der Maschinen- und Anlagenregelung.

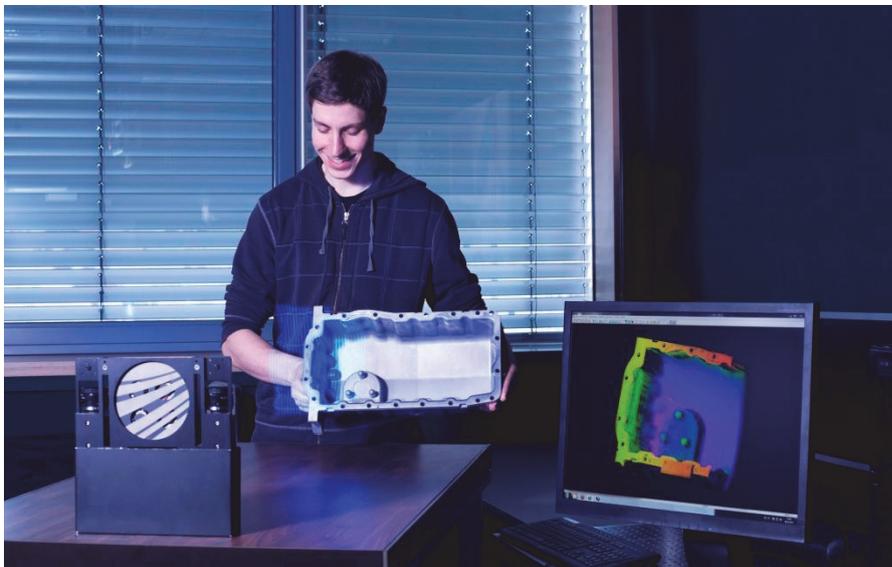


Abb. 3: Industrielle Qualitätssicherung basiert auf berührungsloser dreidimensionaler Hochgeschwindigkeitsmesstechnik (Fraunhofer IOF)

So werden in den kommenden Jahren von Seiten der Produktionstechnologie die Forderungen an Messverfahren, die direkt in der Fertigungslinie eingesetzt werden, enorm steigen. Zentrale Elemente sind dabei 3D-Inline-Messverfahren, die eine schnelle Rückkopplung der Prozessdaten erlauben (Abb. 3). Eine wesentliche Herausforderung besteht in der Flexibilisierung der Fertigungslinien. Durch kleinere Losgrößen und steigende Variantenvielfalt müssen die Messsysteme künftig sehr flexibel einsetzbar und schnell für andere Varianten umrüstbar sein. Dies bietet ein erhebliches Rationalisierungspotenzial und

Ressourcenschonung durch den Übergang zur prozesssynchronen Prüfung. Notwendige FuE-Arbeiten umfassen u.a. die schnelle und genaue 3D-Bauteilvermessung und die prozessintegrierte Prüfung wobei oftmals eine direkte Integration in die Fertigungsmaschine mittels geschlossener Regelkreise („closed loop control“) unabdingbar ist.

3. Wirtschaftliche Bedeutung der Mensch-Maschine-Interaktion

Innovationen in der Mensch-Maschine-Interaktion sind entscheidend für die zukünftige Entwicklung von Kernbereichen der deutschen Industrie. Dies gilt nicht nur für die Produktions- und Fertigungstechnik sondern auch für eine Reihe weiterer Branchen wie etwa die Medizin- und Gesundheitstechnik, die Automobil- und Verkehrstechnik, die Sicherheits- und Messtechnik. In all diesen Feldern ist die Wettbewerbsposition Deutschlands sehr gut und kann durch kontinuierliche Innovationen weiter gestärkt werden. Gleichzeitig weisen diese Branchen einen mittelständigen Charakter auf. Insbesondere die Optik, Messtechnik, Sensorik und Bildverarbeitung aber auch die Zulieferindustrie für Produktions-, Automobil- und Medizintechnik sind wesentlich durch KMU geprägt. So sind über 90% der Unternehmen die sich mit 3D-Technologien beschäftigen als KMU zu bezeichnen. Dabei sind die 3D-Technologien weltweit durch ein hohes Wachstum gekennzeichnet. Analysten gehen von einem durchschnittlichen Wachstum von bis zu 15% p.a. und einem Umsatzvolumen in Deutschland von mehr als 35 Mrd. € in 2020 aus (Abb. 4). Dadurch können allein in den 3D-Unternehmen in Deutschland bis 2019 mehr als 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze für hochqualifiziertes Personal entstehen.

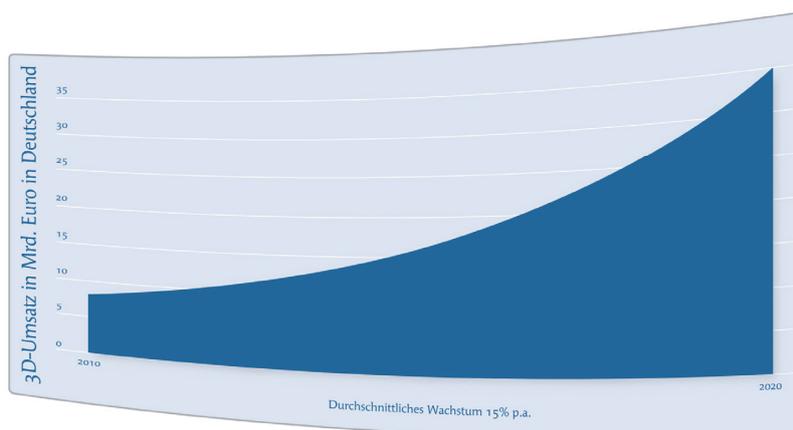


Abb. 4: Umsatzentwicklung der 3D-Unternehmen in Deutschland basierend auf einer Wachstumsrate von 15% p.a. (Prognos, Basel 2012).

Dieses Wachstum bietet Chancen für die traditionsreichen und innovativen Cluster und Kompetenznetzwerke mittelständiger Prägung in Thüringen. Dies reicht von Spectronet, dem Netzwerk für Bildverarbeitung über ELMUG, dem Cluster der elektronischen Mess- und Gerätetechnik bis hin zu OptoNet, dem Netzwerk der optischen Technologien. Ihr Zusammenspiel ermöglicht branchen- und marktübergreifende Synergieeffekte („cross border“) und stärkt die Innovationskraft der Unternehmen. Innovationen in der Mensch-Maschine-Interaktion entstehen dabei nicht nur im Zusammenwirken unterschiedlicher Technologien sondern auch durch die Kooperation des Mittelstandes mit Großunternehmen, die über Marktzugang verfügen. Hier sichert die Kreativität der kleinen Unternehmen die Wettbewerbsposition und Zukunftsfähigkeit von international agierenden Unternehmen aus Thüringen.

Beitrag von Prof. Dr. Silke Übelmesser

Friedrich-Schiller Universität Jena, Lehrstuhl für Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft

Bildung für die Zukunft!

Die Deutschen werden immer älter, aber auch immer weniger. Nach aktuellen Bevölkerungsvorausrechnungen schrumpft die Bevölkerung in Thüringen sogar dreimal so schnell wie im Bundesdurchschnitt und der Rückgang bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird noch stärker ausfallen. Für den Arbeitsmarkt kann diese Entwicklung nicht ohne Folgen bleiben, besonders wenn dadurch ein gleichzeitig steigender Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften nicht mehr gedeckt werden kann. Diese Situation des knapper werdenden Arbeitskräftepotentials, auch bekannt unter dem Begriff Fachkräftemangel, ist je nach Branche oder Region schon gegenwärtig oder wird für die nächsten Jahre prognostiziert.

Engpässe bedeuten aber nicht automatisch, dass staatliches Eingreifen gerechtfertigt ist. Wenn zu wenige Fachkräfte vorhanden sind, dann sollte diese Knappheit dazu führen, dass die Produktivität der Beschäftigten und somit die Löhne, die die Unternehmen zu zahlen bereit sind, steigen. Dadurch werden sich zumindest mittelfristig mehr Menschen für eine der gefragten Ausbildungen entscheiden. Höhere Löhne verringern gleichzeitig den Bedarf der Unternehmen, da der Einsatz von Fachkräften teurer wird. Beide Marktseiten gleichen sich somit von alleine an, zumindest bei flexiblen Löhnen. Löhne können aber oft nicht in ausreichendem Maße reagieren. Tarifbindungen und Mindestlöhne machen beispielsweise eine Anpassung nach unten schwierig. Eine Anpassung nach oben scheint dagegen einfacher möglich zu sein. Sieht man sich aber die Bruttostundenlöhne der Fachkräfte an, dann lässt sich nach der amtlichen Erhebung der Arbeitnehmerverdienste kein besonders starker Anstieg beobachten. Es scheint also (noch) ausreichend viele Fachkräfte zu geben, zumindest im Durchschnitt für Deutschland über die relevanten Branchen. Diese Beobachtung schließt jedoch nicht aus, dass bereits heute bestimmte Experten in einzelnen Regionen fehlen; und diese Beobachtung bedeutet auch keinesfalls, dass es nicht in den nächsten Jahren zu einer angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt kommen kann, wenn die Alterung der Gesellschaft noch stärker spürbar wird.

Um die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens beurteilen zu können, müssen aber noch weitere Aspekte berücksichtigt werden. So kann ein Mehr an hochqualifizierten Beschäftigten positive Effekte für andere (heimische) Faktoren haben. Produktionsprozesse erfordern im Normalfall – neben Kapital – Beschäftigte mit unterschiedlichen Qualifikationen. Das heißt, dass Hochqualifizierte nicht einfach und vor allem nicht vollständig Beschäftigte mit anderen, sprich niedrigeren Qualifikationen ersetzen können. Zusätzliche, sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte erhöhen so die Nachfrage nach gering qualifizierten Personen. Die Folgen können höhere Beschäftigung und auch höhere Löhne im Niedriglohn-Sektor sein und so helfen, die Situation dort zu verbessern. Zusätzlich lässt sich noch anführen, dass qualifizierte Arbeitskräfte auch als Steuerzahler einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben leisten. Dies gilt in gleichem Maße für ihre Zahlungen in die sozialen Sicherungssysteme.

Das Thema Fachkräftemangel verlangt also aus unterschiedlichen Gründen nach Lösungen. Da einer der Gründe für das zu erwartende Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt der

Rückgang der Geburtenrate ist, könnte man dort ansetzen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass selbst bei einem Programm mit großzügigen finanziellen Anreizen die Geburtenzahlen deutlich ansteigen würden. Daneben ist zu berücksichtigen, dass selbst im Erfolgsfall mehr Geburten heute frühestens in 20 bis 25 Jahren zu mehr Beschäftigten führen würden. Eine Politik, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, einschließlich einer besser ausgebauten Betreuungsinfrastruktur könnte auch in Betracht gezogen werden, wenn dadurch mehr Frauen bewegt werden, nach einer Familienpause (schneller) in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Beide Bereiche können somit dazu beitragen, der demographischen Entwicklung entgegen zu wirken.

Daneben gibt es zwei weitere wichtige Ansatzpunkte, die im Folgenden genauer betrachtet werden sollen. Bei beiden steht die Bildung bzw. Ausbildung im Mittelpunkt: Der erste Punkt bezieht sich auf die Ausbildung an den Schulen und Universitäten in Thüringen; beim zweiten Punkt geht es um die Qualifikationen, die Fachkräfte bei Zuwanderung mitbringen.

Gute Ausbildung

Eine Forderung an eine zukunftsorientierte Ausbildung ist, diese so zu gestalten, dass die erworbenen Qualifikationen und die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Kenntnisse auch vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Wandels besser übereinstimmen. Ebenso kann durch die Weiterbildung von bereits Erwerbstätigen dem Mangel an bestimmten Qualifikationen zum Teil begegnet werden. Insgesamt muss der Zugang zu tertiärer und allgemein zu qualifizierter Bildung verbessert werden und ein besonderes Augenmerk auf die Qualität gelenkt werden. In Zeiten der Haushaltskonsolidierung gilt es jedoch, die Finanzierungsseite dieser wichtigen Investitionen in Bildung mit zu betrachten. Zwei Möglichkeiten lassen sich dabei aufzeigen.

Zum einen kann sich Thüringen dazu verpflichten, die jetzt in das Hochschulsystem und andere Bildungsstufen investierten Mittel trotz abnehmender Schüler- und Studierendenzahl gleich zu belassen. Dies würde bedeuten, dass die Bildungseinrichtungen pro Schüler-/in bzw. pro Student-/in über mehr finanzielle Mittel verfügen. Ein Teil der rückläufigen Absolventenzahlen könnte so durch eine bessere Ausbildung ausgeglichen werden, was zu einer höheren Produktivität und höheren Löhnen führen würde.

Daneben sollte aber auch einer finanziellen Beteiligung vor allem der Studierenden nicht vorschnell eine Absage erteilt werden. Man sollte sich vielmehr nüchtern zwei inhaltlich unterschiedliche Punkte getrennt ansehen. Es stellt sich zunächst die Frage, ob es (Effizienz-)Gründe gibt, die für eine teilweise Finanzierung von Hochschulbildung über Gebühren sprechen. Erst wenn diese Frage bejaht wird, ist zu überlegen, wie die Gebühren erhoben werden könnten und sollten, ohne dass soziale Ungleichheiten verstärkt werden.

Bei Studiengebühren geht es nicht darum, dass die Studenten die ganzen Kosten tragen sollen. Denn von einem Studium profitieren nicht nur die Studenten alleine, sondern auch die Allgemeinheit. Von großer Bedeutung sind die positiven Effekte, die von höherer Bildung zu mehr Produktivität und mehr Wachstum führen. In einem Land wie Deutschland mit einem ausgebauten Steuer-Transfersystem profitieren von diesen Effekten dann viele andere auch. Somit ist es nur richtig, dass sich die Allgemeinheit auch an den Kosten des Studiums beteiligt. Aber die Studenten profitieren eben auch; zumindest dann, wenn sie nach dem Studium eine Beschäftigung finden, die ihren Qualifikationen entspricht und entsprechend entlohnt wird. Wenn dies so ist, dann sollten die Studenten auch einen Beitrag zur Finanzierung des Studiums leisten, der über die Lebenshaltungskosten und das entgangene Einkommen während des Studiums hinausgeht.

Zwei Einwände sollen aber nicht unterschlagen werden, die die konkrete Ausgestaltung – und somit den zweiten Schritt – betreffen. Der erste Einwand bezieht sich auf die Befürchtung, dass Studiengebühren Chancengleichheit verhindern. Beim zweiten Einwand steht die Sorge im Vordergrund, dass eben nicht alle, die ein Studium beginnen, dieses auch

erfolgreich abschließen; und selbst wenn dies gelingt, nicht alle darauf eine erfolgreiche berufliche Karriere aufbauen können.

Nachgelagerte Gebühren stellen ein Instrument dar, mit dem diese Einwände adressiert werden können. Das Studium ist dabei zunächst kostenfrei. Erst nach Abschluss des Studiums beginnen die Zahlung und auch nur dann, wenn ein bestimmtes Jahreseinkommen erreicht ist. Nachgelagerte Studiengebühren können also so gestaltet werden, dass sie eine Versicherung beinhalten und gleichzeitig helfen, soziale Schieflagen zu vermeiden.

Wichtig ist zu beachten, dass aus Thüringer Sicht die Netto-Vorteile einer sehr guten Ausbildung neben der Finanzierungsseite stark davon abhängen, ob Absolventen und Absolventinnen in Thüringen bleiben oder ob Thüringen einen Bildungsexport in andere (Bundes-)Länder leistet. Mit einer Verpflichtung zu einer guten finanziellen Ausstattung der Hochschulen aus öffentlichen Mitteln – möglicherweise zusammen mit (maßvollen) Studiengebühren – könnte dabei die Qualitätsoffensive und Internationalisierung der Ausbildung weiter vorangetrieben werden. Thüringens Hochschullandschaft hätte dann die Möglichkeit, noch stärker über Qualität im nationalen und internationalen Wettbewerb um die besten jungen Menschen mitzumachen. Der entscheidende Punkt allerdings bleibt, dass diese jungen Menschen mit ihrer sehr guten Ausbildung nur dann einen Beitrag zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in Thüringen leisten können, wenn sie auch in Thüringen bleiben, also der Arbeitsmarkt entsprechend produktive und gut entlohnte Beschäftigungsverhältnisse bietet. Wenn dies gelingt, dann könnten sich aus der gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Bevölkerung wiederum positive Impulse für Unternehmen mit einem hohen Fachkräftebedarf ergeben.

Es sollte also im Interesse Thüringens sein, so attraktiv wie möglich für Studierende, aber eben auch für Unternehmen und Beschäftigte zu sein. Dies gilt für diejenigen, die bereits in Thüringen leben und studieren oder arbeiten, aber auch für diejenigen, die über einen Zuzug nachdenken.

Qualifizierte Zuwanderung

In einer Zeit der weltweiten Kommunikation und Mobilität besteht in besonderem Maße die Möglichkeit, durch eine gut gestaltete Migrationspolitik den demographischen Entwicklungen und vor allem dem prognostizierten Fachkräftemangel zu begegnen. Zugegebenermaßen ist Zuwanderungspolitik für Bürger aus Nicht-EU-Ländern in Deutschland Bundessache. Innerhalb des gesetzlichen Rahmens gibt es aber sehr wohl Handlungsmöglichkeiten für Thüringen. Außerdem darf nicht übersehen werden, dass EU-Bürger (mit Ausnahme von Bulgaren und Rumänen), die den größten Anteil der Zuwanderer ausmachen, volle Freizügigkeit genießen.

Die Herausforderung liegt darin, sich durch eine gut gewählte Politik im Wettbewerb mit anderen (Bundes-)Ländern durchzusetzen. Dafür ist es erforderlich, zu überlegen, wie der gegebene Handlungsspielraum am besten genutzt werden kann, so dass sich die *richtigen* Zuwanderer angesprochen fühlen.

Ein erster Schritt dafür ist, klar und transparent zu signalisieren, wer in besonderem Maße gewünscht und nachgefragt ist. Dafür könnte sich zur Kommunikation ein Punktesystem anbieten. Damit die Qualifikationen möglichst genau zum Bedarf in Thüringen passen, müssten zunächst die Anforderungen an die Zuwanderer konkretisiert werden. Als nächster Schritt wären diese Anforderungen dann in Punkte zu übersetzen. Als Orientierung könnten dafür die klassischen Zuwanderungsländer Kanada, Australien und Neuseeland dienen, aber auch einige EU-Länder wie zum Beispiel Großbritannien und Dänemark, die ein Punktesystem für Nicht-EU-Bürger eingeführt haben. Natürlich geht es in der Thüringer Variante nicht darum, ob jemand kommen darf. Vielmehr kann dadurch auf einfach Art und Weise klar gemacht werden, als wie wichtig zum Beispiel ein bestimmter Bildungsabschluss und Berufserfahrung eingeschätzt werden, aber auch das Lebensalter und die

Sprachkenntnisse. Auch bietet ein Punktesystem die Möglichkeit, die Situation auf dem Arbeitsmarkt insgesamt und für bestimmte Branchen zu berücksichtigen. Je nach wirtschaftlicher Lage kann die Punkteverteilung angepasst werden. Dieses System würde auf sehr übersichtlicher Weise Nicht-EU-Bürgern wie auch EU-Bürgern eine Orientierung dafür bieten, welche Wertschätzung die eigenen Qualifikationen erfahren.

Neben dem reinen Informations- und Kommunikationszweck könnte man dieses Punktesystem auch mit Maßnahmen kombinieren, die ansetzen, wenn ein Arbeitsvertrag unterschrieben ist und sich bis in die ersten Wochen und Monaten nach Beschäftigungsbeginn erstrecken. Natürlich ist eine „Willkommenskultur“ gegenüber allen Zuwanderern erforderlich. Darüber hinaus kann man sich jedoch noch weitere Unterstützung vorstellen, die je nach den verfügbaren finanziellen Mitteln den Zuwanderern und den Unternehmen aufgrund der erzielten Punkte angeboten werden können. Das bereits breiter diskutierte Willkommenszentrum kann ebenso dazugehören, wie Sprachkurse oder Hilfe bei der Wohnungssuche und der Wahl von Kindertagesstätten und Schulen. Im Endeffekt wäre hier auch ein Modulsystem an Leistungen mit enger Verknüpfung zum Punktesystem eine denkbare und vielversprechende Option.

Bildung ist Zukunft

Was die Zukunftsfähigkeit und somit auch das Innovations- und Wachstumspotential Thüringens betrifft, so spielt Bildung eine wesentliche Rolle. Besonders gilt es damit der prognostizierten demographischen Entwicklung vorzubeugen bzw. aktiv gegen zu steuern. Die Ausbildung an den Schulen und Hochschulen in Thüringen selbst ist dabei eine wichtige Säule. Aber natürlich muss bei allen bildungspolitischen Maßnahmen ein gewisser zeitlicher Vorlauf in Kauf genommen werden, bis diese Wirkung auf dem Arbeitsmarkt zeigen. Zudem ist es unrealistisch anzunehmen, dass allein durch ein entsprechendes Bildungsprogramm aus jedem ein Ingenieur oder eine Ärztin werden kann. Deswegen müssen als zweite Säule Handlungsmöglichkeiten identifiziert und entschieden genutzt werden, die helfen, Fachkräfte aus anderen (Bundes-)Ländern zu attrahieren. Eine Strategie, die auf eine Kombination von bildungspolitischen Maßnahmen und Maßnahmen zur Unterstützung qualifizierter Zuwanderung setzt, ist ein wesentlicher Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Thüringens.

Beitrag von Matthias Wierlacher

Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank

Thüringen effizient – aus Sicht der Förderbank

Die Beschreibung der Herausforderungen für Thüringen entwirft ein realistisches, nicht geschöntes, aber auch nicht pessimistisches Bild. Für Pessimismus gibt es auch keinen Anlass, denn Thüringen hat seine Hausaufgaben gemacht und sich in den letzten Jahren besonders den Zukunftsaufgaben gewidmet.

Es kann nicht oft genug hervorgehoben werden, dass die vom Ministerium genannten Aufgabenfelder Auswirkungen auf zahlreiche Lebensbereiche haben. Sie betreffen nicht nur im engeren Sinn die Wirtschafts- oder Standortpolitik. So wirkt sich der demographische Wandel nicht nur auf den Arbeitsmarkt in Industrie und Gewerbe aus, sondern auch in der Landwirtschaft und in den Dienstleistungsberufen. Hierher gehören die Stichwörter Qualifikation und Mobilisierung der bestehenden Reserven. Ein weiterer wichtiger Aspekt: Die demographische Herausforderung betrifft auch die Lebensbedingungen der Menschen in Thüringen, betrifft Weichenstellungen im Wohnungsbau und in der Stadtentwicklung.

Ein anderer Punkt: Das Thema Energiewende betrifft Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Verbraucher in Thüringen gleichermaßen. Konkrete Energieeffizienz-Maßnahmen sind deshalb für alle drei Gruppen von Bedeutung. Und ein letztes Beispiel: die Herausforderung Investitionsbedarf gilt für Unternehmen ebenso wie für die öffentliche Infrastruktur. Kurzum: Jedes Handlungsfeld besteht aus einer Vielzahl von verbundenen und rückgekoppelten Zusammenhängen.

Wie muss das Thüringen beschaffen sein, das diese Aufgaben bewältigt? Aus der Beschreibung des Ministeriums geht implizit hervor, wie wir uns diesen Freistaat vorstellen. Es ist ein Thüringen, das seine Potenziale optimal nutzt und ausbaut. Die Potenziale der Menschen ebenso wie die verkehrsgünstige Lage im Herzen Deutschlands und Europas, die High-Tech-Kompetenz im Umfeld der Hochschulen ebenso wie die touristischen Reize. Es ist ein Thüringen, das sich Handlungsspielräume erhält und ausbaut, indem es seine Mittel gezielt einsetzt, solide haushaltet und Schulden zurückführt.

Um das zu erreichen, richten wir die Aufmerksamkeit auf gute, effiziente Prozesse, mit denen vorausschauend auf die absehbaren Entwicklungen in Ökonomie und Gesellschaft reagiert werden kann und mit denen künftige Aufgaben im Zusammenhang analysiert und gelöst werden.

Die Herausforderungen werden nicht weniger

Das gilt zu weiten Teilen schon jetzt. Wir müssen uns aber klar sein, dass es zu früh ist, um sich auf den Lorbeeren auszuruhen: Tatsache ist zum Beispiel, dass Thüringen (und mit ihm die gesamte Bundesrepublik) erst am Anfang des demographischen Wandels stehen. Tatsache ist auch, dass die Internationalisierung auch der Thüringer Wirtschaft jederzeit unerwartete Folgen haben kann. Das Beispiel der Solarindustrie zeigt sehr nachdrücklich, wie schnell auch wir in Thüringen von einem internationalen Problem betroffen sein können. Tatsache ist auch, dass die Fördermittel der Europäischen Union und der Bundesrepublik für den Freistaat absehbar zurückgehen werden.

Mehr denn je werden die Institutionen des Freistaats also aufgefordert sein, noch effizienter zu handeln. Der Beitrag der Thüringer Aufbaubank liegt in der spezifischen Kombination von Finanz-Know-how und administrativem Wissen. Beides wird für erfolgreiche Förderung benötigt.

Was kann das zentrale Förderinstitut beitragen?

Welche Aufgabe die TAB in ihrer Rolle als dem zentralen Förderinstitut des Freistaats hat, erklärt sich angesichts der Agenda sehr leicht: Industriepolitik 2020, Investitionen in Infrastruktur, die Förderung von Innovationen (gerade auch durch Technologieförderung), Unterstützung für den Mittelstand, Energiewende und nicht zuletzt das Zukunftsprogramm Ost – all das sind Themen, in denen der Finanzierungspart eine wesentliche Rolle spielt.

Wer die Entwicklungen im Bankenmarkt kennt, weiß, dass hier nicht von Routine-Arbeiten die Rede ist. Die Weiterentwicklung revolvierender Fonds, die Nachhaltigkeit in die Finanzierung der Wirtschaftsförderung bringen, verlangen mehr als das Ausreichen eines Förderkredits. Ein anderes Beispiel: Die Einführung der Konsortialfinanzierung als neues Produkt der TAB ist nicht zuletzt eine Antwort auf die verschärften Eigenkapitalanforderungen, die unter dem Stichwort Basel III auch die Mittelstandsfinanzierung durch Hausbanken beeinflusst. Wo normale Geschäftsbanken aus nachvollziehbaren Gründen zögern, kann die Aufbaubank nun auf Einladung als Partner bei größeren Aufgaben aktiv werden.

Die Rolle der Förderbank beinhaltet auch: Angebote zu entwickeln, bei denen ein Bedarf am Standort Thüringen erkennbar wird. Schon jetzt zeichnet sich bspw. ab, dass eine Vielzahl von Unternehmen in den nächsten Jahren auf eine Übergabe hinsteuert, weil die Gründer ins Alter für den Ruhestand kommen - demographischer Wandel, diesmal mit anderen Auswirkungen. Es muss im Interesse des Freistaats liegen, auch diesen Wandel zu bewältigen. Für die Finanzierung solcher Übergaben braucht es die entsprechenden Angebote – hier aus dem Feld der eigenkapitalähnlichen Finanzierungsformen.

Pflicht und Kür der Förderbankarbeit

Dabei ist es gerade die Vielfalt der Themen und Verflechtungen, die die Verbindung von Bankkompetenz und Administration erfordern. Saubere und transparente Prozesse sind unverzichtbar. So werden, um nur ein Beispiel zu nennen, die Thüringer Kommunen auch künftig Finanzierungsbedarf haben, wenn es an Projekte der Energiewende geht. Dabei ist es fast selbstredend, dass diese Finanzierungsmodelle den strengen Anforderungen der Kommunalaufsicht genügen müssen. Ein anderer gewichtiger Punkt: Auch in Zukunft müssen die Fördermittel, die aus den europäischen Strukturfonds stammen, sehr sauber abgerechnet werden. Hier geht es nicht nur um formale Anforderungen, sondern auch darum, dass diese Mittel – und die häufig zusätzlich eingesetzten Landesmittel – dorthin fließen, wo sie ihren Zweck erfüllen. Diese Qualität schulden wir den Bürgern und Unternehmern, aus deren Steuern die Arbeit des Freistaats und seiner Institutionen bezahlt werden.

Wirtschaftsförderung mit Blick für die Zusammenhänge

Wenn korrekte Mittelverwendung im Fördergeschäft die Pflicht ist, dann gibt es auch eine Kür. Ich denke unter anderem an die spezielle EU-Kompetenz - das „Brüssel-Know-how“, das zu den Kernkompetenzen der Aufbaubank gehört. Die Europäischen Strukturfonds – nicht nur EFRE und ESF – verlangen Know-how, das nicht vom Himmel fällt, sondern entwickelt werden muss. Das Verständnis für das, was die Europäische Union antreibt, ist alles andere als trivial. Heute haben wir eine solide Basis für unsere Förderarbeit – für Kenner: die Verständigung II. Aber auch die Union entwickelt sich weiter und das Wissen um diese Entwicklung ist ein Asset, das wir pflegen sollten.

Neben den Bankkompetenzen und dem administrativen Knowhow sind es diese drei Punkte, die die TAB für Thüringen 2020 beisteuern kann: Das „Brüssel-Know-how“, die Fähigkeit, die Herausforderungen der Wirtschaftsförderung im Gesamtzusammenhang zu sehen und nicht zuletzt das Verständnis für die langfristigen Zielsetzungen und die Umsetzung der konzeptionellen Arbeit der Landesregierung in konkrete, wirksame Förderung.

Auch die Zukunftsthemen, die der Diskurs „Zukunft 2020“ völlig zutreffend identifiziert, sollten so im Zusammenhang gesehen werden. Wenn man sich das Thüringen 2020 als Person vorstellen will, dann denke ich an einen trainierten Läufer, der schlank ist, aber genug Reserven hat, um auch schwierigere Wegstrecken zu meistern. Der seine Stärken kennt, der gelernt hat, seine Kräfte zu konzentrieren und effizient einzusetzen. Und der nicht nur den Weg vor sich abläuft, sondern eine Karte des gesamten Geländes im Kopf hat.

Beitrag von Katja Wolf

Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach

Zukunftsdiskurs Thüringen 2020

Eisenach ist das historische, kulturelle, wirtschaftliche und touristische Zentrum im Westen Thüringens. Hier lebte und wirkte die Heilige Elisabeth auf der Wartburg und in der Stadt; hier übersetzte Martin Luther die Bibel, hier steht die Taufkirche von Johann Sebastian Bach, hier wurde Ernst Abbe geboren, hier liegt die Wurzel des heutigen Unternehmens BMW. Nur wenige Städte in Thüringen weisen eine vergleichbare Konzentration von geschichtsträchtigen Namen, Orten und Ereignissen auf. Hier liegen die beiden UNESCO-Welterbestätten Wartburg und Hainich direkt beisammen. In Eisenach wurde nicht nur Thüringer Geschichte geschrieben. Eisenach hat tatkräftig an der Herausbildung einer Thüringer Identität, wie wir sie heute kennen, teilgehabt.

Eine Zukunftsentwicklung Thüringens muss daher zwangsläufig auch mit der weiteren Entwicklung der Stadt Eisenach gedacht werden.

Die Prognosen gehen davon aus, dass die Einwohnerzahl der Stadt in den kommenden Jahren stabil gehalten werden kann; auch wenn der Anteil der älteren Bevölkerung stark zunehmen wird. Aus dieser vermuteten Entwicklung erwachsen enorme Chancen und Potentiale für die gesamte Region. In Zeiten, in denen Schrumpfungsprozesse zunehmend zum Alltag gehören werden, bietet eine stabile Stadt eine zuverlässige Basis, um private, soziale und wirtschaftliche Zukunftsperspektiven aufzuzeigen.

Eisenach zählt gegenwärtig rd. 42.000 Einwohner und weist die höchste Industriearbeitsplatzdichte in ganz Thüringen auf. Der Wirtschaftsstandort ist zwar noch immer stark monostrukturell auf die Automobilindustrie ausgerichtet, bietet aber gerade durch die Innovationskraft der vielen kleinen und mittleren Unternehmen die Chance, die vorhandenen Fähigkeiten auf innovative und langfristig zukunftssträchtige Produkte auszurichten. Dies kann aber nur gelingen, wenn junge und kreative Köpfe für ihre Leistungen entsprechend entlohnt werden. Die frühere Niedriglohnpolitik Thüringens hat zahlreiche Innovationsträger aus dem Land getrieben. Sie zurückzuholen mag ein ehrwürdigen Versuch sein, der nur im Einzelfall Erfolg verspricht. Künftig muss es vielmehr darum gehen, die kreativen und hochqualifizierten Menschen, die mit großem staatlichen Engagement in Thüringen ausgebildet werden, hier zu halten. Diesen jungen Absolventen müssen gerade die Städte mit ihrem Lebenskomfort und dem dazugehörigen Umland mit Angeboten für Erholung attraktiv gemacht werden.

Die Stadt Eisenach und der sie umgebende Wartburgkreis bilden die wirtschaftlich stärkste Region im Freistaat Thüringen. Mit 138 Industriearbeitsplätzen pro 1.000 Einwohner liegt die Stadt Eisenach weit über dem Bundesdurchschnitt. Insbesondere durch die Werke von Opel und Bosch haben ansässige Industriebetriebe ihren Schwerpunkt im Automobilbau und der Zulieferindustrie, der Metallverarbeitung und der Logistik. Über alle Wirtschaftsbereiche betrachtet liegt Eisenach im thüringenweiten Ranking auf Rang 4 und gemeinsam mit dem Wartburgkreis unangefochten auf Rang 1.

Eisenach bietet insgesamt hervorragende strategische Voraussetzungen. Weltweit agierende Unternehmen bzw. deren Wirtschaftspartner bieten zuverlässige Karrierechancen. Die Stadt mag aus isolierter Sicht auf die Landkarte Thüringens im westlichen Randbereich

des Freistaates liegen. Ein Blick aus Richtung der Landeshauptstadt macht aber deutlich, dass Eisenach eine Brücke in den Westen Europas schlägt. Mit Vollendung der Autobahn aus Richtung Kassel wird die strategische Lage in der Mitte Deutschlands noch mehr zunehmen. Darauf müssen sich die Stadt, die Wartburgregion und die Landesregierung noch besser vorbereiten. Bereits die heutigen Pendlerbewegungen bei den Beschäftigten legen dar, dass die Stadt eine wichtige Bedeutung für die Versorgung der gesamten Region über die Landesgrenze in weite Teile Hessens hinein hat.

Die herausgehobene Bedeutung der Stadt für sein Umland muss von allen Beteiligten anerkannt und gelebt werden.

Dabei sind die Verwerfungen einer strukturellen Fehlentwicklung zwischen den Städten und ihrem Umland zu korrigieren. Thüringen hat noch einige Lücken bei der Schaffung einer europäisch wettbewerbsfähigen Infrastruktur zu schließen. Die Möglichkeiten von Kommunen und Land werden perspektivisch abnehmen. Deshalb müssen jetzt Zielvorgaben definiert werden, welche Wachstumskerne aus strategischer Sicht gesondert gefördert werden müssen. Das soll nicht bedeuten, einzelne Regionen abzuhängen. Die isolierte Förderung einer imaginären Mitte ist ebenfalls kurzsichtig. Damit würden die bestehenden Stadt-Umland-Probleme in den Regionen auf den Raum Erfurt-Weimar-Jena übertragen und fortgeschrieben. Thüringens starke Mitte braucht gleichzeitig einen starken Rahmen von Eisenach im Westen, über Nordhausen im Norden, bis zu Altenburg im Osten und Hildburghausen im Süden.

Ein Kristallisationspunkt der vielen Chancen bietet die Berufsakademie Eisenach. Gerade die enge Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft sollte noch stärker befördert werden, um die Abhängigkeit von der Monostruktur zu überwinden. Andere Standorte haben mit der zielgerichteten Förderung von wirtschaftlichen Clustern gute Erfahrungen gemacht. Hier müssen Thüringen und Hessen stärker gemeinsam denken und handeln.

Thüringen hat insgesamt betrachtet eine gute Entwicklung genommen. Viel konnte in den zurückliegenden Jahren erreicht werden. Jetzt kommt es darauf an, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Das bisherige Prinzip der gleichmäßigen, flächendeckenden Förderung aller Landstriche zu gleichen Teilen wird aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren nicht mehr möglich sein. Auch deshalb müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Eine stabile Entwicklung der Kernstädte in Thüringen garantiert ein solides Fundament für die weitere Entwicklung Thüringens in der Mitte Europas. Eisenach kann hierbei aufgrund seiner Lage als „Tor nach Thüringen“ verstanden werden. Die Stadt ist bereit, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Beitrag von Stefan Wolf

Oberbürgermeister der Stadt Weimar

In einer klugen Mischung von weitreichenden Visionen, einer klaren Benennung der Herausforderungen und Handlungsvorgaben reicht das Zukunfts- und Innovationsprogramm Thüringen 2020 aus dem Haus von Wirtschaftsminister Machnig weit über die üblichen Leitbilder hinaus.

Zu Recht spielen die Städte in diesem Thüringer Programm 2020 eine entscheidende Rolle.

Thüringens Städte

Die Zukunft Thüringens entscheidet sich in seinen Städten. Was für die Wirtschaft Gültigkeit hat, trifft auch für Thüringens Geographie zu: Es gilt, die Kleinteiligkeit und Vielfalt der Thüringischen Stadtlandschaft als das zentrale Potential des Freistaats weiterzuentwickeln, indem wir die Clusterbildung und die Ausbildung von Netzwerken *bottom-up* entwickeln. Eine gezielte Förderung durch den Freistaat kann und sollte hier weitere Antriebe geben.

Der Impuls für Thüringens Zukunft also wird - beispielsweise - weiterhin aus der Impulsregion kommen; hier spielt in fast jeder Hinsicht die Musik. Selbst noch in der deutschen Städtelandschaft, die an sich schon weltweit als einzigartig gilt (siehe den Antrag des Bühnenvereins, der die deutschen Stadttheater als UNESCO-Welterbe unter Schutz stellen will), selbst in Deutschland also bleibt die Städtekette Erfurt-Jena-Weimar eine Ausnahmeerscheinung. Zu Recht betont die Thüringer Zukunftsagenda 2020 deshalb:

„In Thüringen entwickeln vor allem Erfurt, Weimar und Jena eine entsprechende regionale Anziehungskraft. Aufgrund ihrer geographischen Nähe könnten sich diese Städte zusammen mit ihrem Umland zu einem attraktiven und wirtschaftlich dynamischen Agglomerationsraum mit einer knappen halben Million Einwohner entwickeln.“

Dies ist der Weg, den die Impulsregion eingeschlagen hat und für den sie auch vom Freistaat ihre volle Unterstützung einfordert.

Insbesondere unter demographischen Gesichtspunkten hat hier eine Entwicklung eingesetzt, die übrigens weit über eine rein „regionale“ Anziehungskraft hinausreicht. Weimar, Erfurt und Jena sind wachsende Städte in einem demographisch schrumpfenden Land und gehören gerade als ein sich gegenseitig ergänzendes Ensemble zu den attraktivsten Stadtregionen Deutschlands.

Tägliche Pendlerströme, vergleichsweise hohe Geburtenraten und Zuzugsquoten stehen dafür schon heute ein. Schwerpunktsetzung für die Zukunft heißt, diese Tendenz zu unterstützen und langfristig Voraussetzungen für ihre Unterstützung zu schaffen - in enger und planmäßiger Anbindung an die Region.

Dies betrifft im Besonderen die Wohnungsbaupolitik, bei der der Freistaat künftig deutlich flexibler als in den vergangenen Jahren auf den Bedarf reagieren muss. Die Frage eines interessanten Wohnraums und Wohnumfelds spielt eine entscheidende Rolle bei der Ansiedlung gerade besser gestellter Familien und Führungskräften. Bis spätestens 2020 - drei Jahre vor der Internationalen Bauausstellung 2023 - muss Thüringen deutliche Zeichen dafür gesetzt haben, dass es willens und fähig ist, seiner Wirtschaftsregion Nummer 1 auch

vernünftige Ausgangsbedingungen zu schaffen.

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Weimars, das auf 2030 abzielt, kann hier interessante Denkanstöße geben. Die Städte in der Impulsregion also haben das Ihre dazu beigetragen und werden dies auch in Zukunft tun.

Eine entschiedene Wohnraumentwicklung und eine gemeinsame verkehrliche Infrastruktur - wie sie ein gemeinsames S-Bahn-ähnliches Netz darstellen würde - müssen bei der Entwicklung der Thüringer Impulsregion zentral gefördert werden.

Auszugleichen wäre damit auch ein partielles Versagen des Thüringer Verkehrsministeriums beim Bahnverkehr, der die Landeshauptstadt mit Deutschlands Großstädten vernetzte und die Wirtschafts- und Kulturregion darüber vergaß. Nur mit einer 1-a-Vernetzung Weimars und Jena im regionalen wie im europäischen Rahmen aber gewinnt die Städte-Trias, die mit ihrer kulturellen Vielfalt Thüringens größte Attraktivität darstellt, weiter an Konturen.

Thüringens Kreativität

Denn vergessen wir über Arbeitsmarktdaten und Wirtschaftsentwicklungen nicht die weichen Standortfaktoren: Thüringen als Kultur- und Bildungslandschaft.

Trotz Eisenach: Es sind nicht die Global Player wie anderswo in Sindelfingen oder Wolfsburg, die in Zukunft Thüringens Stärke ausmachen werden. Es gilt vielmehr ein Vertrauen in eine Weltoffenheit und eine kreative Beweglichkeit unserer Unternehmen und Institutionen zu befördern und fruchtbar zu machen, für das international noch immer an erster Stelle der Name „Bauhaus“ Pate steht. Die neue Trias für diesen weltweiten Vertrauensvorschuss für den Standort Thüringen aber heißt Kultur plus Kreativität plus Marketing und es wäre ein mehr als ehrgeiziges Ziel, den Freistaat hier bis 2020 global aufgestellt zu haben.

Das Weimarer Zentrum für Kreativwirtschaft mag einen kleinen Nukleus für diese Zukunft bilden. Noch aber steht es nur symbolisch für jenes Netzwerk aus Hochschulen und kooperierenden Instituten, mit denen Thüringen seine Kompetenz als ein künftiges Kreativzentrum Europas unter Beweis stellen will. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer weiteren Stärkung der Schullandschaft und einer lebendigen (Erinnerungs-)Kultur. Die Weiterentwicklung der Thüringer Hochschulen und Kreativzentren mit ihrer deutschlandweit einzigartigen Verbindung von technischer Innovation und geistiger Beweglichkeit - also das 'Prinzip Bauhaus' - steht deshalb zu Recht auf der Zukunftsaenda des Wirtschaftsministeriums.

Gerade in Thüringen ist dieses Zukunftsprogramm 2020 auch allemal ein Erinnerungsprogramm „1919“. Ohne die synaptische Verschaltung von Vergangenheit und Gegenwart in den Köpfen der Menschen ist Thüringens Zukunft in einer weltweiten Aufmerksamkeitsökonomie nicht zu haben. Sprich: Nur wenn Thüringen mit einem gelungenen Lutherjahr 2017 und einem überwältigenden Bauhaus- und Demokratiejahr 2019 seine kulturell und mentalitätsgeschichtlich gewachsenen Stärken über Europas Grenzen hinaus sichtbar machen kann, wird es auch den erhofften Erfolg zeitigen: Vertrauens-Boni zu sammeln für einen Standort, der sowohl als Symbolort eines internationalen Dialogs der (politischen) Kulturen und Religionen wie auch als Produktionsort einer außergewöhnlichen schöpferischen Kreativität zu überzeugen vermag. Dazu gehört übrigens zum einen auch, sich noch konsequenter als bisher als Bollwerk gegen alle Formen des Rechtsextremismus zu beweisen; zum anderen aber wird sich Thüringen in den nächsten Jahren deutlich hörbarer für eine solidarische europäische Zukunft engagieren müssen, um nicht am Ende selbst zu den europäischen Verlierern zu gehören.

Thüringens Energie

Beweisen wird sich Thüringens Wette auf sein Kreativpotential nicht zuletzt in der Energiewirtschaft. Der Abschied von E.on aus Thüringen ist für den Freistaat zugleich Herausforderung und Chance. Hier wird sich zeigen, ob Thüringen am Ende als einer der Vorreiter einer weltweiten Energiewende dasteht. Weimar hat dabei im Auftrag des Thüringer Städte- und Gemeindebundes die strategische Führungsrolle übertragen bekommen. Und was für Thüringen im Allgemeinen gilt, das hat für die Energiewende seine besondere Gültigkeit: Die Zukunft Thüringens entscheidet sich auch hier in seinen Städten. Die Stadtwerke im Land werden in Zukunft als lokale Player vor Ort eine neue, treibende Kraft darstellen. Darin sollten wir sie unterstützen - als Kommunen und als Freistaat. Im Rahmen des uns gesetzlich Möglichen. Beispielsweise mit Vereinbarungen zur Förderung von nachhaltiger Energiebereitstellung. Oder mit der gemeinsamen Förderung der Elektromobilität.

Wir stehen am Anfang einer Wende, die Thüringen mit allen Kräften unterstützen sollte, um am Ende zu seinen Gewinnern zu gehören. Nicht nur in diesem Fall aber wird bei der Frage nach dem Gelingen das Zusammenspiel von lokaler Wirtschaft, Verwaltung und städtischen oder semikommunalen Unternehmen - wie es die Stadtwerke häufig darstellen - eine entscheidende Rolle spielen. Auch hier also gilt: Die Zukunft Thüringens entscheidet sich in ihren Städten.

Daseinsfürsorge in den Bereichen Energie, Ver- und Entsorgung, Bildung und (partiell auch) Wohnen darf in Zukunft nicht allein dem Markt überlassen bleiben. Thüringen kann hier schon jetzt vorzeigbare Modelle vorweisen, die beispielgebend für deutsche Kommunen sein können. Diese Modelle, zu denen sowohl eine vernünftige stadtwirtschaftliche Holdingbildung als auch interne PPP-Lösungen mit der städtischen Wohnungsgesellschaft zur Sanierung von Schulen gehören können, brauchen der gesetzgebenden und der beratenden Unterstützung durch den Freistaat - nicht zuletzt, um überzogenen Forderungen von Seiten der EU Paroli zu bieten.

Daseinsfürsorge im erweiterten Sinne aber bedeutet auch die staatliche Fürsorgepflicht für die Arbeitnehmer - im öffentlichen Dienst wie in der freien Wirtschaft. Mindestlöhne müssen und werden weit vor 2020 sicherlich durchgesetzt. Übrigens auch zum Wohl unserer Wirtschaft.

Thüringens Wirtschaft

„Thüringen goes Mittelstand“ - auch diese Zukunftsprognose aus dem Thüringer Wirtschaftsministerium ist nur zu unterstreichen. Und die Tendenz ist mit Kräften zu unterstützen. Der Thüringer Mittelstand garantiert, was wir als Basis eines Erfolgs des Freistaats auf dem globalen Markt erkannt haben: Ein hohes kreatives Innovationspotential und durchsetzungsfähige Ideen. Weimar mit seiner Steigerung des Exports im verarbeitenden Gewerbe (von 13 Prozent im Jahr 2005 auf 51 Prozent im Jahr 2010) kann dafür übrigens ein schönes Beispiel abgeben.

Wir alle wissen, dass diese Entwicklung vor allem durch den Mangel an Fachkräften massiv bedroht ist. Die beste Hilfe ist hier allemal noch die Selbsthilfe. Bauen wir also unsere Netzwerke von örtlichen und überregionalen Institutionen und Verbänden im Land weiter aus!

Mit IHK, Kreishandwerkerschaften, Wirtschaftsförderungsvereinigungen, Agentur für Arbeit, Städten und Landkreisen. Wenn der Freistaat zusätzlich seine Möglichkeiten auf dem nationalen und internationalen Parkett nutzt: umso besser!

Beitrag von Harald Zanker

Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises

Bildung von heute bestimmt Lebensqualität von morgen

Wenn wir nicht zulassen wollen, dass sich unsere Lebensqualität in den nächsten Jahrzehnten spürbar verschlechtert, müssen wir auf unabänderliche Tendenzen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel schnellstmöglich klug und weitsichtig reagieren. Wettbewerbsfähig und erfolgreich werden wir in einer globalisierten Welt nur bleiben, wenn wir Nachwuchskräfte so auf ihre anspruchsvollen beruflichen Aufgaben vorbereiten, dass sie solide ausgebildet und hoch motiviert ihren Mann bzw. ihre Frau stehen können.

Schon jetzt wird immer deutlicher, dass in der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Fachkräfte fehlen. Immer weniger müssen immer mehr Lücke füllen. Darauf müssen wir jetzt noch viel entschlossener als bisher reagieren!

Die wichtigste Aufgabe ist es, die heranwachsende Generation durch Bildung und Ausbildung besser auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Investitionen im Bildungsbereich sind genauso unabdingbar wie grundsätzliche strukturelle Veränderungen in den allgemeinbildenden Schulen. Dazu gehört beispielsweise längeres gemeinsames Lernen bis mindestens Klassenstufe acht.

Den allgegenwärtigen Diskussionen zum Thema notwendige Veränderungen im deutschen Schulsystem müssen nun auch konkrete Reformen folgen.

Unsere Erfahrungen mit dem Thüringer Grundschulmodell seit 2009 zeigen, dass für zeitgemäße Schulbildung, Ganztagschulen heute unverzichtbar sind, um einerseits die individuelle Förderung der Kinder zu optimieren und zum anderen bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern herzustellen. Ein weiterer Vorteil von Ganztagschulen ist es, Vereine, Unternehmen oder engagierte Persönlichkeiten in die außerunterrichtliche Arbeit einbeziehen zu können. Mädchen und Jungen werden dabei frühzeitig an gemeinnützige Projekte und sinnvolle Freizeitaktivitäten herangeführt. Es entstehen Bindungen zu Vereinen und Initiativen, die letztlich auch das Heimatgefühl stärken. Es bildeten sich Arbeitsgemeinschaften, beispielsweise unter dem Motto „Junge Techniker“, die wir als Schulträger mit unserer Initiative „Kinderfreundlicher Landkreis“ durch die Bereitstellung von Baukästen unterstützen. Anleitungen erhalten die Kinder von engagierten Ingenieuren und Maschinenbauern, die diese Aufgabe im Ruhestand ehrenamtlich übernommen haben. Auch in anderen Bereichen, wie Umwelt oder Musik, tragen aktive Senioren dazu bei, dass in den Ganztagschulen auch nach dem Unterricht Talente und Interessen gefördert werden.

Genauso wichtig ist es, dass Schülerinnen und Schüler frühzeitig klare Vorstellungen vom Berufsalltag in Unternehmen, Behörden und Einrichtungen in ihrer Heimatregion erhalten. Schon in den 70er und 80er Jahren bestanden Patenschaften zwischen Betrieben und allgemeinbildenden Schulen. Auf dieser Basis arbeiteten höhere Klassen im Unterrichtsfach „Praktische Arbeit“ (PA) in den Patenbetrieben und erwarben hier nicht nur Fähigkeiten und Fertigkeiten sondern auch Einblicke in betriebliche Abläufe. Nicht selten entstanden dabei bereits Berufswünsche.

Aufbauend auf diesen Ansätzen entstanden so auch in den letzten Jahren enge Kooperationen und feste Partnerschaften zwischen beruflichen und allgemeinbildenden Schulen sowie regionalen Unternehmen, die sich sehr gut bewährt haben. So praktizieren ausgewählte Regel- bzw. Gemeinschaftsschulen bereits erfolgreich lehrplangebundene Berufsvorbereitung in Unternehmen und Berufsschulen.

Folgende Beispiele seien hier genannt:

Die Gemeinschaftsschule Aschara wurde bereits als "Berufswahlfreundliche Schule" ausgezeichnet. Schülerinnen und Schüler sammeln in den Betriebsteilen von landwirtschaftlichen Unternehmen praktische Erfahrungen in verschiedenen Berufszweigen.

Die Regelschule Menteroda kooperiert mit dem ortsansässigen Bildungsträger KAB, der Werkstätten zur Verfügung stellt, um den Schülern Fertigkeiten und Fähigkeiten in den Bereichen Metallbau, Holzverarbeitung und Farbgestaltung zu vermitteln.

Die Regelschulen Unstruttal, Heyerode und die Thomas-Münzer-Schule Mühlhausen nutzen seit einigen Jahren die Fachkabinette und Werkstätten der Beruflichen Schulen des Kreises in Mühlhausen, um handwerkliche Fähigkeiten zu fördern und berufstypische Interessen zu wecken. Was zunächst als Modellversuch mit dem Namen „Berufsorientierung und Stärkung der Ausbildungsbereitschaft“ im Jahr 2009 begann, entwickelte sich dank der Unterstützung des Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur binnen kurzer Zeit zu einem auf von fünf Jahre festgesetzten Pilotprojekt. Die Verbesserung der Finanzierung ging damit einher.

Seit 2010 kooperieren die Regelschule Schlotheim und der Petrischule Mühlhausen mit der Johann-August-Röbling-Schule, Staatliche Berufsbildende Schule für Gesundheit und Soziales, um Einblicke in soziale und medizinische Berufsprofile zu erlangen.

Neben diesen Kooperationen setzt der Landkreis außerdem gezielt auf verschiedene Veranstaltungen, die der frühzeitigen Berufswahlvorbereitung dienen. So veranstaltet die Kreisverwaltung seit mittlerweile dreizehn Jahren regelmäßig Bildungsmessen auf dem Gelände der Beruflichen Schulen des Unstrut-Hainich-Kreises. Als Plattform für persönliche Kontakte zwischen Unternehmen, Schülern und deren Eltern sind die Berufsorientierungsveranstaltungen unverzichtbar.

Um den Schülern und ihren Eltern lange Anfahrtswege zu ersparen und sie direkt vor Ort über Unternehmen in unmittelbarer Nähe und deren Ausbildungsangebote zu informieren begannen wir im vergangenen Jahr damit, auch außerhalb der Kreisstadt weitere kleinere Messen zu initiieren. Ende September wurde zur 1. Bildungsmesse in Bad Langensalza geladen. Anfang November stand erstmals der sogenannte „Schichtwechsel – die Schlotheimer Nacht der Berufe“ auf dem Programm. Hier nutzten beispielsweise Unternehmen die Gelegenheit, ihre Tore zu öffnen und Einblicke in die Produktionsstätten zu geben.

Darüber hinaus werden regelmäßig thematische Foren mit aktuellem Bezug zur Förderung der Beruflichen Bildung durchgeführt. Unternehmer, Wirtschaftsverbände, Vertreter der Schulen und Berufsschulen kommen dabei miteinander ins Gespräch und diskutieren über konkrete Themen.

Speziell für die Berufsorientierungskordinatoren der Regel- bzw. Gemeinschaftsschulen sowie der Gymnasien und weitere Interessierte bietet das Landratsamt seit etwas fünf Jahren in regelmäßigen Abständen verschiedene Unternehmensbesuche in den hiesigen Wirtschaftsbetrieben an. „Beruf fängt in der Schule an“, so lautet das Motto dieser Initiative. Den regionalen Arbeitsmarkt vor Ort besser kennen zu lernen, ist dabei prioritäres Ziel. Die Vorstellung vor Ort, verbunden mit den Einblicken, auch in die Probleme bei der Nachwuchsgewinnung, sollen die Schulen in die Lage versetzen, ihre Schüler besser auf die Suche nach einer passenden Lehrstelle vorbereiten zu können. Im Gegenzug bekommen die

Ausbildungsbetriebe die Möglichkeit, den Lehrern mitzuteilen, welche Defizite, sowohl in der Motivation bis hin zur Ausbildungsreife, bei den Bewerbern vorhanden sind.

Alles in allem haben blicken wir auf viele erfolgreiche Aktivitäten und Initiativen zurück, die im wahrsten Sinne des Wortes Schule gemacht haben und auf die wir sehr stolz sein können. Unterstützung finden wir durch die Thüringer Landesregierung, die Bürgerstiftung Unstrut-Hainich und die regionale Wirtschaft, die die Wichtigkeit der Maßnahmen erkannten. Auch in der Vielzahl der entstandenen Kooperationen spiegelt sich die Relevanz dieses Themas wieder. Zukünftig gilt es diese auszubauen!

Lassen Sie uns Begonnenes gemeinsam fortführen und weiterentwickeln!

DOKUMENTATION

Kurzfassung

Zukunfts- und Innovationsprogramm Thüringen 2020

1. Wirtschaftspolitische Herausforderungen

Strategisches Zentrum und Taktgeber aller Elemente des Transformationsprogramms für Thüringen muss eine Wachstums- und Wertschöpfungs- und Wohlstandsagenda sein. Wir benötigen Antworten auf folgende fünf zentrale Fragen:

1. Wie können wir den Aufbau Ost vollenden und die Wertschöpfungslücke Thüringens gegenüber dem Bundesdurchschnitt schließen?

Nach dem rapiden Aufholprozess der 1990er Jahren ist die Angleichung in ganz Ostdeutschland praktisch zum Erliegen gekommen. Kapitalintensität, Produktivität und Löhne haben sich, auch in Thüringen, bei etwa 70-80 Prozent des Bundesdurchschnitts eingependelt. Perspektivisch ist dieser Produktivitätsrückstand für die Thüringer Wirtschaft existenzbedrohend im zunehmend intensiven Wettbewerb um Fachkräfte. Deshalb brauchen also eine Investitions-, Innovations- und Wertschöpfungsoffensive für unsere kleinteilige Thüringer Wirtschaft.

2. Wie können wir mit guter Arbeit und gutem Lohn das wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Wachstum sichern?

Guter Lohn und gute Arbeit sind der Schlüssel, um Fachkräfte in Thüringen zu halten und neue für Thüringen zu gewinnen. Frühere Landesregierungen haben oftmals auf Lohnwettbewerb nach unten statt auf Produktivitätswettbewerb nach oben gesetzt. Nachhaltig ist das nicht: In Lohnranking der Bundesländer liegt Thüringen regelmäßig auf den letzten Plätzen. Der Anteil der Löhne unter 8,50 € ist im Freistaat der höchste in Deutschland, ebenso die Leiharbeitsquote. Nur jeder 5. Betrieb in Thüringen ist tarifgebunden. Wir müssen der Arbeit ihren Wert zurückgeben.

3. Wie können wir den demographischen Wandel gestalten, statt ihn zu erleiden?

Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung wird die Bevölkerung Thüringens bis 2020 um etwa 10 Prozent zurückgehen, und dann bis 2030 um weitere 10 Prozent. Damit schrumpft die Bevölkerung in Thüringen dreimal so schnell wie im Bundesdurchschnitt. Bis 2030 sinkt die Erwerbsbevölkerung in 15 von 23 Thüringer Kreisen und kreisfreien Städten um mehr als 30 Prozent. Statt im Rahmen einer Politik der kleinen, oft verspäteten, zumeist widerwilligen und nicht immer koordinierten Schritte die demographische Entwicklung zu erleiden, müssen wir den demographischen Wandel endlich strategisch gestalten.

4. Wie können wir internationaler werden, um aus den Herausforderungen der Globalisierung echte Chancen für Thüringen zu machen?

Neben der Kapitalausstattung und der Innovationskraft ist die Internationalisierung eine Schlüsselfrage für die vergleichsweise kleinteilige Thüringer Wirtschaft, um die Wachstumschancen zu nutzen, die sich gerade durch die große wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern ergeben. Das verarbeitende Gewerbe in Thüringen hat eine Exportquote von gut 30 Prozent und liegt damit deutlich unter dem gesamtdeutschen Schnitt von knapp 50 Prozent. Um hier aufzuholen, müssen wir auch weltoffener werden: internationaler ausbilden und Migrantinnen und Migranten mit offenen Armen empfangen. Nur wer im Inland auch Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen kann, wird im Ausland langfristig Erfolg haben.

5. Wie können wir die Finanzen des Freistaats so konsolidieren, dass wir zukunftsfähig bleiben?

Der Landeshaushalt wird dramatisch schrumpfen, von heute gut 9 Milliarden Euro auf etwa 7,5 Milliarden im Jahr 2020. Das liegt hauptsächlich am Auslaufen des Solidarpakts II, sowie am Rückgang der Mittel aus den Europäischen Strukturfonds. Und schließlich ist der demographisch bedingte Rückgang der Einnahmen signifikant höher als der einwohnerbedingte Rückgang der Ausgaben. Wenn wir uns angesichts dieser dramatischen Entwicklung die Zukunft nicht kaputt sparen wollen, dürften wir die erforderliche Ausgabenkonsolidierung nicht nach dem Rasenmäherprinzip durchführen. Um Zukunftsinvestitionen zu sichern, muss jeder Ausgabenposten einzeln auf den Prüfstand, und zwar im Sinne der Anforderungen des Jahres 2030 und nicht des politischen Kurzfriskalküls des Jahres 2013.

2. Zukunftsagenda für Thüringen

Gelingen wird eine Wachstumspolitik nur dann, wenn alle zentralen Zukunftsaktivitäten miteinander verzahnt werden. Es geht um moderne Industriepolitik, die Zukunftsfelder, einschließlich GreenTech, entwickelt. Es geht um eine Cluster- und Förderpolitik die dazu beiträgt, die vergleichsweise kleinteilige Thüringer Wirtschaft besser zu vernetzen und dazu beiträgt, dass die Unternehmen wachsen und sich innovativer, internationaler und kapitalintensiver aufstellen. Es geht um eine Regionalpolitik, die die wachsende Präferenz für ein urbanes Lebensgefühl mit seiner Freiheit, den beruflichen und privaten Chancen und Optionen ernst nimmt und als wichtigen Standortfaktor erkennt. Es geht um eine Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die alle Talente und Begabungen in der Breite und in der Spitze mobilisiert. Es geht um einen innovativen Umgang mit dem Thema Alterung, mit dem Ziel, die Kompetenz und das Know-How der bestausgebildeten und leistungsfähigsten Generation von älteren Beschäftigten, die wir je hatten bis weit in das 7. Lebensjahrzehnt hinein zu erhalten. Acht Punkte sind für die Umsetzung dieser Agenda zentral.

1. Industriepolitik 2020

Mit einer intelligenten sektoralen Spezialisierung und dank hoher Innovationskraft können wir hier wettbewerbsfähig bleiben. In diesem Sinne sind alle relevanten Politikbereiche zu synchronisieren, die Industriepolitik als lernendes System auszugestalten und die Cluster- und Branchennetzwerke im Rahmen des Thüringer Clustermanagements und von industriepolitisch bedeutsamen Kooperationsprojekten auszubauen.

2. Investitionen und Infrastruktur

Um die 20-prozentige Kapitallücke zum Bundesdurchschnitt bis 2020 zu halbieren und bis 2030 zu schließen, muss die Investitionsquote der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand im Freistaat signifikant über der der alten Bundesländer liegen. Wichtige Eckpunkte der Investitions- und Infrastrukturstrategie sind:

- die Sicherung einer Investitionsquote im Landeshaushalt von mindestens 15 Prozent.
- die Optimierung des Förderinstrumentariums durch eine stärkere Berücksichtigung der Wertschöpfung und Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze in Neuansiedlungen genauso wie in hochwertschöpfende Bestandsunternehmen und durch die Intensivierung der Förderung von Unternehmensgründungen.
- wettbewerbsfähige Gewerbeflächen bereitstellen und die Großflächeninitiative umsetzen
- der Schaffung eines S-Bahn-Takts im zentralen Agglomerationsraum Thüringens
- die Sicherung eines angemessenen Autobahnzugangs für alle wirtschaftsstarken Regionen
- die Vervollständigung der Grundversorgung mit breitbandigem Internet (2 Mbit/s) sowie die Entwicklung einer Strategie für den flächendeckenden Highspeed-Ausbau bis 2020 (30 Mbit/s)
- der Ausbau der touristischen Infrastruktur, einschließlich der Fortführung des Investitionsprogramms in Oberhof

3. Innovationsprogramm 2020

Ein Innovationsprogramm für Thüringen muss u.a. folgende Komponenten enthalten:

- Den Ausbau anwendungsorientierter Kompetenzzentren für die Wachstumsfelder.
- Die Entwicklung der Thüringer Hochschulen als Kristallisationskerne einer innovativen Wirtschaft, einschließlich ihrer kooperativen Bündelung.
- Die Weiterentwicklung vorhandener innovationsstarker Einrichtungen, um Bundesmittel und europäische Mittel (Horizont 2020) zu mobilisieren und der Aufbau einer Leitstelle für die effektivere Einwerbung von Fördermitteln.
- Die ThAK stärken, um aus den kreativen Ideen wettbewerbsfähige Produkte zu entwickeln.
- Die Entwicklung der "Thüringer Initiative Innovation durch Kooperation" (ThIIKO) mit dem Ziel, die Innovationsfähigkeit insbesondere der kleinen KMU zu stärken.

4. Thüringen goes Mittelstand

Kleine und mittlere Unternehmen prägen den Wirtschaftsstandort Thüringen. Erfolge bei der Schließung der Wertschöpfungs- und Produktivitätslücke werden maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, hochwertschöpfende Gründungen zu fördern und Unternehmen mit

besonderem Potenzial dabei zu unterstützen, dass sie eine kritische Größe und Marktstärke entwickeln, die für eine globale Präsenz auf Wachstumsmärkten erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Programme und Strukturen überprüfen und weiterentwickeln. Notwendig sind insbesondere:

- Die Stärkung der Thüringer Aufbaubank, denn gerade angesichts rückläufiger Fördermittel dürfen Unternehmenswachstum und viel versprechende Unternehmensideen nicht an fehlendem Kapital scheitern.
- Der Ausbau und die Bündelung des Beratungsangebots für Unternehmer im Rahmen des neuen Thüringer Zentrums für Existenzgründungen und Unternehmertum (ThEx), einschließlich der Verstärkung der neu konzipierten Beratungs- und Förderangebote zur Unterstützung innovativer Gründungen und der Kreativwirtschaft, sowie die Fortentwicklung der Angebote für das Thüringer Handwerk.
- Für Thüringer Unternehmen mit klaren Chancen auf globale Markterfolge und eine entsprechende Größenentwicklung soll das Programm „Thüringen goes Mittelstand“ entwickelt werden. Dabei geht es ausdrücklich nicht um die hochkonzentrierte Förderung einiger weniger industrieller Champions, sondern um eine neue Qualität der Zusammenarbeit mit einem vergleichsweise breiten und sich dynamisch entwickelndem Unternehmenskreis.

5. Energiewende für Thüringen

Um unsere energiepolitischen Ziele zu verwirklichen, müssen wir:

- die ThEGA als zentrale Netzwerk-, Cluster- und Berater-Institution zu etablieren, in der alle Aktivitäten gebündelt werden
- Einnahmen und Arbeitsplätze durch die intensiviertere Nutzung lokaler Energiequellen generiert und gleichzeitig die Importkosten für fossile Energien weiter gesenkt werden
- die Windenergienutzung von derzeit gut 0,3 auf 1 Prozent der Fläche Thüringens realisieren verdreifachen.
- Investitionen in Energieeffizienz deutlich steigern
- Die Potenziale der Erneuerbaren im Wärmebereich konsequent nutzen. Die Energiewende ist nicht nur eine Stromwende. Dafür ist das Thüringer Erneuerbare Energien Wärmegesetz (ThEEWärmeG) ein wichtiger Schritt.
- Die Energiegewinnung durch Erdwärme vorantreiben.
- Arrondierung der Anreiz- und Förderprogramme auch auf Bundesebene beschleunigen. Dringend erforderlich sind auch bundespolitische Weichenstellungen in den Bereichen Effizienz (Verbrauchskennzeichnung, Marktüberwachung, Verbraucherschutz), Gebäude und Energiespeicher.
- Stärkung der Energie-Wertschöpfung in den Kommunen.
- Die Energiespeicher-Potentiale in Thüringen nutzen: Die zunehmende Rolle Thüringens als Stromtransitland für Windstrom aus dem Norden eröffnet im Kontext des in Zukunft immens ansteigenden Bedarfs an Stromspeichern neue Horizonte für Wertschöpfung durch Pumpspeicherkraftwerke, aber auch andere Stromspeichertechnologien.

- Thüringen muss sich auf Bundesebene mit Nachdruck für eine zügige und planungssichernde Umsetzung der Energiewende einsetzen. Besondere Anliegen sind hierbei neben der Investitionssicherheit für Erneuerbare Energien (Solarstandort Thüringen) und die Netzpolitik (faire Netzentgelte, Trassenplanung).
- An den Ausbauzielen der Erneuerbaren Energien festhalten.

6. Qualifizierungsoffensive und Mobilisierungsstrategie 55+

Der Freistaat Thüringen kann seine wirtschaftlichen Potenziale nur dann nutzen, wenn alle Qualifizierungsreserven auf allen Altersstufen gehoben werden. Mit einer Qualifizierungsoffensive muss das Fachkräfteangebot in Thüringen nach Kräften weiter entwickelt werden, um den hohen Fachkräftebedarf der Thüringer Wirtschaft zu befriedigen und die beruflichen Entwicklungsperspektiven für Menschen aller Altersstufen, die sich aus- oder weiterbilden lassen, nachhaltig zu verbessern. Wesentliche Ansatzpunkte sind:

- Die Bereitstellung regionaler Anlaufstellen, Initiativen und Angebote, wie bspw. das Modellprojekt „Abschlussorientierte Aus- und Weiterbildung“ in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit in Ostthüringen.
- Die Verringerung der Schulabbrecherquoten und Erhöhung der Ausbildungsquoten, auch im Rahmen einer gezielten Kampagne Jugend-Arbeit Zukunft (JAZ).
- Betriebliche Integrationsbegleiter einführen.
- Eine Qualifizierungsoffensive starten und mit Weiterbildungspartnerschaften in Thüringer Betrieben die innerbetrieblichen Aufstiegschancen zu verbessern.
- Das flächendeckende Angebot des „Nullten Ausbildungsjahres“, um Ausbildungschancen auch für junge Menschen ohne Schulabschluss oder mit anderen Handicaps zu erschließen.
- Die Verankerung einer Willkommenskultur auf allen gesellschaftlichen Ebenen, um den Fachkräftebedarf zu decken und die Internationalisierung zu unterstützen. Dazu gehören ein Anwerbeprogramm für ausländische Auszubildende und eine zentrale Anlauf-, Informations- und Beratungsstelle für Zuwanderer aus dem In –und Ausland.
- Bessere Personalentwicklung im Öffentlichen Dienst.
- Strategische Ausrichtung der Ausbildungsschwerpunkte auf die Beschäftigungsfelder der Zukunft.

Besonders starke Wanderungsverluste hat Thüringen bei gut ausgebildeten 25 bis 30 Jährigen Menschen, vor der Familiengründungsphase. Zu den erforderlichen Maßnahmen, um gute Perspektiven für junge Arbeitnehmer zu schaffen, gehört:

- Die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen.
- Die Berufsperspektiven für Frauen müssen verbessert werden, die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Thüringen muss weiter gestärkt werden. Neben einer leistungsfähigen Betreuungsinfrastruktur für Kinder müssen wir dringend die weiterhin vorhandene Lohndiskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt beenden.

Angesichts der demographischen Wandels und des Fachkräftebedarfs kommt auch der Mobilisierung der Fachkräfte jenseits der 55 eine zentrale strategische Bedeutung zu. Dazu benötigen wir unter anderem:

- Dynamische Tätigkeitsanforderungen, die sich den Bedürfnissen der Beschäftigten im Alter anpassen.
- Innovative Entlohnungsmodelle, die Arbeit im Alter aufwerten, aber gleichzeitig Produktivitätsorientierung sichern.
- Betriebliche Leistungsregimes, die auf veränderte Belastungsgrenzen und ein höheres Regenerationsbedürfnis Rücksicht nehmen.

Die Entwicklung der Mobilisierungsstrategie 55+ ist ebenfalls im Rahmen des Fachkräftepakts zwischen Freistaat, Wirtschaft und Gewerkschaften zu koordinieren und bildet einen Schwerpunkt der ESF-Förderung in der kommenden EU-Förderperiode.

7. Programm Zukunft Ost

Zahlen belegen, dass der wirtschaftliche Abstand zwischen Ost und West als flächendeckendes Problem nach wie vor herausragt. Deshalb ist im Anschluss an das Programm Aufbau Ost ein Programm Zukunft Ost erforderlich, das auf folgenden Eckpunkten fußen kann:

- Die Überführung der Investitionszulage in die GRW und die Stabilisierung der GRW auf hohem Niveau.
- Die Stärkung der Kapitalausstattung der ostdeutschen Wirtschaft mit einem gezielten Fremd- und Eigenkapitalprogramm der KfW.
- Die Weiterentwicklung der Innovationssysteme.
- Die Stärkung der ostspezifischen Innovationsanreize in enger Zusammenarbeit der regionalen Akteure.
- Der Aufbau eines Fonds Zukunft Ost, der im Wettbewerbsverfahren Leuchtturmprojekte zur Steigerung der Wertschöpfung prämiiert und eine regionale Spezialisierung fördert.
- Die gezielte Lockerung des Kooperationsverbots, um dem Bund eine direkte Beteiligung an der Finanzierung kommunaler Aufgaben zu ermöglichen.
- Die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte, ggf. auch mit länderspezifischen Klauseln im Hinblick auf den Fachkräftebedarf in Ostdeutschland.
- Die Einführung einer Demographiekomponente in den Länderfinanzausgleich ab 2020

8. Regionalisiertes Mittelzentrumskonzept

Die demographischen Wachstumsräume der Zukunft sind vor allem leistungsfähige urbane Zentren und ihr Umfeld. In Thüringen entwickeln vor allem Erfurt, Weimar und Jena eine entsprechende regionale Anziehungskraft. Aufgrund ihrer geographischen Nähe könnten

sich diese Städte zusammen mit ihrem Umland zu einem attraktiven und wirtschaftlich dynamischen Agglomerationsraum mit einer knappen halben Million Einwohner entwickeln.

Aber auch außerhalb der Region Erfurt-Weimar-Jena gibt es vielerorts starke Mittelzentren, mit einer hohen Dynamik und einer positiven wirtschaftlichen wie auch sozial-räumlichen Entwicklung. Allerdings müssen gerade diese Mittelzentren zukünftig gezielt begleitet und weiter entwickelt werden, einschließlich der weiteren urbanen Entwicklung, wozu auch die punktuelle und nachfragegesteuerte Steigerung des Angebots an attraktiven Wohnraum gehören kann.

Tatsächlich müssen Erfurt-Weimar-Jena funktional zu einer Dreistadt zusammenwachsen, allerdings ohne dabei ihre kulturelle Identität zu verlieren. Aber für ihre Bewohner und die Bewohner des Umlands müssen sie so eng kooperieren, als wären sie tatsächlich eine Stadt. Das heißt:

- Die Dreistadt benötigt einen gemeinsamen Stadt- und Umlandentwicklungsplan für die kommenden 20 Jahre als zusammenwachsender Agglomerationsraum.
- Eine leistungsfähige S-Bahn-Verkehr, die die drei Städte miteinander verbindet.
- Zwischen den drei Städten müssen Wohngebiete erschlossen werden.
- Ein gezieltes Willkommensprogramm für Migranten muss in diesem Agglomerationsraum entwickelt werden.
- Die administrative Zusammenarbeit muss im Rahmen der Zentrumsinitiative auf kommunaler Ebene strukturell erleichtert werden.

Deutlich schwieriger wird die Entwicklung im ländlichen Raum angesichts dramatischer Schrumpfungsprozess. Wir brauchen:

- Großgemeinden mit mehr Handlungsspielraum.
- Gesetzliche Vorgaben und infrastrukturelle Standards, die an die neuen Gegebenheiten angepasst werden, um ausufernde Infrastrukturkosten und Gebührenlasten zu vermeiden.
- Den Einbezug der demographischen Entwicklung in der strukturellen Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs Eingang.
- Eine verbesserte Sozialwirtschaft als Schlüsselrolle bei der Bewältigung der demographischen Herausforderungen.
- Die Energiewende muss für die wirtschaftliche Erneuerung des ländlichen Raums genutzt werden.
- Weitere Kooperationsprojekte zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmern und mutige Kommunalpolitiker.

Vor allem brauchen wir eine substantielle Funktional- und Gebietsreform, die auch jenseits der Empfehlungen der Gutachter zu einer Initiative Freistaat 2.0 weiterentwickelt werden

muss. E-Government und neue Kooperationsmodelle in den Bereichen Kultur und Bildung bieten Thüringen neue Chancen. Vor allem muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen zur Bewältigung des demographisch-räumlichen Transformationsprozesses gestärkt werden. Dazu sind:

- Die Investitionsfähigkeit der Kommunen durch zinsgünstige Kommunalkredite und die Einrichtung eines kommunalen Investitionsfonds zu sichern.
- Die wirtschaftliche Tätigkeit der kommunalen Betriebe tendenziell zu erweitern.
- Die finanzielle Planungssicherheit für Kommunen muss zu sichern.

3. Zukunftsdiskurs 2020

Die Fortschritte bei Wachstum und Beschäftigung, bei Lebensqualität, Wohlstand und Nachhaltigkeit liegen in unseren Händen. Mit dem „Zukunfts- und Innovationsprogramm Thüringen 2020“ skizzieren wir die zentralen Herausforderungen des Freistaates, unsere Chancen in der globalisierten Welt und die Instrumente und Maßnahmen, die nötig sind, um die Leitmärkte und Megatrends in Wertschöpfungserfolge der regionalen Thüringer Wirtschaft umzuwandeln.

Was nun folgen muss, ist ein offener und breiter Dialogprozess. Alle Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Verbänden müssen an einen Tisch kommen, um jetzt die Weichenstellungen für ein erfolgreiches Thüringen 2020 vorzunehmen.

Beitrag von Matthias Machnig

Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

(erschieden in Thüringische Landeszeitung, am 6. März 2013, Seite: WI 2)

Zukunft kommt nicht von allein

Dialog über „Thüringen 2020“ endlich beginnen

In einer Analyse hat die TLZ am gestrigen Tag eine breite Zukunftsdebatte für Thüringen gefordert. „Was in Thüringen jetzt notwendig ist“, war diese Analyse überschrieben – und ich stimme zu: Ein Zukunftsdiskurs darüber, wie wir in unserem Land im Jahr 2020 leben und arbeiten wollen, ist überfällig.

Sie ist so überfällig, dass wir im Thüringer Wirtschaftsministerium in den vergangenen Wochen und Monaten ein wirtschaftliches „Zukunfts- und Innovationsprogramm Thüringen 2020“ (ZIP 2020) erarbeitet haben, mit dem wir eine solche Debatte eröffnen wollen. Ich nutze die Gelegenheit und die Vorlage der TLZ gern, um die wichtigsten Herausforderungen zu benennen.

Aber zunächst: Die Menschen in Thüringen können stolz sein auf die Aufbauleistung der letzten 20 Jahre. Inzwischen gibt es in Thüringen rund 90.000 Unternehmen mit einem breiten Branchenmix. Die dynamische Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe kann an die Tradition der Industriepioniere in Thüringen anknüpfen. Historische Städte in Thüringen erstrahlen in neuem Glanz und locken mit urbanem Lebensgefühl. Die enormen Verbesserungen im Umwelt- und Naturschutz sorgen für hohe Lebensqualität und stärken den Tourismusstandort. Die exzellente Infrastruktur bringt die Lagegunst im Herzen Deutschlands und Europas immer mehr zur Geltung. Das Bildungs- und Ausbildungssystem ist wettbewerbsfähig in der Breite und in der Spitze. Die Hochschullandschaft ist leistungsstark und mit der innovativen Wirtschaft vernetzt. Und Jena wird inzwischen als einer der Top-Wirtschaftsstandorte in Deutschland wahrgenommen.

Diese Erfolge müssen uns Ansporn sein, die drängenden Herausforderungen der Zukunft anzugehen. Rückwärtsgewandte Selbstzufriedenheit würde Thüringen nur lähmen. Die Herausforderungen der kommenden Jahre müssen klar benannt, mutig in Angriff genommen und energisch umgesetzt werden. Gefordert ist mehr Schwung, um im Rahmen einer umfassenden Strategie folgende fünf Schlüsselfragen für Thüringen mit voller Kraft angehen zu können:

1. Wie können wir den Aufbau Ost vollenden und die Wertschöpfungslücke Thüringens gegenüber dem Bundesdurchschnitt schließen? Nach dem rapiden Aufholprozess der 1990er Jahren haben sich Kapitalintensität, Produktivität und Löhne in Thüringen und in ganz Ostdeutschland bei etwa 70 bis 80 Prozent des Bundesdurchschnitts eingependelt. Der gesamtwirtschaftliche Aufholprozess ist praktisch zum Erliegen gekommen, auch wenn es beispielsweise im verarbeitenden Gewerbe erfreuliche Entwicklungen gibt. Perspektivisch ist der Produktivitätsrückstand für die Thüringer Wirtschaft existenzbedrohend. Eine Niedriglohnstrategie wurde in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit realisiert, mit verheerenden Folgen für die Qualität der

Beschäftigungs- und Entlohnungsstrukturen. Es entstanden Arbeitsbedingungen, ein Entlohnungsniveau sowie eine Unterrepräsentanz von Institutionen der Durchsetzung von kollektiven Arbeitnehmerinteressen, die alles andere als nachhaltig sind. Bereits in der laufenden Legislatur konnte mit Initiativen für gute Arbeit und faire Entlohnung die Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Thüringen verbessert werden (Beispiel Leiharbeitskriterium in der GRW). Aber das reicht noch längst nicht aus.

Die Tarifbindung liegt in Thüringen weiterhin deutlich unter dem westdeutschen Niveau, das sich seinerseits auf einem historischen Tiefstand befindet. Im Freistaat ist nur jeder fünfte Betrieb tarifgebunden (21 Prozent), die Flächentarifbindung liegt bei 46 Prozent. Bei unseren westdeutschen Nachbarn erhalten dagegen immerhin 61 Prozent der Beschäftigten Tariflöhne.

Der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse in Thüringen steigt und liegt inzwischen bei 35 Prozent. Am stärksten hat die Leiharbeit zugenommen. Ihr Anteil ist in den vergangenen zwei 2 Jahren um 130 Prozent gestiegen. 72 Prozent aller Thüringer Betriebe nutzen mindestens eine Form atypischer Beschäftigung. Damit bewegen wir uns über dem ostdeutschen Durchschnitt.

Die Wertschöpfungsfrage ist deshalb die wirtschaftspolitische Schlüsselfrage für Thüringen. Entweder wir erreichen eine selbsttragende Aufwärtsdynamik mit rasch zunehmender Produktivität, steigenden Löhnen und attraktiven Lebensperspektiven. Oder aber Thüringen droht eine wirtschaftlich-demographische Abwärtsspirale.

2. Wie können wir den dramatischen demographischen Wandel gestalten statt ihn zu erleiden? Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung wird die Bevölkerung Thüringens bis 2020 um etwa 10 Prozent zurückgehen, und dann bis 2030 um weitere 10 Prozent. Damit schrumpft die Bevölkerung in Thüringen dreimal so schnell wie im Bundesdurchschnitt. Getrieben ist diese Bevölkerungsentwicklung zu über 80 Prozent durch Sterbeüberschüsse und zu unter 20 Prozent durch Wanderungsverluste. Angesichts der Geburtenausfälle in der Vergangenheit und der Ausdünnung des demographischen Potentials findet eine dramatische Schrumpfung der Bevölkerung also selbst dann statt, wenn das Wanderungssaldo für Thüringen deutlich früher positiv werden sollte als im Jahre 2026.

Thüringen benötigt bis 2020 rund 200.000 Fachkräfte; vor allem um die Renteneintrittsbedingten Vakanzen auszugleichen, aber auch weil einige Branchen und Beschäftigungszweige Erweiterungsbedarf haben werden. In den Unternehmen erhöht sich der Anteil älterer Arbeitnehmer (50+) an allen Beschäftigten von 30% im Jahr 2010 auf rund 40% im Jahr 2020. Gleichzeitig wird der Anteil der über 65-jährigen von unter einem Viertel auf deutlich über ein Drittel der Gesamtbevölkerung ansteigen, wobei insbesondere die Zahl der über 80-jährigen stark zunimmt.

Diese Entwicklungen haben dramatische Auswirkungen: wirtschaftspolitisch, regionalpolitisch und sozialpolitisch. Leider wurde die Chance vertan, mit dem Landesentwicklungsprogramm 2025 eine klare Antwort auf diese Herausforderungen zu geben. Statt im Rahmen einer Politik der kleinen, oft verspäteten, zumeist widerwilligen und nicht immer koordinierten Schritte die demographische Entwicklung zu erleiden, müssen wir den demographischen Wandel endlich strategisch gestalten und zwar sowohl wirtschaftspolitisch wie auch im Hinblick auf die immensen sozialen Herausforderungen (z.B. Pflegeinfrastruktur).

3. Wie können wir die Finanzen des Freistaats so konsolidieren, dass wir zukunftsfähig bleiben? Im Jahr 2012 stammten etwa ein Achtel der Einnahmen im Thüringer Landeshalt, also rund 1,2 Milliarden Euro, aus ostspezifischen Solidarleistungen im Rahmen des Solidarpakts II. Diese Unterstützung wird in den kommenden Jahren schrittweise zurückgefahren und bis 2020 komplett wegfallen.

Parallel werden die Mittel, die aus den Europäischen Strukturfonds für Thüringen bereitgestellt werden, in der kommenden Förderperiode deutlich zurückgehen. Ab 2014 stehen uns dramatisch weniger Mittel zur Verfügung. 43 Prozenter weniger aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und 10 Prozent weniger aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Konkret heißt das: Mit 216 Mio. Euro aus diesen beiden Strukturfonds werden uns im Jahr 2014 ganze 130 Mio. Euro weniger Mittel zur Verfügung stehen als noch 2013.

Und schließlich impliziert der Einwohnerrückgang in Thüringen bis 2020 einen Rückgang der Finanzausstattung, der signifikant höher sein dürfte, als der einwohnerbedingte Rückgang der Ausgaben.

Insgesamt werden wir im Jahr 2020 mit einem Landeshaushalt von etwa 7 Mrd. Euro auskommen müssen. Derzeit verfügen wir noch über ein Budget von gut 9 Mrd. Euro. Als Altlasten unsolider christdemokratischer Haushaltsführung trägt Thüringen Schulden in Höhe von 17 Mrd. Euro mit sich herum. Für den Schuldendienst müssen wir jährlich Zinsen in Höhe von 600 Mio. Euro zahlen.

Da 2020 die Schuldenbremse in den Bundesländer endgültig in Kraft tritt, wird selbst eine temporäre Abfederung dieses dramatischen Einbruchs der Finanzausstattung durch Defizite nicht möglich sein. In der Konsequenz muss nach aktuellem Stand bis 2020 eine Haushaltskonsolidierung von größenordnungsmäßig 17 Prozent erfolgen, also etwa 2 Prozent pro Jahr. Und das, obwohl unsere Steuerquote, d.h. die Fähigkeit, unsere Schulden aus eigener Kraft zu finanzieren, derzeit lediglich bei 55 bis 60 Prozent liegt.

Klar ist, dass wir uns in Zukunft bestimmte Standards nicht mehr leisten können. Bei der Personalausstattung im Öffentlichen Dienst liegen wir in Thüringen mit 26 Beschäftigten je 1.000 Einwohnern mit 4,5 Prozent über dem Schnitt der deutschen Flächenländer.

Ebenso klar ist, dass diese Haushaltskonsolidierung nicht nach dem Rasenmäherprinzip erfolgen darf, wenn wir uns unsere Zukunft nicht kaputt sparen wollen. Hier geeignete Ausgabenprioritäten zu setzen und zukunftsorientierte Strukturentscheidungen zu treffen, stellt eine der schwierigsten politischen Herausforderungen bis 2020 dar.

4. Wie können wir der Arbeit ihren Wert zurückgeben und damit das wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Wachstum sichern? Eine Schlüsselstrategie der Landesregierungen vor 2009 war es, Massenarbeitslosigkeit mit Dumpinglöhnen bekämpfen zu wollen. Viel zu oft war Lohnwettbewerb nach unten statt Produktivitätswettbewerb nach oben das Leitmotiv. Die Investitionsquote im Thüringer Gesamthaushalt wird im Jahr 2014 von 19 Prozent in 2010 auf 12,4 Prozent gesunken sein. Im Ergebnis ist die Unternehmenslandschaft, gerade im industriellen Bereich, von verlängerten Werkbänken geprägt, während sich die Zentralen und hochwertschöpfenden Einheiten mit hochqualifizierter Beschäftigung regelmäßig außerhalb des Freistaates befinden. Der Mangel an gut bezahlten Arbeitsmöglichkeiten und beruflichen Entwicklungsperspektiven war und ist ein Hauptgrund für die Abwanderung hoch qualifizierter junger Thüringerinnen und Thüringer.

Die Altlast dieser Lohndumpingpolitik hat weitreichende Folgen. In den Lohnrankings kämpfen wir in Thüringen regelmäßig mit dem weitaus strukturschwächeren Mecklenburg-Vorpommern um den letzten Platz. Nirgendwo in Deutschland ist der Anteil der Löhne der

unter 8,50 Euro so hoch wie im Freistaat. 34 Prozent, d.h. die Bezahlung von 270.000 Thüringerinnen und Thüringern, liegt unter dieser Schwelle. Diesen Zustand müssen wir ändern. Weil gute Arbeit anständige Wertschätzung verdient und wir nur mit attraktiven Löhnen und Arbeitsbedingungen Fachkräfte nach Thüringen locken können.

Erfreulich ist ein in weiten Teilen des Landes erkennbarer Mentalitätswechsel. Immer mehr Unternehmen in Thüringen haben verstanden, dass faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen die entscheidenden Faktoren eines Anreizsystems für Rückwanderung alter und Zuwanderung neuer Talente sind. Nur wo gute und interessante Arbeit und berufliche Perspektiven locken, werden motivierte und gut ausgebildete Menschen aus dem In- und Ausland den Fachkräftebedarf sichern.

Die konzertierte Aktion, der Aufruf für höhere Tarifbindung, die regionalen Arbeitsmarktkonferenzen, die Kopplung von Wirtschaftsförderung an die Reduzierung von Leiharbeit, die Kampagne „Thüringen braucht dich“ oder das Landesarbeitsmarktprogramm sind nur einige der Maßnahmen, die bereits auf den Weg gebracht wurden. Diese Entwicklung muss und wird fortgesetzt werden, weil der Wert der Arbeit in Thüringen noch lange nicht wieder hergestellt ist.

5. Wie können wir internationaler werden, um aus den Herausforderungen der Globalisierung echte Chancen für Thüringen zu machen? Die größte wirtschaftliche Dynamik, die wichtigsten Wachstumsimpulse in den kommenden Jahren werden weder von Deutschland noch von unseren europäischen Nachbarn ausgehen. Deshalb müssen sich Thüringer Unternehmen noch besser auf den Märkten in Übersee positionieren. Denn die Befunde sind eindeutig: exportorientierte Unternehmen haben eine höhere Wertschöpfung,, bauen mehr Beschäftigung auf, und ihre Standorte wachsen stabiler. Daran müssen wir uns in Thüringen orientieren.

Zwar ist die Exportaktivität des Freistaates durch Initiativen wie „Thüringen International“ zuletzt deutlich gestiegen. So konnten im Jahr 2011 Güter im Wert von 12,6 Milliarden Euro und damit 16,6 Prozent mehr als im Vorjahr exportiert werden. Der Vergleich zeigt jedoch, dass es noch größeres Potenzial gibt. Im gesamtdeutschen Schnitt wird knapp jeder 2. Euro im Ausland verdient, in Thüringen beruhen dagegen nur 31,7 Prozent der Umsätze auf Exporten.

Nur bei den innereuropäischen Ausfuhren besitzt der Freistaat einen Spitzenwert. 73 Prozent der Thüringer Exporte und damit deutlich mehr als im deutschen Durchschnitt gingen nach Europa. Jedoch lediglich 15 Prozent der Ausfuhren gingen nach Asien, nur 9,5 Prozent nach Nordamerika, nur 2,5 Prozent in die MENA-Region. Wir exportieren also momentan noch mehr in die „alten“, als in die neuen Wachstumsmärkte. Hier muss es zu einer Verschiebung kommen.

Wichtige Weichenstellungen wurden bereits vorgenommen, z.B. mit dem Aufbau von „Thüringen International“ als zentraler Leit- und Anlaufstelle der neuen Außenwirtschaftskonzeption. Weitere Umsetzungsschritte müssen folgen und die Politik muss vermehrt als Türöffner in wichtigen Auslandsmärkten, insbesondere den BRICS- und Next 11 – Staaten, agieren. Dabei geht es auch um die Entwicklung strategischer Allianzen für KMU und Forschungseinrichtungen und eine verbesserte Abstimmung von gemeinsamen Außenwirtschaftsaktivitäten zwischen der LEG und den Kammern.

Wer sich sicher auf internationalem Parkett bewegen will, muss strukturell, personell und kulturell entsprechend aufgestellt sein. Gerade beim Personal haben wir großen Nachholbedarf. Wir müssen internationaler ausbilden und studieren lassen und uns öffnen: Der Ausländeranteil in Thüringen beträgt 1,7 Prozent. Das ist deutlich weniger als der

deutsche Durchschnitt von 8,5 Prozent. Nur wer im Inland Fachkräfte auch aus dem Ausland gewinnen kann, wird im Ausland langfristig Erfolg haben.

Fazit: Das Quintett Wertschöpfung – Demographie – Finanzen – Arbeit – Internationalisierung und das klare Ziel des wirtschaftlichen Aufholens mindestens zum Bundesdurchschnitt muss bis 2020 in praktisch jeder Entscheidung mitgedacht werden. Im „Zukunfts- und Innovationsprogramm Thüringen 2020“ sind diese Punkte auf 10 Handlungsfelder mit ganz konkreten Vorschlägen und Maßnahmen heruntergebrochen worden:

1. Investitionstrategie,
2. Industriepolitik,
3. Innovationsprogramm,
4. Nachhaltigkeit,
5. Infrastruktur,
6. Thüringen goes Mittelstand,
7. Energiewende,
8. Qualifizierungsoffensive und Mobilisierungsstrategie 55+,
9. Programm „Zukunft Ost“ und
10. Regionalisiertes Mittelzentrumskonzept.

Es würde zu weit gehen, diese Punkte hier im Einzelnen auszuführen; aber wir werden das „ZIP Thüringen 2020“ in Kürze öffentlich präsentieren und dann auch im Internet zum Herunterladen zur Verfügung stellen.

Was folgen muss und hoffentlich folgt, ist ein offener und breiter Dialogprozess. Alle Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Verbänden müssen an einen Tisch kommen, um jetzt die Weichenstellungen für ein erfolgreiches Thüringen 2020 vorzunehmen.

Deshalb schlage ich vor, einen Zukunftsdiskurs Thüringen 2020 zu etablieren:

- In allen Regionen werden Zukunftsdiskurse unter Einbeziehung der vor Ort verantwortlichen Akteure eingerichtet.
- Zur Unterstützung des Zukunftsdiskurses wird ein „Zukunftssekretariat“ – d.h. – ein kleiner Stab wissenschaftlicher Mitarbeiter – im Thüringer Wirtschaftsministerium eingerichtet.
- Zukunftsdiskurse und Zukunftssekretariat reichen bewusst über die kommende Legislatur hinaus und sind zunächst bis Ende 2020 befristet.

Notwendig ist ein strategisches Koordinationszentrum für unsere Wachstumsstrategie, die nur erfolgreich sein kann, wenn die Teilbereiche (Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Bildungs- und Forschungspolitik, Infrastrukturpolitik, Kommunalpolitik etc.) in Konzeption und Umsetzung eng miteinander verzahnt werden.

Wenn es uns jetzt gelingt, die richtigen Dinge zu tun, werden wir in Thüringen entscheidend dazu beitragen, dass das Projekt „Zukunft Ost“ gelingt. Daran müssen alle im Lande mitarbeiten. Wir brauchen Begeisterung und Mut, Ideenreichtum und Selbstbewusstsein.

Beitrag von Matthias Machnig

Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

(erschieden in Thüringische Landeszeitung, am 29. Mai 2013, Seite: ZCPL 3)

Heimat ist kein Biedermeier

Herbert Grönemeyer liegt absolut richtig. In einem seiner Songs heißt es: „Heimat ist kein Ort, Heimat ist ein Gefühl“. Heimat heißt Sicherheit, Nähe zu Eltern, Freunden und Verwandten, Verlässlichkeit, tiefes Vertrauen und steht in einem emotionalen wie auch räumlichen Zusammenhang. Heimat ist entscheidend und nicht verhandelbar. Heimat stiftet Identität: Durch soziale Beziehungen, Bildungschancen, durch Werte, Weltanschauung, all das wird dort geprägt, wo man aufgewachsen ist – im Positiven wie im Negativen.

Ein Grundirrtum ist, Heimat durch Kreisgrenzen definieren zu wollen. Heimat ist nicht der heutige Saale-Holzland-Kreis, der Landkreis Schmalkalden-Meiningen oder der Landkreis Nordhausen. Heimat ist viel punktueller und konkreter. Zum Beispiel dort, wo jemand vor ein paar Jahrzehnten auf der Seitenstraße nahe dem Elternhaus provisorisch zwei Tore ausgestellt hat, um Jürgen Sparwassers Siegtor bei der WM 74 gegen den späteren Weltmeister BRD nachzuspielen. Vielleicht auch dort, wo sich ein anderer in der Freiwilligen Feuerwehr engagiert hat. Oder dort, wo eine dritte zwar nicht gerne zur Schule gegangen ist, aber einen tollen Freundeskreis hatte. Heimat findet statt auf dem Pausenhof, im Klassenraum, im Jugendklub, im Vereinsheim oder an vielen anderen vertrauten Orten, an denen man von Freunden und Familie aufgefangen wird.

Ein Beispiel: Hans B. Bauerfeind, heutiger Chef der gleichnamigen Firma, kam 1991 aus dem Westen zurück, investierte Millionen in die Ausweitung von Produktion und Innovation und erwirtschaftet heute weltweit mit 2.000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von 200 Millionen Euro. Der ausschlaggebende Grund für die Rückkehr: Die Heimatverbundenheit von Herrn Bauerfeind. Heimat, das ist für ihn sicherlich weniger der Landkreis Greiz, auch nicht unbedingt Zeulenroda-Triebes, sondern einfach: Zeulenroda – das ist so, obwohl es formal gar keinen Ort mehr gibt, der Zeulenroda heißt. Tut das der Heimatverbundenheit eines Hans B. Bauerfeind Abbruch? Fühlt er sich in seiner Identität bedroht? Ich glaube nein. Die CDU sollte aufhören, sich auf Kosten der Heimatverbundenheit der Menschen als Thüringen-Partei zu inszenieren.

Hier zeigt sich die Schwäche von Voigt und Carius. In ihrem TLZ-Beitrag gingen sie vor ein paar Tagen der Frage nach, wie wir in unserer Heimat leben wollen. Wie die meisten in der CDU verfallen auch sie dabei dem Fehler, Heimat zu reduzieren, zu bürokratisieren und zu technisieren. Die beiden CDU-Youngster machen Heimat zu einer Frage von Verwaltungsakten und Sparmaßnahmen und drücken damit aus der Heimat jeden Funken Lebendigkeit heraus. Sie sprechen vom demographischen Wandel, von sinkenden Haushaltseinnahmen, von Kosteneffizienz, von der Digitalisierung und dem Wettbewerb Thüringens mit anderen Regionen Deutschlands. Alles große Herausforderungen, keine Frage, aber auch: mehrfach besprochen, Konsens. Und: Was hat das mit Heimat zu tun? Vom Menschen ist nicht die Rede. Außer, wenn über Personalabbau gesprochen wird. Bei diesem Thema werden noch weniger Heimatgefühle geweckt. Carius und Voigt entkernen und entwerten Heimat.

Denn Heimat ist weder Verwaltungsakt noch politischer Biedermeier. Heimat heißt nicht konservieren, selbst wenn man sich seiner Traditionen bewusst ist. Das Gegenteil ist richtig. Im Freistaat machen wir derzeit die Erfahrung, dass gerade die Besinnung auf unsere traditionellen Kernkompetenzen im mittelständischen Bereich bei gleichzeitiger Orientierung auf die Trends der Zukunft zu einem Boom bei Wachstum und Beschäftigung führt. „Hier hat Zukunft Tradition“ heißt das in unserer Standortkampagne, die auch außerhalb der Landesgrenzen eine große Anerkennung genießt und Interesse für unser Land weckt.

Auch mache ich die Erfahrung, dass junge Menschen, die hierher kommen, Thüringen schätzen aufgrund eines interessanten Jobs, der Lebensqualität, der satten Natur, der kurzen Wege und der vielfältigen Kultur. Sie entdecken Thüringen als neue Heimat. Das heißt: Heimat bedeutet dann etwas Positives, wenn sie Chancen bietet, gute Lebensbedingungen, gute Studienbedingungen, eine entwickelte Forschungs- und Wissenschaftslandschaft und innovative Jobs.

Heimat bedeutet Veränderung. Es geht darum, ständig an seiner Heimat zu bauen. Wer kann, der renoviert sein Haus, schafft sich eine neue Küche an, dämmt die Wände, deckt das Dach neu, baut an. Die Gefahr, dass einem die sprichwörtliche Decke auf den Kopf fällt, ist dann am größten, wenn alles so ist und bleibt, wie es immer schon war, wenn sich nichts verändert, alles stagniert und die Menschen eingeengt werden. Dann kann Heimat zu etwas negativem werden. Es gibt auch viele Menschen, die sich schütteln, wenn sie den Begriff Heimat hören. Sie haben Enge erlebt, sind mit Vorurteilen aufgewachsen, mit starren Rollenmodellen, Ausländerfeindlichkeit, Homophobie und Intoleranz. Sie haben nicht dieses positive Gefühl, das Herbert Grönemeyer beschrieben hat. Sie wollen ihre Heimat abschütteln.

Wenn wir wollen, dass sich Menschen in Thüringen wohl fühlen und gerne nach Thüringen kommen, dann muss sich Thüringen öffnen. Die größte Anerkennung für einen Bayer ist es, wenn ein Chinese in Lederhose über das Oktoberfest schlendert. Wenn ein afrikanischer Christ die Wartburg als Übersetzungsort des Neuen Testaments besucht oder ein spanischer Wissenschaftler mit dem Opel Adam durch die Thüringer Lande saust, ist das für uns genauso großartig. Der Freistaat ist reich und attraktiv für Menschen von außerhalb, wenn sie denn hier akzeptiert werden. Ich jedenfalls möchte ein Thüringer, in dem mehr als nur 2,3 Prozent der hier lebenden Menschen aus dem Ausland stammen. Für die Heimat der Ort ist, an dem sie aufgewachsen sind oder sich entwickeln und wohl fühlen können; ein Ort mitten in Thüringen, mitten in Europa, mitten in der Welt.

Wir in Thüringen haben in unserer Geschichte jedenfalls sehr gute Erfahrungen mit einem positiv-offenen Verständnis von Heimat gemacht. Immer dann, wenn es Zuwanderung gab, gab es auch Impulse, die bis heute wirken. Goethe kam aus Frankfurt am Main nach Weimar, das durch ihn zu einem kulturellen Zentrum wurde. Henry van de Velde und Walter Gropius, ohne die die Entstehung des Bauhaus im heutigen Thüringen undenkbar wären, stammten aus Antwerpen bzw. Berlin. Und um ein zeitgenössisches Beispiel zu nehmen: Prof. Karlheinz Brandenburg wurde in Erlangen geboren, arbeitete in den USA und entwickelte bekanntermaßen mit einer Handvoll internationaler Kollegen das MP3-Format, bevor nach Ilmenau kam und damit das wissenschaftliche Treiben in Thüringen bereicherte.

Kurzum: Mehr Internationalität würde die Entwicklung hierzulande weiter beschleunigen. Wir brauchen Ideen und Kräfte von außen. Dafür müssen wir mehr Heimat sein. Und dabei gibt es noch einiges zu tun. Wir müssen die internationale Sichtbarkeit erhöhen, Sprachbarrieren abbauen, eine Willkommenskultur im öffentlichen Raum etablieren und ausländische Fachkräfte dauerhaft binden. Ein erster Schritt ist die Einrichtung eines Welcome Centers, eine Idee von internationalen Studenten der Willy-Brandt-School. Diese Initiative werde ich weiter unterstützen.

Wer, wie Voigt und Carius, einerseits der SPD einen Reformunwillen vorwirft, den es nicht gibt, und andererseits von Zukunft spricht, der muss sich auch ehrlich machen. Es ist ja

schön, wenn der Verkehrsminister und ein Partei-General von Dingen wie E-Government sprechen. Noch schöner aber wäre es, wenn sich die zuständigen Minister aus dem Finanz- und dem Innenministerium, beide ebenfalls der CDU angehörig, ihren Job erledigen und sich um die Sache kümmern würden. Da das nicht passiert, bleiben viele der toll klingenden Modernisierungsvorschläge nur leere Formeln. Das schließt sich an halbherzige Ankündigungen, wie bspw. die lückenlose Aufklärung der NSU-Gewalttaten an.

Zuletzt muss man sich noch die Frage stellen, was eigentlich von Politikern zu halten ist, die sich weder an die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger halten wollen, noch an den Rat von Fachleuten? Eine Expertenkommission, die die Landesregierung selbst eingesetzt hat, schlägt eine Gemeindegebietsreform vor. Damit der Bevölkerungsrückgang nicht in wenigen Jahren zu einer nächsten Reform führen muss, halten es die Experten für sinnvoll, jetzt die notwendigen nachhaltigen Veränderungen herbeizuführen. Davon will die CDU aber nichts wissen. Erst bestellt sie das Gutachten, und dann meint sie plötzlich, dass das Ergebnis mit ihr nichts zu tun habe. Sie behauptet, dass das Expertengutachten „keine Basis“ für eine Gebietsreform darstelle. Stattdessen macht sie, wie so oft, virtuelle Politik und produziert Artikel über ihre technokratische Vision von Heimat.

Noch einmal: Heimat ist nicht statisch und vor allem dann attraktiv, wenn sie zukunftsfähig gemacht wird. Wir haben nichts von einer Heimat, die verlassen wird, weil es keinen bezahlbaren Wohnraum, gute Jobs und moderne Infrastrukturen gibt. Erfolgreiche Gesellschaften und stabile Gemeinschaften orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen. Dazu gehören gute Verkehrswege und ein dichtes Netz an Öffentlichem Personennahverkehr, faire Mieten, erschwingliche Schwimmbad- oder Konzertbesuche und Bildung, die in hoher Qualität für alle zugänglich ist. Zentral sind sichere Jobs mit guter Bezahlung. Prekäre Beschäftigung und Dumpinglöhne sind das beste Verhütungsmittel. Wo aber keine Familien gegründet und Kinder geboren werden, da kann nur schwer von Heimat und Zukunft gesprochen werden.

Die CDU ist ein Landrats-Wahlverein. Deswegen sollen die Kreise in ihrer hohen Zahl auch so bleiben, wie sie sind. Nicht mehr und nicht weniger steckt hinter dem Festhalten der CDU am politischen Biedermeier. Um Heimat geht es auf jeden Fall nicht. Und um Thüringens Zukunft schon lange nicht. Denn: Zukunft kommt nicht von allein.

Umfrageergebnisse zum Zukunftsdiskurs „Thüringen 2020“

Breite Unterstützung für Thesen des Zukunfts- und Innovationsprogramms

Im Rahmen des 4. Weimarer Wirtschaftsforums führte das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie eine Teilnehmerbefragung über die Ziele und Perspektiven des Zukunftsdiskurses „Thüringen 2020“ durch. Zwei Drittel der Befragten befürworten die Grundausrichtung des Zukunfts- und Innovationsprogramms.

Innovation, Forschung & Entwicklung und Investitionen als größte Herausforderungen für Thüringer Wirtschaft in den nächsten 10-20 Jahren

Auf die Frage nach den wichtigsten Herausforderungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Thüringens in den nächsten 10-20 Jahren wurden am häufigsten „Innovation“, „Forschung und Entwicklung“ sowie „Investitionen“ genannt. 80% der Befragten sehen hierin zentrale Herausforderungen.

Dicht dahinter liegen Demografie- / Bevölkerungsentwicklung und Infrastruktur (jeweils 76%), Lebensqualität (74%), Fachkräftegewinnung (70%), Wettbewerbsfähigkeit (66%), Bildung (64%), Willkommenskultur (62%) und Energie (62%).

Attraktive Arbeitsbedingungen zur Gewinnung von Fachkräften als Priorität

Besonders großen Wert legen die TeilnehmerInnen auf attraktive Arbeitsbedingungen zur Gewinnung von Fachkräften für die Thüringer Wirtschaft: 94% der Befragten halten das „wichtig“ oder „sehr wichtig“.

Ähnlich hoch ist die Zustimmung (82%) zu einer verbesserten Willkommenskultur, um die Attraktivität des Standorts Thüringens auch für ausländische Fachkräfte nachhaltig zu erhöhen.

Eine Kommunal- und Kreisgebietsreform in Thüringen, um dauerhaft handlungsfähige kommunale Strukturen zu sichern, sehen 66% als „wichtige“ oder „sehr wichtige“ Aufgabe.

Eine Mehrheit von 59% hält eine engere Verflechtung der drei Städte Erfurt, Weimar und Jena zu einem starken städtischen Agglomerationsraum im Zentrum Thüringens hinsichtlich der zukünftigen Landesentwicklung für „sehr wichtig“ oder „wichtig“.

Große Zustimmung im Bereich der Wirtschaftsförderung

70% der Befragten befürworten zukünftig eine Konzentration der Wirtschafts-, Technologie- und Infrastrukturförderung auf zukunftssträchtige Wachstums- und Technologiefelder. 76% fordern zudem eine stärkere Differenzierung der Wirtschaftsförderung anhand branchenübergreifender Kriterien (z.B. Wertschöpfung, Innovation). Hohen Zuspruch (80%) gibt es für den Vorschlag, die Finanzierungsangebote zur Gründungs-, Wachstums- und Innovationsfinanzierung der Thüringer Aufbaubank stärker auszuweiten.

Eine große Mehrheit der Befragten (76%) befürwortet die Fortsetzung einer zielgerichteten, finanziellen Förderung auch nach 2020. Für eine Priorisierung von standortverbessernden Maßnahmen vor direkter Unternehmensförderung sprachen sich 60% aus.

Eine Mehrheit von 56% der Teilnehmenden befürwortet den weiteren Ausbau spezifischer Beratungsangebote wie „Thüringen International“ oder die „Thüringer Energie- und GreenTech Agentur“. Die Hälfte der Befragten sprach sich dafür aus, die Wirtschafts- und Technologieförderung zukünftig verstärkt auf Darlehen zu konzentrieren.

90% der Befragten für mehr investive Ausgaben

Eine ganz klare Position gibt es zu der Frage, ob angesichts eines schrumpfenden Gesamthaushaltes des Landes Thüringen, entweder investive oder konsumtive Ausgaben Vorrang haben sollten: Knapp 90% der Teilnehmenden sprachen sich für eine Priorität der investiven Ausgaben aus.

Mehrheit für Ausbau Erneuerbarer Energien

Eine Mehrheit von 68% der Befragten befürwortet das Vorhaben, den Ausbau erneuerbarer Energien weiterhin konsequent voranzutreiben.

Wirtschaftsförderung, öffentlicher Nahverkehr & gemeinsames Standortmarketing: wichtigste Anknüpfungspunkte zwischen Erfurt, Weimar und Jena

Auf die Frage nach den wichtigsten Ansatzpunkten für eine vertiefte Kooperation zwischen den drei Städten Erfurt, Weimar und Jena, wurden der „Öffentliche Nahverkehr“ (70%) sowie ein gemeinsames Standortmarketing sowie eine kohärente Wirtschaftsförderung und Gewerbeflächenentwicklung mit jeweils 56% als bedeutendste Themengebiete genannt. 38% nennen die Bündelung von Kompetenzen und die Spezialisierung im Bereich der Hochschulen, während noch 18% eine vertiefte Kooperation im Bereich der Kultureinrichtungen für sinnvoll halten.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN



Dr. Hubert A. Aulich
Vorstandsvorsitzender
Solarvalley Mitteldeutschland e.V.
Vorstandsvorsitzender Solarinput
e.V.



Dr. Peter Frey
Geschäftsführer
Solar Valley GmbH



Prof. Dr. Frank Barthelmä
Geschäftsführer GFE -
Gesellschaft für
Fertigungstechnik und
Entwicklung Schmalkalden e.V.



Dieter Bauhaus
Präsident der Industrie- und
Handelskammer Erfurt



Prof. Dr. Gabriele Beibst
Rektorin der Ernst-Abbe-
Fachhochschule Jena



**Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h.c.
mult. Karlheinz Brandenburg**
Institutsleiter Fraunhofer-
Institut für Digitale
Medientechnologie IDMT



Dr. Johannes Bruns,
Oberbürgermeister der Stadt
Mühlhausen



**Prof. Dr. Mariusz
Czepczyński** Uniwersytet
Gdańsk



Dr. Sebastian Dette,
Präsident des Thüringer
Rechnungshofs

Foto: Martina Nolte, Mai 2011
Lizenz: Creative Commons CC-by-sa-3.0 de



Prof. Dr. Klaus Dicke, Rektor
Friedrich-Schiller-Universität
Jena



Stephan Fauth
Hauptgeschäftsführer
Verband der Wirtschaft
Thüringens e.V.



Prof. Dr. Michael Fritsch,
Friedrich-Schiller-Universität
Jena, Lehrstuhl für
Unternehmensentwicklung,
Innovation und wirtschaftlichen
Wandel



Dr. Michaela Fuchs,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
im Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung (IAB)
Sachsen-Anhalt-Thüringen



Dr. Sigrun Fuchs,
Projektleiterin Netzwerk für
Vereinbarkeit von Familie und
Beruf in Thüringen bei der LEG
Thüringen



Ulf Griebmann,
Geschäftsführer AWO
Landesverband Thüringen e.
V.



Helmut Gumpert
Präsident Thüringer
Bauernverband e.V.



Dr. Viola Hahn
Oberbürgermeisterin
der Stadt Gera



Peter Heimrich
Landrat von Schmalkalden-
Meiningen



**Prof. Dr.- Ing. Elmar
Heinemann**
Rektor der Fachhochschule
Schmalkalden



Dr. Johannes Jaenicke
Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut
gemeinnützige GmbH
Zweigniederlassung Thüringen



Birgit Keller
Landrätin von Nordhausen



Knut Kreuch
Oberbürgermeister der
Residenzstadt Gotha

Bild: Lutz Ebhardt



Andreas Krey
Sprecher der
Geschäftsführung der bei
der LEG Thüringen



Frank Krätzschar
Geschäftsführer bei LEG
Thüringen



Dr. Paul Kriegelsteiner
Hauptgeschäftsführer
Arbeitgeberverband
Nordostchemie e.V. Verband
der Chemischen Industrie e.V.
Landesverband Nordost



Renate Licht
Landesvorsitzende
DGB Thüringen



Stefan Lobenstein
Präsident der
Handwerkskammer Erfurt



Matthias Machnig, Thüringer
Minister für Wirtschaft, Arbeit
und Technologie



Dr. Michael Mertin,
Vorstandsvorsitzender Jenoptik
AG



**Prof. Dr. rer. nat. habil.
Alexander Michaelis**
Institutsleiter Fraunhofer-
Institut für Keramische
Technologien
und Systeme



Dr. Michael Militzer
Vorstandsvorsitzender der
MITEC Automotive AG



**Prof. Dr.-Ing. habil. Hans-
Ulrich Mönning**, Präsident der
Ingenieurkammer Thüringen



Gudrun Münnich
Präsidentin des DEHOGA
Thüringen



Klaus Nützel
Präsident der
Handwerkskammer für
Ostthüringen



Dr.-Ing. Ulrich Palzer
Institutsdirektor der IAB –
Institut für Angewandte
Bauforschung Weimar gGmbH



Hans Christoph Poppe
Präsident der Hauptverwaltung
in Sachsen und Thüringen der
Deutschen Bundesbank



Günther Richter
Landesgeschäftsführer
Thüringen des
Bundesverbandes
mittelständische Wirtschaft e.V.
(BVMW)



Dr.-Ing. Sabine Sändig
Geschäftsführerin Günter-
Köhler-Institut für Fügetechnik
Werkstoffprüfung GmbH Jena



**Univ.-Prof. Dr. rer. nat. habil
Dr. h. c. Prof. h. c. mult.
Peter Scharff**
Rektor der TU Ilmenau



Armin Schild
Bezirksleiter
Industriegewerkschaft Metall
Bezirk Mitte(Hessen,
Rheinland-Pfalz, Saarland,
Thüringen)



Axel Schneider
Direktor der Thüringer
Verwaltungsschule



Martina Schweinsburg
Landrätin des Landkreises
Greiz



Prof. Dr. Dieter Sell
Leiter der Thüringer Energie-
und GreenTech-Agentur
(TheGA)



Kay Senius
Vorsitzender der
Geschäftsführung der
Regionaldirektion Sachsen-
Anhalt-Thüringen der
Bundesagentur für Arbeit



Prof. Dr. Christoph Stölzl
Präsident der Hochschule für
Musik Franz Liszt Weimar



Dr. Jens Triebel
Oberbürgermeister der Stadt
Suhl



**Prof. Dr. Andreas
Tünnermann**
Institutsleiter Fraunhofer-
Institut für Angewandte
Optik und Feinmechanik
IOF



Dr. Oliver Mauroner
Fraunhofer- Institut für
Angewandte Optik und
Feinmechanik IOF



Prof. Dr. Silke Übelmesser
Friedrich-Schiller Universität
Jena, Lehrstuhl für Allgemeine
Volkswirtschaftslehre und
Finanzwissenschaft



Matthias Wierlacher
Vorstandsvorsitzender der
Thüringer Aufbaubank



Katja Wolf
Oberbürgermeisterin der Stadt
Eisenach



Stefan Wolf
Oberbürgermeister der Stadt
Weimar



Harald Zanker
Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises

Herausgeber

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie
Zukunftssekretariat
Max-Reger-Straße 4-8
99096 Erfurt

Tel: +49 (0) 361 37 97 700

www.zukunft-2020.de

Erfurt im Juni 2013